

Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD

18. Legislaturperiode

1. Entwurf

(Stand 24.11. 20:00)

Präambel	6
1. Wachstum, Innovation und Wohlstand	7
1.1. Deutschlands Wirtschaft stärken	7
Mittelstand, Handwerk, Handel und Freie Berufe.....	14
Bürokratieabbau	17
1.2. In Deutschlands Zukunft investieren: Bildung und Forschung.....	18
Allgemeine Bildung	22
Berufliche Bildung.....	23
Forschung.....	25
1.3. Infrastruktur	32
Verkehr	32
Digitale Infrastruktur	40
1.4 Die Energiewende zum Erfolg führen	43
2. Vollbeschäftigung, gute Arbeit und soziale Sicherheit.....	57
2.1. Beschäftigungschancen verbessern	57
Aktive Arbeitsmarktpolitik.....	57
2.2. Gute Arbeit	59
Modernes Arbeitsrecht	59
Ganzheitlicher Arbeitsschutz.....	62
2.3 Soziale Sicherheit.....	63
Für soziale Sicherheit im Alter.....	63
Selbstverwaltung und Entschädigung	66
Schnittstellen zwischen den Sozialgesetzbüchern	67
2.4 Gesundheit und Pflege	67
Ambulante Gesundheitsversorgung.....	67
Krankenhausversorgung.....	70
Arzneimittel, Gesundheitsberufe und Prävention.....	73
Finanzierung und Risikostrukturausgleich.....	75
Pflege.....	75
3. Solide Staatsfinanzen	79
Solide Finanzen – nachhaltig und generationengerecht	79
Handlungsfähig im Bund, in Ländern und Kommunen.....	84
4. Zusammenhalt der Gesellschaft.....	86

4.1	Das Miteinander stärken, die Chancengleichheit verbessern	86
	Bevölkerungswandel gestalten	86
	Familie	86
	Gleichstellung	93
	Selbstbestimmtes Älterwerden.....	95
	Respekt vor sexueller Identität	96
	Integration, Zuwanderung	97
	Menschen mit und ohne Behinderung	101
	Aussiedler, Heimatvertriebene und nationale Minderheiten	103
4.2	Lebensqualität in der Stadt und auf dem Land	103
	Bürgerschaftliches Engagement, Ehrenamt und Freiwilligendienste....	103
	Qualitätsvolles und bezahlbares Wohnen	104
	Stadt- und Regionalentwicklung	107
	Umwelt.....	108
	Landwirtschaft und ländlicher Raum.....	113
	Verbraucherschutz	117
	Kirchen und Religionsgemeinschaften	121
4.3	Kultur, Medien und Sport	122
	Kultur.....	122
	Medien.....	129
	Sport	132
4.4	Digitale Agenda für Deutschland 2013-2017: Chancen für eine starke Wirtschaft, gerechte Bildung und ein freies und sicheres Internet	133
	Digitales Wachstumsland Nr. 1 in Europa	133
	Digitale Bildung und Forschung – gerecht und innovativ	135
	Digitales Leben und Arbeiten – Chancen und Rechte stärken	136
5.	Moderner Staat, innere Sicherheit und Bürgerrechte	139
5.1	Freiheit und Sicherheit	139
	Konsequenzen aus den Erkenntnissen des NSU- Untersuchungsausschusses	139
	Kriminalität und Terrorismus	139
	Digitale Sicherheit und Datenschutz.....	142
	Konsequenzen aus der NSA-Affäre	144
	Zivilschutz und Schutz kritischer Infrastrukturen	144

	Bundespolizei und Schutz unserer Grenzen	145
	Umgang mit SED-Unrecht	145
5.2	Moderner Staat, lebendige Demokratie und Bürgerbeteiligung	146
	Bürgerbeteiligung	146
	Transparenter Staat	146
	Moderne Verwaltung	147
	Öffentlicher Dienst	148
	Moderne Justiz	148
	Für Toleranz und Demokratie	149
6.	Starkes Europa	151
	Europapolitische Verantwortung Deutschlands	151
	Demokratisches Europa	151
	Herausforderungen – Europas Weg aus der Krise	152
	Fortentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion	153
	Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung	154
	Soziale Dimension stärken, Beschäftigung schaffen, Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen	157
	Europäische Außen- und Sicherheitspolitik	159
	Erweiterungen und östliche Nachbarschaft	160
	Ein starkes Europa in der Welt	161
	OSZE und Europarat	161
7.	Verantwortung in der Welt	162
	Verlässlicher Partner in der Welt	162
	Transatlantische Partnerschaft und NATO stärken	162
	Offener Dialog und breitere Zusammenarbeit mit Russland	163
	Neue Dynamik für Abrüstung und Rüstungskontrolle	164
	Vereinte Nationen, globaler Dialog und strategische Partnerschaften .	165
	Naher Osten und arabische Welt	165
	Asien	166
	Afghanistan	167
	Afrika und Lateinamerika	167
	Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik	168
	Politische Stiftungen	169
	Außen- und Sicherheitspolitik ressortübergreifend gestalten	169

Neuausrichtung der Bundeswehr	169
Attraktivität	170
In der Mitte der Gesellschaft	170
Auf die Einsätze der Zukunft vorbereitet sein	171
Ausrüstung, Beschaffung und Nutzung	171
Staatliches Gewaltmonopol schützen	172
Schutz und Förderung der Menschenrechte	172
Humanitäre Hilfe	174
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung	174
Gestaltung der Rahmenbedingungen	174
Nachhaltige Finanzierung	175
Thematische Schwerpunkte	175
Regionale Schwerpunkte und Kooperationspartner	176
8. Arbeitsweise der Koalition	177

1 **Präambel**
2

3 1. Wachstum, Innovation und Wohlstand

4 5 1.1. Deutschlands Wirtschaft stärken

6
7 Die Koalition aus CDU, CSU und SPD sieht Deutschlands Chancen in einer mittel-
8 ständisch geprägten und international wettbewerbsfähigen Wirtschaft, deren Kern
9 auch weiterhin eine moderne, dynamische Industrie ist. Die Fundamente der Sozia-
10 len Marktwirtschaft wollen wir mit Blick auf neues Wachstum und mehr Beschäfti-
11 gung stärken. Wir werden unternehmerische Verantwortung und gute Sozialpartner-
12 schaft gleichermaßen stärken. Auf den Finanzmärkten wollen wir uns weiterhin für
13 eine wirksame Regulierung einsetzen und das Prinzip von Risiko und Haftung si-
14 cherstellen. Wir wollen stärkere Anreize für nachhaltiges Handeln innerhalb von Un-
15 ternehmen setzen. Dazu werden wir im Dialog mit der Wirtschaft wirksame Maßnah-
16 men zur Langfristorientierung der Vergütungs- und Bonisysteme prüfen.

17
18 Wir bekennen uns zum Industrie- und Wirtschaftsstandort Deutschland, in dem große
19 und kleine Unternehmen ihre Chancen nutzen können. Wir setzen auf eine Doppel-
20 strategie aus Haushaltskonsolidierung und Wachstumsimpulsen – in Deutschland
21 und Europa.

22
23 Unser Land braucht eine „Neue Gründerzeit“. Wir wollen Unternehmertum und Grün-
24 dungsgeist stärken und zu mehr gesellschaftlicher Anerkennung verhelfen. Wir wer-
25 den die Rahmenbedingungen für Innovationen und Investitionen insbesondere für
26 kleine und mittlere Unternehmen verbessern. Wir erhalten die bewährte Flexibilität
27 auf den Arbeitsmärkten und passen die soziale Sicherung den demografischen Not-
28 wendigkeiten an – es geht um sichere und gute Arbeitsplätze, wirtschaftliche Dyna-
29 mik, gerechte Teilhabe und eine hohe Lebensqualität.

30 31 **Unsere Strategie für nachhaltigen Fortschritt**

32
33 Verschärfte internationale Konkurrenz, auch aus den schnell wachsenden Schwel-
34 lenländer, ein rasanter wissenschaftlicher und technischer Fortschritt, insbesondere
35 die Digitalisierung, der demografische Wandel u.a. mit dem Fachkräftemangel und
36 die Knappheit natürlicher Ressourcen stellen uns vor neue Herausforderungen.
37 Deshalb stellen wir in den kommenden Jahren Innovation, Investitionen, Integration
38 in gute und produktive Arbeit und Internationalisierung in den Mittelpunkt unserer
39 Strategie. Auf diesen vier Handlungsfeldern wollen wir eine vorausschauende und
40 wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik gestalten:

41
42 *Innovation:* Für neue Produkte, Verfahren und Beschäftigung braucht unsere Wirt-
43 schaft Innovationen. Wir wollen mit unseren privaten und öffentlichen Ausgaben für
44 Forschung und Entwicklung zu den globalen Spitzenreitern gehören. Deshalb wollen
45 wir mindestens 3% des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung inve-
46 stieren. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung zur Modernisierung unserer
47 Volkswirtschaft nutzen. Nur so bleibt Deutschland ein wettbewerbsfähiger Industrie-
48 und Produktionsstandort und erschließt gleichzeitig die Potenziale für neue Arbeits-
49 plätze in industriebezogenen und stärker wissensbasierten Dienstleistungen – vor al-
50 lem im Mittelstand.

51
52 *Investitionen:* Innovationen brauchen Investitionen. Nur mit einem Investitionsschub
53 in Deutschland sichern wir Wachstum und Beschäftigung. Das schafft auch die

54 Grundlage für eine robuste Einkommensentwicklung. Die deutsche Wirtschaft
 55 braucht eine saubere, sichere und bezahlbare Energieversorgung. Wachstum in
 56 Deutschland erfordert eine nachhaltige Modernisierung der Infrastruktur. Wir setzen
 57 sowohl auf mehr Investitionen der öffentlichen Hand als auch auf bessere Rahmen-
 58 bedingungen für private Investitionen. Unser Ziel ist eine Gesamtinvestitionsquote,
 59 die oberhalb des Durchschnitts der OECD liegt.

60
 61 *Integration in gute und produktive Arbeit:* Die Sicherung einer qualifizierten Fachkräf-
 62 tebasis wird angesichts des demografischen Wandels zur zentralen Aufgabe. Die be-
 63 berufliche und die akademische Bildung spielen dabei eine entscheidende Rolle. Alle
 64 Qualifizierungsreserven in Deutschland müssen genutzt werden. Mit einer Allianz für
 65 Fachkräfte wollen wir das Thema noch stärker bündeln und in den Mittelpunkt der
 66 Diskussion von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften stellen. Wir wollen Tarifein-
 67 heit, Tarifbindung und Tariftreue stärken. Unser Ziel ist Vollbeschäftigung mit guten
 68 und produktiven Arbeitsplätzen.

69
 70 *Internationalisierung:* Ein zentraler Pfeiler unseres Erfolgs ist die Stärke der deut-
 71 schen Unternehmen auf den internationalen Märkten. Ihre internationale Wettbe-
 72 werbsfähigkeit entscheidet maßgeblich über unseren Erfolg und Wohlstand. Deshalb
 73 setzen wir uns für globale Märkte und stabile Finanzsysteme ein, weil sie Vorausset-
 74 zung für ein wachstumsfreundliches Investitionsklima sind. Dafür müssen wir interna-
 75 tionale Regeln konsequent umsetzen und weiterentwickeln. Die Wachstumschancen,
 76 die sich aus dem Freihandel ergeben, wollen wir durch eine intensivere internationale
 77 Koordination nutzen. Im Kreis der größten Industriestaaten (G8 und G20) – insbe-
 78 sondere im Zuge der deutschen G8-Präsidentschaft 2015 – wollen wir eine bessere
 79 Abstimmung in der internationalen Wirtschaftspolitik erreichen. Bei allen neuen
 80 Chancen der deutschen Wirtschaft auf den wachsenden Märkten außerhalb unseres
 81 Kontinents bleiben die europäischen Absatzmärkte von zentraler Bedeutung für die
 82 deutschen Exporte. Unser Land braucht Exportstärke, eine starke Binnenwirtschaft
 83 und eine von Investitionen und Kaufkraft getragene Inlandsnachfrage.

84
 85 Mit dieser Strategie geben wir die richtigen Antworten auf die wirtschaftlichen Her-
 86 ausforderungen unserer Zeit. Die erste Große Koalition vor fast 50 Jahren hat als
 87 Antwort auf die damalige wirtschaftspolitische Herausforderung das Stabilitäts- und
 88 Wachstumsgesetz verabschiedet. Wir wollen im Lichte der heutigen Herausforderun-
 89 gen – des demografischen Wandels, der Internationalisierung, der Digitalisierung und
 90 der Ressourcenknappheit – eine neue wirtschafts- und wachstumspolitische Strate-
 91 gie entwickeln. Wir werden deshalb gemeinsam mit dem Sachverständigenrat das
 92 bestehende Stabilitäts- und Wachstumsgesetz überprüfen.

93
 94 Für die Bewältigung der großen ökonomischen Herausforderungen setzen wir dabei
 95 auf ein intelligentes Zusammenspiel von Markt und Staat in Kooperation mit Unter-
 96 nehmern und Arbeitnehmern, Unternehmen und Gewerkschaften. Wir setzen auf
 97 nachhaltigen Fortschritt.

98 99 **Europäische Wirtschaftspolitik**

100
 101 Wir treten für die Vollendung des europäischen Binnenmarktes ein. Für den gemein-
 102 samen Markt ist der Ausbau grenzüberschreitender Infrastrukturen unabdingbar.
 103 Noch bestehende Hindernisse müssen beseitigt werden, insbesondere für kleine und
 104 mittlere Unternehmen. Innerhalb der Europäischen Union wollen wir Steuerdumping

105 verhindern, Steueroasen austrocknen und die Steuerharmonisierung voranbringen.
 106 Bürokratieabbau muss auch auf europäischer Ebene stattfinden. Wir wollen EU-
 107 Vorgaben „eins zu eins“ umsetzen – das sichert auch Chancengleichheit im europäi-
 108 schen Binnenmarkt. Europäische Gesetzgebung darf sich in den verschiedenen Poli-
 109 tikfeldern nicht widersprechen. Sie muss kohärent sein, um Europas Rolle im globa-
 110 len Wettbewerb langfristig zu stärken.

111

112 **Außenwirtschaft**

113

114 Die überragende Bedeutung der Außenwirtschaft für die deutsche Volkswirtschaft,
 115 die zunehmende Verflechtung mit Auslandsmärkten, aber auch der zunehmende
 116 Staatseinfluss auf die Wirtschaft in vielen Ländern verlangen einen stärkeren Einsatz
 117 der Politik für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Der kluge Einsatz vertrau-
 118 ensbildender Maßnahmen, vertraglicher Vereinbarungen, wirtschafts- und entwick-
 119 lungspolitischer Instrumente sowie menschenrechtlicher Prinzipien kann auch dazu
 120 beitragen, außenpolitische Spannungen abzubauen.

121

122 *Stärkung des Freihandels und Handelsabkommen*

123 Wir sehen mit Sorge die zunehmende Zahl von Maßnahmen, mit denen der freie
 124 Handel begrenzt oder sogar verhindert wird. Auch die wachsenden Verstöße gegen
 125 die Regeln der Welthandelsorganisation WTO erfüllen uns mit Sorge. Ein freier und
 126 fairer Welthandel muss im multilateralen Rahmen der Welthandelsorganisation WTO
 127 verlässlich geregelt werden. Das erleichtert auch die weitere Einbeziehung der Ent-
 128 wicklungsländer in das globale Handelssystem nach Grundsätzen, die für alle Betei-
 129 ligten gleichermaßen gelten. Wir streben deshalb eine Stärkung der WTO an und
 130 setzen uns weiterhin für einen vollständigen Abschluss der laufenden Doha-Runde
 131 ein.

132 Genauso wie den Erfolg der Verhandlungen der Europäischen Union über ein Frei-
 133 handelsabkommen mit den USA (TTIP) streben wir auch den zügigen Abschluss wei-
 134 terer Handelsabkommen mit dynamisch wachsenden Schwellenländern an. Unser
 135 Ziel ist eine Vertiefung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Dabei setzen wir
 136 auf multilaterale Handelsregeln. Bei EU-Handelsabkommen soll die Einhaltung der
 137 Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO)-berücksichtigt wer-
 138 den, damit der Freihandel nicht zum Einfallstor für Lohn- und Sozialdumping wird.

139

140 *Außenwirtschaftsförderung*

141 Mittelständische Unternehmen wollen wir bei ihren Schritten ins Ausland gezielt un-
 142 terstützen. Die bewährten Instrumente der Außenwirtschaftsförderung (Germany
 143 Trade and Invest, deutsche Auslandsvertretungen, Auslandshandelskammern, Mes-
 144 seförderung, Beratung und andere) werden wir fortentwickeln und vorrangig an den
 145 Zielen Wohlstand und Beschäftigung ausrichten. Antrags- und Prüfverfahren für Ex-
 146 portgenehmigungen wollen wir verbessern. Wir werden die internationalen Regeln für
 147 Exportkredite sachgerecht weiterentwickeln und uns dafür einsetzen, dass alle inter-
 148 nationalen Wettbewerber diese anwenden. Künftige europäische Investitionsschutz-
 149 abkommen müssen den bewährten hohen Schutzstandards entsprechen. Insgesamt
 150 setzen wir in der Außenwirtschaftspolitik auf ein „level playing field“ und internationa-
 151 le Standards.

152

153 *Rüstungsexporte*

154 Bei Rüstungsexportentscheidungen in sogenannte Drittstaaten sind die im Jahr 2000
 155 beschlossenen strengen „Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen

156 und sonstigen Rüstungsgütern“ für unser Regierungshandeln verbindlich. Über ihre
 157 abschließenden Genehmigungsentscheidungen im Bundessicherheitsrat wird die
 158 Bundesregierung den Deutschen Bundestag unverzüglich unterrichten. Die Ent-
 159 scheidung darüber, wem gegenüber die Unterrichtung erfolgt, liegt beim Deutschen
 160 Bundestag. Darüber hinaus werden wir die Transparenz gegenüber Parlament und
 161 Öffentlichkeit durch Vorlage des jährlichen Rüstungsexportberichtes noch vor der
 162 Sommerpause des Folgejahres und eines zusätzlichen Zwischenberichts verbes-
 163 sern.

164
 165 Wir setzen uns für eine Angleichung der Rüstungsexportrichtlinien innerhalb der EU
 166 ein. Europäische Harmonisierungen müssen so umgesetzt werden, dass sie die Min-
 167 destanforderungen des Gemeinsamen Standpunkts der EU aus dem Jahr 2008 nicht
 168 unterschreiten.

169 *Verantwortungsvolle Unternehmensführung auf internationalen Märkten*

170 Zu unserem Leitbild des verantwortlichen Unternehmertums gehört es auch, freiwillig
 171 und aus eigenem Interesse gesellschaftliche Verantwortung für soziale, kulturelle
 172 und ökologische Belange zu übernehmen. Um das verantwortliche unternehmerische
 173 Handeln der deutschen Wirtschaft im Ausland weiter zu stärken, werden wir uns für
 174 eine möglichst breite Wahrnehmung und Anwendung der OECD-Leitsätze für multi-
 175 nationale Unternehmen einsetzen.

176

177 **Wettbewerbsrecht**

178

179 Fairer Wettbewerb und der Schutz vor wettbewerbsverzerrenden Absprachen sind
 180 für das Funktionieren der Sozialen Marktwirtschaft unabdingbar. Die Weiterentwick-
 181 lung des Europäischen Wettbewerbs- und Kartellrechts ist maßgeblich für die inter-
 182 nationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas. Das Wettbewerbsrecht
 183 ist so zu optimieren, dass Wettbewerbsverstöße weitgehend ausgeschlossen sind.

184

185 Wir werden die Wirkungen der Regelungen der achten GWB-Novelle auswerten und
 186 weitere Schritte zur Straffung des behördlichen und gerichtlichen Verfahrens bei Kar-
 187 tellverstößen prüfen. Außerdem werden wir uns sowohl auf europäischer als auch
 188 auf nationaler Ebene für eine Stärkung der Kartellrechtsdurchsetzung einsetzen.
 189 Durch eine Reform des Kartellrechts werden wir die Möglichkeiten der betriebswirt-
 190 schaftlichen Zusammenarbeit von Verlagen unterhalb der redaktionellen Ebene er-
 191 leichtern. Damit wollen wir den Gefahren für die Pressevielfalt im Umbruch der digita-
 192 len Medienlandschaft begegnen.

193

194 **Transparenz bei Managergehältern**

195

196 Um Transparenz bei der Feststellung von Managergehältern herzustellen, wird der
 197 Aufsichtsrat bei börsennotierten Unternehmen verpflichtet, ein Maximalverhältnis
 198 zwischen der Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder und dem
 199 durchschnittlichen Arbeitnehmerinkommen des jeweiligen Unternehmens festzu-
 200 legen. Über die Vorstandsvergütung wird künftig die Hauptversammlung auf Vor-
 201 schlag des Aufsichtsrats entscheiden. [Die steuerliche Absetzbarkeit von Vor-
 202 stands- und sonstigen Managergehältern wird begrenzt].

203

204 **Rohstoffsicherung**

205

206

207 Deutschland ist bei vielen wichtigen Rohstoffen wie Seltenen Erden und Metallen auf
 208 Importe angewiesen. Angesichts der weltweit steigenden Nachfrage sowie der wach-
 209 senden Zahl staatlicher Eingriffe in Rohstoffmärkte und damit verbundener Wettbe-
 210 werbsverzerrungen ist gezieltes Handeln geboten, um mögliche negative Auswirkun-
 211 gen auf die Wertschöpfung in Deutschland zu vermeiden. Es ist zuallererst Aufgabe
 212 der Unternehmen selbst, ihren Bedarf an Rohstoffen am Markt zu decken und sich
 213 vorausschauend auf künftige Entwicklungen einzustellen. Wir werden diese Anstren-
 214 gungen mit politischen Initiativen flankieren, um verlässliche rechtliche und institutio-
 215 nelle Rahmenbedingungen für einen fairen Wettbewerb auf den internationalen Roh-
 216 stoffmärkten zu gewährleisten. Wir werden eine integrierte Rohstoffstrategie verfol-
 217 gen, die die gesamte Rohstoffkaskade umfasst, von der Steigerung der Rohstoffeffi-
 218 zienz, der Substitution und dem Recycling wertvoller Stoffe, der Nutzung heimischer
 219 Rohstoffvorkommen bis hin zur Sicherung der Rohstoffversorgung auf den Weltmärk-
 220 ten.

221
 222 *Ressourceneffizienz steigern- Recycling ausbauen*

223 In den Bereichen Ressourceneffizienz und Recycling kommt es darauf an, die Über-
 224 tragung von Forschungserkenntnissen auf kleine und mittlere Unternehmen sicher-
 225 zustellen. Wir werden die Ressourceneffizienz durch Beratungsangebote für Unter-
 226 nehmen und Haushalte weiter steigern. Wir werden Modelle des Rohstoffmonitorings
 227 erproben, die auch die Analyse von Stoffströmen aus Sekundärrohstoffen (Schrotte
 228 und Produktionsabfälle) einbeziehen.

229
 230 Wir werden in der Sekundärrohstoff-Wirtschaft unsere Politik sowohl an Zielen des
 231 Klima- und Ressourcenschutzes als auch an den Bedürfnissen der Wirtschaft aus-
 232 richten. Ein fairer Wettbewerb um die effizienteste und kostengünstigste Lösung der
 233 Rohstoff-Rückgewinnung und -Aufbereitung ist hierfür ein zentrales Element. Die be-
 234 stehende Recyclingverantwortung für Verpackungen werden wir auch für Produkte
 235 weiterentwickeln und uns dabei an den Aspekten der CO₂-Vermeidung, Verbraucher-
 236 freundlichkeit und Kosteneffizienz orientieren.

237
 238 *Rohstoffförderung im Inland*

239 Wir werden den wirtschaftlichen und umweltverträglichen Abbau heimischer Rohstof-
 240 fe sowie deren Verarbeitung in Deutschland unterstützen. Wir werden für mehr Bür-
 241 gerakzeptanz gegenüber der heimischen Rohstoffgewinnung werben und uns ent-
 242 schieden für die Sicherheit und Umweltverträglichkeit der heimischen Rohstoffförde-
 243 rung einsetzen. Es gilt, die Raumordnung stärker auf die Berücksichtigung verschie-
 244 dener Nutzungskonkurrenzen auszurichten und dabei der Rohstoffgewinnung einen
 245 angemessenen Stellenwert im Rahmen der Abwägung beizumessen. Zudem wollen
 246 wir die Datengrundlagen für die Rohstoffgewinnung weiter verbessern.

247
 248 *Kooperationen und strategische Partnerschaften ausbauen*

249 Wir werden uns dafür einsetzen, dass keine Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten
 250 deutscher oder europäischer Unternehmen in der Rohstofflieferkette entstehen. Wir
 251 werden die deutsche Wirtschaft dabei unterstützen, wieder international in der ge-
 252 samten Rohstoffwertschöpfungskette präsent zu sein und begleiten daher neue
 253 Initiativen der deutschen Wirtschaft zur Rohstoffsicherung. Rohstoffpartnerschaften
 254 zwischen Staaten und Rohstoffallianzen zwischen Unternehmen sind eine sinnvolle
 255 Ergänzung eines gemeinsamen europäischen Ansatzes zur internationalen Rohstoff-
 256 sicherung. Im Rahmen einer Internationalen Rohstoffkonferenz in Deutschland wer-
 257 den wir den globalen Dialog von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft organisieren.

258 Dabei werden wir unter Einbeziehung aller Beteiligten verbesserte freiwillige Zertifi-
259 zierungssysteme erarbeiten.

260

261 *Abbau von Handelshemmnissen*

262 Wir werden auf eine starke Rohstoffstrategie auf europäischer Ebene und die aktive
263 Vertretung deutscher und europäischer Rohstoffinteressen in der WTO und G20-
264 Runde hinwirken. Es gilt, tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemmnissen bei Rohstof-
265 fen abzubauen und im Rahmen der Entwicklungspolitik Umwelt- und Sozialstandards
266 im ausländischen Rohstoffabbau zu verbessern.

267

268 *Monitoring ausbauen*

269 Wir werden die Deutsche Rohstoffagentur beauftragen, ein Monitoring kritischer
270 Rohstoffe durchzuführen und regelmäßig über die Verfügbarkeit der für die deutsche
271 Wirtschaft kritischen Rohstoffe zu berichten. Die Außenwirtschaftsinstrumente zur
272 Unterstützung der Rohstoffbezugssicherung wie ungebundene Finanzkredite wollen
273 wir weiterentwickeln, um den Unternehmen langfristige Lieferverträge für Rohstoffe
274 zu erleichtern. Weiterhin werden wir prüfen, wie das Antragsverfahren verbessert
275 werden kann, um das Instrument für mehr Unternehmen nutzbar zu machen.

276

277 **Industrie**

278

279 Deutschland verdankt seine starke wirtschaftliche Rolle einer besonders leistungsfä-
280 higen Industrie, die weltweit einen hervorragenden Ruf genießt. Während in anderen
281 Ländern der Anteil der Industrie in den letzten Jahrzehnten weiter zurückging, hat
282 Deutschland seine Industrie nicht aufgegeben, sondern weiterentwickelt. Dank einer
283 vorausschauenden Politik und eines guten Zusammenspiels der Sozialpartner bildet
284 der industrielle Sektor mit einem starken Mittelstand das Fundament für Wachstum,
285 Wohlstand und Arbeitsplätze. Die Güterproduktion ist der Anker für die industrielle
286 Wertschöpfungskette, die Zulieferer und zahlreiche Dienstleister miteinander verbind-
287 et. Gleichzeitig aber nimmt das öffentliche Bewusstsein für die Bedeutung der Indu-
288 strie ab. Wir werden deshalb einen Dialog über die Rolle und das Selbstverständnis
289 sowie die gesellschaftliche Akzeptanz einer zukunftsorientierten Industrie anstoßen.

290

291 *Strategische Innovationspolitik*

292 Wir treten für eine strategische Innovationspolitik ein, die von Deutschlands traditio-
293 nellen industriellen Kernkompetenzen ausgeht. Wir werden neue branchenübergrei-
294 fende Netzwerke und die Bildung von Innovationsclustern stärker als bisher unter-
295 stützen. Wir wollen Verfahrensinnovationen fördern, die das Zusammenspiel von In-
296 dustrie und industrienahen Dienstleistungen (etwa IT und Logistik) weiter verbessern.
297 Wir wollen, dass sich Partner aus Wirtschaft, Gewerkschaft, Wissenschaft und Bil-
298 dung in Innovationsbündnissen zusammenschließen. Die Initiierung von Innovations-
299 prozessen zum Beispiel durch Spitzenclusterwettbewerbe oder durch Netzwerke wie
300 die Nationale Plattform Elektromobilität wollen wir auf alle Leitmärkte – auch in Euro-
301 pa – ausweiten.

302

303 Zu diesen Leitmärkten gehören vor allem:

- 304 • der Maschinen- und Anlagenbau sowie die Produktionstechnik als wesentliche
305 Innovationstreiber für systemische, energie- und ressourcensparende Produk-
306 tionsprozesse;

- 307 • die Neuen Werkstoffe, mit besonderem Potenzial für die Vernetzung klassi-
308 scher Branchen mit den Schlüsseltechnologien Nanotechnologie, Mikrosy-
309 stemtechnik, Photonik und Biotechnologie;
- 310 • Mobilität und Logistik mit ihren breiten Wertschöpfungsketten;
- 311 • die Informations- und Kommunikationswirtschaft als Querschnittstechnologie;
- 312 • die Energie- und Umweltwirtschaft mit ihren zahlreichen Schnittmengen zu
313 anderen Clustern und der hohen weltweiten Nachfrage nach nachhaltigen Sy-
314 stemlösungen;
- 315 • die Medien- und Kreativwirtschaft mit ihrem wichtigen Beitrag für die zu-
316 kunftsweisende Gestaltung materieller und immaterieller Produkte und Dienst-
317 leistungen;
- 318 • die Gesundheitswirtschaft und Medizintechnik, denen durch den demografi-
319 schen Wandel eine besondere Bedeutung zukommt.

320

321 Die Querschnittsbereiche „Industrie 4.0“, „Leichtbautechnologien“ und „Elektro-
322 mobilität“ sind von besonderer Bedeutung:

323

- 324 • Das Internet der Dinge hält Einzug in die Fabriken. Durch die intelligente Ver-
325 netzung innerhalb von Wertschöpfungsketten kann auch der Ressourcenver-
326 brauch reduziert werden. Um die Technologieführerschaft im Maschinenbau
327 zu erhalten, wollen wir das Feld "Industrie 4.0" aktiv besetzen.
- 328 • Die Förderung von Leichtbautechnologien ist ein wichtiger Beitrag zur Res-
329 sourceeffizienz. Wir wollen Deutschland zum Leitanbieter in diesem Sektor
330 entwickeln. Wir werden deshalb branchenübergreifend die material- und tech-
331 nologieoffene Industrialisierung von Leichtbaukonzepten weiter fördern und
332 ausbauen.
- 333 • Wir halten an dem Ziel fest, Deutschland zum Leitmarkt und Leitanbieter für E-
334 Mobilität zu machen. Dabei verfolgen wir einen technologieoffenen Ansatz in-
335 inklusive der Wasserstoff-, Hybrid-, Batterie- und Brennstoffzellentechnologie.
336 Wir werden aus vorhandenen Eigenmitteln der KfW ein Programm mit zins-
337 günstigen Krediten zur Anschaffung besonders umweltfreundlicher Fahrzeuge
338 auflegen und damit insbesondere auch Elektrofahrzeuge fördern.

339

340 *Schlüsselindustrien weiter unterstützen*

341 Unser Ziel ist, bei Schlüsseltechnologien und IT-Kernkompetenzen (IT-Sicherheit,
342 Netzwerktechnik, Embedded Systems, Prozess- und Unternehmenssoftware, Kryp-
343 tographie, Machine-to-Machine-Kommunikation, etc.) eigene Technologieplattformen
344 und Produktionslinien in Deutschland bzw. im europäischen Verbund zu halten. Als
345 Alternative zu den geschlossenen digitalen Ökosystemen unterstützt und fördert der
346 Bund im Software-Bereich gerade auch die Entwicklung von offenen Plattformen und
347 Open-Source-Lösungen und setzt sich dafür auch auf europäischer Ebene ein. Wir
348 wollen im globalen Wettbewerb „Software made in Germany“ als Qualitätsverspre-
349 chen bzgl. Sicherheit, Datenschutz, Design und Nutzerfreundlichkeit stärken. Wir un-
350 terstützen Prozesse der Standardisierung, Interoperabilität und Zertifizierung als
351 wichtige Parameter für den Markterfolg deutscher Produkte.

352

353 Auch die Mikroelektronik wollen wir mit Blick auf die Digitalisierung unserer Industrie
354 und der Sicherung eigener Fähigkeiten in diesem Sektor als eine der Schlüsselindu-
355 strien für die Zukunft sichern und die Rahmenbedingungen am Standort Deutschland
356 weiter verbessern.

357

358 Die Luft- und Raumfahrt spielt eine wichtige strategische Rolle für unseren Wirt-
 359 schaftsstandort und ist ein Eckpfeiler der europäischen Kooperation. Sie ist Vorreiter
 360 für die Entwicklung und Erprobung neuer Technologien und wirkt über den Techno-
 361 logietransfer als Innovationstreiber in andere Wirtschaftsbereiche. Wir werden daher
 362 die Förderung entsprechend der Hightech-Strategie fortsetzen und die nationalen
 363 Förder- und Begleitstrukturen konsequent weiterentwickeln. Das Luftfahrtfor-
 364 schungsprogramm des Bundes werden wir weiterentwickeln und ausbauen.

365
 366 Der Bereich Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ist nicht nur aus wirtschaftlicher
 367 Sicht, sondern auch aus technologie- und sicherheitspolitischer Sicht von nationalem
 368 Interesse. Daher werden wir sicherstellen, dass Kernkompetenzen und Arbeitsplätze
 369 in Deutschland erhalten bleiben sowie Technologien und Fähigkeiten weiterentwik-
 370 kelt werden.

371
 372 Wir werden die maritime Wirtschaft stärken, Deutschland weiter zu einem maritimen
 373 Hightech-Standort ausbauen und die Nationalen Maritimen Konferenzen fortführen.
 374 Die Zukunftsstrategie „LeaderSHIP Deutschland“ wird weiterentwickelt. An den be-
 375 stehenden Finanzierungsinstrumenten, insbesondere den CIR-
 376 Zinsausgleichsgarantien und Exportgarantien (Hermesdeckungen), für den Schiffbau
 377 halten wir fest. Die Schiffbau- und Meerestechnik wird in die Hightech-Strategie ein-
 378 bezogen, die Vernetzung der maritimen Wirtschaft mit der Offshore-Windenergie-
 379 Branche vorangebracht.

380

381 **Mittelstand, Handwerk, Handel und Freie Berufe**

382

383 *Mittelstand*

384 Der Mittelstand ist der innovationsstarke Beschäftigungsmotor für Deutschland. Er
 385 verbindet regionale Verbundenheit und Internationalisierung. Er leistet einen wesent-
 386 lichen Beitrag zum Erhalt der Wertschöpfungskette am Wirtschaftsstandort Deutsch-
 387 land. Mittelständische Unternehmen, insbesondere das Handwerk, haben auch als
 388 „Ausbilder der Nation“ eine zentrale Rolle. Wir wollen die Rahmenbedingungen zur
 389 Entfaltung von Mittelstand, Selbständigkeit und Existenzgründungen verbessern.

390

391 *Mittelstandsförderung:* Wir werden die Mittelstandsförderung zielgerichtet fortsetzen.
 392 Wir wollen die Thesaurierungsregelungen für Einzelunternehmen prüfen. Das Pro-
 393 gramm „Unternehmen Region“ führen wir fort. Wir werden Förderprogramme bündeln
 394 und Antragsverfahren vereinfachen, damit noch mehr kleine und mittlere Unterneh-
 395 men daran teilhaben können.

396 Das Zentrale Innovationsförderprogramm Mittelstand (ZIM) stößt als Instrument zur
 397 Förderung innovationsstarker kleiner und mittlerer Unternehmen auf eine gute Ak-
 398 zeptanz. Es soll auch nach 2014 fortgeschrieben werden, um noch mehr Innovatio-
 399 nen aus dem Mittelstand zu ermöglichen. [*Die Projektförderung von Forschung und
 400 Entwicklung werden wir durch eine steuerliche Förderung für kleine und mittlere Un-
 401 ternehmen ergänzen. Damit wollen wir einen zusätzlichen Anreiz für den innovativen
 402 Mittelstand in Deutschland geben, damit dieser für seine Zukunftssicherung mehr in
 403 Forschung und Entwicklung investiert.*]

404

405 *Mittelstandsfinanzierung:* Hemmnisse bei der Mittelstandsfinanzierung werden wir
 406 abbauen und dafür sorgen, dass keine neuen entstehen. Wir werden uns für die Si-
 407 cherstellung der „klassischen“ Mittelstandsfinanzierung über Sparkassen, Volks- und
 408 Genossenschaftsbanken, Privatbanken und Förderbanken sowie Bürgschaftsbanken

409 stark machen. Exportorientierte deutsche Unternehmen brauchen auch in Zukunft die
 410 Unterstützung bei der Absicherung des Außenhandels durch sogenannte „Hermes-
 411 deckungen“. Die Export- und Projektfinanzierung der staatseigenen KfW-Bank für
 412 mittelständische Unternehmen muss fortgeführt werden. Wir werden die Einführung
 413 von Basel III kritisch begleiten und uns gegebenenfalls für Nachbesserungen einset-
 414 zen. Die aktuell guten Finanzierungskonditionen müssen von den Banken an den
 415 Mittelstand weitergegeben werden.

416

417 *Handwerk*

418 Wir wollen ein starkes Handwerk. Deutschland wird die europäische Diskussion über
 419 eine verstärkte Öffnung des Dienstleistungsbinnenmarktes konstruktiv begleiten. Wir
 420 werden allerdings unverändert darauf hinwirken, dass der Meisterbrief nicht durch
 421 Maßnahmen des europäischen Binnenmarktes beeinträchtigt wird und erhalten
 422 bleibt.

423

424 Wir bekennen uns zu den Kammern. Wir bestärken sie darin, ihre Dienstleistungs-
 425 funktion für die Mitgliedsunternehmen weiterzuentwickeln. Die Kammern müssen ei-
 426 nen spürbaren Beitrag für ihre Akzeptanz bei den Mitgliedsunternehmen leisten, in-
 427 dem sie sich noch stärker am Gedanken der Selbstverwaltung und der Interessen-
 428 wahrnehmung, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen orientieren. Transpa-
 429 renz von Entscheidungen ist dabei ein wichtiger Bestandteil des demokratischen
 430 Prinzips.

431 Die Tarifautonomie macht einen großen Teil der Erfolgsgeschichte des Handwerks
 432 aus. Damit das Handwerk zukunftsfähig bleibt, wollen wir die Sozialpartnerschaft und
 433 die Tarifbindung stärken. Wir appellieren an die Innungen als Körperschaften des öf-
 434 fentlichen Rechts, die wichtige gesellschaftliche Aufgabe und Verantwortung zu
 435 übernehmen, als Tarifpartner zur Verfügung zu stehen.

436

437 *Einzelhandel*

438 Der Einzelhandel befindet sich derzeit in einem Strukturwandel. Wir werden gemein-
 439 sam mit den Unternehmen und Verbänden, den Kommunen und den Gewerkschaf-
 440 ten eine Plattform ins Leben rufen, um neue Perspektiven für den Einzelhandel auf-
 441 zuzeigen – sowohl um die Verödung unserer Innenstädte zu verhindern, als auch
 442 um die Versorgung im ländlichen Raum zu gewährleisten.

443

444 *Freie Berufe*

445 Selbständige und Freiberufler stehen als wesentlicher Teil des Mittelstands im Fokus
 446 unserer Wirtschaftspolitik. Wir werden uns für den Erhalt der Selbstverwaltung von
 447 Kammern und Verbänden in den Freien Berufen auf europäischer Ebene einsetzen.

448

449 **Existenzgründer und Wachstumsfinanzierung**

450

451 Die Existenzgründer von heute sind der Mittelstand von morgen. Deshalb wollen wir
 452 Existenzgründungen fördern. Wir wollen eine zielgerichtete Förderung des bewähr-
 453 ten Gründercoachings, insbesondere für Gründungen aus Arbeitslosigkeit.

454

455 Wir wollen die Attraktivität von Beteiligungsinvestitionen insbesondere bei neu ge-
 456 gründeten Unternehmen steigern. Dazu werden wir entsprechend der vorhandenen
 457 Mittel die Rahmenbedingungen für Investoren verbessern, die mit ihrem Geld junge,
 458 wachstumsstarke Unternehmen vor allem im High-Tech-Bereich unterstützen. Mit
 459 dem High-Tech Gründerfonds steht ein gutes Instrument für die Frühphasenfinanzie-

460 rung zur Verfügung. Wir wollen die rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingun-
 461 gen für Wagniskapital international wettbewerbsfähig gestalten und Deutschland als
 462 Fondsstandort attraktiv machen. Hierfür ist ein eigenständiges Regelwerk erforder-
 463 lich. Auch neue Finanzierungsformen wie Crowdfunding („Schwarmfinanzierung“)
 464 brauchen einen verlässlichen Rechtsrahmen.
 465

466 Wir werden die Gründung von Genossenschaften wie andere Existenzgründungen
 467 fördern. Dazu werden wir geeignete Förderinstrumente entwickeln und bestehende
 468 anpassen. Wir werden Genossenschaften die Möglichkeit der Finanzierung von In-
 469 vestitionen durch Mitgliederdarlehen wieder eröffnen.
 470

471 **Kultur- und Kreativwirtschaft**

472
 473 Die Kultur- und Kreativwirtschaft eröffnet große wirtschaftliche und kulturelle Chan-
 474 cen für unser Land. Um sie entsprechend ihrer Bedeutung und ihres Potenzials zu
 475 fördern und weiterzuentwickeln bedarf es eines umfassenden Konzeptes. So wird die
 476 Koalition die Unterstützung im Rahmen der „Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft“
 477 der Bundesregierung fortsetzen und intensivieren. Programme der Wirtschaftsförde-
 478 rung sind stärker auch für Kulturbetriebe zu öffnen. Gleichzeitig sollte der in den För-
 479 derprogrammen des Bundes zugrunde gelegte Innovationsbegriff für die Kultur- und
 480 Kreativwirtschaft geöffnet und erweitert werden. Neben besserer Beratung bedarf es
 481 neuer Modellprojekte und Förderung von Forschung, Entwicklung und Technologie.
 482 Fördermöglichkeiten für die Kultur- und Kreativwirtschaft sollten in einer Datenbank
 483 dargestellt werden. Die Beteiligung Deutschlands an EU-Förderprogrammen muss
 484 durch bessere Beratung erhöht werden.
 485

486 **Tourismus**

487
 488 Der Tourismus in Deutschland ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, der vielen Men-
 489 schen Beschäftigung gibt, gerade auch in ländlichen Regionen. Dazu benötigt der
 490 Tourismus ein gutes Preis-Leistungsverhältnis, Qualität und Freundlichkeit im Ser-
 491 vice und weitere Anstrengungen mit Blick auf die Barrierefreiheit. Um qualifizierte
 492 Fachkräfte muss sich das Gastgewerbe, etwa durch verbesserte Ausbildungsan-
 493 strengungen, verstärkt bemühen. Der Ausbau der touristischen Infrastruktur muss mit
 494 den vorhandenen und bewährten Förderinstrumentarien weiter unterstützt werden.
 495 Die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) soll die internationale Vermarktung des
 496 Reiselandes Deutschlands auf dem bisherigen Niveau weiter unterstützen und auch
 497 dazu beitragen, die Bekanntheit von bislang weniger frequentierten Tourismusgebie-
 498 ten zu erhöhen. Wir wollen eine „Initiative Kulturtourismus“ ins Leben rufen und in
 499 Zusammenarbeit mit den Ressorts Kultur und Wirtschaft gestalten. Wesentliche Ziele
 500 sind Akteure aus den Feldern Kultur und Tourismus in ihrem Zusammenwirken zu
 501 qualifizieren sowie Modellprojekte und innovative Kooperationsformen zu fördern.]
 502

503 **Unternehmensnachfolge**

504
 505 Um die Unternehmensnachfolge zu erleichtern, werden wir Vermittlungsplattformen,
 506 wie die von den Kammern betriebene „nexus change“, unterstützen und weiter aus-
 507 bauen. Unternehmensnachfolge soll auch künftig durch die Erbschaftsbesteuerung
 508 nicht gefährdet werden. Notwendig ist daher eine verfassungsfeste und mittelstands-
 509 freundlich ausgestaltete Erbschafts- und Schenkungsteuer, die einen steuerlichen
 510 Ausnahmetatbestand bei Erhalt von Arbeitsplätzen vorsieht.

511
512
513
514
515
516
517
518
519
520
521
522
523
524

Bürokratieabbau

Wir wollen insbesondere den Mittelstand von unnötiger Bürokratie spürbar entlasten. Dazu wollen wir Projekte fördern, in denen Unternehmen und Verbände, Normenkontrollrat und Bundesministerien, Landesbehörden und Kommunen gemeinsam Vereinfachungsmöglichkeiten identifizieren und für eine entsprechend bessere Rechtsetzung sorgen. Notwendig sind auch Initiativen für eine unternehmensfreundliche Verwaltung etwa durch eine konsequente Umsetzung von E-Government zur elektronischen Kommunikation zwischen Unternehmen und Behörden. Wir wollen bei den Informations- und Statistikpflichten zu einer echten Entlastung kommen und den Erfüllungsaufwand reduzieren. Wir setzen uns für einen Normenkontrollmechanismus auf europäischer Ebene ein.

525 1.2. In Deutschlands Zukunft investieren: Bildung und Forschung

526

527 Hochschulen

528

529 Bildung, Wissenschaft und Forschung sind von überragender Bedeutung für die ge-
 530 sellschaftliche Entwicklung, gleiche Lebenschancen der Menschen und die interna-
 531 tionale Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Die klare Prioritätensetzung
 532 zugunsten von Bildung, Wissenschaft und Forschung, die im 10-Prozent-Ziel zum
 533 Ausdruck kommt, haben. Bund, Länder und Gemeinden in den letzten Jahren erfolg-
 534 reich umgesetzt. Sie muss in den nächsten Jahren fortgeführt und verstärkt werden.
 535 [Wir wollen die Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung im Zusam-
 536 menwirken von Bund, Ländern und Gemeinden verstärken], damit in unserer Gesell-
 537 schaft Teilhabe, Integration und Bildungsgerechtigkeit verwirklicht werden und unser
 538 Wohlstand auch künftigen Generationen erhalten bleibt.

539

540 *Zukunft des Wissenschaftssystems*

541 Das deutsche Wissenschaftssystem leistet einen entscheidenden Beitrag zur Zu-
 542 kunftsfähigkeit unseres Landes und unserer Gesellschaft. Im Zentrum dieses Wis-
 543 senschaftssystems stehen die Hochschulen, die in einzigartiger Form Forschung und
 544 Lehre vereinbaren. Sie sind von besonderer Bedeutung und erbringen herausragen-
 545 de Leistungen in der Bildung, Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses so-
 546 wie der Wissenschaft und Forschung.

547

548 Wir wollen die Dynamik der Exzellenzinitiative, des Hochschulpaktes und des Pakts
 549 für Forschung und Innovation erhalten, deren Leistungen für das Wissenschaftssy-
 550 stem weiterentwickeln und die Wissenschaftsförderung [insgesamt ausbauen]. Unse-
 551 re Kernanliegen sind die Stärkung der Hochschulen, die Stärkung der Wissen-
 552 schaftsorganisationen und die Förderung strategischer Profile und Kooperationen im
 553 Wissenschaftssystem. [Wir streben für die nächsten Jahre einen Gleichklang bei den
 554 Aufwüchsen zwischen der Grundfinanzierung der Hochschulen und der Förderung
 555 der außeruniversitären Forschungseinrichtungen an.] Wir gewährleisten Planungssi-
 556 cherheit und schaffen eine nachhaltige Perspektive für das deutsche Wissenschafts-
 557 system. [Offen: Ausgestaltung der Grundgesetzänderung; Vorschlag SPD: *Die Koali-
 558 tion wird eine Verfassungsänderung vorschlagen, die es Bund und Ländern ermög-
 559 licht, auf der Grundlage von Vereinbarungen und bei Zustimmung aller Länder bei
 560 der Förderung von Bildung, Forschung und Lehre zusammenzuwirken.*]

561

562 *Fortsetzung des Hochschulpakts*

563 Wir wollen den Hochschulpakt fortsetzen und zügig die Verhandlungen über die dritte
 564 Phase aufnehmen. [Offen; Vorschlag SPD: *Wir wollen den Hochschulpakt dauerhaft
 565 auf hohem Niveau verstetigen sowie auf neue Herausforderungen ausrichten*]. Dabei
 566 sollen Hochschulen für gute Lehre und Angebote, die mehr Studierende qualitätsge-
 567 sichert zu einem erfolgreichen Abschluss führen, stärker honoriert werden. Das Ziel,
 568 mehr beruflich Qualifizierten den Zugang zur Hochschule zu eröffnen, werden wir
 569 ebenfalls im Hochschulpakt verankern.

570

571 *Weiterentwicklung der Exzellenzinitiative*

572 Die Exzellenzinitiative von Bund und Ländern hat in sehr erfolgreicher Art und Weise
 573 eine neue Dynamik in das deutsche Wissenschaftssystem gebracht, die wir erhalten
 574 und ausbauen wollen. Wir werden dabei auch die Förderlinien, die sich besonders
 575 bewährt haben, in wissenschaftsgeleiteten Verfahren [weiterentwickeln und in neue

576 Förderformate überführen]. Dabei wollen wir die besondere Situation erfolgreicher
 577 Projekte aus der zweiten Runde der Exzellenzinitiative berücksichtigen. Darüber hin-
 578 aus werden wir [regionale Verbände stärker fördern].

579

580 *Fortsetzung des Pakts für Forschung und Innovation*

581 Mit dem Pakt für Forschung und Innovation (PFI) konnten die internationale Wettbe-
 582 werbs- und Innovationsfähigkeit der deutschen Forschungslandschaft deutlich ge-
 583 steigert werden. [Wir werden die Förderung der fünf Wissenschaftsorganisation
 584 Deutsche Forschungsgemeinschaft, Max-Planck-Gemeinschaft, Helmholtz-
 585 Gemeinschaft, Fraunhofer-Gesellschaft und Leibniz-Gemeinschaft durch verlässliche
 586 Aufwüchse über das Jahr 2015 hinaus fortführen. Sie soll im Gleichklang mit der
 587 Hochschulfinanzierung weiterentwickelt werden.] Wir werden mit den Wissenschafts-
 588 organisationen konkrete Ziele beispielsweise zur Gleichstellung, Nachwuchsförde-
 589 rung und zu mehr Kooperation insbesondere im Wissenschaftssystem vereinbaren.
 590 [Offen: [Höhe der Förderung]; Vorschlag SPD: *Bei der jährlichen Steigerung der Zu-*
 591 *schüsse des Bundes an die außeruniversitären Einrichtungen werden wir uns an den*
 592 *Empfehlungen des Wissenschaftsrats orientieren. Die Steigerungsraten sollen*
 593 *deshalb einen Inflationsausgleich zuzüglich mindestens 1% nicht unterschreiten.*]

594

595 *Verbesserung der Grundfinanzierung der Hochschulen*

596 Die Hochschulen stehen im Zentrum des Wissenschaftssystems. Ihnen verlässliche
 597 Perspektiven und Planungssicherheit zu geben, muss im Zentrum der Wissen-
 598 schaftspolitik der nächsten Jahre stehen. [Die jährlichen Aufwüchse der Grundfinan-
 599 zierung sollen sich an den Vorschlägen des Wissenschaftsrats orientieren.]

600 [Offen; Vorschlag SPD: *In Einklang mit den Empfehlungen zahlreicher wichtiger Ak-*
 601 *teure der Wissenschaftspolitik stellen wir die verlässliche Verbesserung der Grundfi-*
 602 *nanzierung der Hochschulen ins Zentrum. [Hierzu wird der Bund durch die vollstän-*
 603 *dige Übernahme des BAföG einen Beitrag leisten.] Im Gegenzug sollen sich die Län-*
 604 *der verpflichten, die frei werdenden Mittel in die Grundfinanzierung ihrer Hochschu-*
 605 *len zu investieren. Das ist ein gutes Beispiel für die Wahrnehmung einer gemeinsa-*
 606 *men Verantwortung von Bund und Ländern für die Zukunftsfähigkeit der Hochschu-*
 607 *len und des Wissenschaftssystems als Ganzes.*]

608

609 *Planbare und verlässliche Karrierewege in der Wissenschaft*

610 Befristete Beschäftigungsverhältnisse aufgrund von Qualifizierungsphasen, zeitlich
 611 befristeten Forschungsprojekten und anderen Sachgründen liegen in der Natur des
 612 Wissenschaftsbetriebs; ihr Anteil – insbesondere über sehr kurze Zeiträume – hat in
 613 den letzten Jahren ein Maß erreicht, das Handlungsbedarf entstehen lässt. An erster
 614 Stelle ist ein aktives Gegensteuern Aufgabe der Hochschulen und Forschungsein-
 615 richtungen in ihrer Rolle als Arbeitgeber. Wir begrüßen entsprechende Aktivitäten der
 616 Wissenschaftsorganisationen und werden deren Bemühungen durch eine Novellie-
 617 rung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes flankieren. Wir wollen für den wissen-
 618 schaftlichen Nachwuchs planbare und verlässliche Karrierewege schaffen. Der Bund
 619 wird im Rahmen seiner Förderung und bei Vereinbarungen zu neuen Instrumenten
 620 auf angemessene Laufzeiten der Anstellungsverträge achten.

621

622 *Chancengleichheit im Wissenschaftssystem*

623 Frauen sind trotz wichtiger Fortschritte in den letzten Jahren auch im deutschen Wis-
 624 senschaftssystem noch immer strukturell benachteiligt. Vom Studium über die Pro-
 625 motion, die Post-Doc-Phase und weitere Qualifizierung bis hin zur Professur nimmt
 626 ihr Anteil kontinuierlich ab. Zukunftsorientierte Politik muss die Voraussetzungen da-

627 für schaffen, dass Frauen auf allen Ebenen des Wissenschaftssystems, vor allem
 628 auch in Führungspositionen, angemessen vertreten sind. Deshalb werden wir bei
 629 Vereinbarungen über neue Förderinstrumente für die Wissenschaft künftig verstärkt
 630 die Einhaltung von Gleichstellungsstandards und die Festlegung konkreter Ziele für
 631 mehr Frauen in Führungspositionen verankern. Die Festsetzung von Zielquoten über
 632 das Kaskadenmodell ist unerlässlich, ihre konsequente Umsetzung bei den For-
 633 schungsorganisationen werden wir nachdrücklich einfordern.

634
 635 Das erfolgreiche Professorinnen-Programm führen wir fort. Zur Förderung der Ver-
 636 einbarkeit von Familie und Beruf wollen wir Hochschulen und Wissenschaftsorgani-
 637 sationen bei der Etablierung familienfreundlicher Strukturen weiter unterstützen.

638
 639 *Durchlässigkeit des Bildungssystems stärken – akademische und berufliche Bildung*
 640 *besser verzahnen*

641 Wir nehmen besonders die Übergänge zwischen beruflicher und akademischer Bil-
 642 dung in den Blick, bei denen es in Deutschland trotz mancher Fortschritte nach wie
 643 vor Nachholbedarf gibt. Wir werden die Akteure beider Bereiche bei der Entwicklung
 644 und Verbreitung von Brückenangeboten unterstützen, die beruflich Qualifizierten den
 645 Zugang zu einem Hochschulstudium und zu akademischen Weiterbildungsangebo-
 646 ten eröffnen. [Durch die Ausweitung des Wettbewerbs „Aufstieg durch Bildung – of-
 647 fene Hochschule“ werden wir die Hochschulen bei der Entwicklung passgenauer An-
 648 gebote für die Zielgruppe der beruflich Qualifizierten unterstützen. Ebenso werden
 649 wir die Akteure unterstützen, ihre Angebote für Menschen, die aus einem Studium in
 650 eine berufliche Bildung wechseln, weiterzuentwickeln und zu systematisieren.]

651
 652 *Geistes-, Kultur- und Gesellschaftswissenschaften stärken*

653 [Wir werden die Förderung der Geistes-, Kultur- und Gesellschaftswissenschaften in
 654 Deutschland insbesondere mit interdisziplinären und sektorübergreifenden Initiativen
 655 ausbauen.] Dabei werden wir europäische und internationale Aspekte in den Vorder-
 656 grund rücken, Nachwuchs gezielt fördern, [Informationsinfrastrukturen ausbauen]
 657 und im außereuropäischen Ausland internationale Kollegs für Geistes- und Sozial-
 658 wissenschaften etablieren. Die erfolgreiche Förderung der „Kleinen Fächer“ wird
 659 durch [neue Initiativen zur Vernetzung erweitert].

660
 661 *Friedens- und Konfliktforschung stärken*

662 Die Bedeutung der Friedens- und Konfliktforschung hat angesichts der internationa-
 663 len Entwicklungen der vergangenen Jahre wie insbesondere vor dem Hintergrund
 664 der Krisen in den arabischen Staaten erheblich zugenommen. [Wir werden die För-
 665 derung der Friedens- und Konfliktforschung in den kommenden vier Jahren spürbar
 666 ausweiten.]

667
 668 *Digitalisierung und Infrastruktur in der Wissenschaft*

669 Wir werden eine Strategie für den digitalen Wandel in der Wissenschaft initiieren,
 670 zum Beispiel um Zugang und Nutzbarkeit von komplexen Forschungsdaten zu ver-
 671 bessern. Gemeinsam mit den Ländern werden wir einen Rat für Informationsinfra-
 672 strukturen gründen, in dem sich die Akteure des Wissenschaftssystems über die Er-
 673 arbeitung disziplinen- und institutionenübergreifender Strategien und Standards ver-
 674 ständigen. Zudem wollen wir [virtuelle Forschungsumgebungen stärken], die es For-
 675 scherinnen und Forschern erlauben, mithilfe digitaler Medien über disziplinäre, insti-
 676 tutionelle und geografische Grenzen hinweg zusammenzuarbeiten und daraus auch
 677 neue Forschungsmethoden und -gegenstände zu entwickeln.

678
 679 Den Nationalen Roadmap-Prozess für große Forschungsinfrastrukturen wollen wir
 680 unter Berücksichtigung neuer Kooperationsmöglichkeiten zwischen Bund und Län-
 681 dern weiter entwickeln. Dabei sollen – auch vor dem Hintergrund der Bedeutung der
 682 Nutzung solcher Infrastrukturen insbesondere für Hochschulen – alle Wissenschafts-
 683 einrichtungen und Forschungsorganisationen einbezogen werden.

684
 685 Wir werden weiterhin auf europäischer und internationaler Ebene aktiv an der Gestal-
 686 tung von Forschungsinfrastrukturen von europäischer und globaler Bedeutung mit-
 687 wirken.

688
 689 *Internationalisierung der Wissenschaft*

690 Wir wollen eine neue Qualität der internationalen Wissenschaftszusammenarbeit er-
 691 reichen und die Internationalisierungsstrategie weiterentwickeln. Dabei werden wir
 692 mit den deutschen Wissenschafts- und Forschungsorganisationen eine verstärkte
 693 Vernetzung ihrer Aktivitäten der Internationalisierung vereinbaren und sie hierbei un-
 694 terstützen.

695
 696 Zudem werden wir die Forschungszusammenarbeit mit den Schwellen-, Entwick-
 697 lungs- und Transformationsländern strategisch [ausbauen].

698
 699 Deutschland ist bereits heute nach den USA und Großbritannien das drittichtigste
 700 Gastland für Studierende aus dem Ausland. Bis zum Ende des Jahrzehnts wollen wir
 701 dafür sorgen, dass die Zahl ausländischer Studierender um rund ein Drittel auf etwa
 702 350.000 gesteigert wird. Die Mobilität deutscher Studierender wollen wir gezielt er-
 703 weitern. Wir wollen, dass jeder zweite Studienabsolvent und jede zweite Studienab-
 704 solventin studienbezogene Auslandserfahrung gesammelt hat.

705
 706 Zentrale Impulsgeber für das Thema Mobilität an Hochschulen und Forschungsein-
 707 richtungen sind der Deutsche Akademische Austauschdienst und die Alexander von
 708 Humboldt Stiftung mit ihren zahlreichen Außenstellen, die im Rahmen des Internatio-
 709 nalen Hochschulmarketings für den Bildungs- und Wissenschaftsstandort Deutsch-
 710 land werben. Ihre Schlagkraft wollen wir erhöhen und Synergien nutzen.

711
 712 *BAföG [substanziell erhöhen und] strukturell weiterentwickeln*

713 Das BAföG ist seit mehr als 40 Jahren ein bewährtes und erfolgreiches Instrument
 714 für mehr Chancengleichheit im deutschen Bildungssystem und für die soziale Öff-
 715 nung der Hochschulen. Das Ziel, jungen Menschen unabhängig von ihrer sozialen
 716 Herkunft und finanziellen Situation die Aufnahme eines Hochschulstudiums zu er-
 717 ermöglichen, ist heute nach wie vor aktuell. Wir werden zügig eine BAföG-Reform auf
 718 den Weg bringen, die [eine substanzielle Erhöhung der Bedarfssätze und Freibeträ-
 719 ge ebenso umfassen wird wie strukturelle Verbesserungen]. Ziel ist es, mit dem BA-
 720 föG als dem zentralen Instrument der staatlichen Studienfinanzierung passgenau auf
 721 die Bedürfnisse und die heutige Lebensrealität der Studierenden reagieren zu kön-
 722 nen. An erster Stelle stehen dabei eine verbesserte Anpassung des BAföG an die
 723 gestufte Studienstruktur aus Bachelor- und Master-Studiengängen. Auch die Förde-
 724 rung von Auszubildenden mit betreuungsbedürftigen Kindern während einer Teilzeit-
 725 ausbildung ist uns ein wichtiges Anliegen.

726
 727 *Begabtenförderung*

728 Mit Erfolg fördert der Bund seit Jahrzehnten begabte junge Leute, indem er die Be-
 729 gabtenförderwerke und die Stiftung Begabtenförderung Berufliche Bildung unter-
 730 stützt. Um den hochqualifizierten Nachwuchs zu sichern, werden wir dieses Enga-
 731 gement fortführen. [Das Deutschlandstipendium werden wir mit der Zielmarke von 2
 732 % der Studierenden in dieser Legislaturperiode fortführen.]
 733

734 **Allgemeine Bildung**

735

736 *Kulturelle Bildung in die Breite tragen*

737 Kulturelle Bildung erschließt neue Welten und trägt maßgeblich zur Persönlichkeits-
 738 bildung bei. Alle Kinder und Jugendlichen müssen deshalb Zugang zu kultureller Bil-
 739 dung haben. Mit dem Programm „Kultur macht stark“ leisten wir einen Beitrag dazu,
 740 dass kulturelle Bildung in der Breite ankommt.
 741

741

742 *Politische Bildung*

743 Die Politische Bildung ist ein zentrales Element zur Stärkung unserer Demokratie.
 744 Auch die außerschulische politische Bildung, nicht zuletzt durch die politischen Stif-
 745 tungen, wollen wir stärken.
 746

746

747 *Für die Fachkräfte von morgen: MINT-Bildung ausbauen*

748 Wir werden die MINT-Bildung stärken, Innovationsfähigkeit fördern und dem Fach-
 749 kräftemangel im MINT-Bereich früh entgegenwirken. Wir unterstützen gemeinsam
 750 mit Wissenschaft und Wirtschaft die Stiftung „Haus der kleinen Forscher“. Wir wollen
 751 80 Prozent aller Kindertagesstätten bis 2015 erreichen.
 752

752

753 *Digitale Bildung*

754 Wir werden mit den Ländern und Akteuren aus allen Bildungsbereichen eine ge-
 755 meinsame Strategie „Digitales Lernen“, die die Chancen der neuen Medien für gute
 756 Bildung entschlossen nutzt, entwickeln und umsetzen.
 757

757

758 [Jeder Schülerin und jedem Schüler soll ein mobiles Endgerät zur Verfügung stehen.
 759 Wir werden mit privaten Partnern ein Rahmenprogramm dafür initiieren und die not-
 760 wendigen Mittel bereitstellen. Dabei ist die Digitalisierung der Lehrinhalte ebenso
 761 Voraussetzung wie die technische Unabhängigkeit von gewissen Produkten.]
 762

762

763 Die digitale Lehrmittelfreiheit muss gemeinsam mit den Ländern gestärkt werden.
 764 Grundlage hierfür ist ein bildungs- und forschungsfreundliches Urheberrecht und eine
 765 umfassende Open-Access-Politik. Schulbücher und Lehrmaterial auch an Hochschu-
 766 len sollen, soweit möglich, frei zugänglich sein, die Verwendung freier Lizenzen und
 767 Formate ausgebaut werden.
 768

768

769 Nicht nur in Schulen und Kitas möchten wir die IT-Fertigkeiten und den Umgang mit
 770 den Medien vermitteln. Eine starke digitale Wirtschaft braucht starke Fachkräfte,
 771 deshalb werden wir in einem kooperativen Miteinander von Bund und Ländern die
 772 Bildung und Ausbildung in den Bereichen IT und Technologie praxisorientiert stär-
 773 ken.
 774

774

775 Wir unterstützen die Förderung von Wissenschaftskompetenz von der Grundschule
 776 bis zur Hochschule. Dabei fördern wir Programme und Wettbewerbe in den MINT-
 777 Fächern und einen zeitgemäßen Informatikunterricht ab der Grundschule. Damit das
 778 Wissen entsprechend vermittelt werden kann, sind Fortbildungsmöglichkeiten für

779 Lehrerinnen und Lehrer zur Medienkompetenz dringend notwendig. Wir streben au-
 780 ßerdem die Verfügbarkeit ausreichender Master-Studienplätze im Bereich IT an.
 781 Zielgerichtet sollen vor allem Mädchen und junge Frauen für diese Berufsfelder be-
 782 geistert werden. Der Aufbau eines Mentorinnennetzwerks in der digitalen Wirtschaft
 783 ist dabei eine geeignete Maßnahme. Der Anteil von Studentinnen zum Beispiel bei
 784 Informatik und Elektrotechnik soll erhöht werden. Auch in den MINT-Fächern legen
 785 wir den Fokus verstärkt auf die jungen Schülerinnen und Studentinnen.
 786

787 Nach dem Vorbild der Eliteschulen des Sports werden wir mit den Ländern Gesprä-
 788 che aufnehmen, um die Einführung von Profilschulen IT/Digital mit dem Schwer-
 789 punktprofil Informatik anzuregen. Dabei ist die Kooperation mit Hochschulen oder
 790 Forschungseinrichtungen sowie ggf. privaten Partnern obligatorisch.
 791

792 *[Offen: Ganztagschulprogramm; Vorschlag SPD:*

793 *Ganztagschulprogramm für mehr Chancengleichheit*

794 *Wir sind von den großen pädagogischen, sozialen und gesellschaftlichen Potenzia-*
 795 *len guter Ganztagschulen überzeugt. Unser langfristiges Ziel ist es daher, jedem*
 796 *Kind und Jugendlichen unabhängig vom Wohnort, der besuchten Schulform oder be-*
 797 *sonderen Förderbedarfen einen Ganztagschulplatz anbieten zu können. Um dieses*
 798 *Ziel zu erreichen, werden wir den Ländern ein neues Ganztagschulprogramm vor-*
 799 *schlagen, das aus zwei gleichwertigen Förderlinien besteht: einer Investitionslinie,*
 800 *um das Angebot an Ganztagschulplätzen zu erhöhen und die baulichen Vorausset-*
 801 *zungen für eine gute Schulbildung zu schaffen, sowie einer Qualitätslinie, um die*
 802 *Ganztagschulangebote pädagogisch zu verbessern, die lokalen Bildungsnetzwerke*
 803 *zu stärken und das dafür erforderliche Lehr- und Fachpersonal zu fördern.*
 804

805 *[Die Mittel für Investitionen sollen sich am ersten Ganztagschulprogramm (IZBB)*
 806 *orientieren. Für die Qualitätslinie sind Anstrengungen in derselben Größenordnung*
 807 *notwendig.]*
 808

809 *Das neue Ganztagschulprogramm wollen wir nutzen, um in beiden Förderlinien die*
 810 *Potenziale guter Ganztagschulen für eine bessere individuelle Förderung, die Um-*
 811 *setzung einer inklusiven Schulbildung, die Stärkung der Integration durch Bildung*
 812 *und für den Ausbau der Schulsozialarbeit besser zur Geltung zu bringen.]*
 813

814 *Bildungsforschung*

815 Die empirische Bildungsforschung liefert wichtige Erkenntnisse über Bildungsverläufe
 816 und die Wirksamkeit von Maßnahmen. Neue Schwerpunkte wollen wir in den näch-
 817 sten Jahren in den Bereichen der Inklusion im Bildungssystem sowie der beruflichen
 818 Bildung und der Frage von Übergängen setzen. Die Bildungsstatistik wird die Bun-
 819 desregierung durch eine Novellierung der entsprechenden Gesetze sichern.
 820

821 **Berufliche Bildung**

822
 823 Die berufliche Bildung in Deutschland ist ein Erfolgsmodell und bietet vielen Men-
 824 schen eine hervorragende Qualifizierung und damit einhergehende positive Karriere-
 825 und Lebenschancen. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung unseres künf-
 826 tigen Fachkräftebedarfs und Wohlstands. Die Koalition wird einen Schwerpunkt auf
 827 die Stärkung der beruflichen Bildung legen.
 828

829 *Chance Beruf*

830 Angesichts des demografischen Wandels können wir es uns heute weniger denn je
 831 leisten, dass junge Menschen hinter ihren Möglichkeiten zurück bleiben. Wir wollen
 832 alle jungen Menschen erreichen. Deshalb werden wir [jeder und jedem Einzelnen ei-
 833 ne gute persönliche Beratung und Begleitung bei der Berufs- und Studienwahl er-
 834 möglichen]. Sie setzt präventiv an, orientiert sich an der individuellen Bildungsbi-
 835 ographie und bricht auch geschlechtsspezifische Muster auf. Schülerinnen und Schü-
 836 ler, Auszubildende, Studierende sowie Weiterbildungsinteressierte sollen systema-
 837 tisch beraten werden, damit ihnen verschiedene Bildungspfade eröffnet werden. [Wir
 838 werden dafür ein lokal verankertes Netzwerk von Beratungs- und Informationsange-
 839 boten auf den Weg bringen.]

840
 841 In Kooperation mit den Ländern werden wir [die erfolgreiche Initiative „Bildungsket-
 842 ten“ ausbauen, damit möglichst viele Jugendliche früh ihre Potenziale wahrnehmen,
 843 berufliche Optionen kennen lernen und so einen Schul- und Berufsabschluss errei-
 844 chen. Am Übergang zur Ausbildung werden wir die Berufseinstiegsbegleitung aus-
 845 bauen, die Chancen der assistierten Ausbildung nutzen und mehr Anschlussmög-
 846 lichkeiten zwischen den verschiedenen Bildungswegen schaffen].

847
 848 *Allianz für Aus- und Weiterbildung*

849 Wir werden den Ausbildungspakt gemeinsam mit den Sozialpartnern und den Län-
 850 dern zur „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ weiterentwickeln. Ziel der Allianz ist die
 851 Umsetzung der Ausbildungsgarantie in Deutschland. Kein junger Mensch darf zu-
 852 rückbleiben oder wertvolle Lebenszeit in Warteschleifen verlieren. Zusammen mit
 853 den Partnern in der Allianz unterstützen wir Jugendliche mit schlechteren Startchan-
 854 cen insbesondere durch ausbildungsbegleitende Hilfen und die assistierte Ausbil-
 855 dung. Die Ausbildungsqualität wollen wir in den Blick nehmen und Ausbildungsab-
 856 brüchen vorbeugen. Die Eingliederung junger Menschen mit Behinderungen in eine
 857 Berufsausbildung (Inklusion) ist uns dabei ein besonderes Anliegen. Die Maßnahmen
 858 des Übergangssystems und zur Förderung beruflicher Ausbildung werden wir ge-
 859 meinsam mit den Ländern überprüfen und auf eine vollqualifizierende betriebliche
 860 Berufsausbildung hin ausrichten.

861
 862 *Duale Ausbildung stärken*

863 Wir wollen die duale Ausbildung stärken und modernisieren. Wir werden das Berufs-
 864 bildungsgesetz evaluieren und Anpassungen prüfen, insbesondere in Hinblick auf die
 865 Erhöhung der Durchlässigkeit, die Stärkung der Ausbildungsqualität und gestufter
 866 Ausbildungen, die Bildung von Berufsfamilien und die Sicherung des Ehrenamtes in
 867 den Prüfungsgremien. Wir bekräftigen zudem den hohen Wert des Konsensprinzips
 868 in der Berufsordnungsarbeit von öffentlicher Hand und Sozialpartnern.

869
 870 Die überbetrieblichen Berufsbildungsstätten und Kompetenzzentren leisten wichtige
 871 Beiträge zur Berufsorientierung und zur Unterstützung des ausbildenden Mittel-
 872 stands. Wir werden sie daher auf dem bisherigen Niveau weiter fördern.

873
 874 *Kompetenzen anerkennen*

875 Wir werden das Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im
 876 Ausland erworbener Berufsqualifikationen („Anerkennungsgesetz“) wo notwendig
 877 anpassen. Migrantinnen und Migranten, die noch Qualifizierungsmaßnahmen absol-
 878 vieren müssen, damit ihr Abschluss als gleichwertig anerkannt wird, [wollen wir fi-
 879 nanziell unterstützen. Wir werden die Beratungsstrukturen im In- und Ausland ver-
 880 stärken und die Betreuung verbessern.]

881
 882 Für Menschen, die sogenannte informelle Kompetenzen erworben haben, die sie
 883 nicht durch Zertifikate belegen können, wollen wir neue Verfahren entwickeln und er-
 884 proben, die zu Transparenz und Anerkennung führen.

885
 886 *Internationale Bildungskooperationen in der beruflichen Bildung*

887 Auf europäischer und internationaler Ebene gehen wir mit unserem Beitrag voran,
 888 um die Berufsperspektiven der Jugendlichen zu verbessern und die hohe Jugendar-
 889beitslosigkeit in der EU zu senken. Wir unterstützen die Europäische Ausbildungs-
 890allianz der EU-Mitgliedsstaaten durch Beratung und Leuchtturmprojekte. Wir kooperie-
 891ren weltweit mit Partnerländern, die an dualer Ausbildung interessiert sind, bei Auf-
 892bau und Modernisierung von erfolgreichen Berufsbildungssystemen. Unsere Auszu-
 893bildenden und ausgebildeten Fachkräfte sollen sich auf internationalen Märkten er-
 894folgreich bewegen und interkulturelle Kompetenzen entwickeln. Deswegen wollen wir
 895den Anteil der Jugendlichen, die während ihrer Ausbildung einen Auslandsaufenthalt
 896absolvieren, verdoppeln.

897
 898 *Weiterbildung ausbauen*

899 Angesichts des demographischen Wandels ist das lebenslange Lernen so wichtig
 900 wie nie. Diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe wollen wir im Rahmen der „Allianz
 901 für Aus- und Weiterbildung“ bewältigen.

902 Wir sind von der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung über-
 903zeugt. Das haben wir mit dem Deutschen Qualifikationsrahmen dokumentiert. Wir
 904werden dafür sorgen, dass neue Abschlusszeugnisse das jeweilige Qualifikationsni-
 905veau ausweisen. Wir werden die Durchlässigkeit stärken und Berufstätige, die ihren
 906beruflichen Aufstieg durch Bildung in die Hand nehmen wollen, unterstützen.

907
 908 Die Koalition wird dazu das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) mit dem
 909Ziel novellieren, [die Förderleistungen zu verbessern und die Fördermöglichkeiten zu
 910erweitern]. Im Sinne der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung
 911wollen wir Bachelor-Absolventen und -Absolventinnen den Zugang zur geförderten
 912Aufstiegsfortbildung eröffnen, wenn sie entsprechende berufliche Erfahrungen vor-
 913weisen können. Das Aufstiegsstipendium werden wir fortführen.

914
 915 Ein demokratisches Gemeinwesen ist auf mündige Bürgerinnen und Bürger ange-
 916wiesen. Es ist uns deshalb ein wichtiges Anliegen, die allgemeine Weiterbildung zu
 917stärken. Die Koalition will den Kampf gegen Bildungsarmut fortsetzen und intensivie-
 918ren. Wir werden die Alphabetisierungsstrategie von Bund und Ländern zu einer De-
 919kade der Alphabetisierung weiterentwickeln und [die Förderung ausbauen. Die er-
 920folgreiche Bildungsprämie wollen wir fortführen.]

921
 922 **Forschung**

923
 924 Deutschland hat in den vergangenen Jahren in einer gemeinsamen Kraftanstrengung
 925 von Bund, Ländern und Wirtschaft einen deutlichen Zuwachs bei den Investitionen
 926 für Forschung und Entwicklung verzeichnen können. Diese gute Entwicklung werden
 927 wir durch eine konsequente Unterstützung der Hochschulforschung, den Ausbau der
 928 Programmförderung und die Förderung der außeruniversitären Forschungsorganisa-
 929tionen vorantreiben. Wir streben an, [die Forschungsinvestitionen über die Marke von
 930drei Prozent des BIP hinaus weiter deutlich zu steigern.

931 *Diese Steigerung deckt die Mehrbedarfe in der 18. Legislaturperiode und damit alle*
 932 *nachfolgend aufgeführten Maßnahmen ab.]*

933

934 *[Hightech- und Innovationsstrategie für Deutschland*

935 Die Hightech-Strategie werden wir zu einer umfassenden ressortübergreifenden In-
 936 novationsstrategie für Deutschland weiterentwickeln. Zu den großen gesellschaftli-
 937 chen Herausforderungen, die wir mit dieser Innovationsstrategie bewältigen wollen,
 938 gehören vor allem Veränderungen wie die demographische Entwicklung, die Digitali-
 939 sierung und die Entwicklung einer nachhaltigen Wirtschaftsweise. Wir wollen diese
 940 Zukunftsaufgaben im Verbund von Wissenschaft, Gesellschaft, Wirtschaft und Politik
 941 gestalten und dabei technologische wie gesellschaftliche Innovationen in den Blick
 942 nehmen. Wir werden geistes- und sozialwissenschaftliche Begleitforschung sowie die
 943 interdisziplinäre Zusammenarbeit unterstützen, um den verantwortungsbewussten
 944 Umgang mit der Forschung und ihren Ergebnissen zu stärken. Den Ausbau der eu-
 945 ropäischen und internationalen Forschungskooperationen werden wir vertiefen.

946

947 *Forschung für die Gesundheit der Menschen*

948 Die Gesundheitsforschung wird weiter eine herausgehobene Stellung in unseren
 949 Förderanstrengungen einnehmen. Das Konzept der Deutschen Zentren der Gesund-
 950 heitsforschung werden wir in einem wissenschaftsgeleiteten Verfahren fortentwik-
 951 keln.

952

953 Wir werden unter der Überschrift „Gesundheit im Lebensverlauf“ den Patienten in
 954 den Mittelpunkt stellen und neue Initiativen für eine moderne Kinder- und Jugendme-
 955 dizin, Arbeitsmedizin sowie die Geschlechter- und Altersmedizin auch unter dem Ge-
 956 sichtspunkt der Prävention und Gesunderhaltung starten. Die individualisierte Medi-
 957 zin wollen wir mit innovativen Strukturen und breit angelegter Forschung weiter stär-
 958 ken.

959

960 Die Versorgungsforschung werden wir stärken, um vor allem die Alltagsversorgung
 961 von Patienten zu verbessern. Dazu gehören vor allem die Pflegewissenschaft, aber
 962 auch die Biometrie, Epidemiologie und Medizininformatik sowie der Aufbau von klini-
 963 schen Registern, sofern eine dauerhafte Finanzierung im Versorgungssystem garan-
 964 tiert wird.

965

966 Wir werden die Wirkstoffforschung stärken, um beispielsweise im Bereich der Anti-
 967 biotika zur Bekämpfung von Multiresistenz und Sepsis die Entwicklung neuer Medi-
 968 kamente zu fördern. Ebenso werden wir die Medizintechnik fördern.

969

970 Mit der Stärkung von Forschung zu vernachlässigten, armutsassoziierten Erkrankun-
 971 gen und durch Forschungskooperationen mit betroffenen Regionen, besonders in
 972 Afrika, tragen wir dazu bei, den Teufelskreis von Armut und Krankheit in Entwick-
 973 lungsländern zu durchbrechen.

974

975 *Forschung für die Energieversorgung, Klima und Ressourcen*

976 Die Energieforschung wird konsequent auf die Energiewende ausgerichtet. Voraus-
 977 setzung hierzu sind Forschung und Entwicklung für intelligente Lösungen insbeson-
 978 dere in den Bereichen Energieeffizienz, Energieeinsparung, Erneuerbare Energien
 979 und Versorgungssysteme (u. a. Speicher, Netze und Systemdienstleistungen durch
 980 erneuerbare Energien). Die Koalition wird im Energieforschungsprogramm neue,
 981 thematisch übergreifende und systemorientierte Forschungsansätze aufgreifen, um

982 zusätzliche Potenziale für den Innovationsprozess entlang der gesamten Wertschöpfungs-
 983 kette zu erschließen. Die Projektförderung ist dabei das geeignete Steuerungs-
 984 instrument, um ein zielgerichtetes politisches Handeln zu ermöglichen. [Wir werden
 985 daher die Mittel im Energieforschungsprogramm verstetigen.]

986 Wir werden auch die europäische Dimension des Themas durch eine geeignete Ver-
 987 netzung der Forschungsmaßnahmen berücksichtigen und dabei auch die Entwick-
 988 lungen der Digitalisierung und des Internets einbeziehen. Die Klimaforschung wollen
 989 wir mit den Schwerpunkten Klimamodellierung und regionale Klimafolgenabschät-
 990 zung stärken. Gleiches gilt für Forschung zu Chancen und Risiken sowie zu Hand-
 991 lungsoptionen.

992
 993 Mit der Förderung der Bioökonomie wollen wir den Wandel von einer überwiegend
 994 auf fossilen Rohstoffen basierenden Wirtschaft zu einer auf erneuerbaren Ressour-
 995 cen beruhenden, rohstoffeffizienten Wirtschaft vorantreiben und damit die Energie-
 996 wende unterstützen. Die Meeres- und Polarforschung leistet ebenfalls wichtige Bei-
 997 träge zur Erforschung des Klimawandels. Deshalb werden wir die Forschung auf die-
 998 sen Gebieten stärken und dazu auch die Erneuerung der deutschen Forschungsflotte
 999 konsequent fortführen

1000
 1001 Forschungsergebnisse müssen zügig in Form von innovativen und marktfähigen
 1002 Produkten verwertet werden. Auch mit Blick auf eine weltweit steigende Nachfrage
 1003 nach innovativen Energietechnologien und der Stärkung des exportorientierten
 1004 Technologiestandortes Deutschland soll der Innovationsprozess bis hin zur Marktein-
 1005 führung erheblich beschleunigt werden. [Zu diesem Zweck streben wir an, insbeson-
 1006 dere für KMU bei der KfW einen Innovationsfonds einzurichten, um geeignete Rah-
 1007 menbedingungen zu schaffen und gezielte Anreize zu setzen.]

1008
 1009 Die Förderung der Fusionsforschung werden wir auf dem festgelegten, begrenzten
 1010 Niveau fortführen.

1011
 1012 *Nukleare Sicherheits- und Entsorgungsforschung*
 1013 Die Koalition wird die Nuklearforschung auf wichtige Zukunftsthemen fokussieren.
 1014 Durch die institutionell und projektgeförderte nukleare Sicherheits- und Entsorgungs-
 1015 forschung werden wir einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Sicherheit im
 1016 In- und Ausland zur Lösung der nuklearen Entsorgungsfragen und zum Kompetenzer-
 1017 halt in Deutschland leisten, der besonders auch für die internationale Zusammen-
 1018 arbeit erforderlich ist. Wir werden nach dem Neubeginn der Endlagersuche die End-
 1019 lagerforschung verstärken.

1020
 1021 **UAG Digitales**

1022 *Forschungsprogramm IT-Sicherheit*

1023 Es wird ein Förderprogramm „Innovation in IT-Forschung und Sicherheit“ zur Stär-
 1024 kung der nationalen F&E-Aktivitäten in diesen Bereichen weiterentwickelt, wobei Si-
 1025 cherheit und Nutzerfreundlichkeit für unterschiedliche Anwendergruppen in Einklang
 1026 gebracht werden. Bei der Ausschreibung werden Open-Source-Ansätze priorisiert,
 1027 die ihre Ergebnisse und die entwickelten Systeme offen zur Verfügung stellen. Die
 1028 Einführung einheitlicher Standards zur Verfügbarmachung von Daten und Ergebnis-
 1029 sen wird geprüft. Wir starten ein neues Forschungsprogramm zur IT-Sicherheit
 1030 „Selbstbestimmt und sicher in der digitalen Welt“. Zudem gilt es, IT-
 1031 Sicherheitkompetenzen in der Ausbildung des Fachkräftenachwuchses auszubauen.

1032

1033 *Rohstoff-Forschung*

1034 Rohstoffe und ihre effiziente Nutzung sind für die deutsche Hightech-Industrie von
1035 strategischer Bedeutung. Wir werden durch eine gezielte Forschungsförderung die
1036 Verfügbarkeit von Rohstoffen für die deutsche Hightech-Industrie weiter verbessern
1037 helfen. .

1038

1039 *Forschung für die Mobilität der Zukunft*

1040 Die von uns geförderte Mobilitätsforschung wird zukünftig verstärkt die gesamte Brei-
1041 te von Mobilitätsangeboten auch unter gesellschafts- und sozialwissenschaftlichen
1042 Aspekten in den Blick nehmen. Bei der Automobilforschung sehen wir die Herausfor-
1043 derungen für die Forschung – im Kontext der Plattform Elektromobilität – weiterhin
1044 vor allem bei der Energiespeicherung und dem Energieverbrauch unter Praxisbedin-
1045 gungen. Wir setzen zudem auf die Nutzung moderner. Informations- und Kommuni-
1046 kationstechnik für eine vernetzte, sichere und effiziente Mobilität.

1047

1048 *Innovative Lösungen für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger entwickeln*

1049 Durch die Förderung der kooperativen Forschung von Wissenschaft, Wirtschaft und
1050 Anwendern wollen wir Lösungen entwickeln, die beispielsweise Krisensituationen
1051 aufgrund von Naturkatastrophen und Unfällen besser beherrschbar machen und die
1052 Folgen all dieser Ereignisse für die Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich
1053 halten. Wir werden daher die zivile Sicherheitsforschung mit dem Ansatz der Anwen-
1054 derorientierung weiterentwickeln.

1055

1056 *Deutschlands Spitzenstellung bei den Schlüsseltechnologien ausbauen*

1057 [Wir wollen Deutschlands Spitzenstellung in der gesamten Breite der Materialfor-
1058 schung und Werkstofftechnik, in der Produktionstechnik, in den optischen Technolo-
1059 gien, in der Mikroelektronik, in den Biotechnologien, in der Umwelt- und Energietechni-
1060 k und in den Informations- und Kommunikationstechnologien von der Grundlagen-
1061 forschung bis zur Anwendung ausbauen. Wir werden dies insbesondere auch in der
1062 Mikroelektronik und der Material- und Werkstofftechnik im engen Zusammenwirken
1063 mit der EU und europäischen Spitzenzentren umsetzen.]

1064

1065 *Forschung für die Arbeit von morgen*

1066 [Wir wollen, dass Deutschland seine führende Rolle als Industrie-, Produktions-, und
1067 Dienstleistungsstandort und Exportnation behält. Dies gelingt nur durch Innovatio-
1068 onen, durch fortwährende organisatorische und technische Veränderung von Produk-
1069 tions- und Dienstleistungsprozessen. In enger Abstimmung mit den Sozialpartnern
1070 wollen wir die Arbeits-, Produktions- und Dienstleistungsforschung stärken und hier-
1071 zu ein neues Förderprogramm auflegen. Dies trägt zur Sicherung einer hohen Be-
1072 schäftigungsquote und zur Humanisierung der Arbeitswelt bei.]

1073

1074 *Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse und Validierungsförderung*

1075 [Deutschland verstärkt und beschleunigt den Transfer neuer Erkenntnisse aus der
1076 Forschung in Gesellschaft und Wirtschaft. Wir wollen regionale und thematische
1077 Clusterstrukturen ausbauen und ihre wirtschaftliche Schlagkraft durch eine verstärkte
1078 europäische und internationale Vernetzung erhöhen. Zudem werden wir neue In-
1079 strumente schaffen, um einen besseren Transfer von Innovationen aus der Grundla-
1080 genforschung an den Hochschulen in nutzbare Dienstleistungen und Produkte zu
1081 realisieren. Eine Weiterentwicklung der Validierungsförderung soll diesen Transfer
1082 entscheidend voranbringen.

1083

1084 Wir wollen das große Potenzial für wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderun-
 1085 gen, ob in Form neuer Geschäftsmodelle, Dienstleistungen oder Kooperationen,
 1086 durch den Auf- und Ausbau geeigneter Open-Innovation-Plattformen für neue kreati-
 1087 ve Lösungsansätze erschließen. Wir richten uns dabei insbesondere an kleine und
 1088 mittlere Unternehmen, damit sie gemeinsam mit Anwendern, internationalen Part-
 1089 nern, großen Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen neue Ent-
 1090 wicklungen vorantreiben können.]

1091

1092 *Neue Länder*

1093 Wir werden den Auf- und Ausbau einer breit aufgestellten Wissenschaftslandschaft
 1094 und einer leistungsfähigen Spitzenforschung in den neuen Bundesländern stärken.
 1095 Die Programme, die insbesondere regionale Cluster von Wissenschaft und Wirt-
 1096 schaft unterstützen – wie „Unternehmen Region“ und „Zwanzig20 – Partnerschaft für
 1097 Innovation“ – setzen wir fort.

1098

1099 *Europäischer Forschungsraum*

1100 Wir werden unsere Verantwortung bei der Vollendung des Europäischen For-
 1101 schungsraumes (EFR) wahrnehmen und unsere EFR-Strategie auf nationaler und
 1102 europäischer Ebene konsequent umsetzen. Hierzu wollen wir die Mobilitätsbedin-
 1103 gungen der Forscherinnen und Forscher verbessern, die gemeinsame Programm-
 1104 planung fortentwickeln, gemeinsame Forschungsinfrastrukturen aufbauen, den Wis-
 1105 senstransfer erleichtern, die Gleichstellung der Geschlechter im europäischen Wis-
 1106 senschaftssystem unterstützen und die Kooperation mit Drittstaaten außerhalb Euro-
 1107 pas ausbauen.

1108

1109 Wir halten daran fest, dass für die Gestaltung des EFR für jeden Mitgliedstaat eine
 1110 auf die unterschiedlichen Gegebenheiten der nationalen Systeme angepasste Stra-
 1111 tegie erforderlich ist; harmonisierende Gesetzgebungsinitiativen der Europäischen
 1112 Kommission sind der Vielfalt der Forschungssysteme in Europa, die den Wettbewerb
 1113 und damit Wissenschaft und Innovation fördern, abträglich.

1114

1115 Wir wollen die Beteiligung der deutschen Wissenschaft und Wirtschaft am neuen
 1116 Forschungsrahmenprogramms „Horizont 2020“ unterstützen und ausbauen.

1117

1118 Zugleich soll die deutsche Wissenschaft eine aktive Rolle übernehmen, um das eu-
 1119 ropäische Wissenschafts- und Innovationssystem insgesamt zu stärken. Dabei set-
 1120 zen wir auch auf bilaterale Innovationsberatung sowie gemeinsame Forschungs- und
 1121 Entwicklungsprojekten mit den neuen Mitgliedstaaten Ost- und Südosteuropas und
 1122 besonders von der Wirtschaftskrise betroffenen EU-Mitgliedstaaten.

1123

1124 *Forschungsförderung für den Mittelstand*

1125 Kleinen und mittleren Unternehmen werden wir verstärkt den Zugang zur Förderung
 1126 von Forschung und Entwicklung auch durch Kooperationen mit Hochschulen und
 1127 außeruniversitären Forschungseinrichtungen eröffnen, um das technologieorientierte
 1128 Innovationsgeschehen in Deutschland zu unterstützen.

1129

1130 *Ressortforschung*

1131 Die Ressortforschung leistet wichtige Beiträge im Gefüge der bundesdeutschen Wis-
 1132 senschaftslandschaft. Wir streben eine Stärkung der Ressortforschung an und wer-
 1133 den dafür sorgen, dass alle Ressortforschungseinrichtungen von den Vorteilen des
 1134 Wissenschaftsfreiheitsgesetzes profitieren können.

1135
 1136 *Forschung an Fachhochschulen ausbauen*
 1137 Die Förderung der Forschung an Fachhochschulen bietet insbesondere für kleine und
 1138 mittlere Unternehmen in regionalen Kooperationen große Chancen zur Innovationsför-
 1139 derung. [Wir werden die Förderung des Bundes für die angewandte Forschung an
 1140 Fachhochschulen spürbar ausbauen und die Fördermöglichkeiten ausweiten] sowie die
 1141 Möglichkeiten gemeinsamer Promotionen mit Universitäten im Sinne einer Profilschär-
 1142 fung im Wissenschaftssystem stärken. Von der DFG erwarten wir, die Beteiligung von
 1143 Fachhochschulen an ihren Programmen zu stärken.

1144
 1145 **Fachkräftesicherung**

1146
 1147 Der demografische Wandel berührt unmittelbar das Arbeitskräfteangebot und damit
 1148 die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ebenso wie unsere Sozialsysteme.
 1149 Wir werden alles daran setzen, den Wohlstand zu erhalten sowie Wachstum und
 1150 Chancengerechtigkeit zu fördern, indem wir den Fachkräftebedarf decken und zu-
 1151 gleich den Menschen bessere Erwerbschancen eröffnen. Dies begreifen wir als gro-
 1152 ße gesamtgesellschaftliche Aufgabe dieser Legislaturperiode.

1153
 1154 Dazu nehmen wir an erster Stelle die Menschen im Inland in den Blick. Aber auch die
 1155 Chancen, auf dem globalen, insbesondere dem europäischen Arbeitsmarkt qualifi-
 1156 zierte Fachkräfte für unser Land zu gewinnen, sind uns wichtig. Wir setzen im Fach-
 1157 kräftekonzept folgende Schwerpunkte:

1158
 1159 Die arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen sollen verstärkt auf junge Menschen
 1160 ausgerichtet sein, die wir so früh wie möglich auf einen erfolgreichen Einstieg in das
 1161 Berufsleben vorbereiten wollen. Wir werden die nachhaltige Integration von Migran-
 1162 tinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt fördern. Instrumente hierfür sind eine ver-
 1163 stärkte Bildungsbeteiligung, Netzwerke, Programme zur Integration und Nachqualifi-
 1164 zierung, eine bessere Anerkennung von Bildungsabschlüssen sowie eine fachge-
 1165 rechte Beratung.

1166
 1167 Um Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten, wollen wir das Prinzip des lebenslangen
 1168 Lernens stärken und die Weiterbildungsbeteiligung Älterer steigern.

1169
 1170 Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesagentur für Arbeit ihre Unterstützungsan-
 1171 gebote für Berufsrückkehrende weiterentwickelt. Vor allem in der Grundsicherung für
 1172 Arbeitsuchende wird ein besonderer Fokus auf Alleinerziehenden und Langzeitar-
 1173beitslosen gelegt. Personen in der „Stillen Reserve“ sollen durch gezielte Ansprache
 1174 aktiviert werden. Für viele junge Eltern sind arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und
 1175 Berufsausbildung in Teilzeit der richtige Weg.

1176
 1177 [All das wollen wir zusammen mit Gewerkschaften und Arbeitgebern zum Gegen-
 1178 stand einer neuen Qualifizierungsoffensive machen, die ein zentraler Baustein eines
 1179 Paktes für Fachkräfte und Weiterbildung werden soll, der mit dem bestehenden und
 1180 fortzusetzenden Ausbildungspakt verbunden werden kann. Dabei wollen wir auch die
 1181 duale Ausbildung und den Erhalt des Meisterbriefs sicherstellen – auch AG Wirt-
 1182 schaft und AG Bildung].

1183
 1184 Insbesondere die Betriebe sind in der Pflicht, ihre Anstrengungen für eine alters- und
 1185 alternsgerechte Arbeitswelt und demografiesensible Personalpolitik zu verstärken.

1186 Wir werden sie dabei mit der Initiative „Neue Qualität der Arbeit“ (INQA) und mit der
1187 Fortführung von Initiativen zur Beschäftigung von Über-50-Jährigen unterstützen. Wir
1188 setzen uns für bedarfsgerechte qualifizierte Zuwanderung ein und wollen insbeson-
1189 dere eine größere Mobilität im europäischen Arbeitsmarkt erreichen. Flankierend
1190 wollen wir die Willkommens- und Bleibekultur für ausländische Fachkräfte in
1191 Deutschland verbessern. Deswegen werden wir die Dachkampagne „Fachkräfte-
1192 Offensive“ fortführen und die regionalen Netzwerke zur Fachkräftesicherung stärker
1193 professionalisieren.

1194

1195 Wir werden die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung und Inte-
1196 gration in den Arbeitsmarkt (insbesondere die Blaue Karte EU einschließlich der Än-
1197 derungen im Aufenthaltsgesetz, die Beschäftigungsverordnung und das Gesetz zur
1198 verbesserten Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen) inner-
1199 halb der Wahlperiode auf ihre Wirksamkeit überprüfen und daraus gegebenenfalls
1200 Konsequenzen ziehen. (Zuständigkeit BMBF/BMAS/BMI)

1201

1202 **Teilhabe von Zuwanderern stärken**

1203

1204 Wir setzen uns dafür ein, die beruflichen Befähigungen von Migranten nachträglich zu
1205 verbessern. Damit wollen wir ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöhen und dem
1206 Fachkräftebedarf Rechnung tragen.

1207

1208 Zuwanderer verfügen vielfach über im Ausland abgeschlossene Berufs- und Hoch-
1209 schulausbildungen. Dieses Potenzial liegt aber noch zu oft brach, während unserem
1210 Arbeitsmarkt zunehmend qualifizierte Fachkräfte fehlen. Ein wichtiger Schritt, um hier
1211 gegenzusteuern, sind die Anerkennungsgesetze des Bundes und der Länder für im
1212 Ausland erworbene berufliche Qualifikationen. Dabei ist die Qualität der Beratung zu
1213 verbessern.

1214

1215 Wir setzen uns für sozialverträgliche Verfahrenskosten ein. Die Umsetzung der Ge-
1216 setze weist auf steigende Bedarfe individueller Anpassungs- und Ergänzungsqualifi-
1217 zierungen hin. Wir werden daher vorhandene Fördermöglichkeiten im Rahmen der
1218 Ausbildungsförderung (BAföG, AFBG, SGB III) und der aktiven Arbeitsmarktpolitik
1219 noch besser ausschöpfen und wo notwendig ausweiten - unter anderem im Rahmen
1220 eines ESF-Programms „Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten im Kontext
1221 des Anerkennungsgesetzes“. Wir werden darüber hinaus prüfen, ob ergänzend mit-
1222 telfristig ein bundesweites Stipendienprogramm zur finanziellen Förderung von Aus-
1223 gleichsmaßnahmen für Antragsteller mit Wohnsitz in Deutschland aufgelegt werden
1224 kann, die keine Ansprüche nach SGB II oder III haben.

1225

1226 **1.3. Infrastruktur**

1227

1228 **Verkehr**

1229

1230 Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung für persönliche Freiheit, gesellschaftliche Teilhabe sowie für Wohlstand und Wirtschaftswachstum. Grundlage hierfür ist eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Sie sichert unsere europäische und globale Wettbewerbsfähigkeit. Die Verkehrspolitik der vergangenen Jahrzehnte hat hier große Erfolge aufzuweisen, insbesondere bei der weitgehenden Vollendung der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit. Angesichts der seit vielen Jahren bestehenden strukturellen Unterfinanzierung werden wir die Planung und Finanzierung unserer Verkehrswege durch eine grundlegende Reform auf eine neue, dauerhaft verlässliche und effiziente Grundlage stellen.

1239

1240 *Netzorientierte Bundesverkehrswegeplanung*

1241 Die Aufstellung des neuen Bundesverkehrswegeplans 2015 – 2030 (BVWP) als verkehrsträgerübergreifende Netzplanung werden wir zügig, transparent und unter Beteiligung der Öffentlichkeit vorantreiben. Dabei werden wir auf eine bedarfsgerechte Dimensionierung von Neu- und Ausbauprojekten achten. Nicht jeder Wunsch ist erfüllbar. Für besonders dringende und schnell umzusetzende überregional bedeutsame Vorhaben wird im neuen BVWP und in den Ausbaugesetzen für die Verkehrsträger Schiene, Straße und Wasserstraße ein „nationales Prioritätenkonzept“ definiert. In diese Projekte sollen künftig als Zielgröße 80 Prozent der Mittel für den Neu- und Ausbau fließen. Dazu gehören der Ausbau hoch belasteter Knoten, Seehafenhinterlandanbindungen und Hauptachsen, die Schließung wichtiger überregional bedeutender Netzlücken sowie die Einbindung transeuropäischer und in völkerrechtlichen Verträgen vereinbarter Verkehrsachsen.

1253

1254 *[Aufstockung der Investitionsmittel*

1255 Für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes schaffen wir eine verlässliche Finanzierungsgrundlage. Nach belastbaren Bestandsaufnahmen brauchen wir für die bundeseigene Infrastruktur jährlich rund 4 Mrd. Euro zusätzlich. Deshalb werden wir in dieser Wahlperiode deutlich mehr Haushaltsmittel *[strittige SPD-Position: in Höhe von 2 Mrd. Euro]* bereitstellen und jährlich verstetigen, sie durch einmalige Sondermittel des Bundes ergänzen sowie zusätzliche Mittel aus der Nutzerfinanzierung *{die Ausformulierung der Nutzerfinanzierung (Maut für nicht in Deutschland zugelassene Pkw und Lkw-Maut) ist den Schlussverhandlungen zum Koalitionsvertrag vorbehalten}* generieren. Wir stellen sicher, dass die Netto-Einnahmen aus der Nutzerfinanzierung ohne Abstriche in die Verkehrsinfrastruktur investiert werden. Um einen effizienten Mitteleinsatz zu gewährleisten, müssen die erforderlichen *[personellen Planungskapazitäten]* geschaffen werden – auch bei den Ländern und der Deutschen Bahn AG (DB AG).

1268

1269 *[Systematik des Haushalts: Überjährigkeit und Fonds*

1270 Zentrales Instrument unseres nachhaltigen Finanzierungskonzepts sind verkehrsträgerbezogene Infrastrukturfonds. Sie sichern überjährige Planungs- und Finanzierungssicherheit sowie die Zweckbindung der Nutzerfinanzierung. Die Fonds sollen bei der bundeseigenen Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG) angesiedelt, einer wirksamen Kontrolle des Deutschen Bundestages unterworfen werden und zwischen den Verkehrsträgern eine wechselseitige Deckungsfähigkeit mit Ausgleichspflicht erhalten. Ziel ist ein konsistentes Finanzmanagementsystem mit mehr

1276

1277 Kosteneffizienz und Leistungstransparenz. Die Infrastrukturfonds speisen sich aus
1278 den für die Bundesverkehrswege bestimmten Haushaltsmitteln des Bundes, den
1279 Gewinnen der Eisenbahninfrastrukturgesellschaften (Bahndividende) sowie aus den
1280 Einnahmen aus Nutzerabgaben auf Bundesfernstraßen und Schifffahrtswegen.]

1281
1282 *Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP)*

1283 Die Fortentwicklung von ÖPP braucht einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Wir
1284 wollen die Möglichkeiten der Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Geldge-
1285 bern in sogenannten Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) oder Infrastrukturge-
1286 sellschaften als zusätzliche Beschaffungsvariante nutzen, wenn dadurch Kosten ge-
1287 spart und Projekte wirtschaftlicher umgesetzt werden können. Dies muss ebenso wie
1288 bei Betriebsvergaben in jedem Einzelfall transparent und unabhängig nachgewiesen
1289 werden. Wir gestalten ÖPP mittelstandsfreundlicher aus. Die Methodik der Wirt-
1290 schaftlichkeitsuntersuchungen werden wir evaluieren und standardisieren.

1291
1292 *Verhältnis von Erhalt und Ausbau*

1293 Nach Jahrzehnten des Netzausbaus steht nun die Substanzsicherung an erster Stel-
1294 le. Unsere oberste Priorität lautet deshalb: Erhalt und Sanierung vor Aus- und Neu-
1295 bau. Die Strategie zur Ertüchtigung von Brücken, Tunneln und Schleusen werden wir
1296 fortschreiben und verstärken.

1297
1298 *Zukunft der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung Schiene (LuFV)*

1299 Vor Auslaufen der geltenden Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung Schiene
1300 werden wir mit der DB AG eine neue Vereinbarung schließen, die [den deutlich er-
1301 höhten Finanzbedarf zur Leistungssicherung des Bestandsnetzes berücksichtigt]. Sie
1302 muss durch Festlegung zusätzlicher Qualitätsmerkmale sicherstellen, dass Umfang
1303 und Kapazität des Schienennetzes erhalten bleiben. Für die Finanzausstattung der
1304 neuen LuFV streben wir zur Berücksichtigung von Baukostensteigerungen zudem ei-
1305 ne [Dynamisierung] unter Einbeziehung eines angemessenen Eigenanteils der DB
1306 AG an.

1307
1308 *Verkehrsinfrastrukturbericht*

1309 Als Grundlage für die künftige Priorisierung von Investitionen in Erhalt und Sanierung
1310 werden wir alle zwei Jahre einen Verkehrsinfrastrukturbericht vorlegen, der den Zu-
1311 stand der Bundesverkehrswege transparent macht, Nachholbedarf dokumentiert und
1312 Aufschluss über die erforderlichen Investitionen gibt.

1313
1314 *[Gemeindeverkehrsfinanzierung]*

1315 Der Bund bleibt ein verlässlicher Partner der Kommunen bei der Finanzierung des
1316 kommunalen Verkehrs. Von den Ländern erwarten wir im Gegenzug, dass sie die
1317 Mittel zweckgebunden für Verkehrswegeinvestitionen einsetzen (ÖPNV-Infrastruktur
1318 und kommunaler Straßenbau). Den Kommunen wollen wir auch für die Zeit nach
1319 Auslaufen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG)-Bundesprogramms
1320 und des Entflechtungsgesetzes Ende 2019 Planungssicherheit geben. Wir wollen
1321 deshalb zeitnah eine dauerhaft tragfähige und bedarfsgerechte Gesamtfinanzie-
1322 rungslösung für die Regionalisierungsmittel sowie für die Investitionsmittel gemäß
1323 dem GVFG und dem Entflechtungsgesetz schaffen. Im Rahmen der zur Verfügung
1324 stehenden Mittel werden wir auch den hohen Sanierungsbedarf der Gemeindever-
1325 kehrsinfrastruktur berücksichtigen. Für das GVFG-Bundesprogramm streben wir eine
1326 verlässliche Anschlusslösung an.

1327 Unabhängig davon werden wir Fragen der zukünftigen Gemeindeverkehrsfinanzie-
 1328 rung und der sozialen Wohnraumförderung als wesentliche Aufgaben im Rahmen ei-
 1329 ner umfassenden Reform der Bund-/Länder-Finanzbeziehungen angehen.]

1330

1331 *Lärmschutz (Schiene, Straße und Luftverkehr)*

1332 Die Akzeptanz für Mobilität und die weitere Modernisierung der Infrastruktur hängt
 1333 entscheidend davon ab, dass die Lärmbelastung reduziert wird. Wir werden deshalb
 1334 den Schutz vor Verkehrslärm deutlich verbessern und Regelungen für verkehrsträ-
 1335 gerübergreifenden Lärmschutz an Bundesfernstraßen und Bundesschienenwegen
 1336 treffen. Der Gesamtlärm von Straße und Schiene muss als Grundlage für Lärm-
 1337 schutzmaßnahmen herangezogen werden. Das freiwillige Lärmsanierungsprogramm
 1338 für Bestandsstrecken wird ausgebaut und rechtlich abgesichert. Der Stand der Tech-
 1339 nik zur Geräuschminderung muss konsequenter in die Praxis eingeführt werden.

1340

1341 Den Schienenlärm wollen wir bis 2020 deutschlandweit halbieren. Ab diesem Zeit-
 1342 punkt sollen laute Güterwagen das deutsche Schienennetz nicht mehr befahren dür-
 1343 fen. Die Bezuschussung für die Umrüstung auf lärm mindernde Bremsen setzen wir
 1344 fort. Den Stand der Umrüstung werden wir 2016 evaluieren. Sollte bis zu diesem
 1345 Zeitpunkt nicht mindestens die Hälfte der in Deutschland verkehrenden Güterwagen
 1346 umgerüstet sein, werden wir noch in dieser Wahlperiode ordnungsrechtliche Maß-
 1347 nahmen auf stark befahrenen Güterstrecken umsetzen – z. B. Nachtfahrverbote für
 1348 nicht umgerüstete Güterwagen.

1349

1350 Wir ergreifen zudem auf europäischer Ebene die Initiative für ein ab dem Jahr 2020
 1351 zu erlassendes EU-weites Einsatzverbot für laute Güterwagen sowie für ein EU-
 1352 Programm zur Förderung der Umrüstung lauter Güterwagen. Das lärmabhängige
 1353 Trassenpreissystem werden wir durch eine stärkere Spreizung der Trassenpreise
 1354 wirksamer gestalten. Wir werden rechtlich klarstellen, dass die in der vergangenen
 1355 Legislaturperiode für Schienenneubaustrecken um 5 dB(A) verschärfte Lärmgrenz-
 1356 werte auch für umfassende Streckenerüchtigungen im Bestandsnetz, die neue Plan-
 1357 feststellungsverfahren erforderlich machen, gelten.

1358

1359 [Die Mittel für die Lärmschutzprogramme im Bereich Straße werden deutlich erhöht,
 1360 im Bereich der Schiene auf 200 Mio. Euro jährlich verdoppelt.]

1361

1362 Beim Luftverkehr setzen wir vorrangig auf eine Reduzierung des Fluglärms an der
 1363 Quelle, eine bestmögliche Flächennutzung im Umfeld sowie auf lärmreduzierende
 1364 flugbetriebliche Verfahren. Bei Festlegung von Flugverfahren und Flugverkehrskon-
 1365 trollfreigaben wird der Lärmschutz insbesondere in den Nachtstunden verbessert.
 1366 Die berechtigten Anliegen der an Flughäfen lebenden Menschen nehmen wir ebenso
 1367 ernst wie die Sorge um die wirtschaftliche Zukunft des Luftverkehrsstandorts und die
 1368 damit verbundenen Arbeitsplätze. Die Grenzwerte des Fluglärmschutzgesetzes wer-
 1369 den wir in dieser Legislaturperiode überprüfen.

1370

1371 Bei der Festlegung von Flugrouten werden wir rechtlich sicherstellen, dass die An-
 1372 wohnerinnen und Anwohner in einem transparenten Verfahren frühzeitig informiert
 1373 und beteiligt werden. Wir schaffen verbesserte Transparenz und Beteiligung der
 1374 Kommunen und Öffentlichkeit bei der Festlegung von Flugrouten. Eine Schlüsselrolle
 1375 kommt dabei den Fluglärmkommissionen zu, die wir stärken wollen.

1376

1377 Lärm- und Schadstoffminderungsziele sollen insbesondere auch durch technische
1378 Innovationen im Luftverkehr erreicht werden. Von den Fluggesellschaften erwarten
1379 wir, dass sie die Modernisierung der Flotten mit emissionsarmen Flugzeugen in-
1380 tensivieren. Im Luftverkehrsgesetz verankern wir eine stärkere Differenzierung nach
1381 Flugzeugtypen und eine deutlichere Spreizung der Tag- und Nachttarife bei lärmab-
1382 hängigen Flughafentgelten. Generelle Betriebsbeschränkungen mit einem Nacht-
1383 flugverbot lehnen wir ab. Die Verschärfung der Lärmzulassungsgrenzwerte für neue
1384 Flugzeuge auf internationaler Ebene (ICAO) befürworten wir.

1385

1386 *Schiene, Straße, Wasserstraße stärken*

1387 Für die künftige Verkehrsbewältigung müssen die einzelnen Verkehrsträger ihre je-
1388 weiligen Systemvorteile bestmöglich nutzen können. Dazu wollen wir sie besser ver-
1389 zahnen und mehr Verkehr auf die Verkehrsträger Schiene und Wasserstraße verla-
1390 gern.

1391

1392 *System Schiene*

1393 Den Verkehrsträger Schiene wollen wir weiter stärken und ausbauen. Wir wollen eine
1394 leistungsfähige Schieneninfrastruktur und moderne sowie barrierefreie Bahnhöfe.
1395 Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit müssen Markenzeichen der Bahn sein. Wir werden
1396 die Geschäftspolitik der DB AG noch stärker an diesen Zielen ausrichten, ohne die
1397 Wirtschaftlichkeit in Frage zu stellen. Dazu werden wir das Steuerungskonzept für
1398 die DB AG unter Berücksichtigung des Aktienrechts überarbeiten. Vorstandsboni sol-
1399 len an das Erreichen der genannten Ziele gebunden sein. Die Steuerung der DB AG
1400 im Aufsichtsrat wird von dem im für Verkehr zuständigen Bundesministerium ange-
1401 siedelten Staatssekretär koordiniert. Die Planung der Schienenwege werden wir am
1402 Ziel eines Deutschland-Takts mit bundesweit aufeinander abgestimmten Anschlüs-
1403 sen sowie leistungsfähigen Güterverkehrstrassen ausrichten. Wir bringen zeitnah
1404 Planungen auf den Weg, um durch gezielte Engpassbeseitigung die Kapazität des
1405 Schienengüterverkehrs deutlich zu erhöhen.

1406

1407 Wir stehen zum integrierten Konzern DB AG. Die Eisenbahninfrastruktur ist Teil der
1408 öffentlichen Daseinsvorsorge und bleibt in der Hand des Bundes. Wir werden si-
1409 cherstellen, dass alle Gewinne der Eisenbahninfrastrukturunternehmen des Bundes
1410 in die Infrastruktur zurückfließen. Die Chancen privater Bahnen im Wettbewerb wol-
1411 len wir weiter stärken, z. B. durch Fortsetzung der Förderung der für das Schienen-
1412 güterverkehrsnetz relevanten Infrastruktur nichtbundeseigener Bahnen. [Neben ei-
1413 nem erhöhten Investitionsniveau] werden wir einen sachgerechten [Planungsvorrat]
1414 für den Aus- und Neubau wichtiger Schienenverkehrsverbindungen sichern. Mit Effi-
1415 zienzsteigerungen und einer [bedarfsgerechten Personalausstattung beim Eisen-
1416 bahn-Bundesamt] wollen wir die Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren für
1417 Schieneninfrastrukturprojekte beschleunigen.

1418

1419 Bei der anstehenden Revision der Regionalisierungsmittel im Jahr 2014 streben wir
1420 eine zügige Einigung mit den Ländern an. [Ziel ist eine Fortschreibung der Mittel in-
1421 klusive einer angemessenen Dynamisierung unter besonderer Berücksichtigung der
1422 Trassenpreisentwicklung.] Um die Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs
1423 langfristig zu sichern, werden wir die Regionalisierungsmittel für den Zeitraum ab
1424 2019 auf eine neue Grundlage stellen. Von den Ländern erwarten wir, dass sie einen
1425 effizienten Mitteleinsatz nachweisen und Anreize für gute Qualität und für einen Zu-
1426 wachs an Fahrgästen schaffen.

1427

1428 Durch eine Eisenbahnregulierung mit Augenmaß sichern wir Transparenz und den
 1429 diskriminierungsfreien Marktzugang zur Eisenbahninfrastruktur. Zudem muss sie ei-
 1430 ne sachgerechte Entgeltregulierung und die nachhaltige Finanzierung der Infrastruk-
 1431 tur gewährleisten. Die eingeleiteten Schritte zur Beschleunigung und effizienteren
 1432 Gestaltung der Zulassungsverfahren für Schienenfahrzeuge werden wir fortsetzen
 1433 und die hierzu erforderlichen gesetzlichen Grundlagen schaffen. Zudem drängen wir
 1434 auf eine EU-weit einheitliche Zugzulassung. Der Schienenverkehr ist besonders um-
 1435 weltfreundlich und energieeffizient. Unternehmen des schienengebundenen Nah-
 1436 und Fernverkehr unterfallen deshalb weiterhin der Ausnahmeregelung bei der EEG-
 1437 Umlage.

1438
 1439 *Straße – Innovationen für mehr Effizienz nutzen*

1440 Wir wollen den Verkehrsträger Straße leistungsfähiger und effizienter machen und so
 1441 den Verkehrsfluss erhöhen. Mit dem Konzept „Straße des 21. Jahrhunderts“ setzen
 1442 wir auf eine intelligente Verkehrsinfrastruktur sowie den verstärkten Einsatz von Ver-
 1443 kehrstelematik und modernsten Informations- und Kommunikationssystemen. Den
 1444 Ausbau von Verkehrssteuerungsanlagen werden wir bei der Infrastrukturplanung be-
 1445 rücksichtigen.

1446 Zur Vermeidung baustellenbedingter Staus werden wir die Bauzeiten durch Fort-
 1447 schreibung eines mit den Ländern verbindlich festgelegten effizienten Baustellenma-
 1448 nagements weiter verkürzen. Zudem werden wir gemeinsam mit den Ländern Vor-
 1449 schläge für eine Reform der Auftragsverwaltung Straße erarbeiten und umsetzen.
 1450 Der verstärkte Einsatz von Anreizsystemen bei der Ausschreibung von Infrastruktur-
 1451 vorhaben erhöht die Kosten- und Termintreue („Bonus-Malus-System“).

1452
 1453 *Bundeswasserstraßen*

1454 Die Binnenschifffahrt verfügt über erhebliche Kapazitätspotenziale. Um diese best-
 1455 möglich nutzen zu können, sind wir auf leistungsfähige Bundeswasserstraßen ange-
 1456 wiesen, für die wir klar definierte Investitionsprioritäten setzen. Auf Grundlage des
 1457 neuen BVWP und der Verkehrsinfrastrukturberichte werden wir in regelmäßigen Ab-
 1458 ständen einen nach Dringlichkeitsstufen geordneten Maßnahmenplan für den Erhalt
 1459 der Bundeswasserstraßen erarbeiten. Neben der Tonnage werden weitere Kriterien
 1460 für die Prioritäteneinstufungen berücksichtigt.

1461 Den angestoßenen Reformprozess der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des
 1462 Bundes werden wir unter intensiver Einbindung der Beschäftigten grundlegend über-
 1463 prüfen mit dem Ziel, die notwendigen regionalen Kompetenzen zu sichern. Wir wer-
 1464 den ein Wassertourismuskonzept vorlegen.

1465 Das Gebührensystem für die Nutzung der (technischen) Anlagen der Bundeswasser-
 1466 straßen werden wir wettbewerbsneutral vereinheitlichen. Die Gebühren für den Nord-
 1467 Ostsee-Kanal werden wir anpassen. Die Förderrichtlinie für abgasärmere Motoren in
 1468 der Binnenschifffahrt wird attraktiver gestaltet, um die Modernisierung der Flotte zu
 1469 beschleunigen.

1470
 1471 *Konventionelle und alternative Antriebe und Kraftstoffe*

1472 Wir unterstützen die technologieoffene Entwicklung neuer Antriebe und Kraftstoffe
 1473 bzw. Energieträger und setzen damit Anreize für die Marktetablierung innovativer Lö-
 1474 sungen. Die Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie entwickeln wir weiter. Die Produktion
 1475 und Verwendung von Biokraftstoffen müssen sich an den Grundsätzen der Nachhal-
 1476 tigkeit ausrichten. Hierfür wollen wir eine an realistischen Mengenpotenzialen orien-
 1477 tierte Biokraftstoffstrategie entwickeln. Wir werden zudem die Forschung an neuen
 1478 Kraftstoffen sowie die Einführung verflüssigten Erdgases (LNG, „liquefied natural

1479 gas“) in der Schifffahrt vorantreiben. Die bis Ende 2018 befristete Energiesteuerer-
 1480 mäßigung für klimaschonendes Autogas und Erdgas wollen wir verlängern.

1481

1482 *Elektromobilität*

1483 Am Ziel, eine Million Elektroautos in allen unterschiedlichen Varianten für Deutsch-
 1484 lands Straßen bis zum Jahr 2020, wollen wir festhalten. Den Aufbau der entspre-
 1485 chenden Lade- und Tankstelleninfrastruktur treiben wir voran. Die Nationale Organi-
 1486 sation Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie (NOW) wird ab 2016 ihre Arbeit
 1487 auf die Implementierung und den Markthochlauf der Brennstoffzellentechnologie im
 1488 stationären und mobilen Bereich konzentrieren.

1489 Bei der Unterstützung des Markthochlaufs der Elektromobilität setzen wir auf nutzer-
 1490 orientierte Anreize statt auf Kaufprämien. Wir schaffen die Rahmenbedingungen für
 1491 eine schnelle Kennzeichnung und Markteinführung elektrisch betriebener Fahrzeuge.
 1492 Der Bund wird seinen Fuhrpark sukzessive umrüsten. Die Zuständigkeit für die Ver-
 1493 kehrsforschung werden wir bei dem für Verkehr zuständigen Ministerium bündeln.

1494

1495 *Neue Mobilitätskultur und Vernetzung*

1496 Unser Ziel ist eine nachhaltige Mobilitätskultur und eine nutzerfreundliche Vernet-
 1497 zung der verschiedenen Verkehrsmittel. Dazu fördern wir verkehrsträgerübergreifen-
 1498 de Datenplattformen auf open-data-Basis, die über Mobilitätsangebote, Staus, Ver-
 1499 spätungen und Fahrplandaten informieren. Mit der Vernetzung von Verkehrsinforma-
 1500 tionen und Ticketsystemen können den Menschen innovative digitale Mobilitätsdien-
 1501 ste zur Verfügung gestellt werden.

1502

1503 *ÖPNV in Stadt und Land*

1504 Wir werden Innovationen vorantreiben, um den Umweltvorteil des ÖPNV auszubau-
 1505 en. Wir unterstützen die [bundesweite Einführung des Elektronischen Tickets] und
 1506 ein verbessertes bundesweites Fahrgastinformationssystem. Mit Blick auf den ländli-
 1507 chen Raum wollen wir die Rahmenbedingungen für alternative Bedienformen wie
 1508 Ruf- und Bürgerbusse verbessern und die Entwicklung innovativer Mobilitätsansätze
 1509 vor Ort unterstützen. Im Straßenverkehrsrecht schaffen wir die Möglichkeit, dass
 1510 Kommunen Parkplätze rechtssicher für Carsharing-Autos und Elektroautos auswei-
 1511 sen können.

1512

1513 *Fernlinienbusse*

1514 Die Entwicklung auf dem Fernbusmarkt beobachten wir aufmerksam auch mit Blick
 1515 auf die Auswirkungen auf den Schienenverkehr, die Einhaltung von Arbeits- und So-
 1516 zialstandards und die Sicherheit. Mit Hilfe des Bundesamtes für Güterverkehr ge-
 1517 währleisten wir eine ausreichende Kontrolldichte. Wir werden uns gemeinsam mit
 1518 den Ländern für eine einheitliche Genehmigungspraxis für Fernbuslinien einsetzen.
 1519 Die Umsetzung der gesetzlich geforderten Barrierefreiheit unterstützen wir mit einem
 1520 Handbuch, das wir gemeinsam mit den Akteuren erstellen werden.

1521

1522 *Radverkehr*

1523 Wir wollen den Anteil des Fahrradverkehrs als umweltfreundliche Mobilitätsalternati-
 1524 ve weiter steigern. Ausgerichtet an den Zielen des Nationalen Radverkehrsplans
 1525 2020 werden wir den breiten gesellschaftlichen Dialog über neue Wege und Umset-
 1526 zungsstrategien zur Radverkehrsförderung intensivieren. Das Radwegenetz an Bun-
 1527 desverkehrswegen werden wir weiter ausbauen und die gesetzliche Grundlage für
 1528 den Radwegebau an Betriebswegen unserer Bundeswasserstraßen schaffen. Um
 1529 die Verkehrssicherheit im Radverkehr zu stärken, wollen wir an Bundesfernstraßen

1530 durch eine optimierte Infrastrukturplanung der Bildung von Unfallschwerpunkten vor-
 1531 beugen und bestehende beseitigen. Zukunftsweisende Projekte an der Schnittstelle
 1532 ÖPNV/Carsharing/Fahrrad werden wir weiter fördern. Wir wollen darauf hinwirken,
 1533 dass deutlich mehr Fahrradfahrer Helm tragen.

1534

1535 *Barrierefreiheit*

1536 Die Umsetzung der UN-Behindertenkonvention im Verkehrsbereich werden wir vor-
 1537 antreiben. Unser Ziel ist es, dass alle Menschen in der gesamten Reisekette und in
 1538 allen Verkehrsträgern ohne Barrieren mobil sein können. Neben dem weiteren Aus-
 1539 bau barrierefreier Fahrgast- und Tarifinformationen werden wir ein [Bahnhofsmoder-
 1540 nisierungsprogramm mit einem verbindlichen Fahrplan zum barrierefreien Aus- und
 1541 Umbau aller größeren Bahnhöfe vorlegen.] Für kleinere Bahnhöfe und Haltepunkte
 1542 wollen wir zusammen mit den Betroffenen geeignete, kostengünstige Lösungen ent-
 1543 wickeln.

1544

1545 *Verkehrssicherheit - Mobilität für alle*

1546 Die Verkehrssicherheit werden wir verbessern, um die Zahl der Verkehrstopfer weiter
 1547 deutlich zu senken. Das ehrenamtliche Engagement sowie die Verbände im Bereich
 1548 der Verkehrssicherheitsarbeit unterstützen wir weiter, u. a. mit Sicherheitskam-
 1549 pagnen. Wir wollen im Rahmen einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe die straßenver-
 1550 kehrsrechtlichen Regelungen überprüfen, um die Belastungen der Bevölkerung im
 1551 Sinne eines Miteinanders von Mensch und Verkehr zu vermindern. Die Winterreifen-
 1552 pflicht werden wir weiter präzisieren.

1553 Die Ausbildung der Fahranfänger wollen wir verbessern und die Qualität der pädä-
 1554 gogischen Ausbildung der Fahrlehrer erhöhen. Das begleitete Fahren wollen wir op-
 1555 timieren und in der Fahranfängerausbildung ein Mehr-Phasen-Modell auch unter
 1556 Einbeziehung von Fahrsicherheitstrainings entwickeln. Die Medizinisch-
 1557 Psychologische Untersuchung wird überarbeitet. Mit Blick auf die ansteigende An-
 1558 zahl der älteren Verkehrsteilnehmer setzen wir uns dafür ein, dass die Anzahl der
 1559 freiwilligen Gesundheitschecks erhöht wird.

1560 Der verstärkte Einsatz modernster Telematik leistet einen wichtigen Beitrag zu mehr
 1561 Verkehrssicherheit. In diesem Zusammenhang messen wir auch dem erfolgreichen
 1562 Start des europäischen Satellitennavigationssystems Galileo eine große Bedeutung
 1563 bei.

1564

1565 *Luftverkehr*

1566 Wir werden den Luftverkehrsstandort Deutschland stärken und setzen uns für den
 1567 Erhalt seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit ein. Bei der Einführung von fiskal-
 1568 oder ordnungspolitischen Maßnahmen im Luftverkehr werden wir auf ein positives
 1569 Nutzen-Kosten-Verhältnis achten. Die Folgen für die Mobilität in Deutschland und ih-
 1570 re Wirksamkeit für einen effektiven Lärm- und Umweltschutz müssen in einem an-
 1571 gemessenen Verhältnis zueinander stehen. Dazu setzen wir auf Transparenz und
 1572 den frühzeitige Dialog mit allen Betroffenen.

1573 Wir streben ergänzend zum neuen Bundesverkehrswegeplan 2015 eine stärkere
 1574 Rolle des Bundes bei der Planung eines deutschlandweiten Flughafennetzes an. Da-
 1575 zu erarbeiten wir im Dialog mit den Ländern und der interessierten Öffentlichkeit ein
 1576 Luftverkehrskonzept. Der Bund bekennt sich zum [Bau des Flughafens Berlin-
 1577 Brandenburg BER].

1578 Wir wollen eine zügige wettbewerbsneutrale Umsetzung des europäischen Emissi-
 1579 onshandels im Luftverkehr und unterstützen seine Überführung in ein internationales
 1580 Emissionshandelssystem auf ICAO-Basis. Auf europäischer Ebene setzen wir uns

1581 für die Umsetzung des Einheitlichen Europäischen Luftraumes (Single European
 1582 Sky) ein. Vorgaben für Leistungsanforderungen an die europäischen Flugsiche-
 1583 rungsorganisationen müssen anspruchsvoll, zugleich aber auch realistisch sein. Bei
 1584 der weiteren Liberalisierung der Bodenabfertigungsdienste an Flughäfen müssen die
 1585 Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Flughäfen und die Interessen der Beschäftigten
 1586 in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. [Die Luftverkehrssteuer werden wir in
 1587 dieser Legislaturperiode abschaffen, ohne die Erhöhung der Investitionsmittel für die
 1588 Verkehrsinfrastruktur zu gefährden.]

1589

1590 *Güterverkehr, Logistik*

1591 Das Netzwerk Güterverkehr und Logistik werden wir weiter festigen und die Vermark-
 1592 tungsoffensive „Logistics made in Germany“ fortsetzen. Den Aktionsplan „Güterver-
 1593 kehr und Logistik“ entwickeln wir weiter, u.a. mit einer Strategie zum sauberen, ener-
 1594 gieeffizienten Gütertransport. Wir unterstützen die Branche bei der Aufwertung der
 1595 Güterverkehrs- und Logistikberufe und setzen uns gegen Lohndumping und für bes-
 1596 sere Arbeitsbedingungen in der Transport- und Logistikbranche ein. Bestehende Re-
 1597 gelungen zum Marktzugang im grenzüberschreitenden Straßengüterverkehr und im
 1598 Binnenverkehr werden wir überprüfen und einer weiteren Lockerung der Kabota-
 1599 geregelungen nur zustimmen, solange das Gefälle bei Arbeits- und Sozialbedingun-
 1600 gen nicht zu Marktverwerfungen führt. Der verkehrssichere Zustand der Lkw und die
 1601 Einhaltung der Lenk- und Ruhezeiten müssen strikt kontrolliert werden. Wir werden
 1602 die Parkleitsysteme für LKW an Autobahnen ausbauen und [zusätzlich 6.000 LKW-
 1603 Stellplätze] in dieser Legislaturperiode einrichten und dabei den Einsatz von Telema-
 1604 tiksystemen und die Einbindung privater Investoren forcieren. Für umweltfreundliche
 1605 [Euro VI-Fahrzeuge schaffen wir eine eigene günstigste Mautklasse.] Mit der Siche-
 1606 rung eines hohen Förderniveaus von Anlagen für den kombinierten Verkehr stärken
 1607 wir das intermodulare Transportwesen.

1608

1609 *Leistungsfähige Schifffahrt, Häfen und maritime Wirtschaft*

1610 Wir wollen einen starken maritimen Standort. Unser Ziel ist eine leistungsfähige
 1611 Schifffahrt, die ihre Vorteile in der Transportkette nutzt und den Klima- und Umwelt-
 1612 schutzanforderungen entspricht. Wir wollen den Schadstoffausstoß der Schifffahrt in
 1613 Nord- und Ostsee wirksam begrenzen, ohne dabei Verkehr von ökologisch vorteilhaf-
 1614 ten Wasserwegen auf Landwege zu verdrängen. Dabei spielt ein funktionsfähiger
 1615 Nord-Ostsee-Kanal eine zentrale Rolle. Die Schifffahrt unterstützen wir dabei, die
 1616 neuen Anforderungen zu Schiffsemissionen in Nord- und Ostsee (SECA) zu errei-
 1617 chen. Den „Entwicklungsplan Meer“ werden wir umsetzen und weiterentwickeln.
 1618 Das Maritime Bündnis für Beschäftigung und Ausbildung entwickeln wir weiter. Die
 1619 Schifffahrtförderung für Ausbildung und Beschäftigungssicherung führen wir be-
 1620 darftgerecht fort. Gemeinsam mit der Maritimen Wirtschaft und den Sozialpartnern
 1621 entwickeln wir konkrete Maßnahmen zur Sicherung des beruflichen Nachwuchses.
 1622 Für den Erhalt der Traditionsschifffahrt werden wir dauerhafte Regelungen erarbei-
 1623 ten.

1624

1625 Die Flaggenstaatsverwaltung wollen wir grundlegend modernisieren und vereinheitli-
 1626 chen. Das Schifffahrtsrecht werden wir modernisieren. Auf einseitige nationale oder
 1627 europäische Sonderregelungen verzichten wir. Die Tonnagesteuer bleibt erhalten.
 1628 Hierzu erwarten wir von den Reedern, dass sie die EU-rechtlich zwingenden Voraus-
 1629 setzungen dafür einhalten. Wir wollen daran festhalten, dass die Schiffserlöspools
 1630 bis Ende 2015 von der Versicherungssteuerpflicht befreit sind, und pragmatische Lö-
 1631 sungen für die Zukunft prüfen.

1632
1633 Um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Häfen zu stärken, entwickeln wir das
1634 Nationale Hafenkonzept unter Berücksichtigung des Bundesverkehrswegeplans
1635 2015 weiter und beseitigen Engpässe bei der land- und seeseitigen Anbindung deut-
1636 scher See- und Binnenhäfen mit internationaler Bedeutung.
1637

1638 Das [Sonderprogramm „Offshore-Windenergie“ der KfW Bankengruppe öffnen wir für
1639 den Bereich der Hafen- und Schiffskapazitäten]. Darüber hinaus werden wir ein [ge-
1640 sondertes Kreditprogramm der KfW Bankengruppe zur Finanzierung von Spezial-
1641 schiffen und Offshore-Strukturen] prüfen, um den Ausbau der Offshore-Windenergie
1642 zu flankieren.
1643

1644 **Digitale Infrastruktur**

1645 *Breitbandausbau*

1647 Für ein modernes Industrieland ist der flächendeckende Breitbandausbau eine
1648 Schlüsselaufgabe. Deshalb werden wir die Breitbandstrategie weiterentwickeln. Es
1649 gilt, die digitale Spaltung zwischen den urbanen Ballungszentren und ländlichen
1650 Räumen zu überwinden. Dazu wollen wir die Kommunen im Sinne einer kommunika-
1651 tiven Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen beim Breitbandausbau unterstützen.
1652

1653 Wir werden Investitionshemmnisse und Wirtschaftlichkeitslücken in den infrastruktural-
1654 schwächeren Regionen abbauen und setzen dabei verstärkt auf Synergieeffekte und
1655 zusätzliche Investitionsanreize für Telekommunikationsunternehmen. Beim Ausbau
1656 des schnellen Internets werden wir Technologieoffenheit sicherstellen. Dazu gehört
1657 auch eine bedarfsgerechte Bereitstellung von Funkfrequenzen für drahtlose Kommu-
1658 nikationsnetzwerke in allen Teilen Deutschlands.
1659

1660 Um hochleistungsfähige Breitbandnetze auszubauen, bedarf es vor allem wettbe-
1661 werbs- und investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen im Telekommunikationsge-
1662 setz, der verstärkten Kooperation von Unternehmen, besserer Fördermöglichkeiten
1663 sowie einer guten Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Kommunen.
1664

1665 Wir wollen Regionen, die nicht mindestens eine Daten-Geschwindigkeit von 2 Mbit/s
1666 haben, so schnell wie möglich erschließen. Bis zum Jahr 2018 soll es in Deutschland
1667 eine flächendeckende Grundversorgung mit mindestens 50 Mbit/s geben. [Zur Um-
1668 setzung dieser Ziele wollen wir die dafür notwendigen privaten Investitionen für den
1669 Breitbandausbau um einen Förderbetrag des Bundes in Höhe von einer Milliarde Eu-
1670 ro pro Jahr ergänzen.]
1671

1672 Der Breitbandausbau muss auch zukünftig in der EU förderfähig bleiben. Zudem
1673 muss es zu einer Vereinfachung der Förderung wie im Rahmen der Daseinsvorsorge
1674 im EU-Recht kommen. Ein neues Sonderfinanzierungsprogramm „Premiumförderung
1675 Netzausbau“ bei der KfW-Bankengruppe soll bestehende Programme ergänzen. Wir
1676 wollen außerdem einen Breitband-Bürgerfonds einrichten. In diesen Fonds sollen
1677 Privatpersonen zu soliden Renditen investieren können.
1678

1679 *W-LAN*

1680 Die Potenziale von lokalen Funknetzen (WLAN) als Zugang zum Internet im öffentli-
1681 chen Raum müssen ausgeschöpft werden. Wir wollen, dass in deutschen Städten
1682 mobiles Internet über WLAN für jeden verfügbar ist. Wir werden die gesetzlichen

1683 Grundlagen für die Nutzung dieser offenen Netze und deren Anbieter schaffen.
1684 Rechtssicherheit für WLAN-Betreiber ist dringend geboten, etwa durch Klarstellung
1685 der Haftungsregelungen (Analog zu Access Providern). Dadurch haften WLAN- An-
1686 bieter nicht mehr für Rechtsvergehen von Usern, die den öffentlichen Zugang nutzen.
1687 Gleichzeitig werden wir die Verbraucherinnen und Verbraucher über die Gefahren
1688 solcher Netze für sensible Daten aufklären. Gleichzeitig werden wir die Verbrauche-
1689 rinnen und Verbraucher über die Gefahren solcher Netze für sensible Daten aufklä-
1690 ren.

1691
1692 Neben der Klärung der rechtlichen Fragen möchten wir die Etablierung heterogener,
1693 frei vernetzter und lokaler Communities und ihrer Infrastrukturen forcieren. Durch die
1694 Förderung dieser sowie von Ad-hoc-Netzwerken im Rahmen der F&E-Strategie sol-
1695 len lokale, dezentrale Netzwerke unterstützt werden, die eine komplementäre Infra-
1696 struktur für einen fest definierten Nutzerkreis umfassen. Damit verbessern wir die inf-
1697 rastrukturellen Rahmenbedingungen für den Zugang zu leistungsfähigem Internet für
1698 alle.

1699
1700 Wir wollen eine gesetzliche Klarstellung für den Netzzugang von Telekommunikati-
1701 onsanbietern. Nutzerinnen und Nutzer müssen die freie Auswahl an Routern behal-
1702 ten. Daher lehnen wir den Routerzwang ab. Die zur Anmeldung der Router (TK-
1703 Endeinrichtungen) am Netz erforderlichen Zugangsdaten sind den Kundinnen und
1704 Kunden unaufgefordert mitzuteilen.

1705
1706 *Netzneutralität*

1707 Der Erhalt des offenen und freien Internets, die Sicherung von Teilhabe, Meinungs-
1708 vielfalt, Innovation und fairer Wettbewerb sind zentrale Ziele der Digitalen Agenda.
1709 Der diskriminierungsfreie Transport aller Datenpakete im Internet ist die Grundlage
1710 dafür. Dabei ist insbesondere auch sicherzustellen, dass Provider ihre eigenen in-
1711 haltlichen Angebote und Partnerangebote nicht durch höhere Datenvolumina oder
1712 schnellere Übertragungsgeschwindigkeit im Wettbewerb bevorzugen. Neutralität ist
1713 auch von Suchmaschinen zu verlangen, die sicherstellen müssen, dass alle Angebo-
1714 te diskriminierungsfrei aufzufinden sind.

1715
1716 Die Gewährleistung von Netzneutralität wird daher als eines der Regulierungsziele
1717 im Telekommunikationsgesetz verbindlich verankert und die Koalition wird sich auch
1718 auf europäischer Ebene für die gesetzliche Verankerung von Netzneutralität einset-
1719 zen. Die Bundesnetzagentur wird ermächtigt und technisch sowie personell in die
1720 Lage versetzt, die Einhaltung dieses Ziels zu überwachen. Zudem müssen Mobil-
1721 funkanbieter Internettelefonie ggf. gegen separates Entgelt ermöglichen.

1722
1723 Das so genannte Best-Effort-Internet, das für die Gleichberechtigung der Datenpake-
1724 te steht, wird in seiner Qualität weiterentwickelt und darf nicht von einer Vielzahl von
1725 „Managed Services“ verdrängt werden. Netzwerkmanagement muss allerdings dort
1726 möglich sein, wo es technisch geboten ist, damit breitbandensensible Daten und An-
1727 wendungen verlässlich und ohne Verzögerung übertragen werden bzw. zum Einsatz
1728 kommen können. Deep Packet Inspection (DPI) zur Diskriminierung von Diensten
1729 oder Überwachung der Nutzerinnen und Nutzer werden wir dagegen gesetzlich un-
1730 tersagen.

1731
1732 Bei der Anschaffung von IT-Technologie durch die öffentliche Hand müssen im
1733 Rahmen des Wirtschaftlichkeitsprinzips Innovationspotenziale und Nachhaltigkeit als

1734 mitentscheidende Kriterien bedacht werden. Bei Ausschreibungen sollen Sicher-
1735 heitsstandards vorgegeben und wenn möglich Open-Source-Lösungen erwogen
1736 werden. Ebenso werden wir die Abschreibungsmöglichkeiten von Software verbes-
1737 sern.
1738

1739 **1.4 Die Energiewende zum Erfolg führen**

1740

1741 *Energiewende und Klimaschutz erfolgreich gestalten*

1742 Die Energiewende ist ein richtiger und notwendiger Schritt auf dem Weg in eine In-
 1743 dustriegesellschaft, die dem Gedanken der Nachhaltigkeit und der Bewahrung der
 1744 Schöpfung verpflichtet ist. Sie schützt Umwelt und Klima, macht uns unabhängiger
 1745 von Importen, sichert Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Deutschland. Eine der
 1746 Hauptaufgaben der Großen Koalition ist es deshalb, engagierten Klimaschutz zum
 1747 Fortschrittmotor zu entwickeln und dabei Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit zu
 1748 stärken. Wir wollen die Entwicklung zu einer Energieversorgung ohne Atomenergie
 1749 und mit stetig wachsendem Anteil Erneuerbarer Energien konsequent und planvoll
 1750 fortführen. Wir bekräftigen unseren Willen, die internationalen und nationalen Ziele
 1751 zum Schutz des Klimas einzuhalten, uns in der Europäischen Union für 2030 für am-
 1752 bitionierte Ziele auf der Grundlage der weltweiten langfristigen Ziele für 2050 einzu-
 1753 setzen und wir werden uns auch international für ambitionierte Klimaschutzziele und
 1754 verbindliche Vereinbarungen engagieren. Die Erreichung ambitionierter europäischer
 1755 Klimaschutzziele darf nicht zu Nachteilen für energieintensive und im internationalen
 1756 Wettbewerb stehende Industrien führen und ist so zu gestalten, dass carbon leakage
 1757 vermieden wird.

1758

1759 *Ausstieg aus der Kernenergie*

1760 Wir halten am Ausstieg aus der Kernenergie fest. Spätestens 2022 wird das letzte
 1761 Kernkraftwerk in Deutschland abgeschaltet. Auch auf europäischer Ebene wird
 1762 Deutschland weiter für die Energiewende werben.

1763

1764 *Energiepolitisches Dreieck*

1765 Die Ziele des energiepolitischen Dreiecks - Klima- und Umweltverträglichkeit, Ver-
 1766 sorgungssicherheit, Bezahlbarkeit - sind für uns gleichrangig. Die Energiewende wird
 1767 nur dann bei Bürgern und Wirtschaft Akzeptanz finden, wenn Versorgungssicherheit
 1768 und Bezahlbarkeit gewährleistet sowie industrielle Wertschöpfungsketten und Ar-
 1769beitsplätze erhalten bleiben.

1770

1771 Beim weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien ist der Kosteneffizienz und Wirt-
 1772 schaftlichkeit des Gesamtsystems einschließlich des Netzausbaus und der notwen-
 1773 digen Reservekapazitäten eine höhere Bedeutung zuzumessen. Dabei muss auch
 1774 der europäische Strommarkt verstärkt in den Blick genommen werden. In diesem
 1775 Rahmen muss zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit in Deutschland der
 1776 wirtschaftliche Betrieb notwendiger Kapazitäten konventioneller und flexibel einsetz-
 1777 barer Kraftwerke in bezahlbarer Weise möglich bleiben.

1778

1779 *Reform des EEG*

1780 Die Koalition strebt eine schnelle und grundlegende Reform des Erneuerbare-
 1781 Energien-Gesetzes (EEG) an und legt sie bis Ostern 2014 dem Kabinett vor mit dem
 1782 Ziel einer Verabschiedung im Sommer 2014, um verlässliche Rahmenbedingungen
 1783 in der Energiepolitik zuschaffen. Altanlagen genießen Bestandsschutz. Der Vertrau-
 1784 ensschutz im Hinblick auf getätigte und in der Realisierung befindliche Investitionen
 1785 ist entsprechend zu gewähren.

1786

1787 *Klimaschutz*

1788 Wir halten daran fest, dem Klimaschutz einen zentralen Stellenwert in der Energiepo-
 1789 litik zuzumessen. National wollen wir die Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um

1790 mindestens 40 Prozent gegenüber dem Stand 1990 reduzieren. Innerhalb der Euro-
 1791 päischen Union setzen wir uns für eine Reduktion um mindestens 40 Prozent bis
 1792 2030 als Teil einer Zieltrias aus Treibhausgasreduktion, Ausbau der Erneuerbare
 1793 Energien und Energieeffizienz ein. In Deutschland [SPD: *In einem nationalen Klima-*
 1794 *schutzgesetz (Klimaschutzplan)*] wollen wir die weiteren Reduktionsschritte bis zum
 1795 Zielwert von 80 bis 95 Prozent im Jahr 2050 festschreiben und in einem breiten Dia-
 1796 logprozess mit Maßnahmen unterlegen. Insbesondere Kommunen, Handwerk und
 1797 Mittelstand sollen beim Klimaschutz unterstützt [und hierfür die Nationale Klima-
 1798 schutzinitiative gestärkt und verlässlich finanziert werden.].
 1799

1800 Die Koalition will einen wirksamen Emissionshandel auf europäischer Ebene. Dabei
 1801 muss die Reduzierung der emittierten Treibhausgasmengen zentrales Ziel des Emis-
 1802 sionshandels bleiben. Korrekturen sollten grundsätzlich nur erfolgen, wenn die Ziele
 1803 zur Minderung der Treibhausgase nicht erreicht werden. Bei der von der EU-
 1804 Kommission geplanten Herausnahme von 900 Millionen Zertifikaten aus dem Handel
 1805 (backloading) muss sichergestellt werden, dass es sich um einen einmaligen Eingriff
 1806 in das System handelt, die Zertifikate nicht dauerhaft dem Markt entzogen werden
 1807 und nachteilige Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Bran-
 1808 chen und industrielle Arbeitsplätze ausgeschlossen werden.
 1809

1810 Wir setzen uns für ein ambitioniertes, weltweites Klimaschutzabkommen ein. [Den
 1811 Verpflichtungen bei der globalen Umweltschutzfinanzierung wird nachgekommen und
 1812 die Ausgaben für die internationale Klimafinanzierung schrittweise gesteigert.] Der
 1813 Klimaschutz und der Ausbau erneuerbarer Energien wird weltweit durch Kooperatio-
 1814 nen und Programme mit anderen Staaten, insbesondere Schwellen- und Entwick-
 1815 lungsländern, vorangebracht und [die Internationale Klimaschutzinitiative ausgebaut.]
 1816

1817 *Erneuerbare Energien*

1818 *[Über die Ausbaukorridore werden noch Kostenabschätzungen vorgenommen. An-*
 1819 *schließend erfolgt eine Konkretisierung vor Abschluss der Koalitionsverhandlungen.]*
 1820 Auf der Basis dieser Ziele wird sich die Koalition mit den Ländern auf eine synchroni-
 1821 sierte Planung für den Ausbau der einzelnen Erneuerbaren Energien verständigen.
 1822

1823 Wir werden die Erneuerbaren Energien so ausbauen, dass die Ausbauziele unter Be-
 1824 rücksichtigung einer breiten Bürgerbeteiligung erreicht und die Kosten begrenzt wer-
 1825 den. Wir werden auch unverzüglich den Dialog mit der Europäischen Kommission
 1826 und den Mitgliedstaaten darüber beginnen, wie diesen Zielen dienende Förderbedin-
 1827 gungen europarechtskonform weiterentwickelt werden können. Zusätzliche Einnah-
 1828 men aus dem Emissionshandel sollen in dem Bereich der Erneuerbaren Energien
 1829 eingesetzt werden.
 1830

1831 *Effizienz als zweite Säule einer nachhaltigen Energiewende*

1832 Die Senkung des Energieverbrauchs durch mehr Energieeffizienz muss als zentraler
 1833 Bestandteil der Energiewende mehr Gewicht erhalten. Fortschritte bei der Energieef-
 1834 fizienz erfordern einen sektorübergreifenden Ansatz, der Gebäude, Industrie, Ge-
 1835 werbe und Haushalte umfasst und dabei Strom, Wärme und Kälte gleichermaßen in
 1836 den Blick nimmt. Ausgehend von einer technisch-wirtschaftlichen Potenzialanalyse
 1837 wollen wir Märkte für Energieeffizienz entwickeln und dabei alle Akteure einbinden.
 1838

1839 *Nationaler Aktionsplan Energieeffizienz*

1840 In einem Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz will die Koalition die Ziele für die
 1841 verschiedenen Bereiche, die Instrumente, die Finanzierung und die Verantwortung
 1842 der einzelnen Akteure zusammenfassen. Er wird mit einem jährlichen Monitoring von
 1843 einer unabhängigen Expertenkommission überprüft. Der erste Aktionsplan soll im
 1844 Jahre 2014 erarbeitet und von der Bundesregierung beschlossen werden. [Die dafür
 1845 vorzusehenden Mittel sind zu erhöhen (Haushaltsumschichtung, Verwendung Ener-
 1846 gie- und Klimafonds, zusätzliche Aufwendungen neben der Gebäudesanierung).]
 1847 Aus dem Energie- und Klimafonds werden wir die Umsetzung anspruchsvoller Effizi-
 1848 enzmaßnahmen in der Wirtschaft, durch Handwerk und Mittelstand, Kommunen und
 1849 Haushalten fördern. In den Sektoren Gebäude und Verkehr erfolgt die Finanzierung
 1850 ergänzend mit eigenen Instrumenten aus den zuständigen Ressorts.

1851
 1852 In einem ersten Schritt wollen wir folgende Maßnahmen umsetzen:

- 1853 • [Das KfW-Programm zur energetischen Gebäudesanierung wollen wir aufstok-
 1854 ken, verstetigen und deutlich vereinfachen. Wir beabsichtigen, die energetische
 1855 Gebäudesanierung auch steuerlich zu fördern.]
- 1856 • [Die Höhe der Modernisierungsumlage wird im Mietrecht abgesenkt und dann in
 1857 voller Höhe nur noch für energetische und altengerechte Modernisierungen ge-
 1858 währt.]
- 1859 • Die Programme sollen so gestaltet sein, dass durch Beratung Fehlinvestitionen
 1860 verhindert werden.
- 1861 • Die EU-Energieeffizienz-Richtlinie werden wir sachgerecht umsetzen.
- 1862 • Zur Förderung sinnvoller und kosteneffizienter Maßnahmen werden wir einen
 1863 Schwerpunkt auf eine fachlich fundierte und unabhängige Energieberatung le-
 1864 gen und diese entsprechend fördern. [In diesem Zusammenhang werden wir die
 1865 Beratungsprogramme weiter ausbauen, damit Eigentümer insbesondere über
 1866 die Effizienz ihrer Heizungsanlage und mögliche Maßnahmen zur
 1867 Effizienzverbesserung gezielt informiert werden.]
- 1868 • [Für Haushalte mit geringem Einkommen sollen Investitionen in energiesparen-
 1869 de Haushaltgeräte erleichtert werden.]
- 1870 • Auf europäischer Ebene werden wir uns mit Nachdruck für dynamische und an-
 1871 spruchsvollere Standards für energierelevante Produkte im Rahmen der Öko-
 1872 Design-Richtlinie (Verankerung des Top-Runner-Prinzips) einsetzen. Soweit
 1873 möglich, wollen wir nationale Standards vorab setzen. [Auf nationaler Ebene
 1874 werden wir die Markteinführung hocheffizienter Produkte im Rahmen des Ener-
 1875 gieeffizienzfonds durch Förderprogramme unterstützen.]

1876 1877 **[Finanzierung Effizienzmaßnahmen**

- 1878
 1879 • Die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung soll ein 5-
 1880 Jahresprogramm von jährlich 1 Mrd. Euro umfassen. Dies hätte bei einem Ab-
 1881 setzungszeitraum von 10 Jahren im ersten Haushaltsjahr Steuerminderein-
 1882 nahmen von je 42,5 Mio. Euro (ansteigend auf 215 Mio. Euro p. a.) für Bund
 1883 und Länder sowie 15 Mio. Euro (ansteigend auf 75 Mio. Euro p. a.) für die
 1884 Kommunen zur Folge. Eventuelle Teilkompensationen sollten für ein Zu-
 1885 schussprogramm für die energetische Sanierung von Gebäuden der Länder
 1886 und Kommunen genutzt werden.
- 1887 • Für den Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz werden über die bisherigen
 1888 Mittelansätze hinaus jährlich 500 Mio. Euro für folgende Schwerpunktbereiche
 1889 bereitgestellt:

- 1890 ○ Investitionen in energiesparende Produkte im Bereich Haushalt und Ge-
 1891 werbe: 350 Mio. Euro.
 1892 ○ Energieberatung und Förderprogramm zur Markteinführung hocheffizienter
 1893 Produkte und von Prozesstechnologie: 150 Mio. Euro.]
 1894

1895 *Klimafreundlicher Wärmemarkt*

1896 Der Wärmemarkt ist mitentscheidend für eine erfolgreiche Energiewende. Seine Um-
 1897 gestaltung ist ein langfristiger Prozess. Ziel der Koalition bleibt es, bis zum Jahr 2050
 1898 einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand zu haben. Dazu müssen der Energie-
 1899 verbrauch der Gebäude adäquat gesenkt und gleichzeitig der Ausbau erneuerbarer
 1900 Energien zur Wärmenutzung vorangetrieben werden.

1901
 1902 Auf der Grundlage eines Sanierungsfahrplans werden wir im Gebäudebereich und im
 1903 Wärmemarkt als erste Schritte folgende Maßnahmen ergreifen:

- 1904 • Das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz wird auf der Grundlage des Erfahrungs-
 1905 berichtes und in Umsetzung von europäischem Recht fortentwickelt sowie mit den
 1906 Bestimmungen der Energieeinsparverordnung (EnEV) abgeglichen.
- 1907 • Der Einsatz von erneuerbaren Energien im Gebäudebestand sollte weiterhin auf
 1908 Freiwilligkeit beruhen.
- 1909 • [Das bewährte Marktanzreizprogramm werden wir aufstocken und verstetigen.]
- 1910 • In einem Strommarkt mit einem weiter zunehmenden Anteil von Strom aus erneu-
 1911 erbaren Energien werden wir Strom, der sonst abgeregelt werden müsste, für wei-
 1912 tere Anwendungen, etwa im Wärmebereich, nutzen.

1913
 1914

1915 **Ausbau der erneuerbaren Energien**

1916

1917 *Ausbaukorridor Erneuerbare Energien*

1918 Wir setzen uns für einen nachhaltigen, stetigen und bezahlbaren Ausbau der Erneuer-
 1919 erbaren ein. Dafür werden wir im EEG einen [CDU/CSU: verbindlichen] Ausbaukorri-
 1920 dor festlegen und den Ausbau steuern. Damit stellen wir sicher, dass die Ausbauzie-
 1921 le erreicht werden und die Kosten im Rahmen bleiben.

1922

1923 Dieser Ausbaukorridor

- 1924 • schafft Planungssicherheit für alle Beteiligten,
- 1925 • gibt der EE-Branche einen verlässlichen Wachstumspfad,
- 1926 • begrenzt die Kostendynamik beim Ausbau der erneuerbaren Energien,
- 1927 • gibt der Entwicklung der konventionellen Energiewirtschaft einen stabilen Rah-
 1928 men,
- 1929 • erlaubt eine bessere Verknüpfung mit dem Netzausbau,
- 1930 • ermöglicht eine schrittweise Anpassung des Strom- und Energieversorgungssy-
 1931 stems an die Herausforderungen volatiler Stromerzeugung und dadurch eine ko-
 1932 stengünstigere Systemintegration.

1933

1934 *Kosten der Energiewende*

1935 Die Energiewende ist nicht zum Nulltarif zu haben. Die Gesamtkosten sind in den
 1936 letzten Jahren aber schnell und stark gestiegen. Private und gewerbliche Stromkun-
 1937 den müssen erhebliche Lasten tragen. Die EEG-Umlage hat mittlerweile eine Höhe
 1938 erreicht, die für private Haushalte und weite Teile der Wirtschaft, insbesondere auch
 1939 mittelständische Unternehmen, zum Problem wird, wenn es nicht gelingt, die Ko-
 1940 stendynamik zu entschärfen. Mit der grundlegenden Reform, auf die wir uns verstan-

1941 digt haben, wollen wir Ausmaß und Geschwindigkeit des Kostenanstiegs spürbar
 1942 bremsen, indem wir die Vergütungssysteme vereinfachen und die Kosten auf einem
 1943 vertretbaren Niveau stabilisieren. Dazu brauchen wir neben einem berechenbaren
 1944 [CDU/CSU und verbindlichen] Ausbaukorridor insbesondere mehr Kosteneffizienz
 1945 durch Abbau von Überförderungen und Degression von Einspeisevergütungen, eine
 1946 stärker marktwirtschaftlich orientierte Förderung, eine Konzentration der Besonderen
 1947 Ausgleichsregelung auf stromintensive Unternehmen im internationalen Wettbewerb
 1948 und eine ausgewogene Regelung für die Eigenproduktion von Strom.

1949
 1950 *[SPD: Um die Kosten der Energiewende gerecht zu verteilen, senken wir die Strom-*
 1951 *steuer in einem ersten Schritt um 25 % und dann jährlich entsprechend dem Anteil*
 1952 *Erneuerbarer Energien am Stromverbrauch. (Finanzierungvorbehalt)]*

1953
 1954 *Reform des Fördersystems*

1955 Die Förderung der Erneuerbaren will die Koalition mit Blick auf bezahlbare Strom-
 1956 preise kosteneffizienter gestalten. Überförderungen werden wir schnell und konse-
 1957 quent bei Neuanlagen abbauen; Altanlagen genießen Bestandsschutz. Für alle
 1958 Technologien werden wir eine kontinuierliche Degression der Fördersätze im EEG
 1959 verankern. Wir werden die Bonusregelungen überprüfen und weitgehend streichen.
 1960 Darüber hinaus werden wir das vergleichsweise teure Grünstromprivileg streichen.
 1961 Damit sichern wir auch für die Zukunft eine europarechtskonforme Ausgestaltung.

1962
 1963 Für die einzelnen Technologien gilt:

- 1964 • Photovoltaik: Die jetzt geltende Regelung (u. a. atmender Deckel, Obergren-
 1965 ze) hat sich bewährt und wird beibehalten. Der Zubau in diesem Jahr liegt na-
 1966 he an dem im EEG festgelegten Ausbaukorridor.
- 1967 • Biomasse: Der Zubau von Biomasse wird [CSU: überwiegend] auf Abfall- und
 1968 Reststoffe begrenzt. Dies dient dem Schutz der Natur, vermeidet die „Vermai-
 1969 sung“ der Landschaft und entschärft Nutzungskonkurrenzen. Bestehende An-
 1970 lagen sollen möglichst bedarfsorientiert betrieben werden, um Vorteile für Sy-
 1971 stemstabilität zu nutzen. Wir entwickeln ein Gesamtkonzept für Anbau, Verar-
 1972 beitung und Nutzung von Biomasse unter bioökonomischen Gesichtspunkten.
 1973 Dabei soll deren Einsatz einen sinnvollen Beitrag zum CO₂-Minderungsziel
 1974 leisten und Nutzungskonkurrenzen mit dem Arten- und Naturschutz entschärft
 1975 werden.
- 1976 • Wind an Land: Wir werden die Fördersätze senken (insbesondere bei wind-
 1977 starken Standorten), um Überförderungen abzubauen und gleichzeitig durch
 1978 eine Weiterentwicklung des Referenzertragsmodells dafür sorgen, dass bun-
 1979 desweit die guten Standorte auch zukünftig wirtschaftlich genutzt werden kön-
 1980 nen.
 1981 Wir werden eine Länderöffnungsklausel in das Baugesetzbuch (BauGB) ein-
 1982 fügen, die es ermöglicht, länderspezifische Regeln über Mindestabstände zur
 1983 Wohnbebauung festzulegen.
- 1984 • Wind auf See: Orientiert an den realistischen Ausbaumöglichkeiten legen wir
 1985 den Ausbaupfad 2020 auf 6,5 GW fest. Um anstehende Investitionen mit lan-
 1986 gen Vorlaufzeiten bei Offshore-Wind nicht zu gefährden, [werden die dafür
 1987 kurzfristig notwendigen Maßnahmen getroffen] [Verlängerung Stauchungs-
 1988 modell] wird konkretisiert]. Für den weiteren Ausbaupfad bis 2030 gehen wir von
 1989 durchschnittlich 2 Windparks pro Jahr mit einer Leistung von je ca. 400 MW
 1990 aus, um einen Ausbau von 15 GW bis 2030 zu erreichen.

- 1991 • Wasserkraft: Die bestehenden gesetzlichen Regeln haben sich bewährt und
1992 werden fortgeführt.

1993

1994 Darüber hinaus soll ab 2018 die Förderhöhe über Ausschreibungen ermittelt werden,
1995 sofern bis dahin in einem Pilotprojekt nachgewiesen werden kann, dass die Ziele der
1996 Energiewende auf diesem Wege kostengünstiger erreicht werden können. Um Erfah-
1997 rungen mit Ausschreibungsmodellen zu sammeln und ein optimales Ausschrei-
1998 bungsdesign zu entwickeln, wird spätestens 2016 ein Ausschreibungspilotmodell in
1999 einer Größenordnung von insgesamt 400 MW für Photovoltaik-Freiflächenanlagen ab
2000 einer noch festzulegenden Mindestgröße eingeführt. Wir werden darauf achten, dass
2001 bei der Realisierung von Ausschreibungen eine breite Bürgerbeteiligung möglich
2002 bleibt.

2003

2004 *Markt- und Systemintegration*

2005 Unser Grundsatz lautet: Das EEG ist ein Instrument zur Markteinführung von Erneuerbaren
2006 Energien. Sie sollen perspektivisch ohne Förderung am Markt bestehen.
2007 Daher wird die Koalition die Erneuerbaren Energien in den Strommarkt integrieren.
2008 Durch die Degression im EEG steigt der Anreiz zur Direktvermarktung. [Für [regelbare]
2009 Erneuerbare Energien wird [für Neuanlagen ab 5 MW] eine verpflichtende Direkt-
2010 vermarktung auf Basis der gleitenden Marktprämie eingeführt,]. Spätestens 2017 soll
2011 dies für alle Anlagengrößen gelten. Die Einführung werden wir so gestalten, dass die
2012 mit dem EEG bestehende Vielfalt der Akteure erhalten bleibt.

2013

2014 Um die Stabilität des Systems zu gewährleisten, werden wir zudem festlegen, dass
2015 Neuanlagen vom Netzbetreiber und von den Direktvermarktern ansteuerbar sein
2016 müssen. Spitzenlast kann bei neuen Anlagen im begrenzten Umfang (weniger als 5
2017 % der Jahresarbeit) unentgeltlich abgeregelt werden, soweit dies die Kosten für den
2018 Netzausbau senkt und dazu beiträgt, negative Börsenstrompreise zu vermeiden. Zu-
2019 dem werden wir die Entschädigungsregelung im Einspeisemanagement so verän-
2020 dern, dass sie verstärkt Anreize dafür setzt, die Netzsituation bei der Standortwahl
2021 von Neuanlagen besser zu berücksichtigen (Härtefallregelung). In der bestehenden
2022 Härtefallregelung wird die Höhe der Entschädigung abgesenkt, wenn wegen eines
2023 Netzengpasses nicht eingespeist werden kann. Der Einspeisevorrang für die Erneuerbaren
2024 wird beibehalten.

2025

2026 Wir werden prüfen, ob große Erzeuger von Strom aus Erneuerbaren Energien einen
2027 Grundlastanteil ihrer Maximaleinspeisung garantieren müssen, um so einen Beitrag
2028 zur Versorgungssicherheit zu leisten. Diese können sie in eigener Verantwortung
2029 vertraglich mit Betreibern von Speichern, von nachfrageabhängig regelbaren Erneuerbaren
2030 Energien, abschaltbaren Lasten oder von fossilen Kraftwerken absichern.
2031 Die virtuelle „Grundlastfähigkeit“ der einzelnen Erneuerbaren Energien soll schritt-
2032 weise geschaffen werden. Hierzu werden wir ein Pilotvorhaben durchführen.

2033

2034 Wir setzen uns dafür ein, die Förderung der erneuerbaren Energien in Deutschland
2035 in den europäischen Binnenmarkt zu integrieren. Dafür werden wir das EEG europa-
2036 rechtskonform weiterentwickeln und uns dafür einsetzen, dass die EU-
2037 Rahmenbedingungen und die Beihilferegulungen den Ausbau der Erneuerbaren in
2038 Deutschland auch weiterhin unterstützen. Ungeachtet dessen gehen wir weiterhin
2039 davon aus, dass das EEG keine Beihilfe darstellt.

2040

2041 *Internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und faire Lastenteilung*

2042 Die Besondere Ausgleichsregelung dient dazu, stromintensive Unternehmen in ihrer
 2043 internationalen Wettbewerbsfähigkeit nicht zu gefährden, geschlossene Wertschöpfungs-
 2044 ketten und industrielle Arbeitsplätze dauerhaft zu erhalten. Die Koalition will
 2045 deshalb die Besondere Ausgleichsregelung erhalten und zukunftsfähig weiterentwickeln,
 2046 wohlwissend, dass sie Auswirkungen auf die Finanzierungsgrundlage für das
 2047 EEG hat. Die Zahl der antragstellenden Unternehmen und die privilegierte Strommenge
 2048 haben sich seit der letzten Novelle weiter erhöht. Auch die als Eigenstromerzeugung
 2049 privilegierten Strommengen steigen seit Jahren kontinuierlich an.
 2050 Vor diesem Hintergrund setzen wir uns dafür ein, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit
 2051 der deutschen Industrie erhalten, die Besondere Ausgleichsregelung dafür europarechtlich
 2052 abgesichert und die Finanzierung des EEG dauerhaft auf eine stabile Grundlage gestellt
 2053 wird. Die Vorschläge zur Steuerung des Ausbaus und zur Kosteneffizienz sind auch mit
 2054 Blick auf die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie
 2055 von zentraler Bedeutung.

2056
 2057 Bei der Besonderen Ausgleichsregelung überprüfen wir die Privilegierung in den einzelnen
 2058 Branchen vorrangig anhand objektiver, europarechtskonformer Kriterien. Darüber hinaus
 2059 werden wir den Kostenbeitrag der privilegierten Unternehmen überprüfen. Zugleich ist
 2060 vorgesehen, dass die begünstigten Unternehmen nicht nur ein Energiemanagementsystem
 2061 einführen, sondern auch wirtschaftlich sinnvolle und technologisch machbare Fortschritte
 2062 bei der Energieeffizienz erzielt werden. Dabei werden bereits erreichte Erfolge (early
 2063 actions) berücksichtigt. Diese Maßnahmen kommen auch dem Anliegen der Europäischen
 2064 Kommission entgegen.

2065
 2066 **Klärung zw. AG Verkehr und AG Energie nötig:**

2067 **AG Verkehr:**

2068 [Im Rahmen der europarechtlich zulässigen Ausnahmetatbestände werden wir die
 2069 umweltfreundlichen und energieeffizienten Schienenbahnen bei der EEG-Umlage
 2070 weiter besonders berücksichtigen.

2071
 2072 **AG Energie:**

2073 Darüber hinaus könnten parallel die Schienenbahnen in angemessener Weise an
 2074 den Kosten beteiligt werden, ohne dass dies wie bisher zu Wettbewerbsverzerrungen
 2075 führt.]

2076
 2077 Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass im Grundsatz die gesamte Eigenstromerzeugung
 2078 an der EEG-Umlage beteiligt wird. So sollen alle neuen Eigenstromerzeuger mit einer
 2079 Mindestumlage zur Grundfinanzierung des EEG beitragen, wobei wir die Wirtschaftlichkeit
 2080 insbesondere von KWK-Anlagen und Kuppelgasnutzung wahren werden. Für kleine Anlagen
 2081 soll eine Bagatellgrenze eingezogen werden. Vertrauensschutz für bestehende
 2082 Eigenerzeugung wird gewährleistet.

2083
 2084 **Strommarktdesign – Neue Rolle für konventionelle Kraftwerke**

2085
 2086 Auch in Zukunft muss die Versorgungssicherheit gewährleistet sein, also jederzeit
 2087 der nachgefragten Last eine entsprechend gesicherte Erzeugungsleistung in
 2088 Deutschland gegenüber stehen.

2089
 2090 Die konventionellen Kraftwerke (Braunkohle, Steinkohle, Gas) als Teil des nationalen
 2091 Energiemixes sind auf absehbare Zeit unverzichtbar. Durch den kontinuierlichen
 2092 Aufwuchs der Erneuerbaren Energien benötigen wir in Zukunft hocheffiziente und

2093 flexible konventionelle Kraftwerke. Solange keine anderen Möglichkeiten (wie z. B.
 2094 Speicher oder Nachfragemanagement) ausreichend und kostengünstig zur Verfü-
 2095 gung stehen, kann Stromerzeugung aus Wind- und Sonnenenergie nicht entschei-
 2096 dend zur Versorgungssicherheit beitragen. Daraus ergibt sich das Erfordernis einer
 2097 ausreichenden Deckung der Residuallast. Ein Entwicklungspfad für den konventio-
 2098 nellen Kraftwerkspark lässt sich nicht ohne eine klare Kenntnis des Ausbaus der Er-
 2099 neuerbaren Energien beschreiben.

2100

2101 Wir brauchen verschiedene Mechanismen, mit denen die jeweils erforderlichen Ka-
 2102 pazitäten langfristig am Markt gehalten werden können.

2103

2104 Für eine ökologisch vernünftige, ökonomisch tragfähige und Arbeitsplätze sichernde
 2105 Vorgehensweise sind folgende Eckpunkte umzusetzen:

2106

2107

2108

2109

2110

2111

2112

2113

2114

2115

2116

2117

2118

2119

2120

2121

2122

2123

2124

2125

2126

2127

2128

2129

2130

2131

2132

2133

2134

2135

2136

2137

2138

2139

Speicher

2140

2141

2142

2143

Die stark schwankende Einspeisung Erneuerbarer Energien erfordert einen Aus-
 gleich durch verschiedene Flexibilitätsoptionen, wie z. B. Lastmanagement, power-
 to-heat und Speicher. Um die erforderliche konventionelle Reservekapazität zuver-

2144 lässig abschätzen zu können, wird die Koalition in den kommenden Jahren technisch
2145 und wirtschaftlich verfügbare Speicherpotenziale prüfen.

2146 Künftig wird ein Mix verschiedener Stromspeicher erforderlich sein. Die dafür nötigen
2147 Rahmenbedingungen sind technologieneutral zu gestalten. Wir wollen, dass Pump-
2148 speicherwerke auch künftig ihren Beitrag zur Netzstabilität wirtschaftlich leisten kön-
2149 nen.

2150 Aufgrund der zukünftigen Systemfunktionen sollen die Letztverbraucher-Pflichten der
2151 Speicher überprüft werden.

2152 Mittel- bis langfristig steigt der Bedarf nach neuen Speichern. Bei einem hohen Anteil
2153 an Erneuerbaren Energien brauchen wir auch Langzeitspeicher, die saisonale
2154 Schwankungen ausgleichen können, wie z. B. power-to-gas. [Mit den aktuellen und
2155 weiteren Demonstrationsprojekten werden wir die Technologie Schritt für Schritt wei-
2156 terentwickeln, optimieren und zur Marktreife bringen. Das bereits angelegte For-
2157 schungsprogramm werden wir verstetigen.]

2158

2159 **Netze**

2160

2161 *Verlässliche und langfristige Netzausbauplanung*

2162 Netzausbau und Ausbau der Erneuerbaren bedingen einander. Damit beides syn-
2163 chron läuft, sollte der Netzausbau zukünftig auf Basis des [verbindlichen Ausbaup-
2164 fads] für Erneuerbare Energien erfolgen.

2165 Für den Ausbau des Übertragungsnetzes stellt der Bundesbedarfsplan auch in Zu-
2166 kunft das zentrale Instrument dar. Mit Blick auf den erforderlichen Netzausbau gilt es,
2167 Offshore-Windenergie schrittweise in einem geordneten Verfahren auszubauen
2168 (Offshore Netzentwicklungsplan). Entstehende Anbindungskapazitäten sollen effektiv
2169 genutzt werden können.

2170 Die Optimierungspotenziale bei Bestandsnetzen sollen ausgeschöpft werden. Damit
2171 werden die Aufnahmekapazität des Netzes für die Erneuerbaren gesteigert, die Effi-
2172 zienz erhöht und die Kosten gesenkt.

2173 Wir wollen die Integration der europäischen Stromversorgung durch den Ausbau der
2174 grenzüberschreitenden Höchstspannungsleitungen und der Grenzkuppelstellen auf
2175 der Grundlage der EU-Verordnung über die transeuropäische Energieinfrastruktur
2176 (TEN-E) vorantreiben.

2177

2178 *Modernisierung der Verteilernetze*

2179 Die Verteilernetze sind das Rückgrat der Energiewende vor Ort, da der Zubau Er-
2180 neuerbarer Energien eine zunehmende Dezentralisierung des Energieversorgungss-
2181 systems bewirkt. Die Koalition wird die Rahmenbedingungen für die Verteilernetze
2182 investitionsfreundlich ausgestalten, damit Investitionen zeitnah refinanziert werden
2183 können. Investitionsbudgets in den Verteilernetzen werden wir prüfen. Die Versor-
2184 gungssicherheit hat weiterhin Priorität.

2185 Investitionen durch Netzbetreiber sollen getätigt werden können, wenn sie erforder-
2186 lich sind. Mit dem Evaluierungsbericht der Bundesnetzagentur zur Anreizregulierung
2187 und der Netzplattform-Studie „Moderne Verteilernetze für Deutschland“ werden wir
2188 2014 über eine ausreichende Datenbasis für Entscheidungen zu notwendigen Wei-
2189 terentwicklungen der Anreizregulierung verfügen.

2190

2191 *Rahmenbedingungen für intelligente Netze schaffen*

2192 Wir wollen bereits in 2014 verlässliche Rahmenbedingungen für den sicheren Ein-
2193 satz von intelligenten Messsystemen für Verbraucher, Erzeuger und Kleinspeicher
2194 auf den Weg bringen. Gegenstand des Paketes werden die Festlegung hoher techni-

2195 scher Standards zur Gewährleistung von Datenschutz und Datensicherheit, be-
 2196 reichsspezifischer Datenschutzregeln für die Marktkommunikation sowie Regelungen
 2197 im Zusammenhang mit dem Einbau von intelligenten Zählern zur Ermöglichung von
 2198 intelligentem Last- und Erzeugungsmanagement sein.

2199
 2200 *Netzentgelte*

2201 Wir werden das System der Netzentgelte daraufhin überprüfen, ob es den Anforde-
 2202 rungen der Energiewende gerecht wird. Die Koalition wird das System der Netzent-
 2203 gelte auf eine faire Lastenverteilung bei der Finanzierung der Netzinfrasturuktur über-
 2204 prüfen. Durch die steigende Eigenstromversorgung im privaten und gewerblichen Be-
 2205 reich ist die faire Kostenverteilung zunehmend in Frage gestellt. Deshalb müssen die
 2206 Kosten für die Bereitstellung der Netzinfrasturuktur künftig stärker abgebildet werden,
 2207 zum Beispiel durch die Einführung einer generellen Leistungskomponente im Netz-
 2208 entgelt (Grund- oder Leistungspreis) und die Beteiligung der Einspeiser an den Ko-
 2209 sten der Netzinfrasturuktur und des Netzbetriebs.

2210
 2211 *Bürger am Netzausbau beteiligen*

2212 Für den Ausbau der Stromnetze muss bei den betroffenen Anliegern um Akzeptanz
 2213 geworben werden. Neben frühzeitiger und intensiver Konsultation der Vorhaben kann
 2214 dazu auch eine finanziell attraktive Beteiligung von betroffenen Bürgerinnen und
 2215 Bürgern an der Wertschöpfung sowie eine Überprüfung der derzeitigen Entschädi-
 2216 gungspraxis beitragen.

2217
 2218 Wir werden das Bewertungsverfahren bei Neuvergabe (z. B. bei der Rekommunali-
 2219 sierung) der Verteilnetze eindeutig und rechtssicher regeln sowie die Rechtssicher-
 2220 heit im Netzübergang verbessern.

2221
 2222 **Fracking**

2223
 2224 Nach den vorliegenden Untersuchungen zur Umweltrelevanz ist der Einsatz der
 2225 Fracking-Technologie bei der unkonventionellen Erdgasgewinnung – insbesondere
 2226 bei der Schiefergasförderung – eine Technologie mit erheblichem Risikopotential.
 2227 Die Auswirkungen auf Mensch, Natur und Umwelt sind wissenschaftlich noch nicht
 2228 hinreichend geklärt. Trinkwasser und Gesundheit haben für uns absoluten Vorrang.

2229
 2230 Den Einsatz umwelttoxischer Substanzen bei der Anwendung der Fracking-
 2231 Technologie zur Aufsuchung und Gewinnung unkonventioneller Erdgaslagerstätten
 2232 lehnen wir ab. Über Anträge auf Genehmigung kann erst dann entschieden werden,
 2233 wenn die nötige Datengrundlage zur Bewertung vorhanden ist und zweifelsfrei ge-
 2234 klärt ist, dass eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu be-
 2235 fürchten ist (Besorgnisgrundsatz des Wasserhaushaltsgesetzes).

2236 Auch die Entsorgung des Flowback aus Frack-Vorgängen mit Einsatz umwelttoxi-
 2237 scher Chemikalien in Versenkbohrungen ist wegen fehlender Erkenntnisse über die
 2238 damit verbundenen Risiken derzeit nicht verantwortbar.

2239
 2240 Die Koalition wird unter Einbeziehung der Länder und der Wissenschaft in einem
 2241 gemeinsamen Prozess mit den Unternehmen erarbeiten, welche konkreten Erkennt-
 2242 nisse die Erkundungen liefern müssen, um Wissensdefizite zu beseitigen und eine
 2243 ausreichende Grundlage für mögliche nachfolgende Schritte zu schaffen. Dies soll in
 2244 einem transparenten Prozess erfolgen. Im Dialog mit allen Beteiligten sollen unter
 2245 Federführung der Wissenschaft Forschungsergebnisse bewertet werden. Die Koaliti-

2246 on wird kurzfristig Änderungen für einen besseren Schutz des Trinkwassers im Was-
2247 serhaushaltsgesetz sowie eine Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung
2248 (UVP) bergbaulicher Vorhaben vorlegen, die vor Zulassung von Maßnahmen zur
2249 Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten mittels
2250 Fracking eine obligatorische UVP und Öffentlichkeitsbeteiligung vorsieht.
2251

2252 **Management und Governance**

2253
2254 Zur Beratung von Bundesregierung und Parlament bei der Umsetzung der Energie-
2255 wende strebt die Bundesregierung die Bildung eines [„Forums Energiewende (Ener-
2256 gierat)“] für einen ständigen Dialog mit Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft
2257 und gesellschaftlich relevanten Gruppen an. Beim Vollzug der Projekte der Energie-
2258 wende wird auf eine umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger geachtet.
2259 Die Koalition wird mit allen Akteuren der Energiewirtschaft einen engen Dialog pfle-
2260 gen. Wegen ihrer Bedeutung für die Daseinsvorsorge wird u. a. die Handlungsfähig-
2261 keit der deutschen Stadtwerke thematisiert.
2262

2263 Wir wollen die Energiewende naturverträglich gestalten und zugleich die hierfür not-
2264 wendigen Verfahren und dafür geeigneten Strukturen schaffen. Deswegen wird ein
2265 [Kompetenzzentrum „Naturschutz und Energiewende“]eingerrichtet, um zu einer Ver-
2266 sachlichung der Debatten und zur Vermeidung von Konflikten vor Ort beizutragen.
2267

2268 1.5 Regeln für die Finanzmärkte

2269

2270 **AG Wirtschaft**

2271 Die Finanzwirtschaft muss der Realwirtschaft dienen – das ist eine zentrale Voraus-
 2272 setzung für den Erfolg der europäischen Wirtschaft. Die europäische und internatio-
 2273 nale Regulierung der Finanzmärkte muss fortgeführt werden. Finanzmarktregulierung
 2274 und die Bankenaufsicht müssen die Kontrolle des Schattenbankensystems umfas-
 2275 sen. Wir setzen uns im Rahmen der Finanzmarktregulierung der EU dafür ein, dass
 2276 das bewährte deutsche Drei-Säulen-Modell der Kreditwirtschaft erhalten bleibt. Das
 2277 ist im Interesse einer flächendeckenden Kreditversorgung des Mittelstands.

2278

2279 **AG Finanzen:**

2280 Die Finanzmärkte erfüllen eine wichtige Funktion für die Volkswirtschaft. Unsere Fi-
 2281 nanzmarktpolitik gibt der realwirtschaftlichen Dienstleistungsfunktion des Finanzsek-
 2282 tors Vorrang vor spekulativen Geschäften. Indem wir der Spekulation klare Schran-
 2283 ken setzen, Transparenz schaffen, nachhaltige Wachstumsstrategien fördern und die
 2284 Krisenfestigkeit der Finanzmarktakteure stärken, verbessern wir die Funktionsfähig-
 2285 keit und Stabilität der Finanzmärkte. Risiko und Haftung müssen wieder zusammen-
 2286 geführt werden. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sollen nicht mehr für die Ri-
 2287 siken des Finanzsektors eintreten müssen. Für uns gilt deshalb der Grundsatz: Kein
 2288 Finanzmarktakteur, kein Finanzprodukt und kein Markt darf in Zukunft ohne ange-
 2289 messene Regulierung bleiben. Dies trägt auch zur langfristigen Wettbewerbsfähigkeit
 2290 der Finanzmärkte bei. Wir halten am bewährten Dreisäulensystem der deutschen
 2291 Kreditinstitute fest und werden seine Besonderheiten angemessen berücksichtigen.

2292

2293 Die im Rahmen der europäischen Umsetzung von Basel III vereinbarten strengeren
 2294 Eigenkapital- und Liquiditätsstandards für Banken müssen in den vorgegebenen
 2295 Zeitplänen konsequent umgesetzt werden. Dazu gehören auch eine verbindliche
 2296 Schuldenobergrenze (Leverage Ratio), die den Risikogehalt der Geschäftsmodelle
 2297 angemessen berücksichtigt, und eine verbindliche, mittelfristige Liquiditätskennziffer.
 2298 Bei der Erfüllung der zusätzlichen Kapitalanforderungen müssen öffentliche Eigen-
 2299 tümer beihilferechtlich anderen Eigentümern gleichgestellt werden. Entsprechende
 2300 Maßnahmen zur Erfüllung der von der Aufsicht festgelegten Eigenkapital-
 2301 anforderungen für öffentliche Banken dürfen nicht als Beihilfen gewertet werden.

2302

2303 Unter die Europäische Bankenaufsicht fallen angesichts der Grenze von 30 Mrd. Eu-
 2304 ro auch Banken, die nur auf regional begrenzten oder sehr speziellen Sektoren tätig
 2305 sind. Dies gilt z. B. für die Förderbanken, eine Sparkasse und kleinere Privatbanken.
 2306 Die Bundesregierung wird die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
 2307 (BaFin) beauftragen, im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die Europäische Banken-
 2308 aufsicht in der Praxis dafür Sorge zu tragen, dass die Besonderheiten von einzelnen
 2309 Banken, bspw. der Förderbanken, berücksichtigt werden.

2310

2311 Mit Blick auf einen in den nächsten Jahren möglichen Anpassungsbedarf der CRD-
 2312 IV-Richtlinie wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die Förderbanken
 2313 des Bundes und der Länder im europäischen Kontext bankenaufsichtsrechtlich zu-
 2314 künftig inhaltlich so weit wie möglich gleich behandelt werden.

2315

2316 Die Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, dass die Vorschläge der europäi-
 2317 schen Expertengruppe um Erkki Liikanen zur Einschränkung riskanter Geschäfte, zur
 2318 Einführung von Beleihungsobergrenzen bei Immobilienkrediten und einer strikteren

2319 Trennung von Investment- und Geschäftsbanking auf europäischer Ebene umgesetzt
2320 werden. Die Finanzierung der Realwirtschaft durch das bewährte Universalbanken-
2321 system darf durch das Reformvorhaben nicht gefährdet werden.

2322
2323 Schattenbanken müssen so reguliert werden, dass für sie bei gleichem Geschäft und
2324 gleichem Risiko für die Stabilität des Finanzsystems die gleiche Regulierung gilt wie
2325 im klassischen Bankensektor. Alle Geschäftsbeziehungen zwischen Banken und
2326 Schattenbanken müssen transparent gemacht und Ansteckungsrisiken begrenzt
2327 werden.

2328
2329 Die Bundesregierung unterstützt die auf europäischer Ebene vorgesehene strengere
2330 Regulierung des Hochfrequenzhandels.

2331
2332 Ebenso tritt die Bundesregierung für eine Eindämmung der Rohstoff- und Nah-
2333 rungsmittelspekulation ein und befürwortet deshalb insbesondere die Einführung von
2334 Positionslimits auf den Rohstoffmärkten.

2335
2336 Die europäischen Vorschriften zur Regulierung des Derivatehandels sollen zielge-
2337 richtet ergänzt werden, um den transparenten Handel auf geregelten Börsen und
2338 Handelsplätzen zu stärken und der Entstehung systemischer Risiken entgegen zu
2339 wirken.

2340
2341 Rating-Agenturen haben eine zentrale Machtstellung auf den Finanzmärkten und be-
2342 dürfen deshalb einer strengen Regulierung. Die Bundesregierung wird sich für eine
2343 effektive Anwendung der zivilrechtlichen Haftungsregelungen für Rating-Agenturen
2344 einsetzen und die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Rating-Agenturen fördern. Wir
2345 wollen die Rechtsnormen reduzieren, die eine Einschaltung der drei großen Rating-
2346 Agenturen vorschreiben. Wir wollen auch die Bedeutung externer Ratings reduzie-
2347 ren.

2348
2349 Das bisherige Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht hat noch keine hinreichende
2350 Wirkung im Finanzmarktbereich gezeigt. In Zukunft muss noch stärker gelten: Ge-
2351 meinschädliches Handeln von Unternehmen und Managern muss angemessen sank-
2352 tioniert werden. Wir unterstützen die Aufnahme strenger Vorschriften in den maßgeb-
2353 lichen europäischen Rechtsakten, welche insbesondere den Rahmen für Geldsank-
2354 tionen auf ein angemessenes Niveau anheben und die Verhängung spürbarer Sank-
2355 tionen gegen Unternehmen vorsehen, die gegen regulatorische Vorgaben verstoßen,
2356 und werden für deren Umsetzung ins deutsche Recht Sorge tragen.

2357
2358 Wir werden den Kampf gegen Finanzbetrug, Geldwäsche und Steuerhinterziehung
2359 sowie gegen die Terrorismusfinanzierung ebenso intensivieren wie die Zusammen-
2360 arbeit mit allen zuständigen Aufsichts- und Ermittlungsbehörden. Maßstab bei den
2361 Maßnahmen gegen die Geldwäsche und damit der Bekämpfung der organisierten
2362 Kriminalität in Deutschland werden dabei die internationalen Standards der Financial
2363 Action Task Force on Money Laundering (FATF) sein. Wir werden auch den Geldwä-
2364 schetatbestand (§ 261 StGB) entsprechend anpassen.

2365
2366 Wir wollen Lösungsvorschläge zum Umgang mit den Folgen eines lang anhaltenden
2367 Niedrigzinsumfeldes erarbeiten und im Interesse der Versichertengemeinschaft ge-
2368 eignete Maßnahmen zur Stärkung der Risikotragfähigkeit und Stabilität der Lebens-
2369 versicherungen treffen.

2370

2371 Die nationale Finanzmarktaufsicht in ihrer bisherigen Struktur aus BaFin und Deutscher Bundesbank hat sich bewährt und ist ein unverzichtbarer Bestandteil im Konzept der neuen europäischen Aufsichtsstruktur. Die BaFin erhält die Möglichkeit, entsprechend den europäischen Regeln den Vertrieb komplexer und intransparenter Finanzprodukte zu beschränken oder zu verbieten, sofern diese die Finanzmarktstabilität gefährden oder unverhältnismäßige Risiken für Anleger bergen. Sie erhält den kollektiven Schutz der Verbraucher als wichtiges Ziel ihrer Aufsichtstätigkeit.

2378

2379 Wir unterstützen die europäischen Initiativen zum Girokonto für jedermann. Wir werden bei der nationalen Umsetzung sicherstellen, dass alle Institutsgruppen in angemessener Weise beteiligt sind.

2382

2383 Die Inanspruchnahme des Dispositionskredits soll nicht zu einer übermäßigen Belastung eines Bankkunden führen. Daher sollen die Banken verpflichtet werden, beim Übertritt in den Dispositionskredit einen Warnhinweis zu geben; bei dauerhafter und erheblicher Inanspruchnahme sollen sie dem Kunden eine Beratung über mögliche kostengünstigere Alternativen zum Dispositionskredit anbieten müssen.

2388

2389 Wir werden die Einführung der Honorarberatung als Alternative zu einer Beratung auf Provisionsbasis für alle Finanzprodukte vorantreiben und hohe Anforderungen an die Qualität der Beratung festlegen. Die Berufsbezeichnungen und Ausbildungsstandards der Berater auf Honorarbasis werden weiterentwickelt.

2393

2394 Das in der finanziellen Anlageberatung verwendete Beratungsprotokoll werden wir im Hinblick auf die praktikable Handhabung überprüfen und mit Verbesserungen für Anleger weiterentwickeln.

2397

2398 Wir wollen eine Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage und niedrigem Steuersatz zügig umsetzen und zwar im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit in der EU. Eine solche Besteuerung sollte möglichst alle Finanzinstrumente umfassen, insbesondere Aktien, Anleihen, Investmentanteile, Devisentransaktionen sowie Derivatekontrakte. Durch die Ausgestaltung der Steuer wollen wir Ausweichreaktionen vermeiden. Dabei gilt es, die Auswirkungen der Steuer auf Instrumente der Altersversorgung, auf die Kleinanleger sowie die Realwirtschaft zu bewerten und negative Folgen zu vermeiden sowie zugleich unerwünschte Formen von Finanzgeschäften zurückzudrängen.

2407

2408 Dauerhaftes Wachstum braucht langfristig orientierte Investitionen. Deshalb werden wir bei allen Finanzmarktregulierungen auf diese Notwendigkeit achten. Im Übrigen werden wir das Zusammenwirken von Regulierungsmaßnahmen gemeinsam mit der BaFin auf Praktikabilität und Zielgenauigkeit überprüfen.

2412

2413

2414 **2. Vollbeschäftigung, gute Arbeit und soziale Sicherheit**

2415

2416 Wir wollen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schaffen, die ihr auf dem globalen
2417 Arbeitsmarkt Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und Beweglichkeit ermöglichen.
2418 Wir wollen Arbeit für alle, sicher und gut bezahlt. Mit einer klugen Arbeitsmarktpolitik
2419 wollen wir die Weichen für mehr Beschäftigung und für eine starke Sozialpartner-
2420 schaft von Arbeitgebern und Gewerkschaften stellen.

2421

2422 **2.1. Beschäftigungschancen verbessern**

2423

2424 **Aktive Arbeitsmarktpolitik**

2425

2426 Eine moderne Wirtschaft im globalen Wettbewerb stellt Beschäftigte, Unternehmen
2427 und soziale Sicherungssysteme vor immer neue Herausforderungen. Damit der wirt-
2428 schaftliche Erfolg und der soziale Schutz der Menschen fortbestehen, halten wir fol-
2429 gende Strukturanpassungen für erforderlich:

2430

2431 *Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen neue Chancen erschließen*

2432 Der Arbeitsmarkt ist aufnahmefähig wie selten zuvor. Das eröffnet Chancen bei der
2433 Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Deswegen wollen wir hier einen Schwer-
2434 punkt der Arbeitsmarktpolitik setzen.

2435

2436 Personen, die seit vielen Jahren arbeitslos sind, finden bisher selten Zugang zum er-
2437 sten Arbeitsmarkt. Häufige Gründe sind persönliche Vermittlungshemmnisse. Deswe-
2438 gen wollen wir Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose verstärkt in existenzsi-
2439 chernde Arbeit vermitteln, sie passgenau qualifizieren und begleiten sowie bei Bedarf
2440 auch nachgehend betreuen und dafür die notwendigen Rahmenbedingungen schaf-
2441 fen. Besonderes Augenmerk richten wir auf die Personengruppe langzeitarbeitsloser
2442 Menschen, die nur mit massiver Unterstützung Teilhabe und Integration am Arbeits-
2443 markt finden können. Dieses Ziel wollen wir u. a. durch ein ESF - Bundesprogramm
2444 für Langzeitarbeitslose und die Gewinnung von Arbeitgebern für die Gruppe arbeits-
2445 marktferner Personen in den Vordergrund rücken.

2446

2447 Die Steuerung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende soll verstärkt auf das Ziel
2448 „Vermeidung von Langzeitleistungsbezug“ und die Mittelverteilung stärker auf Wir-
2449 kungsorientierung ausgerichtet werden. Dabei ist auch der bisherige Problemdruck-
2450 indikator als Verteilungsmaßstab auf den Prüfstand zu stellen.

2451

2452 *[Zur Verstetigung von Förderleistungen wollen wir die wirksame Übertragbarkeit von*
2453 *Haushaltsmitteln von einem Haushaltsjahr ins Nächste in der Grundsicherung ver-*
2454 *bessern.]*

2455

2456 *Übergang Schule – Ausbildung – Beruf*

2457 Die beste und effizienteste Vorsorge gegen Ausbildungsabbrüche und lange Zeiten
2458 von Arbeitslosigkeit im Lebensverlauf sind passgenaue und tragfähige Übergänge
2459 von der Schule in Ausbildung und Beruf. Daher wollen wir den erfolgreichen Ausbil-
2460 dungs- und Berufseinstieg für leistungsschwache Jugendliche erleichtern und gezielt
2461 begleiten.

2462

2463 Flächendeckend einzurichtende Jugendberufsagenturen sollen die Leistungen nach
2464 den Sozialgesetzbüchern II, III und VIII für unter 25-Jährige bündeln. Datenschutz-

2465 rechtliche Klarstellungen sollen den notwendigen Informationsaustausch erleichtern.
 2466 Junge Menschen, deren Eltern seit Jahren von Grundsicherung leben, sollen gezielt
 2467 Unterstützung bekommen.

2468
 2469 Weil künftig nur eine ausreichende Qualifizierung nachhaltig vor Arbeitslosigkeit
 2470 schützt und der Fachkräftebedarf absehbar steigt, wollen wir gezielt in die Nachquali-
 2471 fizierung junger Erwachsener ohne Berufsabschluss investieren. Deswegen werden
 2472 wir die Initiative „AusBildung wird was - Spätstarter gesucht“ als Programm „2. Chan-
 2473 ce“ engagiert fortführen. Bessere finanzielle Rahmenbedingungen sollen Bereitschaft
 2474 und Durchhaltevermögen junger Erwachsener fördern, auch in späteren Jahren
 2475 noch einen qualifizierten Abschluss zu erreichen.

2476 2477 *Sonderregelungen in der Kurzarbeit*

2478 Das Instrument der Kurzarbeit hat in der Krise enorm dazu beigetragen, wertvolle
 2479 Fachkräfte in den Betrieben zu halten. Wir sind uns einig, in einer mit der Krise in
 2480 den Jahren 2009/ 2010 vergleichbaren wirtschaftlichen Situation schnell zu handeln
 2481 und kurzfristig die bewährten Sonderregelungen zur Förderung der Kurzarbeit und
 2482 damit zur Sicherung von Arbeitsplätzen durch Gesetz wieder in Kraft zu setzen.

2483 2484 *Arbeitslosengeld für überwiegend kurzfristig Beschäftigte*

2485 Die Koalition wird sich in der kommenden Legislaturperiode für die soziale Absiche-
 2486 rung von Kreativen und Kulturschaffenden einsetzen und für weitere Verbesserungen
 2487 sorgen. Insbesondere wird die Koalition nach Ablauf der aktuellen Regelung zum Ar-
 2488beitslosengeld I Bezug für überwiegend kurzfristig Beschäftigte, die auch für viele
 2489 Kulturschaffende von hoher Bedeutung ist, Ende 2014 eine Anschlussregelung ein-
 2490 führen, die den Besonderheiten von Erwerbsbiographien in der Kultur hinreichend
 2491 Rechnung trägt. [Unter anderem soll es für sie eine von zwei auf drei Jahre verlän-
 2492 gerte Rahmenfrist geben, innerhalb derer die Anwartschaftszeit für den Bezug von
 2493 Arbeitslosengeld I erfüllt werden muss.]

2494 2495 *Rechtsvereinfachung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende*

2496 Wer Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung hat, soll schneller und einfacher
 2497 als bisher zu seinem Recht kommen. Die Verwaltungen vor Ort sollen so effizient
 2498 und ressourcenschonend wie möglich arbeiten können. Deswegen wollen wir das
 2499 Leistungs- und Verfahrensrecht der Grundsicherung für Arbeitsuchende vereinfachen
 2500 und effektiver ausgestalten. Hierzu sollen insbesondere die Ergebnisse der 2013 ge-
 2501 gründeten Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Rechtsvereinfachung im Zweiten Buch
 2502 Sozialgesetzbuch (SGB II) intensiv geprüft und ggf. gesetzgeberisch umgesetzt wer-
 2503 den.

2504 2505 *Geringfügig Beschäftigte*

2506 Wir werden mit einer breit angelegten Informationsoffensive Beschäftigte in Minijobs
 2507 und ihre Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber stärker über ihre Rechte und Pflichten
 2508 aufklären. Wir führen im Minijob eine Rentenversicherungspflicht ein, indem wir das
 2509 Recht zur Befreiung von der Rentenversicherungspflicht abschaffen. Wir werden den
 2510 Missbrauch der gewerblichen Minijobs stoppen und eine Umgehung des Arbeits-
 2511 rechts unterbinden.

2512 2513 *Arbeitsförderung verbessern*

2514 Wir wollen die Arbeitsförderung stärker an den Bedürfnissen der Frauen und ihren
 2515 häufig unterbrochenen Erwerbsbiografien ausrichten. Deshalb werden wir ein Pro-

2516 gramm zum besseren beruflichen Wiedereinstieg in existenzsichernde Arbeit schaf-
 2517 fen. Darüber hinaus werden wir prüfen, wie auch Langzeitarbeitslose, die wegen der
 2518 Anrechnung von Partnereinkommen bisher keinen Anspruch auf Regelleistungen
 2519 nach dem SGB II und auf aktivierende Leistungen hatten, in die Maßnahmen des
 2520 Eingliederungstitels einbezogen werden können.

2521

2522 **2.2. Gute Arbeit**

2523

2524 **Modernes Arbeitsrecht**

2525

2526 Wir wollen die Tarifautonomie stärken.

2527

2528 *Arbeitnehmer-Entsendegesetz erweitern*

2529 Die tariflich vereinbarten Branchenmindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-
 2530 Entsendegesetz haben sich bewährt. Deshalb werden wir den Geltungsbereich des
 2531 Arbeitnehmer-Entsendegesetzes über die bereits dort genannten Branchen hinaus
 2532 für alle Branchen öffnen.

2533

2534 *Allgemeinverbindlicherklärungen nach dem Tarifvertragsgesetz anpassen und er- 2535 leichtern*

2536 Das wichtige Instrument der Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) nach dem Tarifver-
 2537 tragsgesetz bedarf einer zeitgemäßen Anpassung an die heutigen Gegebenheiten. In
 2538 Zukunft soll es für eine AVE nicht mehr erforderlich sein, dass die tarifgebundenen
 2539 Arbeitgeber mindestens 50 % der unter den Geltungsbereich des Tarifvertrages fal-
 2540 lenden Arbeitnehmer beschäftigen. Ausreichend ist das Vorliegen eines besonderen
 2541 öffentlichen Interesses. Das ist insbesondere dann gegeben, wenn alternativ:

2542

- 2543 • die Funktionsfähigkeit von Gemeinsamen Einrichtungen der Tarifvertragsparteien
 2544 (Sozialkassen) gesichert werden soll,
- 2545 • die AVE die Effektivität der tarifvertraglichen Normsetzung gegen die Folgen wirt-
 2546 schaftlicher Fehlentwicklungen sichert, oder
- 2547 • die Tarifvertragsparteien eine Tarifbindung von mindestens 50 % glaubhaft darle-
 2548 gen.

2549

2550 Wir wollen, dass die den Antrag auf AVE stellenden Tarifvertragsparteien an den Be-
 2551 ratungen und Entscheidungen des Tarifausschusses beteiligt werden können und
 2552 werden prüfen, wie dies umgesetzt werden kann.

2553

2554 Um sich widersprechender Entscheidungen von Gerichten unterschiedlicher Ge-
 2555 richtsbarkeiten zu vermeiden, wird die Zuständigkeit für die Überprüfung von AVE
 2556 nach dem Tarifvertragsgesetz und von Rechtsverordnungen nach dem AEntG und
 2557 AÜG bei der Arbeitsgerichtsbarkeit konzentriert.

2558

2559 *Allgemeine gesetzliche Mindestlohnregelung*

2560 Gute Arbeit muss sich einerseits lohnen und existenzsichernd sein. Andererseits
 2561 müssen Produktivität und Lohnhöhe korrespondieren, damit sozialversicherungs-
 2562 pflichtige Beschäftigung erhalten bleibt. Diese Balance stellen traditionell die Sozial-
 2563 partner über ausgehandelte Tarifverträge her. Sinkende Tarifbindung hat jedoch zu-
 2564 nehmend zu weißen Flecken in der Tariflandschaft geführt. Durch die Einführung ei-
 2565 nes allgemein verbindlichen Mindestlohns soll ein angemessener Mindestschutz für
 2566 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sichergestellt werden.

2567
 2568
 2569
 2570
 2571
 2572
 2573
 2574
 2575
 2576
 2577
 2578
 2579
 2580
 2581
 2582
 2583
 2584
 2585
 2586
 2587
 2588
 2589
 2590
 2591
 2592
 2593
 2594
 2595
 2596
 2597
 2598
 2599
 2600
 2601
 2602
 2603
 2604
 2605
 2606
 2607
 2608
 2609
 2610
 2611
 2612
 2613
 2614
 2615

Rahmenregelungen:

[Strittig: Startpunkt, erstmalige Festsetzung des Mindestlohns und Differenzierungsmöglichkeiten für die Kommission sowie Auslaufristen für laufende Tarifverträge.]

Mindestlohnkommission: Die Höhe des allgemein verbindlichen Mindestlohns wird in regelmäßigen Abständen von einer Kommission der Tarifpartner festgelegt und anschließend über eine Rechtsverordnung staatlich erstreckt und damit allgemeinverbindlich erklärt.

Die Mitglieder der Kommission werden von den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft benannt (Größe: 3 zu 3 plus Vorsitz). Wissenschaftlicher Sachverstand (ohne Stimmrecht) wird auf Vorschlag der Spitzenorganisationen (1 plus 1) hinzugezogen.

Die Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer einigen sich innerhalb eines vorgegebenen Zeitrahmens auf einen externen stimmberechtigten Vorsitzenden der Kommission. Findet keine Einigung auf einen Vorsitzenden statt, entscheidet für das jeweilige Verfahren das Los über die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden.

Der Mindestlohn gilt nicht für Auszubildende, für Praktikanten, die ihr Praktikum im Rahmen einer Schul- oder Studienordnung absolvieren, sowie für Schüler bis zum Ende der Schulpflicht. Für freiwillige Praktika außerhalb von Schul- und Studienordnung sollen dagegen als Untergrenze einer angemessenen Vergütung bestehende und künftige Mindestlohnregelungen Anwendungen finden.

[Ergänzender Vorschlag CDU/CSU bei Ablehnung SPD: Ausgenommen vom Mindestlohn sind ebenso Bezieher von Renten, soweit es sich um Vollrenten handelt und in den ersten 12 Monaten ihrer Beschäftigung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die vor Eintritt in die Beschäftigung langzeitarbeitslos i.S. des § 18 SGB III waren und in ihren Erwerbsmöglichkeiten durch mindestens zwei weitere in ihrer Person liegende Vermittlungshemmnisse besonders schwer beeinträchtigt sind. Wir werden auch prüfen, ob landwirtschaftliche Erntehelferinnen und Erntehelfer sowie als Austräger von Zeitungen/ Anzeigenblättern beschäftigte Personen vom Anwendungsbereich des Mindestlohnes ausgenommen werden können bzw. für sie spezifische Regelungen gelten sollen.]

Missbrauch von Werkvertragsgestaltungen verhindern

Rechtswidrige Vertragskonstruktionen bei Werkverträgen zulasten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern müssen verhindert werden. Dafür ist es erforderlich, die Prüftätigkeit der Kontroll- und Prüfinstanzen bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit zu konzentrieren, organisatorisch effektiver zu gestalten, zu erleichtern und im ausreichenden Umfang zu personalisieren, die Informations- und Unterrichtsrechte des Betriebsrats sicherzustellen, zu konkretisieren und verdeckte Arbeitnehmerüberlassung zu sanktionieren. Der vermeintliche Werkunternehmer und sein Auftraggeber dürfen auch bei Vorlage einer Verleiherlaubnis nicht besser gestellt sein, als derjenige, der unerlaubt Arbeitnehmerüberlassung betreibt. Der gesetzliche Arbeitsschutz für Werkvertragsarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer muss sichergestellt werden.

2616 Zur Erleichterung der Prüftätigkeit von Behörden werden die wesentlichen durch die
 2617 Rechtssprechung entwickelten Abgrenzungskriterien zwischen ordnungsgemäßen
 2618 und missbräuchlichen Fremdpersonaleinsatz gesetzlich niedergelegt.

2619

2620 *Arbeitnehmerüberlassung weiterentwickeln*

2621 [Vorschlag CDU/CSU: Wir präzisieren im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz die Maß-
 2622 gabe, dass die Überlassung von Arbeitnehmern an einen Entleiher vorübergehend
 2623 erfolgt, indem wir eine Überlassungshöchstdauer von 24 Monaten gesetzlich festle-
 2624 gen. Durch einen Tarifvertrag der Tarifvertragsparteien der Einsatzbranche oder auf
 2625 Grund eines solchen Tarifvertrags in einer Betriebs- bzw. Dienstvereinbarung können
 2626 unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen der Stammbeslegschaften abwei-
 2627 chende Lösungen vereinbart werden. Wir entwickeln die statistische Berichterstat-
 2628 tung zur Arbeitnehmerüberlassung bedarfsgerecht fort.

2629

2630 *Vorschlag SPD: CDU/CSU und SPD wollen die Leiharbeit auf ihre Kernfunktionen*
 2631 *hin orientieren. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz wird daher an die aktuelle*
 2632 *Entwicklung angepasst und novelliert:*

- 2633 - *Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.*
- 2634 - *Gesetzliche Höchstüberlassungsdauer von 12 Monaten bezogen auf die indi-*
 2635 *viduelle Überlassungszeit als auch auf die im Einsatzbetrieb zu verrichtende*
 2636 *Tätigkeit. Der Zeitraum vorheriger Überlassungszeiten auch anderer Verleiher*
 2637 *an denselben Entleiher ist anzurechnen. Die Tarifvertragsparteien können ei-*
 2638 *ne kürzere Überlassungsdauer festlegen.*
- 2639 - *Kein Einsatz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitnehmern als Streik-*
 2640 *brecher.*
- 2641 - *Keine konzerninterne Verleihung durch eigens gegründete Zeitarbeitsgesell-*
 2642 *schaften eines Unternehmens.*
- 2643 - *Leiharbeiter werden bei der Ermittlung der Arbeitnehmerzahl für die be-*
 2644 *triebsverfassungsrechtlichen Schwellenwerte mitgezählt.*
- 2645 - *Bei Verstößen gegen Regelungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes*
 2646 *mündet das Leiharbeitsverhältnis automatisch in ein Arbeitsverhältnis beim*
 2647 *Entleiher.]*

2648

2649 *Tariftreue im Vergaberecht*

2650 [Auf Länderebene bestehen bereits Vergabegesetze, die die Vergabe öffentlicher
 2651 Aufträge von der Einhaltung allgemeinverbindlicher Tarifverträge abhängig machen.
 2652 Wir werden eine europarechtskonforme Einführung vergleichbarer Regelungen auch
 2653 auf Bundesebene prüfen. Im Ergebnis dürfen damit keine bürokratischen Hürden
 2654 aufgebaut werden.]

2655

2656 *Tarifeinheit gesetzlich regeln*

2657 Um den Koalitions- und Tarifpluralismus in geordnete Bahnen zu lenken, wollen wir
 2658 den Grundsatz der Tarifeinheit nach dem Mehrheitsprinzip unter Einbindung der
 2659 Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gesetzlich festschreiben.
 2660 Durch flankierende Verfahrensregelungen wird verfassungsrechtlich gebotenen Be-
 2661 langen Rechnung getragen.

2662

2663 *[Beschäftigtendatenschutz gesetzlich regeln*

2664 **Streitig mit Innen AG. Vorschlag AG A&S:** Wir wollen durch ein eigenständiges
 2665 Gesetz unter Federführung des BMAS den Datenschutz im Arbeitsleben stärken und
 2666 die notwendige Rechtssicherheit schaffen. Dabei werden wir uns mit den Sozialpart-

2667 nern ins Benehmen setzen, um unterschiedliche Interessen zu einem angemessenen
 2668 Ausgleich zu bringen. Abweichungen von den im Gesetz festgelegten Grundrechts-
 2669 positionen zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch kollektive Ver-
 2670 einbarungen oder durch Einwilligung der Betroffenen sollen ausgeschlossen sein.
 2671 Die Verhandlungen zur Europäischen Datenschutzgrundverordnung verfolgen wir mit
 2672 dem Ziel, unser nationales Datenschutzniveau - auch bei der grenzüberschreitenden
 2673 Datenverarbeitung - zu erhalten und über das Europäische Niveau hinausgehende
 2674 Standards zu ermöglichen. Sollte mit einem Abschluss der Verhandlungen über die
 2675 Europäische Datenschutzgrundverordnung nicht in angemessener Zeit gerechnet
 2676 werden können, wollen wir hiernach eine nationale Regelung schaffen.]

2677
 2678 *Informantenschutz im Arbeitsverhältnis*

2679 Beim Hinweisgeberschutz prüfen wir, ob die internationalen Vorgaben hinreichend
 2680 umgesetzt sind.]

2681
 2682 *Weiterentwicklung des Teilzeitrechts*

2683 [Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich z. B. wegen Kindererziehung
 2684 oder Pflege von Angehörigen zu einer zeitlich befristeten Teilzeitbeschäftigung ent-
 2685 schieden haben, wollen wir sicherstellen, dass sie wieder zur früheren Arbeitszeit zu-
 2686 rückkehren können. Dazu werden wir das Teilzeitrecht weiterentwickeln und einen
 2687 Anspruch auf befristete Teilzeitarbeit schaffen (Rückkehrrecht). Zudem sollen die ge-
 2688 setzlichen Möglichkeiten für unbefristet Teilzeitbeschäftigte, die zurückkehren
 2689 und/oder ihre Arbeitszeit verlängern wollen, verbessert werden.

2690
 2691 Für bestehende Teilzeitarbeitsverhältnisse werden wir die Darlegungslast im Teilzeit-
 2692 und Befristungsgesetz auf den Arbeitgeber übertragen. Bestehende Nachteile für
 2693 Teilzeitbeschäftigte wollen wir beseitigen.]

2694
 2695 *Befristungsrecht*

2696 [Vorschlag SPD: Wir werden die Möglichkeiten zur sachgrundlosen Befristung eines
 2697 Arbeitsvertrages streichen. CDU/CSU: Ablehnung]

2698
 2699 **Ganzheitlicher Arbeitsschutz**

2700
 2701 Der Schutz der Beschäftigten vor Gefahren am Arbeitsplatz und die Stärkung der
 2702 Gesundheit bei der Arbeit ist ein wichtiges Gebot sozialer Verantwortung. Ein deutli-
 2703 cher Hinweis auf die Herausforderungen, die eine sich wandelnde Arbeitswelt für den
 2704 deutschen Arbeitsschutz bedeutet, ist die drastische Zunahme psychischer Erkran-
 2705 kungen. Unser Leitbild ist ein ganzheitlicher, physische und psychische Belastungen
 2706 umfassender Gesundheitsschutz bei der Arbeit. Die Zusammenarbeit mit der allge-
 2707 meinen Gesundheitspolitik wird ausgebaut. Betriebliche Gesundheitsförderung und
 2708 Arbeitsschutz werden enger verknüpft. Das betriebliche Eingliederungsmanagement
 2709 (BEM) wollen wir stärken und mehr Verbindlichkeit erreichen.

2710
 2711 Gesundheitszirkel in den Betrieben haben sich in der Praxis als erfolgreicher Ansatz
 2712 erwiesen. Wir wollen erreichen, dass in Unternehmen in Kooperation mit den gesetz-
 2713 lichen Krankenkassen solche Zirkel vermehrt eingerichtet werden. Wir werden die
 2714 Entwicklung neuer Präventionskonzepte und betrieblicher Gestaltungslösungen bei
 2715 psychischer Belastung in enger Zusammenarbeit mit den Trägern der Gemeinsamen
 2716 Deutschen Arbeitsschutzstrategie vorantreiben, den Instrumenteneinsatz besser aus-
 2717 richten, auf eine Personalaufstockung bei der Kontrolle des Arbeitsschutzes hinwir-

2718 ken und in bestehenden Arbeitsschutzverordnungen, die noch keine Klarstellung
 2719 zum Schutz der psychischen Gesundheit enthalten, dieses Ziel aufnehmen. Es er-
 2720 folgt eine wissenschaftliche Standortbestimmung, die gleichzeitig eine fundierte
 2721 Übersicht über psychische Belastungsfaktoren in der Arbeitswelt gibt und Hand-
 2722 lungsoptionen für notwendige Regelungen aufzeigt. Im Lichte weiterer wissenschaft-
 2723 licher Erkenntnisse schließen wir insoweit auch verbindliche Regelungen in der Form
 2724 einer Verordnung gegen psychische Erkrankungen nicht aus.

2725

2726 Der Schutz und die Stärkung der physischen Gesundheit in besonders belastenden
 2727 Tätigkeiten werden weiter verbessert, die entsprechende Forschung unter Begleitung
 2728 der Tarifpartner intensiviert und Lösungsvorschläge zur Vermeidung arbeitsbedingter
 2729 Verschleißerkrankungen und Frühverrentungen erarbeitet.

2730

2731 **2.3 Soziale Sicherheit**

2732

2733 **Für soziale Sicherheit im Alter**

2734

2735 Der demografische Wandel stellt unsere Alterssicherungssysteme vor besondere
 2736 Herausforderungen. Das hohe Maß an sozialer Sicherheit im Alter, das wir heute in
 2737 Deutschland haben, wollen wir auch in Zukunft erhalten. Dazu müssen wir die Struk-
 2738 turen und Leistungen kontinuierlich an die Veränderungen in der Arbeitswelt anpas-
 2739 sen. Insbesondere die Finanzierung muss immer wieder neu und in der Lastenvertei-
 2740 lung gerecht zwischen den Generationen ausbalanciert werden. Deswegen wollen
 2741 wir, wie auch im Arbeitsmarkt, in der Rente Anreize setzen, damit möglichst viele
 2742 Menschen bei guter Gesundheit möglichst lange im Erwerbsleben bleiben und über
 2743 ihre Steuern und Sozialbeiträge die finanzielle Basis unserer Alterssicherungssyste-
 2744 me stärken. Gleichzeitig wollen wir genug Raum für zusätzliche Vorsorge und Frei-
 2745 heiten zum selbstbestimmten Gestalten der späten Lebensabschnitte lassen.

2746

2747 *Arbeiten bis 67 gestalten*

2748 Uns ist bewusst, dass Deutschland zu den Ländern gehört, die weltweit am schnell-
 2749 sten und am tiefgreifendsten vom demografischen Wandel betroffen sind. Eine rasch
 2750 alternde Bevölkerung muss ihre gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen
 2751 anpassen, wenn sie im globalen Wettbewerb bestehen will. Für den vor über einem
 2752 Jahrzehnt angestoßenen breiten Reformprozess erfährt Deutschland mittlerweile in-
 2753 ternational hohe Anerkennung. Immer mehr Betriebe unternehmen Anstrengungen,
 2754 um ihre Belegschaften auch im höheren Alter beschäftigen zu können. Die Wert-
 2755 schätzung für die Leistungsfähigkeit älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist
 2756 in Wirtschaft und Gesellschaft spürbar gestiegen. Die Erwerbstätigen- und die Be-
 2757 schäftigungsquote der über 50-Jährigen steigt seit einem Jahrzehnt kontinuierlich an.
 2758 Deutschland ist bei der Beschäftigung Älterer mittlerweile Vizeeuropameister hinter
 2759 Schweden. Diese Erfolgsgeschichte der steigenden Beteiligung Älterer am Erwerbs-
 2760 leben wollen wir fortschreiben. Unser Ziel ist eine moderne und wettbewerbsfähige
 2761 Gesellschaft des langen Lebens und Arbeitens.

2762

2763 Seit Beginn des Jahres 2012 können langjährig Beschäftigte nach 45 Beitragsjahren
 2764 mit Erreichen des 65. Lebensjahres ohne die sonst fälligen Abschläge in Rente ge-
 2765 hen. Es hat sich in der Arbeitswelt viel zu Gunsten Älterer verbessert, aber wir sind
 2766 noch nicht am Ziel.

2767

2768 [Die gesellschaftliche Akzeptanz für diesen Weg bleibt aber nur dann hoch, wenn es
2769 Ausnahmeregelungen gibt, von denen insbesondere Menschen mit hoher Arbeitsbe-
2770 lastung profitieren können.]

2771

2772 *[SPD:*

2773 *Es soll die bereits vorhandene Vertrauensschutzregelung zur Anhebung der Regelal-*
2774 *tersgrenze erweitert werden: Langjährig Versicherte, die durch 45 Versicherungsjah-*
2775 *re ihren Beitrag zur Stabilisierung der Rentenversicherung erbracht haben, sollen zu-*
2776 *künftig abschlagsfrei mit 63 in Rente gehen können. Wegen strittiger Finanzierung*
2777 *nicht abschließend konsentiert.]*

2778

2779 Ältere Beschäftigte sind unverzichtbar im Arbeitsleben. Nicht zuletzt aufgrund des
2780 zunehmenden Fachkräftemangels werden ihre Erfahrung und ihr Potenzial künftig
2781 zunehmend gefragt sein. Über Steuern, Beiträge und zusätzlich erworbene eigene
2782 Rentenansprüche tragen sie wesentlich dazu bei, dass unsere Sozialsysteme im
2783 demografischen Wandel leistungsfähig bleiben. Deswegen wollen wir lebenslaufbe-
2784 zogenes Arbeiten unterstützen. Wir werden den rechtlichen Rahmen für flexiblere
2785 Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand verbessern. . [Daher werden wir z.
2786 B. ein Teilrentensystem entwickeln und die Hinzuverdienstmöglichkeiten bei vorge-
2787 zogenen Altersrenten entwickeln.]

2788

2789 *[Erwerbsgeminderte besser absichern*

2790 *Lösungsoptionen liegen vor. Wegen strittiger Finanzierung nicht abschließend kon-*
2791 *sentiert.*

2792 *Wer nichts mehr an seiner Erwerbssituation ändern kann, ist in besonderem Maße*
2793 *auf die Solidarität der Versichertengemeinschaft angewiesen. Deswegen wollen wir*
2794 *Rentenansprüche von Erwerbsgeminderten spürbar verbessern. Ziel ist es, diejeni-*
2795 *gen, besser abzusichern, die auf diese Leistung angewiesen sind, ohne damit neue*
2796 *Fehlanreize für nicht zwingend notwendige Frühverrentungen zu schaffen. Wir wer-*
2797 *den die Zurechnungszeit bei der Erwerbsminderungsrente in einem Schritt um zwei*
2798 *Jahre anheben (von 60 auf 62). Für die letzten vier Jahren vor der Erwerbsminde-*
2799 *rentenrente erfolgt eine Günstigerprüfung.]*

2800

2801 *Reha-Budget demografiefest ausgestalten*

2802 Durch ein besseres präventives betriebliches Gesundheitsmanagement wollen wir
2803 erreichen, dass ältere Menschen gesund und leistungsfähig ihren Beruf ausüben.
2804 Menschen mit akuten Krankheiten müssen eine schnelle, wirkungsvolle Behandlung
2805 erhalten, um chronische Beschwerden möglichst zu vermeiden.

2806 Das Reha-Budget wird bedarfsgerecht unter Berücksichtigung des demografischen
2807 Wandels angepasst, damit die gesetzliche Rentenversicherung auch in Zukunft die
2808 notwendigen Rehabilitations- und Präventionsleistungen an ihre Versicherten erbrin-
2809 gen kann.

2810

2811 *Private und betriebliche Altersvorsorge stärken*

2812 Die Alterssicherung steht im demografischen Wandel stabiler, wenn sie sich auf
2813 mehrere starke Säulen stützt. Deswegen werden wir die betriebliche Altersvorsorge
2814 stärken. Sie muss auch für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Klein- und Mittelbe-
2815 trieben selbstverständlich werden. Daher wollen wir die Voraussetzungen schaffen,
2816 damit Betriebsrenten auch in kleinen Unternehmen hohe Verbreitung finden. Hierzu
2817 werden wir prüfen, inwieweit mögliche Hemmnisse bei den Kleinen und Mittleren Un-
2818 ternehmen abgebaut werden können. Wir werden auch im europäischen Kontext

2819 darauf achten, dass die guten Rahmenbedingungen für die betriebliche Altersvorsor-
2820 ge erhalten bleiben.

2821

2822 *[Lebensleistung in der Rente honorieren*

2823 *Lösungsoptionen liegen vor. Wegen strittiger Finanzierung nicht abschließend kon-*
2824 *sentiert.*

2825 *Wir wollen, dass sich Lebensleistung und langjährige Beitragszahlung in der Sozial-*

2826 *versicherung auszahlen. Wir werden daher eine solidarische Lebensleistungsrente*

2827 *einführen. Grundsatz dabei ist: Wer langjährig in der gesetzlichen Rentenversiche-*

2828 *rung versichert war, Beiträge gezahlt hat (40 Jahre) und dennoch im Alter weniger*

2829 *als 30 Rentenentgeltpunkte Alterseinkommen (Einkommensprüfung) erreicht, soll*

2830 *durch eine Aufwertung der erworbenen Rentenentgeltpunkte bessergestellt werden.*

2831 *Dies kommt vor allem Geringverdienern zugute und Menschen, die Angehörige ge-*

2832 *pfllegt oder Kinder erzogen haben. Durch eine Übergangsregelung bis 2023 (in dieser*

2833 *Zeit reichen 35 Beitragsjahre) stellen wir sicher, dass insbesondere die Erwerbsbio-*

2834 *grafien der Menschen in den neuen Ländern berücksichtigt werden. In allen Fällen*

2835 *werden bis zu fünf Jahre Arbeitslosigkeit wie Beitragsjahre behandelt. Danach soll*

2836 *zusätzliche Altersvorsorge als Zugangsvoraussetzung erforderlich sein. In einer*

2837 *zweiten Stufe sollen jene Menschen, die trotz dieser Aufwertung nicht auf eine Rente*

2838 *von 30 Entgeltpunkten kommen, jedoch bedürftig sind (Bedürftigkeitsprüfung), einen*

2839 *weiteren Zuschlag bis zu einer Gesamtsumme von 30 Entgeltpunkten erhalten. Die*

2840 *Finanzierung erfolgt aus Steuermitteln, u. a. dadurch, dass Minderausgaben in der*

2841 *Grundsicherung im Alter als Steuerzuschuss der Rentenversicherung zufließen, und*

2842 *durch die Abschmelzung des Wanderungsausgleichs.]*

2843

2844 *[Kindererziehung besser anerkennen (Mütterrente)*

2845 *Lösungsoption liegt vor. Wegen strittiger Finanzierung nicht abschließend konsen-*
2846 *tiert.*

2847 *Die Erziehung von Kindern ist Grundvoraussetzung für den Generationenvertrag der*

2848 *Rentenversicherung. Während Kindererziehungszeiten ab 1992 rentenrechtlich um-*

2849 *fassend anerkannt sind, ist dies für frühere Jahrgänge nicht in diesem Umfang er-*

2850 *folgt. Diese Gerechtigkeitslücke werden wir schließen. Wir werden daher ab 2014 für*

2851 *alle Mütter oder Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, die Erziehungslei-*

2852 *stung mit einem zusätzlichen Entgeltpunkt in der Alterssicherung berücksichtigen.*

2853 *Die Erziehungsleistung dieser Menschen wird damit in der Rente besser als bisher*

2854 *anerkannt.*

2855 *Finanzierung strittig; Vorschlag CDU/CSU: Die bessere Anerkennung ist durch die*

2856 *gute finanzielle Situation der Rentenversicherung und vorhandene Mittel aus dem*

2857 *Zuschuss des Bundes möglich.]*

2858

2859 *Sozialer Schutz für Minijobs*

2860 *Die Sozialversicherungsansprüche von geringfügig Beschäftigten wollen wir verbes-*

2861 *sern. Mit Ausnahme von geringfügig Beschäftigten im Nebenerwerb, Schülerinnen*

2862 *und Schülern, Studierenden und Rentnerinnen und Rentnern besteht eine uneinge-*

2863 *schränkte Versicherungspflicht in der Rentenversicherung. Es ist unser Ziel, dass mit*

2864 *dem vollständigen Versicherungsschutz keine Reduzierung des Nettoverdienstes für*

2865 *die Beschäftigten verbunden ist und Handlungsoptionen für Arbeitgeber eröffnet*

2866 *werden. Wir werden dafür sorgen, dass geringfügig Beschäftigte besser über ihre*

2867 *Rechte informiert und Rechtsverstöße wirkungsvoll geahndet werden. Zudem wollen*

2868 *wir die Übergänge aus geringfügiger in reguläre sozialversicherungspflichtige Be-*

2869 *schäftigung erleichtern.*

2870

2871 *Eigenständige Alterssicherungssysteme erhalten*

2872 Die Bundesregierung steht auch weiterhin zur Alterssicherung der Landwirte, zur
 2873 Künstlersozialversicherung sowie zu der berufsständischen Versorgung der ver-
 2874 kammerten freien Berufe; diese bleiben als eigenständige Alterssicherungssysteme
 2875 erhalten.

2876

2877 *Angleichungsprozess Ost-West fortsetzen*

2878 *Lösungsoptionen liegen vor. Wegen strittiger Finanzierung nicht abschließend kon-*
 2879 *sentiert.*

2880 *[strittig: Der Fahrplan zur vorständigen Angleichung, gegebenenfalls mit einem Zwi-*2881 *schensschritt, wird in einem Rentenüberleitungsabschlussgesetz festgeschrieben.]*

2882

2883 *Zum Ende des Solidarpaktes, also 30 Jahre nach Herstellung der Einheit Deutsch-*
 2884 *lands, wenn die Lohn- und Gehaltsangleichung weiter fortgeschritten sein wird, er-*
 2885 *folgt in einem letzten Schritt die vollständige Angleichung der Rentenwerte.*

2886 *Zum 1.7.2016 wird geprüft, wie weit sich der Angleichungsprozess bereits vollzogen*
 2887 *hat und auf dieser Grundlage entschieden, ob mit Wirkung ab 2017 eine Teilanglei-*
 2888 *chung vorgenommen wird.*

2889

2890 *[strittig: Bei der Bewertung von Kindererziehungszeiten in Ost und West wird ein*2891 *gleicher Wert zu Grunde gelegt. Dem entsprechend werden auch die Zeiten von*2892 *Wehr- und Zivildienst sowie der Pflege von Angehörigen und der Beschäftigung in*2893 *Werkstätten für behinderte Menschen angeglichen.*

2894

2895 *Und schließlich kommen die Regelungen zur solidarischen Lebensleistungsrente ge-*
 2896 *rade auch den Menschen mit gebrochener Erwerbsbiografie im Osten zu Gute.*

2897

2898 **Selbstverwaltung und Entschädigung**

2899

2900 *Selbstverwaltung stärken*

2901 Die soziale Selbstverwaltung ist Ausdruck der Verantwortung, die die Sozialpartner in
 2902 Deutschland für die Gestaltung der Sozialversicherung übernehmen. Wir wollen die
 2903 Selbstverwaltung stärken und die Sozialwahlen modernisieren. Dazu wollen wir künf-
 2904 tlig Online-Wahlen ermöglichen, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Dort, wo es
 2905 möglich und sinnvoll ist, insbesondere im Bereich der gesetzlichen Krankenversiche-
 2906 rungen, sollen die Auswahlmöglichkeiten durch mehr Direktwahlen verbessert wer-
 2907 den. Durch geeignete Maßnahmen wollen wir erreichen, dass das repräsentative
 2908 Verhältnis von Frauen und Männern in der Selbstverwaltung optimiert wird.

2909 Schließlich sollen die Arbeit der Selbstverwaltung transparenter gestaltet, die Mög-
 2910 lichkeit der Weiterbildung verbessert und die Regelungen für die Freistellung präzi-
 2911 siert werden.

2912

2913 *Modernes Entschädigungsrecht*

2914 *[Wir wollen das Recht der Sozialen Entschädigung und der Opferentschädigung in*
 2915 *einem zeitgemäßen Regelwerk zukunftsfest neu ordnen.]* Hierbei wollen wir verän-
 2916 derten gesellschaftlichen Entwicklungen und Erkenntnissen auch im Bereich psychi-
 2917 scher Gewalt Rechnung tragen. Opfer von Gewalttaten sollen schnellen und unbüro-
 2918 kratischen Zugang zu Sofortmaßnahmen (z. B. Traumaambulanzen) erhalten und
 2919 professionell begleitet werden. Ein transparenter und spezifischer Leistungskatalog

2920 soll zu einer verbesserten Teilhabe beitragen. Mit der Gesetzesreform gehen keine
2921 Leistungsverlechterungen einher.

2922

2923 **Schnittstellen zwischen den Sozialgesetzbüchern**

2924 Die Schnittstellen der verschiedenen Sozialgesetzbücher zueinander sowie diejeni-
2925 gen zum Bundesausbildungsförderungsgesetz wollen wir systematisch aufarbeiten
2926 und besser miteinander verzahnen. Sicherungs- und Förderlücken sollen vermieden
2927 werden.

2928

2929 **2.4 Gesundheit und Pflege**

2930

2931 **Ambulante Gesundheitsversorgung**

2932

2933 Im Zentrum unserer Gesundheitspolitik stehen die Patientinnen und Patienten und
2934 die Qualität ihrer medizinischen Versorgung. Die Freiberuflichkeit der niedergelasse-
2935 nen Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte und Psychotherapeutinnen
2936 und Psychotherapeuten ist unverzichtbares Element für die flächendeckende ambu-
2937 lante Versorgung. Sie ist ein Garant für die Diagnose- und Therapiefreiheit und für
2938 die freie Arztwahl.

2939

2940 Zur Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung wollen wir die Anreize zur Nie-
2941 derlassung in unterversorgten Gebieten weiter verbessern. Darum werden wir unnö-
2942 tige bürokratische Anforderungen abbauen und die Rahmenbedingungen für Zulas-
2943 sungen für Ärztinnen und Ärzte und Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten
2944 flexibilisieren. Die Möglichkeit zur Zulassung von Krankenhäusern zur ambulanten
2945 Versorgung in unterversorgten Gebieten wird verbessert. Dazu wird bei der Ermäch-
2946 tigung in § 116 a SGB V das Wort „kann“ durch „muss“ ersetzt und eine jährliche
2947 verbindliche Überprüfung eingeführt. Die Förderung von Praxisnetzen wollen wir ver-
2948 bindlich machen und ausbauen. Die gesetzlichen Vorgaben zum Abbau von Über-
2949 versorgung durch den Aufkauf von Arztsitzen werden von einer „Kann“ in eine „Soll“-
2950 Regelung überführt.

2951

2952 Wir wollen in der psychotherapeutischen Versorgung Wartezeiten reduzieren, und
2953 mehr Betroffenen ein zeitnahes Angebot für eine Kurzzeittherapie eröffnen. Hierzu
2954 werden wir das Antrags- und Gutachterverfahren entbürokratisieren, die Gruppenthe-
2955 rapie fördern und den Gemeinsamen Bundesausschuss beauftragen, in einer gesetz-
2956 lich definierten Frist die Psychotherapierichtlinie zu überarbeiten. Die bestehenden
2957 Befugnisbeschränkungen für Psychotherapeuten werden wir überprüfen.

2958

2959 Für gesetzlich Versicherte wollen wir die Wartezeit auf einen Arzttermin deutlich re-
2960 duzieren. Sie sollen sich zukünftig bei Überweisung an einen Facharzt an eine zen-
2961 trale Terminservicestelle bei der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) wenden können.
2962 Diese vermittelt innerhalb einer Woche einen Behandlungstermin. Für den Termin
2963 soll im Regelfall eine Wartezeit von vier Wochen nicht überschritten werden. Gelingt
2964 dies nicht, wird von der Terminservicestelle ein Termin - außer in medizinisch nicht
2965 begründeten Fällen - zur ambulanten Behandlung in einem Krankenhaus angeboten.
2966 Die Behandlung erfolgt dann zu Lasten des jeweiligen KV-Budgets. Diese Termin-
2967 servicestellen können in Kooperation mit Krankenkassen betrieben werden.

2968

2969 Wir wollen auch in der Zukunft die Rolle des Hausarztes fördern und die hausärztli-
2970 che Versorgung weiter stärken. Die von Fachärztinnen und Fachärzten erbrachten

2971 hausärztlichen Leistungen sollen zukünftig nicht den hausärztlichen Teil der Gesamt-
 2972 vergütung mindern. Dies gilt umgekehrt für von Hausärztinnen und Hausärzten er-
 2973 brachte fachärztliche Leistungen.

2974

2975 Die Vertreterversammlungen von Kassenärztlicher Bundesvereinigung und Kassen-
 2976 ärztlichen Vereinigungen werden zu gleichen Teilen aus Haus- und Fachärztinnen
 2977 und -ärzten gebildet. Über rein hausärztliche Belange entscheiden die hausärztlichen
 2978 Mitglieder der Vertreterversammlung, über rein fachärztliche Belange die fachärztli-
 2979 chen Mitglieder der Vertreterversammlung. Für angestellte Ärztinnen und Ärzte in der
 2980 ambulanten Versorgung werden wir verpflichtend einen beratenden Fachausschuss
 2981 vorsehen.

2982

2983 Künftig werden auch arztgruppengleiche Medizinische Versorgungszentren zugelas-
 2984 sen. Außerdem wird es auch Kommunen ermöglicht, Medizinische Versorgungszent-
 2985 tren zu gründen; davon unberührt gilt der Vorrang eines ärztlichen Bewerbers (§ 103
 2986 Abs. 4c SGB V). Bei Vergütung und Zulassung dürfen die Medizinischen Versor-
 2987 gungszentren im Rahmen des bestehenden Rechts nicht benachteiligt werden.

2988

2989 Wir werden für Arznei- und Heilmittel gesetzlich vorgeben, dass die heutigen Wirt-
 2990 schaftlichkeitsprüfungen bis Ende 2014 durch regionale Vereinbarungen von Kran-
 2991 kenkassen und Kassenärztlicher Selbstverwaltung ersetzt werden. Unberechtigte
 2992 Regressforderungen bei Retaxationen gegenüber Heilmittelerbringern wollen wir zu-
 2993 dem unterbinden.

2994

2995 Leistungslücken beim Übergang vom stationären in den ambulanten Versorgungsbe-
 2996 reich wollen wir überwinden, indem das Entlassungsmanagement durch eine gesetz-
 2997 liche Koordinationsfunktion der Krankenkassen ergänzt wird. Die Möglichkeiten der
 2998 Krankenhäuser, bei einer Entlassung Leistungen zu verordnen, werden ausgeweitet.
 2999 [Krankenhäuser können eine pflegerische Übergangsversorgung veranlassen.] Wirt-
 3000 schaftlichkeitsvorgaben sind zu beachten, eine vorrangige Berücksichtigung von Ein-
 3001 richtungen der verordnenden Krankenhäuser ist auszuschließen.

3002

3003 Für Erwachsene mit geistiger Behinderung und schweren Mehrfachbehinderungen
 3004 werden medizinische Behandlungszentren analog zu den sozialpädiatrischen Zen-
 3005 tren zur (zahn-) medizinischen Behandlung (neuer § 119c SGB V) geschaffen.

3006

3007 Der Einsatz von qualifizierten nicht-ärztlichen Gesundheitsberufen, die delegierte
 3008 ärztliche Leistungen erbringen, soll flächendeckend ermöglicht und leistungsgerecht
 3009 vergütet werden. Modellvorhaben zur Erprobung neuer Formen der Substitution ärzt-
 3010 licher Leistung sollen aufgelegt und evaluiert werden. Je nach Ergebnis werden sie in
 3011 die Regelversorgung überführt.

3012

3013 Die Krankenkassen müssen Freiräume erhalten, um im Wettbewerb gute Verträge
 3014 gestalten und regionalen Besonderheiten gerecht werden zu können. Für die ver-
 3015 schiedenen Möglichkeiten zur Vereinbarung von integrierten und selektiven Versor-
 3016 gungsformen (§§ 63 bis 65, 73a, 73b, 73c, 140a ff. SGB V) werden die rechtlichen
 3017 Rahmenbedingungen angeglichen und bestehende Hemmnisse bei der Umsetzung
 3018 beseitigt. Gleichartig geregelt werden insbesondere die Evaluation integrierter und
 3019 selektiver Versorgungsformen durch eine Vereinbarung der Vertragspartner sowie
 3020 der Nachweis der Wirtschaftlichkeit gegenüber der zuständigen Aufsichtsbehörde
 3021 nach jeweils vier Jahren. Wir werden Regelungen zur Mindestdauer und zur Substi-

3022 tution der Regelversorgung aufheben und die Bereinigungsverfahren vereinfachen.
3023 Versorgungsformen, deren Qualität und Wirtschaftlichkeit erwiesen ist, sollten in ge-
3024 eigneter Weise in die Regelversorgung überführt werden.

3025
3026 Die Krankenkassen bleiben gesetzlich verpflichtet, hausarztzentrierte Versorgung
3027 anzubieten. Die hausarztzentrierte Versorgung wird weiterentwickelt und um geeig-
3028 nete Instrumente zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und zur Qualitätssicherung
3029 ergänzt. Die bestehenden Vergütungsbeschränkungen werden aufgehoben. Die
3030 strukturierten Behandlungsprogramme müssen, soweit sie die Hausärzte betreffen,
3031 Bestandteil der Verträge zur hausarztzentrierten Versorgung sein. Darüber hinaus
3032 soll die fachärztliche Versorgung gestärkt werden.

3033
3034 Wir werden prüfen, ob sich die Unterschiede in der ärztlichen Vergütung durch Be-
3035 sonderheiten in der Versorgungs- und Kostenstruktur begründen lassen und wie un-
3036 begründete Unterschiede aufgehoben werden können.

3037
3038 Die strukturierten Behandlungsprogramme für chronisch Kranke werden weiterent-
3039 wickelt; neue Programme sollen entwickelt werden für die Behandlung von Rücken-
3040 leiden und Depressionen.

3041
3042 Die sektorübergreifende Qualitätssicherung mit Routinedaten wird ausgebaut. Wir
3043 werden gesetzlich ein Institut begründen, das dauerhaft und unabhängig die Qualität
3044 der ambulanten und stationären Versorgung ermittelt und dem Gemeinsamen Bun-
3045 desausschuss Entscheidungsgrundlagen liefert. Die gesetzlichen Krankenkassen
3046 werden verpflichtet, dem Institut geeignete pseudonymisierte Routinedaten zur Ver-
3047 fügung zu stellen.

3048
3049 Die Verfügbarkeit der Routinedaten aus der Gesetzlichen Krankenversicherung für
3050 die Versorgungsforschung und für das Versorgungsmanagement der Krankenkassen
3051 wollen wir erhöhen. Die Morbidität soll künftig zudem nicht nur mit Leistungsdaten
3052 bestimmt werden, mittelfristig sollen auch epidemiologische Daten herangezogen
3053 werden. Zur Verbesserung der Datenlage für die Versorgungsforschung werden zu-
3054 künftig Regionalkennzeichen der patientenbezogenen Ausgaben erhoben.

3055
3056 Elektronische Kommunikations- und Informationstechnologien können die Leistungs-
3057 fähigkeit in unserem Gesundheitswesen weiter verbessern. Dies gilt insbesondere für
3058 die Versichertenstammdaten, die Notfalldaten, die Kommunikation zwischen allen
3059 Leistungserbringern, Verbesserung der Arzneimitteltherapiesicherheit und Daten für
3060 ein verbessertes Einweisungs- und Entlassmanagement. Hindernisse beim Daten-
3061 austausch und Schnittstellenprobleme werden beseitigt und der Anbieterwettbewerb
3062 zwischen IT-Anbietern befördert. Dabei muss ein hoher Datenschutz beachtet wer-
3063 den. Telemedizinische Leistungen sollen gefördert und angemessen vergütet wer-
3064 den.

3065
3066 Wir werden einen neuen Straftatbestand der Bestechlichkeit und Bestechung im Ge-
3067 sundheitswesen im Strafgesetzbuch schaffen.

3068
3069 [Zur Förderung innovativer sektorübergreifender Versorgungsformen und für die Ver-
3070 sorgungsforschung wird ein Innovationsfonds geschaffen. Dafür werden 300 Mio. Eu-
3071 ro von den Krankenkassen zur Verfügung gestellt; dafür erhalten die Krankenkassen
3072 150 Mio. Euro an zusätzlichen Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds. Aus dem

3073 Innovationsfonds werden für Versorgungsleistungen, die über die Regelversorgung
 3074 hinausgehen, Mittel in Höhe von insgesamt 225 Mio. Euro und für Versorgungsfor-
 3075 schung Mittel in Höhe von insgesamt 75 Mio. Euro verwendet. Für die Vergabe der
 3076 Mittel legt der Gemeinsame Bundesausschuss Kriterien fest. Die Vergabe erfolgt
 3077 durch ein jährliches Ausschreibungsverfahren, das vom Gemeinsamen Bundesaus-
 3078 schuss durchgeführt wird. Eine Evaluierung erfolgt nach vier Jahren.]

3079

3080 **Krankenhausversorgung**

3081

3082 Eine flächendeckende Krankenhausversorgung gehört zu den wesentlichen Elemen-
 3083 ten der Daseinsvorsorge. Das Krankenhaus der Zukunft muss gut, gut erreichbar und
 3084 sicher sein.

3085

3086 Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, nach dem neuesten medizini-
 3087 schen Stand und in bester Qualität behandelt zu werden. In einer Qualitätsoffensive
 3088 werden wir die Qualität der stationären Versorgung verbessern. Qualität wird als wei-
 3089 teres Kriterium für Entscheidungen der Krankenhausplanung gesetzlich eingeführt (§
 3090 1 KHG).

3091

3092 In dem neu zu gründenden Qualitätsinstitut werden sektorenübergreifend Routineda-
 3093 ten gesammelt, ausgewertet und einrichtungsbezogen veröffentlicht. Die Anforde-
 3094 rungen der Qualitätsrichtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses (GBA) sind
 3095 zwingend einzuhalten. Der Medizinische Dienst der Krankenkassen soll zur Überprü-
 3096 fung der Vorgaben des GBA zur internen und externen Qualitätssicherung zukünftig
 3097 unangemeldet Kontrollen in den Krankenhäusern durchführen. Die Befugnis des
 3098 GBA zur Festlegung von Mindestmengen wollen wir rechtssicher gestalten. Die Aus-
 3099 nahmebefugnisse der Länder bleiben davon unberührt.

3100

3101 Die jährlich zu erstellenden Qualitätsberichte der Krankenhäuser müssen verständli-
 3102 cher, transparenter und als Grundlage für die Patientenentscheidung präziser wer-
 3103 den. Der GBA wird beauftragt, in seinen Vorgaben die Aussagekraft und Verständ-
 3104 lichkeit der Qualitätsberichte der Krankenhäuser zu verbessern und Aspekte der Pa-
 3105 tientensicherheit sowie Ergebnisse von Patientenbefragungen zu integrieren. Dazu
 3106 soll das Qualitätsinstitut eine online einsehbare Vergleichsliste erstellen und führen
 3107 und die Vielzahl von Zertifikaten bewerten und einordnen. Die teilweise in Kranken-
 3108 häusern bereits genutzten OP-Sicherheits-Checklisten werden allgemeiner Standard
 3109 der Qualitätssicherung.

3110

3111 Gute Qualität muss sich für die Krankenhäuser auch finanziell lohnen. Die Menge
 3112 soll künftig nur da berücksichtigt werden, wo sie entsteht. Das heute bestehende Sy-
 3113 stem der Mehrleistungsabschläge wollen wir dabei differenzieren: Leistungen mit
 3114 nachgewiesener hoher Qualität können von Mehrleistungsabschlägen ausgenommen
 3115 werden, für besonders gute Qualität sind Zuschläge möglich. Umgekehrt sollen bei
 3116 unterdurchschnittlicher Qualität für einzelne Leistungen auch höhere Abschläge mög-
 3117 lich sein. Die Qualität soll dabei risikoadjustiert und anhand wesentlicher Indikatoren
 3118 gemessen werden. [Die Degression des Landesbasisfallwertes bei landesweiten
 3119 Mengensteigerungen wird entsprechend vermindert.]

3120

3121 Zur weiteren Stärkung der Qualität in der Versorgung wird für vier vom GBA ausge-
 3122 wählte planbare Leistungen den Krankenkassen in den Jahren 2015 bis 2018 die
 3123 Möglichkeit gegeben, modellhaft Qualitätsverträge mit einzelnen Krankenhäusern

3124 abzuschließen. Die Kriterien für Qualitätsverträge werden von den Krankenkassen
3125 auf Landesebene einheitlich und gemeinsam festgelegt. Die freie Krankenhauswahl
3126 bleibt dabei unberührt. Danach erfolgt eine Evaluierung.
3127

3128 Nicht nur in Ballungsräumen, sondern auch in ländlichen Regionen muss die woh-
3129 nortnahe Krankenhausversorgung der Bevölkerung gewährleistet sein. Hierzu wollen
3130 wir sicherstellen, dass auch Krankenhäuser in strukturschwachen Regionen ihren
3131 Versorgungsauftrag wahrnehmen können. Die Einführung des Systems diagnosebe-
3132 zogener Fallgruppen (DRG-System) als leistungsorientiertes Entgeltsystem war rich-
3133 tig. Künftig kann das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus Kalkulations-
3134 krankenhäuser adäquat repräsentativ auswählen. Gesunkene Sachkosten sind zeit-
3135 nah bei der Kalkulation abzubilden.
3136

3137 Wir wollen die Länder bei der Weiterentwicklung der Krankenhausplanung von einer
3138 standortbasierten hin zu einer erreichbarkeitsorientierten Versorgungsplanung unter-
3139 stützen. Dazu sollen die Möglichkeiten, Sicherstellungszuschläge zu vereinbaren,
3140 gesetzlich konkretisiert werden. Die Festlegung von Kriterien erfolgt zukünftig durch
3141 den GBA. Werden diese erfüllt, ist nach Zustimmung des Landes ein Sicherstel-
3142 lungszuschlag zu zahlen. Es ist auch zu überprüfen, ob für Krankenhäuser die Vor-
3143 haltekosten, insbesondere für die Notfallversorgung, aktuell ausreichend finanziert
3144 werden.
3145

3146 Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass nur Operationen durch-
3147 geführt werden, die auch tatsächlich medizinisch notwendig sind. Daher haben Pati-
3148 enten zukünftig regelhaft die Möglichkeit, eine Zweitmeinung bei einem weiteren
3149 Facharzt oder Krankenhaus einzuholen. Dies betrifft vom GBA zu definierende men-
3150 genanfällige planbare Behandlungen. Die Ärzte müssen bei Indikationsstellung die
3151 Patienten über deren Recht zur Einholung einer Zweitmeinung verbindlich aufklären.
3152 Diese Aufklärung muss mindestens zehn Tage vor der Operation erfolgen. Die Ko-
3153 sten übernehmen die Krankenkassen.
3154

3155 Eine sichere Behandlung ist letztendlich nur dort möglich, wo das ärztliche und pfl-
3156 gerische Personal nicht über Gebühr belastet wird. Wir wollen gewährleisten, dass
3157 auf Ebene der DRG-Kalkulation die Personalkosten, insbesondere die der Pflege, in
3158 ausreichender Höhe und Gewichtung berücksichtigt werden. Dass die Krankenhäu-
3159 ser diese Mittel auch tatsächlich für Personalkosten eingesetzt haben, müssen sie in
3160 den Budgetverhandlungen in geeigneter Weise unbürokratisch nachweisen.
3161

3162 Krankenhäuser, in denen neue Medizinprodukte mit hoher Risikoklasse zum Einsatz
3163 kommen, sollen verpflichtet werden, sich in der Phase nach der Markteinführung an
3164 Nutzen- und Sicherheitsstudien des GBA zu beteiligen. Entsprechende Methoden-
3165 bewertungsverfahren des GBA sollen regelmäßig nach spätestens zwei Jahren ab-
3166 geschlossen sein.
3167

3168 [Register verbessern aufgrund ihrer Langzeitbeobachtungen die Patientensicherheit
3169 und Qualität. Wir werden als ersten Schritt ein Transplantationsregister und ein Im-
3170 plantateregister aufbauen, die Datenlieferung ist verpflichtend. Dabei werden bereits
3171 bestehende Register einbezogen.] Zur Vermeidung von Krankenhausinfektionen
3172 werden wir die bereits eingeleiteten Maßnahmen evaluieren und erweitern. Informa-
3173 tionen zu Krankenhausinfektionen müssen verpflichtender Bestandteil der Qualitäts-
3174 berichte werden.

3175
3176 [Bestimmte Unterschiede in den Landesbasisfallwerten lassen sich nicht durch Be-
3177 sonderheiten in der Versorgungs- und Kostenstruktur oder der unterschiedlichen
3178 Umsetzung gesetzlicher Verpflichtungen begründen. Sie sollen aufgehoben werden.
3179 Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe erarbeitet auf Basis des hierzu vorzulegenden Gut-
3180 achtens Eckpunkte. Eine gesetzliche Regelung zur Umsetzung der Eckpunkte soll
3181 zum 1.1.2016 in Kraft treten.
3182
3183 Die Kosten der Krankenhäuser sollen mit der Fortentwicklung der Krankenhausprei-
3184 se über den Orientierungswert besser berücksichtigt werden;] dieser muss deshalb
3185 auch stärker auf die spezifischen Gegebenheiten im Krankenhausbereich abstellen.
3186 Gleichzeitig bleibt es Aufgabe der Krankenhäuser, effizient und wirtschaftlich zu ar-
3187 beiten.
3188
3189 Die ambulante Notfallversorgung konzentriert sich außerhalb der allgemeinen Pra-
3190 xissprechzeiten auf die Krankenhäuser. Das macht eine Anpassung der gesetzlichen
3191 Rahmenbedingungen und der entsprechenden Vergütung erforderlich. Wir streben
3192 dabei eine regelhafte Kooperation der Kassenärztlichen Vereinigungen und der
3193 Krankenhäuser zur Sicherstellung der ambulanten Notfallversorgung an. In eine sol-
3194 che Kooperation soll der Notdienst der Apotheken einbezogen werden. Der Sicher-
3195 stellungs-auftrag verbleibt bei den Kassenärztlichen Vereinigungen.
3196
3197 Wir werden die besonderen Aufgaben der Universitätskliniken und der Krankenhäu-
3198 ser der Maximalversorgung besser im DRG-System vergüten. Für Hochkostenfälle,
3199 die nicht durch Fallpauschalen sachgerecht abgebildet werden können, hat das Insti-
3200 tut für das Entgeltsystem im Krankenhaus bis Ende 2014 eine geeignete gesonderte
3201 Vergütungsform vorzulegen. Leistungen der Hochschulambulanzen werden künftig
3202 angemessen vergütet.
3203
3204 Qualität wird als Kriterium zur Teilnahmerechtigung an der ambulanten spezial-
3205 fachärztlichen Versorgung (§116 b SGB V) gestärkt. Wie die Qualitätsnachweise zu
3206 führen sind, legt der GBA fest. Genutzt werden dazu auch die Qualitätsdaten des
3207 Qualitätsinstituts.
3208
3209 [Wir wollen Krankenhausträger unterstützen, die sich in Abstimmung mit der Landes-
3210 planung entscheiden, einen Krankenhausstandort umzuwandeln. Dazu werden wir
3211 einen Investitionsfonds auflegen, der insbesondere den Abbau von Überkapazitäten,
3212 die Konzentration von Krankenhausstandorten, die Umwandlung von Krankenhäu-
3213 sern in nicht akutstationäre lokale Versorgungseinrichtungen (z. B. Gesundheits-
3214 oder Pflegezentren) oder die Sicherung bereits umgesetzter Strukturänderungen un-
3215 terstützen soll. Analog zum erfolgreichen Programm zur Erneuerung der Kranken-
3216 häuser in den neuen Bundesländern sollen Länder und Kassen jeweils in gemeinsa-
3217 men Vereinbarungen das Nähere regeln. Der Investitionsfonds beteiligt sich mit ma-
3218 ximal 50 Prozent an den jeweiligen Kosten. Es wird einmalig aus der Liquiditätsre-
3219 serve des Gesundheitsfonds eine Summe von 500 Mio. Euro aufgeteilt nach dem
3220 Königsteiner Schlüssel für Maßnahmen in den Ländern zur Verfügung gestellt. Nicht
3221 verbrauchte Finanzmittel fließen nach fünf Jahren in den Gesundheitsfonds zurück.]
3222
3223 Wir werden zur Vorbereitung der skizzierten Krankenhausreform unter Federführung
3224 des Bundesministeriums für Gesundheit eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe einsetzen,
3225 die bis Ende 2014 entsprechende Eckpunkte erarbeiten soll.

3226
 3227 Ein neues Vergütungssystem in der Psychiatrie und Psychosomatik darf schwerst
 3228 psychisch Erkrankte nicht benachteiligen, muss die sektorenübergreifende Behand-
 3229 lung fördern und die Verweildauer verkürzen, ohne Drehtüreffekte zu erzeugen. Dazu
 3230 sind systematische Veränderungen des Vergütungssystems vorzunehmen. An dem
 3231 grundsätzlichen Ziel, mehr Transparenz und Leistungsorientierung und eine bessere
 3232 Verzahnung ambulanter und stationärer Leistungen in diesen Bereich zu bringen,
 3233 halten wir fest.

3234
 3235 **Arzneimittel, Gesundheitsberufe und Prävention**

3236
 3237 Wir stehen für eine flächendeckende, innovative und sichere Arzneimittelversorgung
 3238 in Deutschland. Der unmittelbare Zugang zu neuen Arzneimitteln für alle Versicher-
 3239 ten in Deutschland ist ein hohes Gut. Wir wollen einen ressortübergreifenden Dialog
 3240 unter Beteiligung von Wissenschaft und Arzneimittelherstellern einrichten, um den
 3241 Standort Deutschland für Forschung und Produktion zu stärken.

3242
 3243 Wir sehen das Zusammenspiel von Nutzenbewertung und anschließenden Preisver-
 3244 handlungen grundsätzlich als lernendes System, das wir bei Bedarf weiterentwickeln
 3245 werden. In Zukunft soll regelhaft mindestens ein Vertreter einer Mitgliedskasse des
 3246 Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenversicherung an den Preisverhandlungen
 3247 teilnehmen, um den Versorgungsaspekt zu stärken. Wir werden den gesamten
 3248 Bestandsmarktaufruf (§ 35a Abs. 6 SGB V) beenden. Dies gilt auch für laufende Ver-
 3249 fahren. [Um das hier geplante Einsparvolumen zu erreichen, werden wir das Preis-
 3250 moratorium auf dem Niveau der Preise vom 1.8. 2009 nahtlos fortführen und den
 3251 Herstellerrabatt auf verschreibungspflichtige Arzneimittel (§ 130a Abs. 1 SGB V) ab
 3252 dem Jahr 2014 von sechs auf sieben Prozent erhöhen. Ein Gesetzentwurf dazu wird
 3253 noch im Jahr 2013 in erster Lesung beraten. Diese Regelung wird ab 2015 jährlich
 3254 daraufhin überprüft, ob abhängig von der finanziellen Lage der gesetzlichen Kran-
 3255 kenversicherung eine Anpassung nötig ist. Der Rabatt darf sechs Prozent nicht un-
 3256 terschreiten.]

3257
 3258 Die gesetzlichen Voraussetzungen für die frühe Nutzenbewertung von Arzneimitteln
 3259 werden so gefasst: Alle Wirkstoffe, die nach dem 1.1. 2011 in den Markt eingeführt
 3260 worden sind, werden nach Erstzulassung und bei Indikationsausweitung von dem
 3261 Verfahren der Nutzenbewertung erfasst. Die Phase freier Preisbildung wird nur ein-
 3262 malig, nämlich bei Bewertung der Neuheit eines Wirkstoffes, eingeräumt.

3263
 3264 Wir werden gesetzlich klarstellen, dass der vereinbarte Erstattungsbetrag Grundlage
 3265 für die Berechnung der Zu- und Abschläge in den Vertriebsstufen ist. Die Auswei-
 3266 sung eines Listenpreises durch den pharmazeutischen Unternehmer bleibt davon
 3267 unberührt.

3268
 3269 Beim Abschluss von Rabattverträgen müssen die Vertragspartner die Versorgungssicherheit gewährleisten, indem sie Maßnahmen gegen Lieferengpässe vereinbaren. Dies gilt insbesondere für Impfstoffe.

3270
 3271 Der GBA wird mit der Erarbeitung einer sogenannten Substitutionsliste beauftragt,
 3272 auf der Medikamente aufgeführt sind, die im Rahmen von Rabattverträgen nicht aus-
 3273 getauscht werden dürfen. Erfolgt die Festlegung nicht in einer gesetzlich vorgegebenen Frist, wird die Liste im Rahmen einer Ersatzvornahme festgesetzt.

3277

3278 Eine qualitativ hochwertige, sichere und wohnortnahe Arzneimittelversorgung erfor-
 3279 dert freiberuflich tätige Apothekerinnen und Apotheker in inhabergeführten Apothe-
 3280 ken. An dem bestehenden Mehr- und Fremdbesitzverbot wird festgehalten.

3281

3282 Wir werden klarstellen, dass Voraussetzung für die Erstverschreibung von Arzneimit-
 3283 teln ein direkter Arzt-Patienten-Kontakt sein muss. Online-Konsultationen reichen da-
 3284 für nicht aus, sondern bergen das Risiko von Fehldiagnosen und können so den Pa-
 3285 tientenschutz gefährden.

3286

3287 *Gesundheitsberufe und Medizinstudium*

3288 Für eine zielgerichtetere Auswahl der Studienplatzbewerber, zur Förderung der Pra-
 3289 xisnähe und zur Stärkung der Allgemeinmedizin im Studium wollen wir in einer Kon-
 3290 ferenz der Gesundheits- und Wissenschaftsminister von Bund und Ländern einen
 3291 „Masterplan Medizinstudium 2020“ entwickeln.

3292

3293 [Die Förderung der Weiterbildung in Allgemeinmedizin wird um 50% erhöht und bei
 3294 Bedarf länderübergreifend koordiniert.]

3295

3296 Zudem stößt die Vermittlung praxisrelevanten Wissens ausschließlich in Kliniken an
 3297 Grenzen. Daher wollen wir die ärztliche Weiterbildung aller grundversorgenden
 3298 Fachgebiete in ambulanten Einrichtungen fördern.

3299

3300 Wir werden das Psychotherapeutengesetz samt den Zugangsvoraussetzungen zur
 3301 Ausbildung überarbeiten.

3302

3303 Die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Geburtshilfe ist uns wich-
 3304 tig. Wir werden daher die Situation der Geburtshilfe und der Hebammen beobachten
 3305 und für eine angemessene Vergütung sorgen.

3306

3307 *Prävention und Gesundheitsförderung in den Vordergrund stellen*

3308 Wir werden noch 2014 ein Präventionsgesetz verabschieden, das insbesondere die
 3309 Prävention und Gesundheitsförderung in Lebenswelten wie Kita, Schule, Betrieb und
 3310 Pflegeheim und die betriebliche Gesundheitsförderung stärkt und alle Sozialversiche-
 3311 rungsträger einbezieht.

3312

3313 [Hierzu werden wir den in der gesetzlichen Krankenversicherung vorgegebenen
 3314 Richtwert für Ausgaben in der Prävention und Gesundheitsförderung als neuen Min-
 3315 destwert ab 1.1.2015 auf sieben Euro je Versicherter erhöhen. Dieser Wert erhöht
 3316 sich jährlich um einen Euro bis zu einem Wert von zehn Euro je Versicherter. Diese
 3317 Mittel werden für die einzelnen Präventionsarten differenziert verwendet, jedoch min-
 3318 destens 80 Prozent für Maßnahmen in Lebenswelten, davon ein Drittel für die be-
 3319 triebliche Gesundheitsförderung. Die weiteren Sozialversicherungsträger sowie die
 3320 private Krankenversicherung leisten einen angemessenen Beitrag. Zielorientierung und
 3321 Qualität in der Gesundheitsförderung und Prävention und deren Evaluation soll über
 3322 ein nationales Kompetenzzentrum gewährleistet werden, das bei der Bundeszentrale
 3323 für gesundheitliche Aufklärung (BzgA) angesiedelt wird. Die BzgA erhält einen Teil
 3324 der Mittel für bundesweite Kampagnen zur Prävention. Über deren konkrete Verwen-
 3325 dung schließt sie einen Kooperationsvertrag mit dem GKV-Spitzenverband.]

3326

3327 Die Kooperation und Koordination aller Sozialversicherungsträger sowie der Länder
 3328 und Kommunen werden über verpflichtende Rahmenvereinbarungen analog der Re-
 3329 gelungen zur Förderung der Zahngesundheit (§ 21 SGB V) und von Schutzimpfun-
 3330 gen (§ 20d Abs. 3 SGB V) auf Landesebene verbessert. Dabei sind bundesweit ein-
 3331 heitliche Gesundheitsziele und Vorgaben zur Qualität und Evaluation zu berücksich-
 3332 tigen. Länderpräventionsansätze werden einbezogen.

3333
 3334 Darüber hinaus werden wir die Früherkennungsuntersuchungen bei Kindern und die
 3335 ärztlichen Vorsorgeuntersuchungen bei Erwachsenen stärken. Zudem wollen wir die
 3336 Impfquoten in Deutschland erhöhen.

3337
 3338 Wir wollen die jeweiligen Besonderheiten berücksichtigen, die sich aus der Frauen-
 3339 und Männergesundheitsforschung insbesondere für die gesundheitliche Versorgung
 3340 und die Erarbeitung von medizinischen Behandlungsleitlinien ergeben.

3341
 3342 [Wir wollen die Möglichkeiten, ambulante medizinische Vorsorgeleistungen in aner-
 3343 kannten deutschen Kurorten wahrzunehmen, verbessern.]

3344 3345 **Finanzierung und Risikostrukturausgleich**

3346
 3347 Die derzeitige gute Finanzlage der Gesetzlichen Krankenversicherung darf nicht dar-
 3348 über hinweg täuschen, dass schon ab 2015 die prognostizierten Ausgaben des Ge-
 3349 sundheitsfonds seine Einnahmen übersteigen werden. Dem wollen wir mit einer um-
 3350 sichtigen Ausgabenpolitik begegnen.

3351
 3352 Der allgemeine paritätisch finanzierte Beitragssatz wird bei 14,6 Prozent festgesetzt,
 3353 der Arbeitgeberanteil damit bei 7,3 Prozent gesetzlich festgeschrieben.

3354
 3355 Die gesetzlichen Krankenkassen erheben im Wettbewerb den kassenindividuellen
 3356 Zusatzbeitrag zukünftig als prozentualen Satz vom beitragspflichtigen Einkommen.
 3357 Der heute vom Arbeitnehmer alleine zu tragende Anteil von 0,9 Beitragssatzpunkten
 3358 fließt in diesen Zusatzbeitrag ein. Damit die unterschiedliche Einkommensstruktur
 3359 der Krankenkassen nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führt, ist ein vollständiger
 3360 Einkommensausgleich notwendig.

3361
 3362 Die Notwendigkeit eines steuerfinanzierten Sozialausgleichs entfällt damit.

3363
 3364 [Der Bundeszuschuss von 14 Milliarden Euro bleibt auch in Zukunft zur Finanzierung
 3365 der versicherungsfremden Leistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung er-
 3366 halten.]

3367
 3368 Der morbiditätsorientierte Risikostrukturausgleich (Morbi-RSA) bildet die finanzielle
 3369 Ausgangslage für einen fairen Wettbewerb zwischen den Kassen. Die im jüngsten
 3370 Gutachten des wissenschaftlichen Beirats des Bundesversicherungsamtes gemach-
 3371 ten Vorschläge zur Weiterentwicklung des Risikostrukturausgleichs zur Annualisie-
 3372 rung der Kosten für verstorbene Versicherte sowie zum Krankengeld und den Aus-
 3373 landsversicherten wollen wir zeitgleich umsetzen.

3374 3375 **Pflege**

3376
 3377 Pflege muss für alle Menschen, die auf sie angewiesen sind, bezahlbar bleiben.

- 3378
3379 Wir wollen die Pflegebedürftigkeit besser anerkennen, um die Situation der Pflege-
3380 bedürftigen, von Angehörigen und Menschen, die in der Pflege arbeiten, zu verbes-
3381 sern. Dazu wollen wir den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff auf der Grundlage der
3382 Empfehlungen des Expertenbeirates in dieser Legislaturperiode so schnell wie mög-
3383 lich einführen. Insbesondere Menschen mit Demenzerkrankungen sollen damit bes-
3384 sere und passgenauere Leistungen erhalten. Diejenigen, die heute Leistungen erhal-
3385 ten, werden durch die Einführung nicht schlechter gestellt.
3386
- 3387 Für die Akzeptanz eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs ist entscheidend, dass
3388 keine neuen Ungerechtigkeiten entstehen. Außerdem ist zu vermeiden, dass zu La-
3389 sten der Versichertengemeinschaft Kosten anderer Träger auf die Pflegeversiche-
3390 rung verlagert werden.
3391
- 3392 Wir wollen die mit dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff einhergehende Begutach-
3393 tungssystematik auf ihre Umsetzbarkeit und Praktikabilität hin erproben und wissen-
3394 schaftlich auswerten. Auf dieser Grundlage werden anschließend auch die leistungs-
3395 rechtlichen Bestimmungen in dieser Legislaturperiode umgesetzt.
3396
- 3397 Die „Allianz für Menschen mit Demenz“ soll Betroffene unterstützen und das Ver-
3398 ständnis und die Sensibilität für Demenzerkrankungen fördern. Dafür sollen bereits
3399 vorhandene Initiativen auf lokaler Ebene zusammengeführt, gebündelt und gemein-
3400 sam weiterentwickelt werden.
3401
- 3402 Pflege im Sozialraum braucht qualifizierte Dienste und Einrichtungen. Die Pflegear-
3403 beit der Angehörigen und Familien, engagierter Bürger und von Ehrenamtlichen soll
3404 durch qualifizierte Dienste und Einrichtungen professionell begleitet und ergänzt
3405 werden. Zur Stärkung der ambulanten Pflege werden wir die Leistungen im ambulan-
3406 ten und stationären Bereich weiter einander angleichen.
3407
- 3408 Bis zur Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs werden wir zügig vor al-
3409 lem die schon bestehenden Betreuungsleistungen weiter ausbauen und auf alle
3410 Pflegebedürftigen ausdehnen. Bei einem Schlüssel von einer Betreuungskraft auf 20
3411 Pflegebedürftige werden so zum Beispiel in stationären Einrichtungen insgesamt bis
3412 zu 45.000 Betreuungskräfte tätig sein.
3413
- 3414 Weiterhin werden wir die Leistungen der Pflegeversicherung wie die Kurzzeit- und
3415 Verhinderungspflege, die Tages- und Nachtpflege sowie die unterschiedlichen Be-
3416 treuungsformen auch durch die Einführung von Budgets besser und flexibler aufein-
3417 ander abstimmen.
3418
- 3419 Im Sinne einer sozialräumlichen Pflege, werden wir die Zuschüsse für Wohnumfeld
3420 verbessernde Maßnahmen oder die Anschubfinanzierung für ambulant betreute
3421 Wohnformen ausbauen.
3422
- 3423 Wir wollen, dass ältere und pflegebedürftige Menschen ihren Alltag in der eigenen
3424 Wohnung weitgehend selbstbestimmt bewältigen können. Die Entwicklung von An-
3425 geboten altersgerechter Begleitung und technischer Unterstützungssysteme wollen
3426 wir daher weiter fördern und sie in den Leistungskatalog der Pflegeversicherung auf-
3427 nehmen.
3428

3429 Wer einen anderen Menschen pflegt, braucht dafür Zeit und muss die Pflege mit dem
3430 Beruf vereinbaren können. Wir werden die Möglichkeiten des Pflegezeit- und Famili-
3431 enpflegezeitgesetzes unter einem Dach mit Rechtsanspruch zusammenführen und
3432 weiterentwickeln, um die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf besser zu unterstützen.

3433
3434 [F: Die zehntägige Auszeit für Angehörige, die kurzfristig Zeit für die Organisation ei-
3435 ner neuen Pflegesituation benötigen, werden wir aufbauend auf der geltenden ge-
3436 setzlichen Regelung mit einer Lohnersatzleistung analog Kinderkrankengeld koppeln.
3437 Kosten: Bei 50T Personen 40 Mio. Euro/Jahr aus der Pflegeversicherung.]

3438
3439 Die Hilfen zur Weiterführung des Haushalts wollen wir weiter ausbauen. Wir werden
3440 prüfen, ob die Anrechnung von Pflegezeiten in der Rentenversicherung verbessert
3441 werden kann.

3442
3443 In den Entscheidungsgremien des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen sollen
3444 künftig Vertreter der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen sowie der Pflegeberufe
3445 stimmberechtigt vertreten sein.

3446
3447 Wir prüfen die Schnittstellen zwischen SGB V und SGB XI im Hinblick auf die konse-
3448 quente Umsetzung der Grundsätze ambulant vor stationär und Prävention vor Reha-
3449 bilitation vor Pflege. Wir werden die Finanzierungsverantwortung dort verorten, wo
3450 der Nutzen entsteht, um Verschiebebahnhöfe zu beseitigen. Deshalb werden wir
3451 auch prüfen, ob die Pflegeversicherung sich an den Kosten der geriatrischen Rehabi-
3452 litation beteiligen soll.

3453
3454 Gute Pflege setzt qualifiziertes und motiviertes Personal voraus. Wir setzen uns im
3455 Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten für Personalmindeststandards im Pflegebe-
3456 reich ein und wollen die Pflegeberufe aufwerten. Dokumentationspflichten und Büro-
3457 kratie müssen auf das Nötigste begrenzt werden.

3458
3459 Der Wechsel zwischen den Berufen in der Pflege muss erleichtert werden. Wir wol-
3460 len die Pflegeausbildung reformieren, indem wir mit einem Pflegeberufegesetz ein
3461 einheitliches Berufsbild mit einer gemeinsamen Grundausbildung und einer darauf
3462 aufbauenden Spezialisierung für die Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege eta-
3463 blieren. Wir wollen die Ausbildungsangebote an staatlichen Berufsfachschulen stär-
3464 ken und die Ausbildung gerecht, einheitlich und gemeinsam finanzieren. Ziel sollte
3465 eine transparentes und durchlässiges Aus- und Weiterbildungssystem sein.

3466
3467 Wir prüfen ein verbindliches Verfahren zur Refinanzierung der Ausbildungskosten,
3468 um die Kostenbeteiligung aller Einrichtungsträger zu gewährleisten. Der dualen Aus-
3469 bildung mit Ausbildungsbetrieb und Schule wird zukünftig eine zentrale Bedeutung
3470 zukommen.

3471
3472 Die Ausbildung muss für jeden Auszubildenden kostenfrei sein. Die Finanzbeteili-
3473 gung der Länder an den Ausbildungskosten der Schulen muss auch weiterhin ge-
3474 währleistet sein. Eine verbindliche und langfristige Regelung zur vollständigen Finan-
3475 zierung der Ausbildungskosten bei Umschulungsmaßnahmen durch den Bund und
3476 die Länder sollte getroffen werden.

3477
3478 Wir wollen die Selbsthilfe-Arbeit, die Angebote der Pflegekassen, Pflegestützpunkte
3479 und andere vorhandene Unterstützungsfaktoren und Angebote der Pflegekassen zur

3480 Entlastung von pflegenden Angehörigen besser bündeln und vernetzen. Wir setzen
3481 uns für eine Weiterentwicklung des Pflegetelefons zu einem Notruftelefon „Pflege für
3482 Angehörige“ ein.

3483
3484 Um die Transparenz und Nutzerorientierung im Pflegebereich zu verbessern, müs-
3485 sen Qualitätssicherungsverfahren wissenschaftlichen Standards genügen und konti-
3486 nuierlich - auch im Hinblick auf eine Entbürokratisierung und ein sektorenübergrei-
3487 fendes Vorgehen - weiterentwickelt und verbindlicher gestaltet werden.

3488
3489 Die Pflege-Transparenzvereinbarung soll mit dem Ziel weiterentwickelt werden, die
3490 Qualitätsunterschiede der Einrichtungen für die Verbraucher in Zukunft deutlicher zu
3491 machen. Wir werden hier die Entscheidungsstrukturen der Selbstverwaltungspartner
3492 straffen und Blockademöglichkeiten reduzieren.

3493
3494 Wir werden das Verfahren der Veröffentlichung der Ergebnisse der durch den Medi-
3495 zinischen Dienst der Krankenversicherung und den Prüfdienst des Verbandes der
3496 privaten Krankenversicherung e.V. vorgenommenen Qualitätsprüfungen verbessern.

3497
3498 Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb haben die Kommunen und
3499 die Länder nach dem Pflegeversicherungsgesetz schon jetzt einen wichtigen Beitrag
3500 zu leisten.

3501
3502 Wir werden in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Leitung des Bundesministeri-
3503 ums für Gesundheit klären, wie die Rolle der Kommunen bei der Pflege noch weiter
3504 gestärkt und ausgebaut werden kann. Insbesondere soll geklärt werden, wie die
3505 Steuerungs- und Planungskompetenz für die regionale Pflegestruktur gestärkt wer-
3506 den kann. Im Zusammenwirken mit städteplanerischen Instrumenten sollen Sozial-
3507 räume so entwickelt werden, dass pflegebedürftige Menschen so lange wie möglich
3508 in ihrem gewohnten Umfeld verbleiben können. Außerdem sollen Kommunen stärker
3509 in die Strukturen der Pflege verantwortlich eingebunden werden. Hierfür kommen auf
3510 Grund ihres hohen sozialräumlichen Bezuges aufsuchende und begleitende Pflege-
3511 beratung insbesondere in Pflegestützpunkten, Pflegekurse für Angehörige und eh-
3512 renamtliche Engagierte, die laufende Beratung der Empfänger von Pflegegeld sowie
3513 die Beteiligung bei der Leistungsgewährung für Infrastruktur fördernde Maßnahmen
3514 in Betracht.

3515
3516 Der paritätische Beitragssatz zur Pflegeversicherung wird spätestens zum 01. Januar
3517 2015 um 0,3 Prozentpunkte erhöht. Aus dieser Erhöhung stehen die Einnahmen von
3518 0,2 Prozentpunkten zur Finanzierung der vereinbarten kurzfristigen Leistungsverbes-
3519 serungen, insbesondere für eine bessere Betreuung der Pflegebedürftigen, sowie der
3520 für 2015 gesetzlich vorgesehenen Dynamisierung der Leistungen zur Verfügung. Die
3521 Einnahmen aus der weiteren Erhöhung um 0,1 Prozentpunkte werden zum Aufbau
3522 eines Pflegevorsorgefonds verwendet, der künftige Beitragssteigerungen abmildern
3523 soll. Dieser Fonds wird von der Bundesbank verwaltet.

3524
3525 In einem zweiten Schritt wird mit der Umsetzung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs der
3526 Beitrag um weitere 0,2 Prozentpunkte und damit insgesamt um 0,5 Prozentpunkte in
3527 dieser Legislaturperiode angehoben.

3528

3529 **3. Solide Staatsfinanzen**

3530

3531 **Solide Finanzen – nachhaltig und generationengerecht**

3532

3533 Deutschland ist ein wirtschaftlich und sozial stabiles Land mit einer soliden finanziel-
 3534 len Basis. Dafür sind im zurückliegenden Jahrzehnt wichtige Grundlagen geschaffen
 3535 worden. Sie sind im Licht der nationalen und internationalen Veränderungen weiter-
 3536 zuentwickeln, um Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und sozialen Zusammen-
 3537 halt zu sichern. Wir wollen die Voraussetzungen für Investitionen in die Zukunft auf
 3538 einer weiterhin soliden finanziellen Grundlage schaffen. Eine wichtige Voraussetzung
 3539 dafür ist die nachhaltige Konsolidierung des öffentlichen Gesamthaushalts. Bund,
 3540 Länder, Kommunen und Sozialkassen müssen finanziell so ausgestattet sein, dass
 3541 sie die ihnen übertragenen Aufgaben erfüllen und im Rahmen ihrer Kompetenzen
 3542 Weichenstellungen für die Zukunft unseres Landes stellen können. Zugleich muss
 3543 die Ausgabenseite auf allen Ebenen kontinuierlich kritisch überprüft werden.

3544

3545 *Gesamtstaatliche Verantwortung*

3546 Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungen bilden den öffentlichen Ge-
 3547 samthaushalt. Sie müssen sich gemeinsam den Regelungen und Vereinbarungen
 3548 zur Finanz- und Haushaltspolitik Deutschlands stellen:

3549

3550 - Die von der letzten Großen Koalition verabschiedete Schuldenregel im Grundge-
 3551 setz ist strikt einzuhalten. Der Bund hat die für ihn geltenden Verpflichtungen be-
 3552 reits frühzeitig erfüllt und darf dahinter nicht zurückfallen.

3553

3554 - Die gesamtstaatlichen Verpflichtungen aus dem Europäischen Fiskalpakt sind
 3555 einzuhalten.

3556

3557 - Die Stabilitätskriterien für Defizit- und Schuldenquote nach dem verschärften eu-
 3558 ropäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt sind einzuhalten.

3559

3560 - Der Stabilitäts- und Wachstumspakt verlangt eine konsequente Rückführung der
 3561 gesamtstaatlichen Schuldenstandsquote auf unter 60 Prozent des Bruttoinlands-
 3562 produkts (BIP). Wir wollen die Quote innerhalb von zehn Jahren von 81 Prozent
 3563 (Ende 2012) auf weniger als 60 Prozent zurückführen. Bis Ende 2017 streben wir
 3564 eine Absenkung der Quote auf unter 70 Prozent des BIP an.

3565

3566 Wir sind uns der Verantwortung bewusst, dass Deutschland durch eine solide und
 3567 nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik seiner Rolle in Europa gerecht werden
 3568 muss. Deutschland ist gefordert, mit einer stabilitäts- und wachstumsorientierten
 3569 Haushalts- und Finanzpolitik auf allen staatlichen Ebenen einen Beitrag für die Stabi-
 3570 lität der Euro-Zone zu leisten.

3571

3572 *Beitrag des Bundes zur gesamtstaatlichen Verantwortung*

3573 Im Jahr 2012 hat der Bundeshaushalt mit einer strukturellen Neuverschuldung von
 3574 weniger als 0,35 Prozent des BIP abgeschlossen. Hierbei wollen wir nicht stehen
 3575 bleiben. Wir wollen nachhaltig ausgeglichene Haushalte. Wir werden Einnahmen und
 3576 Ausgaben des Bundes so gestalten, dass der Bund ab dem Jahr 2014 einen struktu-
 3577 rell ausgeglichenen Haushalt und beginnend mit dem Jahr 2015 einen Haushalt ohne
 3578 Nettoneuverschuldung aufstellt.

3579

3580 Politische Zielsetzungen haben sich an qualitativen und nicht an quantitativen Anfor-
 3581 derungen zu orientieren. Zur Effizienzsteigerung der Ausgaben sind angemessene
 3582 Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen für alle finanzwirksamen Maßnahmen durchzuführen
 3583 und Ausgaben auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen.

3584
 3585 Das Top-Down-Verfahren bei der Haushaltsaufstellung hat sich bewährt. Es wird um
 3586 eine eingehende einnahme- und ausgabeseitige Haushaltsanalyse im Vorfeld des
 3587 Eckwertebeschlusses zu einzelnen jeweils vorher ausgewählten Politikbereichen er-
 3588 gänzt. Damit wird das regierungsinterne Aufstellungsverfahren stärker inhaltlich aus-
 3589 gerichtet und die Wirkungsorientierung des Haushalts verbessert.

3590
 3591 Folgende wichtige haushaltspolitische Grundsätze werden uns leiten:

- 3592
 3593 - Über die Legislaturperiode gerechnet soll das Wachstum der Ausgaben das
 3594 Wachstum des Bruttoinlandsprodukts möglichst nicht übersteigen.
 3595
 3596 - Finanzwirksame Vorhaben und Belastungen auf der Einnahmen- und auf der
 3597 Ausgabenseite müssen in ihren Wirkungen umfassend ausgewiesen werden.
 3598
 3599 - Die in diesem Koalitionsvertrag unter „Prioritäre Maßnahmen“ genannten Vorha-
 3600 ben werden wir auf jeden Fall umsetzen. Im Übrigen gilt der Grundsatz einer un-
 3601 mittelbaren, vollständigen und dauerhaften Gegenfinanzierung im gleichen Poli-
 3602 tikbereich.
 3603
 3604 - Wir werden alle Subventionen – neue und alte – gemäß den subventionspoliti-
 3605 schen Leitlinien einer stetigen Überprüfung unterziehen. [Nicht mehr notwendige
 3606 bzw. nicht mehr finanzierbare Subventionstatbestände werden wir abbauen.]
 3607
 3608 - Wir wollen die Investitionsorientierung des Bundeshaushalts stärken.

3609
 3610 *Prioritäre Maßnahmen*

3611
 3612 [...]

3613
 3614 *Verlässliche Steuerpolitik*

3615 Unser Gemeinwesen ist auf verlässliche Steuereinnahmen angewiesen. Der dafür
 3616 erforderliche gesellschaftliche Konsens beruht auf einem gerechten Steuerrecht, das
 3617 die Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit in den Mittelpunkt stellt und zugleich
 3618 gewährleistet, dass sich niemand auf Kosten der Allgemeinheit seiner Steuerpflicht
 3619 entziehen kann. Das Steuerrecht muss in seiner konkreten Ausgestaltung den Anfor-
 3620 derungen und Ausprägungen unserer modernen Gesellschaft in einer globalisierten
 3621 Welt gerecht werden. Es muss günstige Rahmenbedingungen für Innovationen und
 3622 Investitionen der Unternehmen in Deutschland bieten, um Arbeitsplätze und Wohl-
 3623 stand zu erhalten und weiter auszubauen. Steuerrecht ist kein statisches Recht.
 3624 Wenn gesellschaftliche oder wirtschaftliche Entwicklungen es erfordern, muss das
 3625 Steuerrecht angemessen fortentwickelt werden, damit es seine Ziele auch künftig er-
 3626 reicht. Deutschland hat derzeit insgesamt ein zeitgemäßes und wettbewerbsfähiges
 3627 Steuerrecht. Wir wollen das Steuerrecht in einer sich verändernden Welt kontinuier-
 3628 lich fortentwickeln, zugleich aber eine hohe Planungssicherheit für die Steuerzahler
 3629 wie für die öffentliche Hand erreichen.

3630

3631 *Steuervereinfachung und Steuervollzug*

3632 Steuervereinfachung ist eine Daueraufgabe. Es ist ein wichtiges politisches Ziel, hier
3633 Schritt für Schritt voranzukommen und dabei insbesondere auch die technischen
3634 Möglichkeiten der modernen Datenverarbeitung zu nutzen. Von diesem dauerhaften
3635 Prozess profitieren alle an der Besteuerung beteiligten Gruppen: die Steuerzahler,
3636 die Verwaltung und die steuerberatenden Berufe.

3637
3638 Wir werden eine vorausgefüllte Steuererklärung für alle Steuerpflichtigen bis zum
3639 Veranlagungszeitraum 2017 einführen. Für Rentner und Pensionäre ohne weitere
3640 Einkünfte soll die vorausgefüllte Steuererklärung mit den bei den Finanzbehörden
3641 geführten Daten bereits ab dem Veranlagungszeitraum 2015 ermöglicht werden.

3642
3643 Wir werden das Angebot an die Bürger für eine elektronische Kommunikation mit der
3644 Finanzverwaltung ausbauen und auf eine verpflichtende Übersendung von Papierbe-
3645 legen mit der Steuererklärung weitgehend verzichten. Zur Sicherung einer gleichmä-
3646 ßigen Steuererhebung werden wir risikoorientierte Parameter der Bearbeitung von
3647 Steuererklärungen zugrunde legen.

3648
3649 Wir wollen die Akzeptanz des Faktorverfahrens für Ehegatten stärken. Der Faktor
3650 soll künftig nicht mehr jährlich, sondern für mehrere Jahre festgelegt werden. Eine
3651 Änderung des Faktors wird nur dann noch vorgenommen, wenn sich die Einkünfte
3652 bzw. die Einkünfteverteilung in nicht nur geringem Ausmaß ändern. Zudem fordern
3653 wir die Länder auf, das Faktorverfahren in Steuerklasse IV durch geeignete Maß-
3654 nahmen der Steuerverwaltungen bekannter zu machen.

3655
3656 **AG Familie:** Das Lohnsteuer-Faktorverfahren und seine Vorteile wollen wir bekann-
3657 ter machen. Die Finanzämter sollen auf Grund der Angaben zur Lohn- und Einkom-
3658 mensteuer regelmäßig eine Günstigerprüfung zur jeweiligen monatlichen Netto-
3659 Einkommenssituation vornehmen und Empfehlungen zur Nutzung der Steuerklas-
3660 senkombination geben. Damit wollen wir erreichen, dass das Verfahren von der Aus-
3661 nahme zur Regel wird und mehr Ehepartner das Faktorverfahren anstelle der Steu-
3662 erklassenkombination III/V wählen.

3663
3664 **Fortsetzung AG Finanzen**

3665 Auch streben wir eine Weiterentwicklung des Steuerverfahrensrechts in Richtung ei-
3666 nes Selbstveranlagungsverfahrens beginnend mit der Körperschaftsteuer an.

3667
3668 Wir werden die Rolle des Bundeszentralamtes für Steuern (BZSt) mit entsprechender
3669 Ausstattung unter Wahrung der Kompetenzen der Länder stärken. Das BZSt wird zur
3670 zentralen Anlaufstelle der Steuerfahndungsstellen der Länder weiterentwickelt, um
3671 die Steuerfahndungen der Länder besser zu unterstützen. Zusätzlich soll das BZSt
3672 zur zentralen Anlaufstelle für steuerliche Fragen bzw. verbindliche Auskünfte von
3673 Gebietsfremden werden.

3674
3675 Wir werden zur Verbesserung der Bekämpfung der Steuerhinterziehung, des Sozial-
3676 versicherungsbetrugs, der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung die rechtli-
3677 chen Rahmenbedingungen u. a. im Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz und in der
3678 Gewerbeordnung sowie die personelle und informationstechnologische Ausstattung
3679 der Finanzkontrolle Schwarzarbeit verbessern und wirkungsvoller ausgestalten.

3680

3681 Auch bei der Abgabenerhebung beim grenzüberschreitenden Warenverkehr sollen
3682 die Rahmenbedingungen für eine Stärkung IT-gestützter Risikoanalysen verbessert
3683 werden, um die Belastungen für Reisende zu reduzieren und die Kontrollen effizien-
3684 ter und zielgerichteter ausführen zu können.

3685
3686 Wir werden die Familienkassen des Bundes bei der Bundesagentur für Arbeit kon-
3687 zentrieren. Wir laden die Länder ein, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten an einer
3688 Zentralisierung mitzuwirken.

3689
3690 Wir werden den Ausbau der steuerlichen IT gemeinsam mit den Ländern vorantrei-
3691 ben.

3692
3693 Wir werden die Anwendung von sog. Nichtanwendungserlassen restriktiv handha-
3694 ben. Eine Rückwirkung von Steuergesetzen soll im verfassungsrechtlichen Rahmen
3695 auf die Sicherung von Steuersubstrat und die Verhinderung der missbräuchlichen
3696 Nutzung von Steuersparmodellen beschränkt sein.

3697
3698 Die interkommunale Zusammenarbeit soll steuerrechtlich nicht behindert werden. Wir
3699 lehnen daher eine umsatzsteuerliche Belastung kommunaler Beistandsleistungen ab
3700 und werden uns - soweit erforderlich - EU-rechtlich für eine umfassende Freistellung
3701 solcher Leistungen von der Umsatzsteuer einsetzen.

3702
3703 Die Bundesregierung wird mit der grundlegenden Reform der Investmentbesteue-
3704 rung die künftige steuerliche Behandlung von Veräußerungsgewinnen aus Streube-
3705 sitz erneut ergebnisoffen aufgreifen und die notwendigen Folgerungen ziehen. Dabei
3706 soll vor allem für den Bereich der Business Angels und Startups nach Lösungen für
3707 besondere Belastungseffekte für den Fall gesucht werden, dass sich der Investor von
3708 seinem Engagement trennt.

3709
3710 *Steuerhinterziehung bekämpfen – Steuervermeidung eindämmen*

3711 Wir werden als eine zentrale steuerpolitische Aufgabe den Kampf gegen grenzüber-
3712 schreitende Gewinnverlagerungen international operierender Unternehmen ent-
3713 schlossen vorantreiben, uns für umfassende Transparenz zwischen den Steuerver-
3714 waltungen einsetzen und gegen schädlichen Steuerwettbewerb vorgehen. Wir wollen
3715 verhindern, dass Unternehmen eine doppelte Nichtbesteuerung von Einkünften oder
3716 einen doppelten Betriebsausgabenabzug erreichen können.

3717
3718 Wir erwarten den Abschluss der Arbeiten zur OECD-BEPS (Base Erosion and Profit
3719 Shifting)-Initiative im Jahre 2015, einem Vorhaben, um internationaler Steuervermei-
3720 dung entgegenzuwirken, welches wir aktiv unterstützen. Soweit sich unsere Ziele im
3721 Rahmen der OECD-BEPS-Initiative in diesem Zeitraum nicht realisieren lassen, wer-
3722 den wir nationale Maßnahmen ergreifen. Dazu zählt u. a. eine Beschränkung des Be-
3723 tribsausgabenabzugs für Zahlungen an Briefkastenfirmen, die keine hinreichend ak-
3724 tive Geschäftstätigkeit nachweisen können und die Schaffung eines öffentlichen Re-
3725 gisters für alle wirtschaftlich Beteiligten an Trust-Konstruktionen nach dem Vorbild
3726 des Geldwäschegesetzes. Auch wollen wir sicherstellen, dass der steuerliche Abzug
3727 von Lizenzaufwendungen mit einer angemessenen Besteuerung der Lizenzträge
3728 im Empfängerland korrespondiert. Im Vorgriff auf diese internationale Regelung wer-
3729 den wir in Deutschland erforderlichenfalls gesetzgeberisch voranschreiten.

3730

3731 Die Herstellung von besserer internationaler Transparenz in Steuersachen gegen-
3732 über Finanzverwaltungen trägt erheblich zu fairerem Steuerwettbewerb und zur Ver-
3733meidung von Steuerhinterziehung bei. Wir wollen deswegen entsprechend der euro-
3734päischen Regelung eine länderspezifische Berichterstattung im Bankenbereich und
3735im Rohstoffhandel insbesondere über erzielte Gewinne, entstandene Verluste und
3736gezahlte Steuern („country-by-country-reporting“) zwischen den Steuerverwaltungen
3737der Länder einführen. Ausgehend von den Entscheidungen der G 20 Staats- und
3738Regierungschefs sowie der G 20 Finanzminister streben wir eine Revision des
3739OECD-Musterabkommens zum Informationsaustausch mit dem Ziel des automati-
3740schen steuerlichen Informationsaustausches als internationalem Standard an. Bis
3741dahin werden wir nach dem Vorbild des Abkommens zwischen sechs EU-
3742Mitgliedstaaten weitere bilaterale bzw. multilaterale Vereinbarungen über einen au-
3743tomatischen Informationsaustausch schließen. Wir wollen in einem weiteren Schritt
3744den Anwendungsbereich der EU-Zinsrichtlinie auf alle Kapitaleinkünfte und alle na-
3745türlichen und juristischen Personen ausdehnen.

3746
3747 Wir setzen uns für eine bessere Abstimmung des Unternehmenssteuerrechts in der
3748EU ein. Ausgangspunkt bilden dabei die Arbeiten für eine gemeinsame Körper-
3749schaftsteuer-Bemessungsgrundlage.

3750
3751 Umsatzsteuerbetrug stellt die fiskalisch bedeutendste Form der Steuerhinterziehung
3752dar. Wir wollen den Schnellreaktionsmechanismus gezielt einsetzen, um Umsatz-
3753steuerbetrug frühzeitig zu unterbinden: Wir werden dabei darauf achten, dass deut-
3754sches Umsatzsteuerrecht nicht unnötig kompliziert wird. Erforderlichenfalls werden
3755wir weitere Initiativen ergreifen. Das BZSt wird zentraler Ansprechpartner der Fi-
3756nanzverwaltungen der Bundesländer für betrügerische Gestaltungen unabhängig von
3757Branchen.

3758
3759 Die Bundesregierung wird die Arbeiten für die nationale Verhandlungsgrundlage für
3760Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) fortsetzen. DBA dienen nicht mehr alleine der
3761Verhinderung von doppelter Besteuerung, sondern auch der Verhinderung doppelter
3762Nichtbesteuerung (sog. weiße Einkünfte). Wir werden daher weiterhin entsprechende
3763Klauseln in den DBAs verhandeln und in der Zwischenzeit diese Grundsätze in na-
3764tionalen Regelungen absichern.

3765
3766 Wir werden auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene weiter konse-
3767quent gegen Steuervermeidung durch Nutzung von Offshore-Finanzplätzen vorge-
3768hen.

3769
3770 Wir werden im Umwandlungssteuerrecht prüfen, wie der Anteilstausch und Umwand-
3771lungen mit finanziellen Gegenleistungen nicht mehr systemwidrig steuerfrei gestaltet
3772werden können. Bei der Kombination aus Anteilstausch und Zuzahlung sollte ggf. die
3773Zuzahlung quotal beschränkt, aber nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

3774
3775 Wir werden weiterhin entschlossen gegen Steuerhinterziehung vorgehen. Wir wer-
3776den im Lichte des ausstehenden Berichts der Finanzministerkonferenz (FMK) die
3777Regelungen zur strafbefreienden Selbstanzeige weiterentwickeln, sofern hierfür
3778Handlungsbedarf aufgezeigt wird. Ein Ansatzpunkt wäre, die Wirkung der Selbstan-
3779zeige künftig von den vollständigen Angaben zu den steuerrechtlich unverjährten
3780Zeiträumen (zehn Jahre) abhängig zu machen. Der Steuerpflichtige müsste dann,
3781um Straffreiheit für die letzten fünf Jahre zu erlangen, auch für die weiter zurücklie-

3782 genden fünf Jahre alle Angaben berichtigen, ergänzen oder nachholen. Zudem wol-
 3783 len wir künftig eine Anlaufhemmung bei bestimmten Auslandssachverhalten hinsicht-
 3784 lich der Festsetzungsverjährung einführen, wenn diese nicht korrekt erklärt werden.
 3785 Werden steuerrelevante Auslandssachverhalte erst Jahre später bekannt, kann so
 3786 die Besteuerung noch durchgeführt werden.

3787
 3788 Bei systematischen Verstößen von Banken gegen das Steuerrecht kommen auf-
 3789 sichtsrechtliche Sanktionen bis hin zum Lizenzentzug in Betracht. Die Bundesregie-
 3790 rung wird prüfen, ob durch eine Verbesserung des Informationsflusses von der Bun-
 3791 desanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) an die Finanzbehörden die
 3792 Steuerhinterziehung wirksamer bekämpft werden kann.

3793
 3794 *Gewerbsteuer, Erbschaftsteuer, Grundsteuer*
 3795 Zum Kernbestand kommunaler Selbstverwaltung gehört eine stabile Finanzausstat-
 3796 tung. Dies setzt voraus, dass die kommunalen Aufgaben zum Wohle der Bürgerinnen
 3797 und Bürger ausreichend finanziert sind.

3798 Die Gewerbesteuer ist eine wichtige steuerliche Einnahmequelle der Kommunen. Wir
 3799 wollen, dass auf der Basis des geltenden Rechts für die kommenden Jahre Pla-
 3800 nungssicherheit besteht.

3801
 3802 Die Erbschaftsteuer ermöglicht in ihrer jetzigen Ausgestaltung den Generations-
 3803 wechsel in den Unternehmen und schützt Arbeitsplätze. Sie bleibt den Ländern als
 3804 wichtige Einnahmequelle erhalten.

3805
 3806 Die Grundsteuer wird unter Beibehaltung des Hebesatzrechtes für Kommunen zeit-
 3807 nah modernisiert. Wir fordern die Länder auf, nach Abschluss der laufenden Prüfpro-
 3808 zesse rasch zu einer gemeinsamen Position zu kommen. Ziel der Reform ist es, die
 3809 Grundsteuer als verlässliche kommunale Einnahmequelle zu erhalten, d. h. das Auf-
 3810 kommen zu sichern und Rechtssicherheit herzustellen.

3811
 3812 [CSU: Vorbehalt zugunsten einer Regionalisierung von Erbschaft- und Grundsteuer]

3813
 3814 *Europäische Bankenunion*
 3815 *(Text später einfügen)*

3816
 3817 **Handlungsfähig im Bund, in Ländern und Kommunen**

3818
 3819 Das föderale System ist eine Stärke der Demokratie und ein wichtiger Grund für die
 3820 Leistungsfähigkeit Deutschlands. Angesichts der Herausforderungen durch die Glo-
 3821 balisierung und Europäisierung müssen wir immer wieder neu sicherstellen, dass un-
 3822 ser föderales System handlungsfähig bleibt. Dazu gehört, dass jede Ebene – Bund,
 3823 Länder und Kommunen – ihren Aufgaben mit einem hohen Maß an Eigenverantwor-
 3824 tung nachkommen kann.

3825
 3826 Die Kommunen sind ein zentraler Bestandteil unseres Gemeinwesens. Sie nehmen
 3827 wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge und der lokalen Infrastruktur wahr. Um die
 3828 grundgesetzlich garantierte kommunale Selbstverwaltung zu sichern, müssen die
 3829 Kommunen handlungsfähig sein. Voraussetzung dafür sind auch gesunde Finanzen.
 3830 Der Bund hat dazu einen gewichtigen Beitrag geleistet, unter anderem durch die ab
 3831 dem Jahr 2014 vollständige Erstattung der Nettoausgaben für die Grundsicherung im
 3832 Alter und bei Erwerbsminderung, seine finanzielle Beteiligung am Ausbau der Kin-

3833 derbetreuung für unter Dreijährige und die Fortschreibung der Entflechtungsmittel bis
3834 einschließlich 2019 auf dem bisherigen Niveau. Die kommunale Ebene erzielt seit
3835 dem Jahr 2012 Finanzierungsüberschüsse. Trotz des positiven Gesamteindrucks
3836 herrscht eine große Heterogenität bei der Finanzsituation der Kommunen.

3837
3838 Wir werden ein Bundesleistungsgesetz für Menschen mit Behinderung (Bundesteil-
3839 habegesetz) erarbeiten. Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes wird der Bund zu einer
3840 Entlastung der Kommunen bei der Eingliederungshilfe beitragen. Dabei werden wir
3841 die Neuorganisation der Ausgestaltung der Teilhabe zugunsten der Menschen mit
3842 Behinderung so regeln, dass keine neue Ausgabendynamik entsteht. *(Redaktioneller
3843 Hinweis: Ausmaß und Zeitpunkt der finanziellen Entlastung der Kommunen werden
3844 im Abschnitt „Prioritäre Maßnahmen“ behandelt.)*

3845
3846 Spätestens Ende 2019 müssen die Bund-Länder-Finanzbeziehungen neu geordnet
3847 sein. Der Länderfinanzausgleich ist zu diesem Zeitpunkt neu zu regeln. Die Länder
3848 werden ab diesem Zeitpunkt keine strukturellen Defizite mehr haben. In dieser Legis-
3849 laturperiode müssen dafür die Weichen gestellt werden. Dazu finden zwischen Bund
3850 und Ländern Gespräche statt.

3851
3852 Die Koalition wird parallel eine Kommission einrichten, in der Bund und Länder ver-
3853 treten sind. Dazu werden Vertreter der Kommunen einbezogen. Die Kommission wird
3854 sich mit Fragen der föderalen Finanzbeziehungen befassen und dazu Vorschläge er-
3855 arbeiten. Die Kommission soll bis Mitte der Legislaturperiode Ergebnisse zu den
3856 nachfolgenden Themenbereichen vorlegen:

- 3857
- 3858 - Europäischer Fiskalvertrag
 - 3859
 - 3860 - Schaffung von Voraussetzungen für die Konsolidierung und die dauerhafte Ein-
3861 haltung der neuen Schuldenregel in den Länderhaushalten
 - 3862
 - 3863 - Einnahmen- und Aufgabenverteilung und Eigenverantwortung der föderalen Ebe-
3864 nen
 - 3865
 - 3866 - Reform des Länderfinanzausgleichs
 - 3867
 - 3868 - Altschulden, Finanzierungsmodalitäten und Zinslasten
 - 3869
 - 3870 - Zukunft des Solidaritätszuschlags.
- 3871

3872 **4. Zusammenhalt der Gesellschaft**

3873 **4.1 Das Miteinander stärken, die Chancengleichheit verbessern**

3874

3875 **Bevölkerungswandel gestalten**

3876

3877 Die Koalition aus CDU, CSU und SPD begreift den Bevölkerungswandel als funda-
3878 mentale Herausforderung der gesamten Gesellschaft. Er ist eine Querschnittaufga-
3879 be.

3880

3881 Wir werden gemeinsam mit Kommunen, Ländern, und den Gestaltungspartnern die
3882 Demografiestrategie weiterentwickeln. Sie wird gemeinsame Ziele festsetzen, Hand-
3883 lungsoptionen der verschiedenen Ebenen und Akteure erarbeiten und gemeinsam
3884 Beiträge der Partner verabreden.

3885

3886 Dabei sind die lokal sehr unterschiedlichen Auswirkungen des demographischen
3887 Wandels zu berücksichtigen. In den neuen Ländern ist der Bevölkerungswandel bei-
3888 spielsweise schon fortgeschritten. Die dort bewährten Maßnahmen machen wir über
3889 das Demografieportal des Bundes und der Länder zugänglich.

3890

3891 Wir wollen mit einem Demografiewettbewerb die Regionen unterstützen, die gute
3892 Antworten auf den demografischen Wandel gefunden haben. Familienfreundlichkeit
3893 verankern wir als Leitprinzip der Gesetzgebung und exekutiven Handelns.

3894

3895 Wir werden ein Prüfverfahren (Demografie-Check) einrichten, mit dem sämtliche
3896 Maßnahmen im Rahmen des Strategieprozesses auf Auswirkungen und Zielerrei-
3897 chung hin überprüft werden.

3898

3899 Wir wollen eine gleichwertige Entwicklung in Stadt und Land. Ländliche Räume ha-
3900 ben ebenso wie städtische Gebiete Anspruch auf gute Entwicklungschancen. Wir
3901 entwickeln die „Initiative Ländliche Infrastruktur“ weiter und erarbeiten gemeinsam
3902 mit den Ländern Konzepte für strukturschwache und besonders vom demografischen
3903 Wandel betroffene Räume. Wichtiger Ansatz für eine gute Entwicklung in ländlichen
3904 Regionen ist die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Kommunen. Diese wer-
3905 den wir weiter unterstützen.

3906

3907 Der demografische Wandel bringt eine verstärkte Nachfrage nach gut qualifizierten
3908 Fachkräften im Gesundheits-, Pflege- und Sozialbereich mit sich. Wir wollen gute Ar-
3909 beit in sozialen Berufen. Wir werden deshalb eine Fachkräfteoffensive sowie eine
3910 breit angelegten Kampagne zur Aufwertung dieser Berufe starten.

3911

3912 **Familie**

3913

3914 Wohlergehen und Fortschritt in unserer Gesellschaft bemessen sich auch daran, wie
3915 Menschen miteinander leben, arbeiten und umgehen. Wir wollen das Miteinander al-
3916 ler Menschen in unserem Land fördern, unabhängig von ihrer religiösen, politischen,
3917 weltanschaulichen oder sexuellen Identität. Wo Menschen dauerhaft füreinander
3918 Verantwortung übernehmen, wollen wir sie unterstützen. Dabei setzen wir auf einen
3919 Dreiklang von Zeit für Familien, guter Infrastruktur und materieller Sicherheit. Wir wol-
3920 len Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen auf ein gutes Aufwachsen ermögli-
3921 chen. Die Gleichstellung treiben wir voran. Wir werden dafür sorgen, dass Frauen
3922 und Männer ihre Aufgaben in Familie, Beruf und Gesellschaft partnerschaftlich wahr-

3923 nehmen können und bestehende geschlechtsspezifische Ungerechtigkeiten – insbe-
 3924 sondere in der Arbeitswelt beseitigen. Dazu entwickeln wir eine Politik, die die heuti-
 3925 gen unterschiedlichen Lebensverläufe berücksichtigt und Antworten auf die Heraus-
 3926 forderungen der Lebensphasen gibt.

3927
 3928 Diese Politik wird dann erfolgreich sein, wenn sie umfassend die Demographie unse-
 3929 rer Gesellschaft zum Gegenstand hat. Familien, Seniorinnen und Senioren, Frauen
 3930 und Männer sowie Kinder und Jugendliche sind in eine Strategie für die demographi-
 3931 sche Entwicklung zu integrieren, die über diese Legislaturperiode hinausgreift.

3932
 3933 *Vereinbarkeit Familie und Beruf, Erziehung, Betreuung, Bildung*

3934
 3935 *Kindertagesbetreuung:* Wir wollen die Qualität der Kindertagesbetreuung weiter vor-
 3936 antreiben. Dafür werden wir die unterschiedliche Ausgangssituation in den Ländern
 3937 berücksichtigen und gemeinsam mit den Ländern unter Beteiligung der kommunalen
 3938 Spitzenverbände ein Qualitätsgesetz auf den Weg bringen. Ziel ist es, Fragen der
 3939 Personalausstattung, Qualifikation und Weiterbildung der Fachkräfte, des Fachkräf-
 3940 teangebots sowie der Sprachbildung zu regeln. [SPD: Wir wollen vor allem im Inter-
 3941 esse der alleinerziehenden und berufstätigen Eltern die Ganztagsbetreuung in Kin-
 3942 dertageseinrichtungen bedarfsgerecht schrittweise ausbauen.] Nach der erfolgrei-
 3943 chen Einführung der sprachlichen Bildung durch spezialisierte Fachkräfte in den
 3944 Bundesprogrammen „Frühe Chancen Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“ wol-
 3945 len wir die sprachliche Bildung weiter in den pädagogischen Alltag integrieren.

3946
 3947 Wenn nach dem erfolgreichen Ausbau der Kindertagesbetreuung durch Bund, Län-
 3948 der und Gemeinden weitere neue Bedarfe zum Erreichen und zum Erhalt des
 3949 Rechtsanspruchs U3 festgestellt werden, werden wir prüfen, [CDU/CSU: **ob und**] in-
 3950 wieweit sich der Bund an der Finanzierung der Investitionskosten durch die Erweite-
 3951 rung des KfW-Kreditprogramms bzw. durch ein drittes Investitionsprogramm (Son-
 3952 dervermögen) beteiligt.

3953
 3954 Wir wollen die Kindertagespflege und ihr Berufsbild weiterhin stärken. Dazu sollen
 3955 die Qualifizierung von Tagespflegepersonen und die Rahmenbedingungen für ihre
 3956 Tätigkeit weiter verbessert werden. So wird die Kindertagespflege in das Gesamt-
 3957 konzept einer qualitativ hochwertigen Betreuung, Erziehung und Bildung eingebun-
 3958 den.

3959 Wir werden noch aktiver für den Nutzen betrieblicher Kinderbetreuungsangebote
 3960 werben. [Um einen konkreten Anreiz für Unternehmen zur Einrichtung betrieblicher
 3961 Kinderbetreuungsgruppen zu setzen, werden wir das Förderprogramm „Betriebliche
 3962 Kinderbetreuung“ fortsetzen.]

3963 [SPD: Auf dieser Grundlage werden die Mittel, mit denen der Bund sich durch eine
 3964 Überlassung von Umsatzsteueranteilen bereits jetzt an den Betriebskosten (845 Mio.
 3965 Euro ab 2015) beteiligt in den Jahren 2015 und 2016 in zwei Stufen um insgesamt
 3966 mindestens 2,1 Milliarden Euro auf 2,945 Milliarden Euro erhöht. Die Laufzeit des
 3967 Programms Schwerpunkt-Kita Sprache und Integration wird bis Ende 2015 verlängert
 3968 und mit der zweiten Stufe der Aufstockung der Bundesbeteiligung an den Betriebs-
 3969 kosten in die Verantwortung der Länder übergeben.]

3970 Zur Gegenfinanzierung werden die durch die Aufhebung des Gesetzes über das Be-
 3971 treuungsgeld eingesparten Mittel eingesetzt.

3972 [F: 2015 Mehrbedarf von 1,1 Mrd. Euro, 2016ff Mehrbedarf von 2,1 Mrd. Euro; der
 3973 Mehrbedarf vermindert sich um die Minderausgaben durch die Aufhebung des Be-

3974 treuungsgeldgesetzes. Weitere Mehrkosten durch die Fortführung des KfW-
 3975 Kreditprogramms, des Förderprogramms Betriebliche Kinderbetreuung. Kosten: 110
 3976 Mio. Euro/Jahr]

3977

3978 *„Erfolgsfaktor Familie“ und „Lokale Bündnisse für Familie“:* Familienfreundlichkeit
 3979 muss ein zentrales Unternehmensziel werden. Mit dem Unternehmensprogramms
 3980 „Erfolgsfaktor Familie“ setzen wir uns gemeinsam mit den Spitzenverbänden der
 3981 deutschen Wirtschaft, Gewerkschaften und großen Stiftungen dafür ein, dass immer
 3982 mehr Unternehmen den Nutzen von Familienfreundlichkeit erkennen.

3983 Mit der Charta für familienbewusste Arbeitszeiten wird alle zwei Jahre ein Gremium
 3984 aus Vertreterinnen und Vertretern der Sozialpartner und der Bundesregierung einen
 3985 Bericht „Familie und Arbeitswelt“ mit Empfehlungen vorlegen. Die bewährten Koope-
 3986 rationen mit Kommunen sowie mit Akteurinnen und Akteuren aus Wirtschaft und Ge-
 3987 sellschaft im Rahmen der Initiative „Lokale Bündnisse“ für Familie unterstützen wir
 3988 und gestalten den Prozess.

3989

3990 *Beruflicher Wiedereinstieg:* Wir werden Frauen und Männer beim Wiedereinstieg in
 3991 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach einer Familienzeit durch die Wei-
 3992 terführung des Programms „Perspektive Wiedereinstieg“ und durch weitere Möglich-
 3993 keiten der Fort- und Weiterbildung fördern. Bei Einstellungen und Beförderungen im
 3994 öffentlichen Dienst soll die Kindererziehung positiv berücksichtigt werden. Frauen
 3995 und Männer, die eine Familienphase einlegen, sollen dadurch keine Karrierenachtei-
 3996 le erleiden.

3997

3998 *Mehr Zeit für Familien – Partnerschaftlichkeit stärken*

3999 *Zeitpolitik:* Familien brauchen Zeit füreinander. Deshalb machen wir uns stark für ei-
 4000 ne moderne lebenslauforientierte Zeitpolitik, die Frauen und Männer dabei unter-
 4001 stützt, Beruf, Familie und Engagement zu vereinbaren. Wir wollen Familien wieder
 4002 zum Taktgeber des Lebens machen: Arbeitgeber, Betreuungseinrichtungen, Schu-
 4003 len, Ämter und Behörden, Dienstleistungsanbieter und Verkehrsbetriebe sollen die
 4004 zeitlichen Bedürfnisse von Familien besser berücksichtigen und ihre Öffnungs- und
 4005 Sprechzeiten aufeinander abstimmen. Zeitpolitik befördert wesentlich Wahlfreiheit
 4006 und ein partnerschaftliches Zusammenleben in Familien.

4007

4008 *Elternzeit:* [Wir werden die 36 Monate Elternzeit flexibler gestalten. Dazu sollen auch
 4009 ohne die Zustimmung des Arbeitgebers nach angemessener vorheriger Anmeldung
 4010 zukünftig 24 statt 12 Monate zwischen dem 3. bis 14. Lebensjahr des Kindes (bisher
 4011 8. Lebensjahr) von Müttern und Vätern in Anspruch genommen werden können.]

4012

4013 *Elterngeld:* [F: Wir werden dafür sorgen, dass den Bedürfnissen der Eltern durch fle-
 4014 xiblere Elterngeldregelungen besser entsprochen wird. Zur Weiterentwicklung des El-
 4015 terngeldes soll das „ElterngeldPlus“ eingeführt werden. Mit einem „Eltern-geldPlus“
 4016 wollen wir Eltern für die Dauer von bis zu 28 Monaten die bestmögliche Inanspruch-
 4017 nahme des Elterngeldes in Kombination mit einer nicht geringfügigen Teilzeittätigkeit
 4018 ermöglichen und damit den Wiedereinstieg, vor allem für Alleinerziehende, erleich-
 4019 tern. Den doppelten Anspruchsverbrauch werden wir hierbei beenden.

4020

4021 Mit dem ElterngeldPlus werden wir einen Partnerschaftsbonus z. B. in Höhe von
 4022 zehn Prozent des Elterngeldes einführen. Ihn erhalten alle Elterngeldbeziehenden,
 4023 die beide parallel 25-30 Wochenstunden arbeiten. Kosten: 60 Mio Euro/Jahr]

4024

4025 *Haushaltsnahe und familienunterstützende Dienstleistungen:* [F: Wir werden für Fa-
 4026 milien die Inanspruchnahme von haushaltsnahen und familienunterstützenden
 4027 Dienstleistungen weiter erleichtern. Erwerbstätige Eltern, die im Haushalt Kinder be-
 4028 treuen oder Angehörige pflegen, sollen so unterstützt werden, dass mehr sozialversi-
 4029 cherte und fair bezahlte Beschäftigung im Privathaushalt entstehen kann. Dabei wol-
 4030 len wir Alleinerziehende und Mehrkinderfamilien besonders im Blick haben.] Wir wer-
 4031 den eine Dienstleistungsplattform aufbauen, auf der legale gewerbliche Anbieter
 4032 haushaltsnaher familienunterstützender Dienstleistungen für Familien und ältere
 4033 Menschen leicht zu finden und in Anspruch zu nehmen sind.

4034
 4035 *Aktive Väter:* Eine zeitgemäße Familien- und Gleichstellungspolitik bezieht auch
 4036 Jungen und Männer ein. Wir wollen auch die Rolle des aktiven Vaters in der Kinder-
 4037 erziehung und Familie weiter stärken. Erforderlich sind bessere Rahmenbedingun-
 4038 gen, damit Väter und Mütter Aufgaben in Familie und Beruf partnerschaftlich auftei-
 4039 len und Männer eine engagierte Vaterschaft leben können.

4040
 4041 *Finanzielle Sicherheit für alle Familien*

4042 *Kinderarmut bekämpfen: Kindergeld, Kinderzuschlag, Kinderfreibetrag:* [F CDU/CSU:
 4043 Wir wollen eine finanzielle Entlastung von Familien durch Verbesserungen bei den
 4044 steuerlichen Kinderfreibeträgen und beim Kindergeld erreichen. Das Kindergeld lei-
 4045 stet einen wesentlichen Beitrag zur Armutsvermeidung von Kindern. Wir wollen es in
 4046 dieser Legislaturperiode erhöhen. Kosten: 10 Euro Kindergelderhöhung = 1,6 Mrd.
 4047 Euro, 500 Euro Kinderfreibetragserhöhung = 390 Mio. Euro/Bund]

4048 Durch eine Weiterentwicklung des Kinderzuschlags, der unbürokratischer werden
 4049 soll, erreichen wir eine bessere Absicherung von Familien mit kleinen Einkommen.
 4050 Der Kinderzuschlag ist die effizienteste Leistung, um zu vermeiden, dass Familien
 4051 mit Kindern Leistungen nach dem SGB II beziehen müssen. [F: Daher wollen wir den
 4052 Kinderzuschlag erhöhen und ihn durch den Wegfall der Höchst Einkommensgrenze
 4053 stärken. Kosten: 300 Mio. Euro]

4054 [SPD: Der Kinderzuschlag soll so erhöht werden, dass er einschließlich des Kinder-
 4055 geldes und Wohngeldanteils den durchschnittlichen Gesamtbedarf eines Kindes
 4056 deckt. Erwerbstätige Eltern sollen dadurch unabhängig vom SGB II-Bezug werden.
 4057 Kosten: noch offen]

4058
 4059 *Finanzielle Situation Alleinerziehende und Geschiedener:* [F: Der steuerliche Ent-
 4060 lastungsbetrag für Alleinerziehende beträgt seit seiner Einführung zum 1.1.2004 un-
 4061 verändert 1.308 Euro, er soll angehoben werden. Die Höhe des Entlastungsbetrags
 4062 soll zukünftig nach der Zahl der Kinder gestaffelt werden. Kosten: 60 Mio. Euro/Jahr]

4063 *Unterhaltsvorschuss:*

4064 [F: Wir streben eine Regelung mit den Ländern an, um eine Erhöhung der Lebensal-
 4065 tersgrenze bei Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz von 12 auf 14 Jahre
 4066 zu erreichen. Kosten: 80 Mio. Euro/Bund]

4067
 4068 *Kinderpolitik*

4069
 4070 *Bildungs- und Teilhabepaket:* Wir wollen den Zugang für alle Kinder, Jugendliche und
 4071 junge Erwachsene zu Leistungen des Bildungspaketes verbessern. Dabei werden wir
 4072 Lösungen umsetzen, die einen bürokratiearmen Zugang zu allen Bildungs- und Teil-
 4073 habeleistungen sicherstellen.

4074 [SPD: F: Das Bildungs- und Teilhabepaket leistet einen wichtigen Beitrag zur besse-
 4075 ren Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. Die Umsetzung in den vergangenen

4076 Jahren hat gezeigt, dass insbesondere solche Leistungen in Anspruch genommen
 4077 werden, die in Zusammenarbeit bzw. durch Kindertagesstätten und Schulen bzw.
 4078 durch Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit, kulturelle Einrichtungen oder
 4079 Sportvereine erfolgen. Damit die Leistungen in noch stärkerem Maße auch tatsäch-
 4080 lich bei den Kindern und Jugendlichen ankommen, soll das Bildungs- und Teilhabe-
 4081 paket bei gleicher Finanzierungsverantwortung in eine Leistung der Kinder- und Ju-
 4082 gendhilfe überführt werden, damit die Leistungen auch direkt durch Kindertagesstät-
 4083 ten, Schulen, damit beauftragte öffentliche oder freie Träger unbürokratisch erbracht
 4084 und abgerechnet werden können.

4085 Die Finanzierung der Schulsozialarbeit und des Hortmittagessens durch den Bund im
 4086 Rahmen der Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung der kom-
 4087 munalen Grundsicherungsträger läuft zum 31. Dezember 2013 aus. Zur Weiterfinan-
 4088 zierung der Schulsozialarbeit und des Mittagessens für leistungsberechtigte Kinder in
 4089 Kitas, Horten und Schule sowie sonstigen Projekten, die den Zugang von Kindern
 4090 und Jugendlichen zu Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets sicherstellen, soll
 4091 eine Entfristung der Bundesfinanzierung erfolgen. Kosten: 400 Mio. Euro/Jahr]

4092
 4093 *Kinder- und Jugendhilfe:* Die Kinder- und Jugendhilfe soll auf einer fundierten empiri-
 4094 schen Grundlage in einem sorgfältig strukturierten Prozess zu einem inklusiven, effi-
 4095 zienten und dauerhaft tragfähigen und belastbaren Hilfesystem weiterentwickelt wer-
 4096 den. Dazu gehören geeignete Finanzierungsmodelle für systemische Unterstüt-
 4097 zungsformen (z.B. an den Schnittstellen von SGB VIII, SGB XII, und Schulträger).

4098 Wir brauchen starke Jugendämter und eine funktionierende Partnerschaft mit der
 4099 freien Jugendhilfe. Wir werden daher die Steuerungsinstrumente der Jugendämter
 4100 deutlich verbessern und gleichzeitig die Rechte der Kinder und ihrer Familien si-
 4101 cherstellen, sowie sozialraumorientierte und präventive Ansätze verfolgen. Dazu wol-
 4102 len wir mit Ländern, Kommunen und Verbänden in einen Qualitätsdialog treten und
 4103 uns über die Weiterentwicklung in wichtigen Handlungsfeldern der Kinder- und Ju-
 4104 gendhilfe verständigen.

4105
 4106 *Kinderrechte/Beauftragte bzw. Beauftragter für Kinderschutz und Kinderrechte:* Der
 4107 Schutz von Kindern vor Gewalt, Vernachlässigung und die Weiterentwicklung der
 4108 Wahrnehmung der Rechte von Kindern (Umsetzung VN-Kinderrechtskonvention) ist
 4109 ein zentrales Anliegen dieser Koalition.

4110
 4111 [CDU/CSU: F: Eine Beauftragte bzw. ein Beauftragter für Kinderschutz und -rechte
 4112 soll wirksam sicherstellen, dass diese Ziele erreicht werden, Deshalb soll die Stelle
 4113 durch den Bundestag besetzt und gesetzlich verankert werden. Bis zur Verabschie-
 4114 dung des Gesetzes wird sie/er durch das BMFSFJ berufen. Kosten: s. UBSKM, 2
 4115 Mio. Euro/Jahr]

4116
 4117 [SPD: Wir werden die Kinderrechte im Grundgesetz verankern, insbesondere den
 4118 Schutz, die Förderung und die Beteiligung von Kindern. Wir werden jede politische
 4119 Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin überprüfen, ob sie mit den international ver-
 4120 einbarten Kinderrechten im Einklang stehen.]

4121
 4122 *Adoption:* Wir wollen das Adoptionsverfahren weiterentwickeln, das Adoptionsver-
 4123 mittlungsgesetz modernisieren und die Strukturen der Adoptionsvermittlung stärken.
 4124 Das Kindeswohl muss dabei immer im Vordergrund stehen. Wir wollen die Möglich-
 4125 keiten zur Adoption vereinfachen und die Begleitung und nachgehende Betreuung
 4126 der Adoptiveltern verbessern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass im Adoptions-

4127 recht die höhere Lebenserwartung der Menschen und die Tendenz zur späteren Fa-
 4128 miliengründung berücksichtigt werden und wollen, dass bei Stiefkindadoptionen das
 4129 Verwandtschaftsverhältnis zu den leiblichen Eltern im Einvernehmen erhalten bleiben
 4130 kann. Zudem werden wir kurzfristig die Sukzessivadoption für eingetragene Le-
 4131 benspartnerschaften gesetzlich regeln. [SPD: Lebenspartnerschaften werden bei
 4132 Adoptionen Ehepaaren gleichgestellt.]

4133 Die Leihmutterchaft lehnen wir ab, da sie mit der Würde des Menschen unvereinbar
 4134 ist. Wir werden das Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Herkunft bei Samenspen-
 4135 den gesetzlich regeln.

4136
 4137 *Bundeskinderschutzgesetz / Bundesinitiative Frühe Hilfen:* Wir wollen den auf der
 4138 Grundlage des Bundeskinderschutzgesetzes umfassend verbesserten Kinderschutz
 4139 kontinuierlich weiterentwickeln. Hierzu werden wir die im Rahmen der Evaluation des
 4140 Bundeskinderschutzgesetzes und der bestehenden Bundesinitiative Frühe Hilfen
 4141 gewonnenen Erkenntnisse in sämtlichen Bereichen des Kinderschutzes umsetzen.
 4142 Wir werden auch die Errichtung, Ausgestaltung und weitere Umsetzung des bereits
 4143 gesetzlich geregelten Fonds zur dauerhaften Sicherstellung der Netzwerke Frühe Hil-
 4144 fen und der psychosozialen Unterstützung von Familien an diesen Erkenntnissen
 4145 ausrichten. Wir werden auch die Voraussetzungen weiter verbessern, damit Kinder-
 4146 und Jugendhilfe und Gesundheitswesen enger kooperieren.

4147 Wir werden Studien auflegen, die die Qualitätsstandards für Auswahl und Eignung
 4148 von Prozessbeteiligten und Familienpflegern in Familienangelegenheiten untersu-
 4149 chen. Wir wollen das Ineinandergreifen von Gewaltschutz und Umgangsrecht in Be-
 4150 zug auf das Kindeswohl wissenschaftlich untersuchen.

4151
 4152 *(Sexuelle) Gewalt gegen Kinder, Regelsysteme, Zukunft:* Wir wollen Kinder und Ju-
 4153 gendlichen sowie Menschen mit Behinderung besser vor Gewalt, insbesondere se-
 4154 xueller Gewalt schützen. Wir werden die Umsetzung des Abschlussberichts „Sexuel-
 4155 ler Kindesmissbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öf-
 4156 fentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich“ in dieser Legislaturperiode weiter
 4157 voranbringen. Die Hilfen für die Betroffenen müssen verstärkt durch die Regelsysteme
 4158 erfolgen.

4159
 4160 **Dissens:**

4161 **AG Innen:**

4162 *Insbesondere im Interesse minderjähriger Opfer sorgen wir dafür, dass Sexual-*
 4163 *straftaten deutlich später verjähren, weil viele Opfer oft erst nach Jahren und Jahr-*
 4164 *zehnten über das Geschehene sprechen und gegen die Täter vorgehen können.*

4165 *Wir stellen ausdrücklich klar, dass ein sexueller Übergriff gegen den faktisch entge-*
 4166 *genstehenden Willen eines behinderten oder sonst widerstandsunfähigen Opfers als*
 4167 *besonders schwerer Fall des sexuellen Missbrauchs widerstandsunfähiger Personen*
 4168 *anzusehen ist.*

4169
 4170 **AG Familie:**

4171 *Die strafrechtliche Verjährung von sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche*
 4172 *soll zukünftig nicht vor dem 30. Lebensjahr der Missbrauchsoffer einsetzen. Wir*
 4173 *werden eine entsprechende Verlängerung der Verjährungsfristen und der Ruhenszei-*
 4174 *ten regeln.*

4175 *Um das hohe Schutzgut der sexuellen Selbstbestimmung nicht zu gefährden und ei-*
 4176 *nen lückenlosen Schutz der Kinder und Jugendlichen vor sexuellen Übergriffen zu*
 4177 *gewähren, möchten wir den Straftatbestand des § 174 StGB ausweiten.*

4178

4179 [F: Die Tätigkeit des Unabhängigen Beauftragten für die Fragen der sexuellen Ge-
4180 walt gegen Kinder und Jugendliche wird gesichert. Kosten: 1,5 Mio. Euro] Dabei
4181 werden wir die Betroffenen beteiligen und die unabhängige Aufarbeitung der Ver-
4182 gangenheit sicherstellen.

4183 Der bestehende Hilfsfonds für Betroffene aus dem familiären Bereich wird gemein-
4184 sam mit den Kirchen, Ländern, Verbänden und Institutionen im Rahmen ihrer Ver-
4185 antwortung zu einem Fonds für Betroffene aus dem familiären und institutionellen
4186 Bereich weiterentwickelt. Dazu wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die bis Mitte des
4187 Jahres 2014 für das bestehende, erweiterte Hilfesystem einen Umsetzungsvorschlag
4188 vorlegen soll.

4189 Wir werden die finanzielle Leistungsfähigkeit des Fonds für die Heimkinder Ost si-
4190 cherstellen.

4191

4192 *Mädchen- und Jungenpolitik:* Mädchen und Jungen sehen sich heute mit unter-
4193 schiedlichen, oft widersprüchlichen Rollenbildern konfrontiert. Sie müssen sich auf
4194 neue Anforderungen einstellen. Die geschlechtsspezifische Arbeit mit Mädchen und
4195 Jungen soll weiterentwickelt und Rollenstereotypen entgegengewirkt werden. Eine
4196 zeitgemäße Gleichstellungspolitik bezieht Jungen und Männer mit ein. Die Jun-
4197 genarbeit soll nicht zu Lasten der Mädchenarbeit ausgebaut werden.

4198

4199 *Eigenständige Jugendpolitik:* Jugend ist eine eigenständige Lebensphase. Wir be-
4200 greifen Jugendpolitik als ein zentrales Politikfeld, das vorrangig von Ländern und
4201 Kommunen vor Ort gestaltet wird. Um unsere jugendpolitischen Ziele zu verwirkli-
4202 chen, benötigen wir eine starke Allianz für die Jugend mit einer neuen, ressortüber-
4203 greifenden Jugendpolitik, die die Belange aller jungen Menschen im Blick hat. Ge-
4204 meinsam mit Jugendlichen und ihren Jugendverbänden entwickeln wir das Konzept
4205 einer eigenständigen Jugendpolitik weiter. Wir wollen Jugendlichen Freiräume er-
4206 möglichen, ihnen Chancen eröffnen und Rückhalt geben. Wir werden gemeinsam mit
4207 den Jugendverbänden einen „Jugend-Check“ entwickeln, um Maßnahmen auf ihre
4208 Vereinbarkeit mit den Interessen der jungen Generation zu überprüfen.

4209

4210 *Europäische und internationale Jugendarbeit:* Wir wollen den internationalen Jugend-
4211 und Schüleraustausch mit seinen Jugendwerken und Austauschorganisationen für
4212 alle jungen Menschen stärken und dabei insbesondere die fördern, die bisher unter-
4213 repräsentiert sind. Bei der Ausgestaltung des Jugendkapitels des EU-Programms
4214 „Erasmus+“ wollen wir auch die außerschulischen Akteure der Jugendarbeit und be-
4215 sonders die non-formale Bildung einbeziehen. Wir wollen den Strukturierten Dialog
4216 im Rahmen der EU-Jugendstrategie stärken.

4217

4218 *Jugendsozialarbeit, Ausbildung, Chancengleichheit fördern:* Wir wollen allen jungen
4219 Menschen in Deutschland Zugang zu einer ihren Fähigkeiten und Interessen ent-
4220 sprechenden Ausbildung ermöglichen. Für die Teilhabe und Integration aller Jugend-
4221 lichen leistet die Jugendsozialarbeit einen wichtigen Beitrag. Durch modellhafte Er-
4222 probung werden wir weiterhin Länder und Kommunen dabei unterstützen, dass junge
4223 Menschen sozial-pädagogische Einzelberatung und -begleitung am Übergang Schu-
4224 le-Beruf erhalten (2. Chance, Kompetenzagenturen).

4225 Gemeinsam mit der Wirtschaft, den Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft verbes-
4226 sern wir die Zugangsmöglichkeiten zur Berufsausbildung für bisher benachteiligte
4227 Gruppen.

4228 Wir wollen die weitgehende Sanktionierungsregelung und -praxis im SGB II für unter
4229 25-Jährige auf ihre Wirkung und möglichen Anpassungsbedarf hin überprüfen und
4230 Lücken zwischen der Jugendhilfe und anderen Hilfesystemen weiter reduzieren.

4231
4232 *Jugendverbandsarbeit:* Wir unterstützen die Selbstorganisation Jugendlicher in Ju-
4233 gendverbänden. Sie sind unverzichtbar für eine lebendige Demokratie. Wir werden
4234 die Infrastruktur der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Jugendverbandsarbeit und
4235 die politische und kulturelle Bildung auf Bundesebene stärken und dabei auch die
4236 *besonderen* Bedürfnisse junger Menschen mit Migrationshintergrund in den Blick
4237 nehmen. Der Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) ist das zentrale Instrument,
4238 um eine bundeszentrale Infrastruktur der Jugendverbände sicher zu stellen.

4239
4240 *Familienerholung:* Wir wollen Angebote der Familienerholung als wichtigen Teil der
4241 Kinder- und Jugendhilfe anerkennen, attraktiv ausgestalten und zukunftsfest ma-
4242 chen, verbindliche Qualitätsstandards entwickeln und Wege zur Weiterentwicklung
4243 der Familienerholung aufzeigen.

4244
4245 *Mutterschutzgesetz:* Eine Reform des Mutterschutzgesetzes wird erarbeitet. Unser
4246 Ziel heißt umfassender Schutz, mehr Transparenz und weniger Bürokratie. Dazu be-
4247 darf es einer Anpassung der mutterschutzrechtlichen Regelungen an den neuesten
4248 Stand der Erkenntnisse über Gefährdungen für Schwangere und stillende Mütter am
4249 Arbeitsplatz.

4250 Wir wollen gemeinsam nach Lösungen suchen, um die ergänzenden finanziellen Hil-
4251 fen der Bundesstiftung Mutter und Kind vor Pfändung auf den Konten der Hilfeemp-
4252 fängerinnen zu schützen, damit die Mittel ihre beabsichtigte Wirkung entfalten kön-
4253 nen.

4254

4255 **Gleichstellung**

4256

4257 *Antidiskriminierungsstelle des Bundes*

4258 Die Antidiskriminierungsstelle (ADS) des Bundes leistet einen wichtigen Beitrag zur
4259 gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen in unserem Land. [F: Wir werden die Er-
4260 gebnisse der Evaluierung der ADS umsetzen. Kosten. 1 Mio. Euro]

4261

4262 *Frauenquote/Gleichstellung im Erwerbsleben*

4263 *Frauen in Führungspositionen:* Wir wollen den Anteil weiblicher Führungskräfte in
4264 Deutschland erhöhen. Deshalb werden wir zu Beginn der 18. Wahlperiode des Deut-
4265 schen Bundestages Geschlechterquoten in Vorständen und Aufsichtsräten in Unter-
4266 nehmen gesetzlich einführen.

4267

4268 Aufsichtsräte von voll mitbestimmungspflichtigen und börsennotierten Unternehmen,
4269 die ab dem Jahr 2016 neu besetzt werden, sollen eine Geschlechterquote von min-
4270 destens 30 Prozent aufweisen.

4271

4272 Wir werden eine Regelung erarbeiten, dass bei Nichterreichen dieser Quote die für
4273 das unterrepräsentierte Geschlecht vorgesehenen Stühle frei bleiben.

4274

4275 Wir werden börsennotierte oder mitbestimmungspflichtige Unternehmen gesetzlich
4276 verpflichten, ab 2015 verbindliche Zielgrößen für die Erhöhung des Frauenanteils im
4277 Aufsichtsrat, Vorstand und in den obersten Management-Ebenen festzulegen und zu
4278 veröffentlichen und hierüber transparent zu berichten. Die ersten Zielgrößen müssen

4279 innerhalb der 18. Wahlperiode des Deutschen Bundestages erreicht werden und dür-
 4280 fen nicht nachträglich nach unten berichtet werden.

4281
 4282 Darüber hinaus werden wir Maßnahmen für die Privatwirtschaft ergreifen, die eine
 4283 Förderung von Frauen in allen Betriebshierarchien zum Ziel haben.

4284
 4285 Die Koalition wird im Einflussbereich des Bundes eine gezielte Gleichstellungspolitik
 4286 vorantreiben, um den Anteil von Frauen in Führungspositionen und in Gremien zu
 4287 erhöhen und Entgeltungleichheit abzubauen. Dazu entwickeln wir einen Gleichstel-
 4288 lungsindex und führen für die Bundesverwaltung eine proaktive Umsetzung des Bun-
 4289 desgleichstellungsgesetzes und des Bundesgremienbesetzungsgesetzes ein.

4290
 4291 Auch für die wissenschaftlichen Führungsgremien wollen wir einen Anteil von minde-
 4292 stens 30 Prozent erreichen. Generell werden wir den Frauenanteil im Wissenschafts-
 4293 system durch am Kaskadenmodell orientierte Zielquoten nachhaltig erhöhen.

4294
 4295 **AG Arbeit**

4296 *Entgeltgleichheit:* [Wir wollen Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern her-
 4297 stellen. Anknüpfend an bereits bestehende Maßnahmen wollen wir auf Grundlage
 4298 der Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern unter Berücksichtigung der
 4299 KMU-Schwellen, die Einführung eines Entgeltgleichheitsgesetzes mit einer Transpa-
 4300 renzregelung zu den betrieblichen Entgeltstrukturen prüfen und einen individuellen
 4301 Auskunftsanspruch schaffen. – auch AG Familie]

4302
 4303 **AG Familie:**

4304 *Entgeltgleichheit:* Wir werden gezielt auf die Beseitigung von Entgeltungleichheit zwi-
 4305 schen Frauen und Männern hinwirken. Mit einer Rahmenstrategie für Entgeltgleich-
 4306 heit und faire Chancen in der Arbeitswelt gehen wir die verschiedenen Ursachen für
 4307 Entgeltungleichheit an:

- 4308 1. Für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wird ein individueller Auskunftsan-
 4309 spruch festgelegt.
- 4310 2. [Wir verpflichten die Tarifpartner zum Abbau von Entgeltunterschieden und zur
 4311 ausgewogenen Besetzung in den Tarifkommissionen mit Frauen und Män-
 4312 nern.]
- 4313 3. Gemeinsam mit den Tarifpartnern wollen wir die Feststellung des Wertes von
 4314 Berufsfeldern (bspw. Pflege- und Betreuungsberufe), die Überarbeitung von
 4315 Arbeitsbewertungen und die Bewertung von Fähigkeiten, Kompetenzen und
 4316 Erfahrungen voranbringen. Ziel muss es sein, u. a. die Arbeit in der Pflege,
 4317 Betreuung und frühkindlicher Bildung weiter aufzuwerten, auch in der Bezah-
 4318 lung.
- 4319 4. [Wir führen eine Dokumentationspflicht über die Bemühungen zur Überwin-
 4320 dung der Entgeltungleichheit in Tarifverhandlungen ein.]
- 4321 5. Dazu verpflichten wir Unternehmen, die der Unternehmensmitbestimmung un-
 4322 terliegen, und im öffentlichen Dienst zur internen Offenlegung anonymisierter
 4323 Entgeltberichte (gesetzliche Transparenzpflichten).
- 4324 6. Diese Unternehmen sollen mittels verbindlicher Verfahren und gemeinsam mit
 4325 den Beschäftigten und unter Beteiligung der Interessenvertreter und
 4326 -vertreterinnen im Betrieb in eigener Verantwortung die erwiesene Entgeltdis-
 4327 kriminierung beseitigen.

4328

4329 Wir werden die Wirksamkeit der Maßnahmen der Rahmenstrategie wissenschaftlich
4330 evaluieren.

4331
4332 *Berufsbilder, geschlechtergerechte Berufswahl:* Die Berufs- und Studienfachwahl von
4333 jungen Frauen und Männern ist von traditionellen Rollenbildern geprägt. Der Berufs-
4334 und Studienberatung sowie der Berufsorientierung in der Schule kommt eine große
4335 Bedeutung zu. Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels bei mathema-
4336 tisch-naturwissenschaftlich-technischen Berufen und Sozial-, Bildungs- und Gesund-
4337 heitsberufen wollen wir eine geschlechtergerechte Berufsberatung. Sie muss ver-
4338 bindlich Informationen über alle Berufs- und Verdienstmöglichkeiten für Mädchen und
4339 Jungen bieten.

4340
4341 *Frauenbewegung*

4342 Wir wollen die wissenschaftliche Aufarbeitung der Deutschen Frauenbewegung, un-
4343 ter besonderer Beachtung der Frauenbewegung in der DDR und der Umbruchzeit
4344 1989/90 vorantreiben, indem wir die existierenden Materialien unter Einbeziehung
4345 der Frauenarchive in einem „Digitalen Deutschen Frauenarchiv“ sichern und der Öff-
4346 fentlichkeit zugänglich machen.

4347 Den Helene-Weber Preis und das Helene-Weber-Kolleg werden wir weiter fördern,
4348 um eine höhere Repräsentanz von Frauen in der Politik und den politisch entschei-
4349 denden Gremien zu erreichen und Frauen insgesamt den Weg in die Politik zu eb-
4350 nen.

4351
4352 *Gewalt gegen Frauen, Frauenhäuser:* Wir werden Gewalt an Frauen und Kinder kon-
4353 sequent bekämpfen und Schutz und Hilfe für alle Betroffenen gewährleisten. Eine
4354 wichtige Anlaufstelle für Betroffene ist das Frauenhilfetelefon. Wir werden ressort-
4355 übergreifend Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder und Frauen
4356 bündeln und Lücken im Hilfesystem schließen. [F: Dabei werden wir mit den Ländern
4357 und kommunalen Spitzenverbänden ein inhaltliches Konzept für Frauenhäuser ent-
4358 wickeln und darauf aufbauend gemeinsam mit den Ländern die Finanzierung dieser
4359 Einrichtungen auf eine verlässliche Grundlage stellen. Kosten: 50 Mio. Euro]

4360
4361 *Menschenhandel, Prostitutionsstätten:* Wir wollen Frauen vor Menschenhandel und
4362 Zwangsprostitution besser schützen und die Täter konsequenter bestrafen. Künftig
4363 sollen Verurteilungen nicht mehr daran scheitern, dass das Opfer nicht aussagt. Für
4364 die Opfer werden wir unter Berücksichtigung ihres Beitrags zur Aufklärung, ihrer Mit-
4365 wirkung im Strafverfahren sowie ihrer persönlichen Situation das Aufenthaltsrecht
4366 verbessern sowie eine intensive Unterstützung, Betreuung und Beratung gewährlei-
4367 sten. Zudem werden wir das Prostitutionsgesetz im Hinblick auf die Regulierung der
4368 Prostitution umfassend überarbeiten und ordnungsbehördliche Kontrollmöglichkeiten
4369 gesetzlich verbessern. Wir werden nicht nur gegen die Menschenhändler, sondern
4370 auch gegen diejenigen, die wissentlich und willentlich die Zwangslage der Opfer von
4371 Menschenhandel und Zwangsprostitution ausnutzen und diese zu sexuellen Hand-
4372 lungen missbrauchen, vorgehen. Wir werden die Ausbeutung der Arbeitskraft stärker
4373 in den Fokus der Bekämpfung des Menschenhandels nehmen.

4374
4375 **Selbstbestimmtes Älterwerden**

4376
4377 *Potenziale des Alters nutzen*

4378 Wir wollen die Bereitschaft stärken und institutionelle Barrieren abbauen, damit ältere
4379 Menschen nicht ausgegrenzt, sondern sich und ihre Fähigkeiten besser in die Ge-

4380 sellschaft einbringen können. Dazu werden wir Altersgrenzen überprüfen und ggf.
4381 verändern.

4382

4383 Wir würdigen den Erfahrungsschatz der älteren Menschen. Viele engagieren sich
4384 freiwillig für die Gesellschaft. Wir werden im Rahmen der Demographiestrategie: Al-
4385 tersdiskriminierung aktiv bekämpfen; durch vorbeugende Maßnahmen gewährleisten,
4386 dass möglichst viele ältere Menschen möglichst lange Zeit aktiv am gesellschaftli-
4387 chen Leben teilnehmen können; die Selbsthilfearbeit stärken; die Situation älterer
4388 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besonders in den Blick nehmen sowie in Ko-
4389 operation mit Wirtschaft und Verbänden die Seniorenwirtschaft stärken und einen al-
4390 tersgerechten Verbraucherschutz entwickeln.

4391

4392 *Mehrgenerationenhäuser*

4393 Das erfolgreiche Konzept der Mehrgenerationenhäuser werden wir weiterentwickeln
4394 und deren Finanzierung verstetigen. Sie sollen sich in ihrer individuellen Ausprägung
4395 zu einem übergreifenden Dach und Ankerpunkt des sozialen Miteinanders und der
4396 Teilhabe vor Ort auch zum Beispiel unter Einbeziehung von Pflegestützpunkten als
4397 Sorgende Gemeinschaften entwickeln. [F: Deshalb werden wir die Voraussetzungen
4398 schaffen, um eine dauerhafte Zukunft der Mehrgenerationenhäuser zu sichern und
4399 gemeinsam mit Ländern und Kommunen prüfen, unter welchen Voraussetzungen die
4400 Mehrgenerationenhäuser möglichst in allen Kommunen etabliert werden können. Ko-
4401 sten: 50 Mio. Euro]

4402

4403 *Sorge und Mitverantwortung in der Kommune*

4404 Zum Thema "Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung
4405 zukunftsfähiger Gemeinschaften" wird eine Kommission von Sachverständigen unter
4406 breiter Beteiligung der Verbände und der Öffentlichkeit bis zum Frühjahr 2014 den
4407 Siebten Altenbericht erarbeiten.

4408

4409 **Respekt vor sexueller Identität**

4410

4411 *Lebenspartnerschaften, Regenbogenfamilien*

4412 [CDU/CSU: Wir wissen, dass in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften Werte gelebt
4413 werden, die grundlegend für unsere Gesellschaft sind.]

4414 [SPD: Die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften allein
4415 mittels Gerichtsurteilen ist für uns keine politische Option.]

4416 Wir werden darauf hinwirken, dass bestehende Diskriminierungen von gleichge-
4417 schlechtlichen Lebenspartnerschaften und von Menschen auf Grund ihrer sexuellen
4418 Identität in allen gesellschaftlichen Bereichen beendet werden.

4419

4420 [SPD: Wir wollen die Ehe für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften öffnen
4421 und diese damit auch im Adoptionsrecht und im Steuerrecht gleichstellen.

4422 Die Gleichheitsrechte im Grundgesetz Artikel 3 werden wir um „sexuelle Identität“ er-
4423 gänzen.]

4424

4425 [CDU/CSU: Besonders nehmen wir Jugendliche in den Blick, die vor ihrem sexuellen
4426 Coming Out große Unsicherheit empfinden und dabei Befürchtungen vor Diskriminie-
4427 rungen, vor dem Verlust von Freunden oder vor Problemen in der Familie haben
4428 können. Deswegen wollen wir diese besondere Lebenslage wissenschaftlich unter-
4429 suchen, um Handlungsnotwendigkeiten und -optionen zu erkennen.]

4430

4431 Die Arbeit der „Bundesstiftung Magnus Hirschfeld“ werden wir weiter fördern.

4432

4433 Wir verurteilen Homophobie und Transphobie und werden entschieden dagegen vor-
4434 gehen.

4435 [SPD: Wir werden den „Nationalen Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur
4436 Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf be-
4437 zogene Intoleranz“ um das Thema Homo- und Transphobie erweitern.]

4438

4439 Die durch die Änderung des Personenstandrechts für intersexuelle Menschen erziel-
4440 ten Verbesserungen werden wir evaluieren und gegebenenfalls ausbauen und die
4441 besondere Situation von trans- und intersexuellen Menschen in den Fokus nehmen

4442

4443 **Integration, Zuwanderung**

4444

4445 Deutschland ist ein weltoffenes Land. Wir begreifen Zuwanderung als Chance, ohne die
4446 damit verbundenen Herausforderungen zu übersehen. In den letzten Jahren haben wir
4447 bei der Teilhabe von Zuwanderern und dem Zusammenhalt unserer Gesellschaft we-
4448 sentliche Fortschritte erzielt. Migranten leisten einen bedeutenden Beitrag zum Wohl-
4449 stand und zur kulturellen Vielfalt unseres Landes. Leitlinie der Integrationspolitik bleibt
4450 Fördern und Fordern. Wir erwarten, dass Angebote zur Integration angenommen wer-
4451 den. Jedoch ist Integration ein Prozess, der allen etwas abverlangt. Sie ist eine ge-
4452 samtgesellschaftliche Aufgabe. Für alle gilt selbstverständlich die Werteordnung des
4453 Grundgesetzes.

4454

4455 Grundlage der Integrationspolitik ist der gemeinsam erarbeitete Nationale Aktionsplan
4456 Integration. Integrationspolitik ist auch Bildungspolitik. Dies muss in den dafür zur Ver-
4457 fügung stehenden Finanzmitteln zum Ausdruck kommen.

4458

4459 *Willkommens- und Anerkennungskultur stärken*

4460 Wir werden die Willkommens- und Anerkennungskultur in unserem Land stärken. Dies
4461 fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und steigert zugleich die Attraktivität unse-
4462 res Landes für ausländische Fachkräfte, die wir brauchen.

4463

4464 Für die Verbesserung der Willkommenskultur haben Ausländerbehörden eine Schlüs-
4465 selfunktion inne. Viele Ausländerbehörden haben daher begonnen, den Dienstlei-
4466 stungscharakter für Migranten mehr in den Vordergrund zu stellen. Wir begrüßen diese
4467 Entwicklung, wollen sie mit den Ländern zusammen weiter stärken und werden Kom-
4468 munen durch ein Beratungspaket und Schulungsangebote gezielt darin unterstützen.

4469

4470 Jeder Neuzuwanderer soll die Gelegenheit zu einem Erstberatungsgespräch über An-
4471 gebote zur Integration bekommen. Integrations- und Beratungsangebote sollen besser
4472 aufeinander abgestimmt und vernetzt werden. Dies gilt auch für die Jugendmigrations-
4473 dienste (JMD) und die Migrationsberatung für Erwachsene Zuwanderer (MBE), die wir
4474 enger miteinander verzahnen wollen. Die Verbindlichkeit der Beratung wird durch Inte-
4475 grationsvereinbarungen gewährleistet. Die Initiative „Ressourcen stärken“ für Mütter mit
4476 Migrationshintergrund setzen wir fort.

4477

4478 Zur Willkommens- und Anerkennungskultur gehört die interkulturelle Öffnung von Staat
4479 und Gesellschaft. Wir setzen uns dafür in allen Lebensbereichen ein, insbesondere im
4480 Bereich des ehrenamtlichen Engagements (z. B. , Feuerwehr, Rettungsdienste) und der
4481 Kultur, im Sport und im Gesundheits- und Pflegebereich.

4482
4483 Wir begreifen Vielfalt als Chance und werden deshalb die Charta der Vielfalt sowie den
4484 „Diversity“-Gedanken in der Wirtschaft und gemeinsam mit der Wirtschaft weiter stär-
4485 ken. Wir wenden uns gegen jede Form der Diskriminierung.
4486
4487 In den Bundesbehörden wollen wir den mit dem Nationalen Aktionsplan Integration ein-
4488 geschlagenen Weg fortsetzen und den Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund
4489 im öffentlichen Dienst erhöhen. Wir werden einen Schwerpunkt bei der Gewinnung von
4490 jungen Migranten für eine Ausbildung im öffentlichen Dienst setzen. Ab dem Jahr 2014
4491 werden wir in Bundesministerien und Geschäftsbereichsbehörden auf freiwilliger Grund-
4492 lage den Anteil von Migrantinnen und Migranten anhand einheitlicher Standards erhe-
4493 ben.
4494
4495 Die Aufarbeitung der rechtsterroristischen Verbrechen des sogenannten NSU hat ge-
4496 zeigt, dass bei der Ausbildung im Bereich des öffentlichen Dienstes, insbesondere in
4497 den Sicherheitsbehörden, die interkulturelle Kompetenz gestärkt werden muss. Wir
4498 werden Diskriminierungsfreiheit als Ziel von Aus- und Fortbildung im Zuständigkeitsbe-
4499 reich des Bundes stärker verankern und die Umsetzung in der Praxis kontinuierlich
4500 überprüfen.
4501
4502 Migrant*innenorganisationen haben eine wichtige Brückenfunktion. Wir werden bundesweit
4503 tätige Migrant*innenorganisationen als Partner der Integrationsförderung mit bewährten
4504 sachverständigen Kenntnissen weiter stärken, auch durch Multiplikatorenschulungen
4505 und finanzielle Unterstützung beim Aufbau von Strukturen.
4506
4507 Wir erkennen an, dass es in den Medien Verbesserungen insbesondere mit Blick auf
4508 die Präsenz von Menschen mit Migrationshintergrund gibt. Das Gespräch mit den Me-
4509 dien über ihre interkulturelle Öffnung muss jedoch weiter verstärkt werden. Wir setzen
4510 uns z. B. durch Mentorenprogramme dafür ein, dass mehr junge Migranten ihren Weg
4511 in Medienberufe finden.
4512
4513 Wir wollen Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund besser erreichen. Hierzu wer-
4514 den wir ein Bundesprogramm „Eltern stärken“ auflegen, durch das Eltern mit Migrati-
4515 onshintergrund direkt in die Arbeit von Kitas und Schulen einbezogen werden sollen.
4516
4517 Der Erwerb der deutschen Sprache ist eine zentrale Voraussetzung für eine gelingende
4518 Integration. Wir werden die Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache ausbauen.
4519 Wir werden das frühe Erlernen der deutschen Sprache gezielt weiter fördern und unter-
4520 stützen die Maßnahmen zur Auswertung der Sprachstandsdiagnostik und -
4521 fördermaßnahmen sowie gemeinsame Standards mit dem Ziel, allen Kindern eine indi-
4522 viduelle Förderung zu ermöglichen.
4523
4524 Wir setzen uns für einen Ausbau und die Öffnung der berufsbezogenen Sprachkurse für
4525 neue Zielgruppen ein.
4526
4527 Die Integrationskurse haben sich bewährt. Wir wollen sie qualitativ weiter verbessern
4528 (Differenzierung nach Zielgruppen, Kursgrößen und angemessene Honorierung der
4529 Lehrkräfte). Wir werden die Teilnahme von Unionsbürgern weiterhin sicherstellen. Die
4530 Wirtschaft soll dabei mit einbezogen und muss ihrer Verantwortung gerecht werden.
4531

4532 Wir werden dazu beitragen, das Miteinander von Migranten und Einheimischen weiter
 4533 zu verbessern. Dabei wollen wir die Möglichkeiten von Mentoringprogrammen besser
 4534 nutzen (Bildungs- und Familienpatenschaften). Wir werden die interkulturelle Öffnung
 4535 der Freiwilligendienste vorantreiben.

4536
 4537 *Vorintegration von Neuzuwanderern stärken*

4538 In der Integrationspolitik dürfen die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden.
 4539 Zuwanderung und Integration müssen von Anfang an Hand in Hand gehen. Bei Neuzu-
 4540 wanderern wollen wir deshalb Vorintegrationsmaßnahmen schon im Herkunftsland,
 4541 aber auch Beratungsangebote nach der Einreise verstärken.

4542
 4543 Dazu gehören neue Informationsangebote, insbesondere zum Spracherwerb, zur Aner-
 4544 kennung von Berufsabschlüssen, über unser Bildungs- und Gesundheitssystem sowie
 4545 über Möglichkeiten des Aufenthalts zum Zweck der Arbeitsaufnahme und des Studi-
 4546 ums. Bestehende Angebote müssen verbessert und miteinander vernetzt werden. Wir
 4547 wollen einen schnelleren Zugang zu Integrationsmaßnahmen, z. B. in den Integrations-
 4548 kurs, erreichen.

4549
 4550 *Armutswanderung innerhalb der EU – Akzeptanz der Freizügigkeit erhalten*

4551 Wir wollen die Akzeptanz für die Freizügigkeit in der EU erhalten. Wir werden deshalb
 4552 der ungerechtfertigten Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch EU-Bürger entge-
 4553 genwirken.

4554
 4555 Zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunftsstaaten werden wir uns
 4556 dafür einsetzen, dass EU-Finanzmittel von den Herkunftsländern abgerufen und ziel-
 4557 gerichtet eingesetzt werden. Dafür werden wir Verwaltungsunterstützung anbieten.
 4558 Wir werden uns in der EU dafür einsetzen, dass die Herkunftsländer im Rahmen der
 4559 europarechtlichen Regelungen jedem Staatsangehörigen die europäische Kranken-
 4560 versichertenkarte (EHIC) diskriminierungsfrei ausstellen. Wir wollen im nationalen
 4561 Recht und im Rahmen der europarechtlichen Vorgaben durch Änderungen erreichen,
 4562 dass Anreize für Migration in die sozialen Sicherungssysteme verringert werden. Da-
 4563 für sind ein konsequenter Verwaltungsvollzug, die Bekämpfung von Scheinselbstän-
 4564 digkeit und Schwarzarbeit, eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Zoll und Be-
 4565 hörden vor Ort, ein besserer behördlicher Datenaustausch, die Ermöglichung von be-
 4566 fristeten Wiedereinreisesperren sowie aufsuchende Beratung notwendig. *Unter Be-
 4567 rücksichtigung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs sollen An-
 4568 spruchsvoraussetzungen und Leistungsausschlüsse in der Grundsicherung für Ar-
 4569 beitsuchende präzisiert werden.]*

4570
 4571 *Die Armutswanderung führt in einzelnen großstädtisch geprägten Kommunen zu erheb-
 4572 lichen sozialen Problemlagen bei der Integration, Existenzsicherung, Unterbringung und
 4573 Gesundheitsversorgung. Wir erkennen die Belastung der Kommunen bei der Bewälti-
 4574 gung ihrer Aufgaben an. Besonders von Armutsmigration betroffene Kommunen sollen
 4575 zeitnah die Möglichkeit erhalten, bestehende bzw. weiterzuentwickelnde Förderpro-
 4576 gramme des Bundes (z. B. Soziale Stadt) stärker als bisher zu nutzen.*

4577
 4578 *Flüchtlingsschutz und humanitäre Fragen*

4579 Um lange in Deutschland lebenden geduldeten Menschen, die sich in die hiesigen Le-
 4580 bensverhältnisse nachhaltig integriert haben, eine Perspektive zu eröffnen, wollen wir
 4581 eine neue alters- und stichtagsunabhängige Regelung in das Aufenthaltsgesetz einfü-
 4582 gen. Grundlage soll BR Drs. 505/12 (B) vom 22. März 2013 sein. Grundsätzlich setzt

4583 die Erteilung einer entsprechenden Aufenthaltserlaubnis die überwiegende Sicherung
4584 des Lebensunterhalts voraus. Zudem werden die Anforderungen an die Erteilung einer
4585 Aufenthaltserlaubnis an Jugendliche und Heranwachsende (§ 25a AufenthG) verein-
4586 facht, um der besonderen Integrationsfähigkeit dieser speziellen Gruppe Rechnung zu
4587 tragen.

4588
4589 Vor dem Hintergrund der erheblich gestiegenen Zugangszahlen im Asylbereich setzen
4590 wir uns – auch im Interesse der Schutzsuchenden – mit besonderem Vorrang für die
4591 Verkürzung der Bearbeitungsdauer bei den Asylverfahren ein. Die Verfahrensdauer bis
4592 zum Erstscheid soll drei Monate nicht übersteigen. Im Interesse eines wirkungsvol-
4593 len Asylrechts muss auch schnell Klarheit bestehen, wer keinen Anspruch auf Schutz
4594 geltend machen kann.

4595
4596 [Wir werden das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge personell ausreichend aus-
4597 statten, damit angesichts steigender Asylbewerberzahlen zügige und rechtsstaatliche
4598 Asylverfahren gewährleistet sind.]

4599
4600 Wir wollen die Westbalkanstaaten Bosnien und Herzegowina, EJR Mazedonien und
4601 Serbien als sichere Herkunftsstaaten im Sinne von § 29a Asylverfahrensgesetz einstu-
4602 fen, um aussichtslose Asylanträge von Angehörigen dieser Staaten schneller bearbei-
4603 ten und ihren Aufenthalt in Deutschland schneller beenden zu können. Wir wollen uns
4604 zugleich gegenüber den Regierungen dieser Staaten und der EU-Kommission dafür
4605 einsetzen, rasche und nachhaltige Schritte zur Verbesserung der Lebenssituation vor
4606 Ort zu ergreifen.

4607
4608 Die Länder an den Außengrenzen der EU sind mit einer großen Zahl von Flüchtlin-
4609 gen konfrontiert. Bei der EU-Flüchtlingspolitik fordern wir mehr Solidarität unter de-
4610 nEU-Mitgliedstaaten.

4611
4612 Zugleich treten wir bei FRONTEX-kooordinierten Maßnahmen der Grenzsicherung
4613 sowie bei der Kooperation mit Drittstaaten für die konsequente Einhaltung men-
4614 schenrechtlicher und humanitärer Standards ein. Der Grundsatz der Nichtzurückwei-
4615 sung und die Pflicht zur Seenotrettung müssen umfassend geachtet werden.

4616
4617 [Das sogenannte „Resettlement“-Verfahren, bei dem besonders schutzbedürftige
4618 Flüchtlinge aus dem Ausland aufgenommen werden, soll in Zusammenarbeit mit dem
4619 Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) fortgesetzt, verstetigt und späte-
4620 stens 2015 quantitativ in Abstimmung mit der Innenministerkonferenz (IMK) deutlich
4621 ausgebaut werden.] Wir werden den Familiennachzug bei Resettlement-Flüchtlingen er-
4622 leichtern.

4623
4624 Zur konsequenten Rückführung nicht schutzbedürftiger Menschen werden wir eine ab-
4625 gestimmte Strategie begründen. Angesichts der weltweit zunehmenden Mobilität und
4626 Migration sollten Migrationsfragen mit dem Ziel einer besseren Steuerung der Zuwande-
4627 rung und zur Bekämpfung der Ursachen von unfreiwilliger Migration und Flucht stärker
4628 und konkreter in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Drittstaaten verankert
4629 werden. Hierdurch soll ein besseres Ineinandergreifen von Migrations-, Außen- und
4630 Entwicklungspolitik geschaffen werden, die den Bereich Rückkehrförderung und Identi-
4631 tätsklärung einschließt. Die Bereitschaft von Herkunfts- und Transitstaaten bei der Be-
4632 kämpfung der illegalen Migration, der Steuerung legaler Migration und dem Flüchtlings-

4633 schutz besser zu kooperieren soll geweckt oder gestärkt werden. Hierzu bedarf es der
 4634 Erarbeitung einer „Strategie für Migration und Entwicklung“.

4635
 4636 **AG Familie:**
 4637 **Junge Flüchtlinge schützen**
 4638 Die UN-Kinderrechtskonvention ist Grundlage für den Umgang mit Minderjährigen, die
 4639 als Flüchtlinge unbegleitet nach Deutschland kommen. Durch eine Anhebung des Alters
 4640 auf 18 Jahren im Asyl- und Aufenthaltsrecht wird der Vorrang des Jugendhilferechts für
 4641 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge festgeschrieben.

4642
 4643 Es bedarf einer Weiterentwicklung des Ausweisungsrechts im Hinblick auf Täter
 4644 schwerwiegender Straftaten und gewaltbereite Extremisten sowie der Vorschriften zur
 4645 Durchsetzung von Aufenthaltsbeendigungen mit Blick auf Praktikabilität und Einhaltung
 4646 europarechtlicher Vorgaben an.

4647
 4648 Die räumliche Beschränkung (sogenannte Residenzpflicht), für Asylbewerber und Ge-
 4649 duldete wird auf das jeweilige Land ausgeweitet. Hiervon unbenommen bleiben Verein-
 4650 barungen zwischen den Ländern zugunsten genereller landesübergreifender Bewe-
 4651 gungsfreiheit. Vorübergehendes Verlassen des Landes ist bis zu einer Woche auf der
 4652 Grundlage einer einseitigen Mitteilung unter Angabe des Zielorts möglich. Eine räumli-
 4653 che Beschränkung des Aufenthalts kann bei Straftätern und Personen, bei denen Ver-
 4654 stöße gegen das Betäubungsmittelgesetz bekannt geworden sind oder bei denen auf-
 4655 enthaltsbeendende Maßnahmen konkret bevorstehen, angeordnet werden. Bei Studi-
 4656 um, Berufsausübung und -ausbildung besteht in der Regel ein Anspruch auf Befreiung
 4657 von der räumlichen Beschränkung und Wohnsitzauflage.

4658
 4659 Der Zugang zum Arbeitsmarkt wird für Asylbewerber und Geduldete nach sechs Mona-
 4660 ten erlaubt. [Asylbewerbern und Geduldeten werden wir in Zusammenarbeit mit den
 4661 Ländern den frühen Spracherwerb ermöglichen.]

4662
 4663 Wir werden die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zum Asylbewerberlei-
 4664 stungsgesetz zügig umsetzen.

4665
 4666 Die Handlungsfähigkeit im Asylverfahrens- und Aufenthaltsrecht werden wir auf 18 Jah-
 4667 re anheben.

4668
 4669 **Menschen mit und ohne Behinderung**

4670
 4671 *„Nichts über uns ohne uns“*
 4672 Leitidee der Politik der neuen Bundesregierung für Menschen mit Behinderungen ist
 4673 die inklusive Gesellschaft. Menschen mit und ohne Behinderungen sollen zusammen
 4674 spielen, lernen, leben, arbeiten und wohnen. In allen Bereichen des Lebens sollen
 4675 Menschen mit Behinderungen selbstverständlich dazugehören – und zwar von An-
 4676 fang an. Menschen mit Behinderungen sind Experten in eigener Sache, ihre Beteili-
 4677 gung an den Entscheidungsprozessen wollen wir besonders berücksichtigen – nach
 4678 dem Motto „Nichts über uns ohne uns“.

4679
 4680 *UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen*
 4681 Auf dem Weg zur inklusiven Gesellschaft ist die UN-Behindertenrechtskonvention
 4682 (UN-BRK) bei politischen Entscheidungen, die die Menschen mit Behinderungen be-
 4683 treffen, zu berücksichtigen. Gemeinsam mit den Menschen mit Behinderungen und

4684 deren Organisationen werden wir den Nationalen Aktionsplan weiterentwickeln.
 4685 Wichtige Etappenziele sind mehr Teilhabe, Selbstbestimmung und Barrierefreiheit im
 4686 Alltag. Der leichtere Zugang für Menschen mit Behinderungen zu Transportmitteln,
 4687 Informationen und Kommunikation sowie zu Einrichtungen und Diensten ist unab-
 4688 dingbar. Die Lebenssituation taubblinder Menschen werden wir dabei besonders be-
 4689 rücksichtigen.

4690

4691 *Inklusiven Arbeitsmarkt stärken*

4692 Zentrales Element der sozialen Inklusion ist eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Wir wol-
 4693 len die Integration von Menschen mit Behinderungen in den allgemeinen Arbeits-
 4694 markt begleiten und so die Beschäftigungssituation nachhaltig verbessern. Dazu ge-
 4695 hört auch die Anerkennung und Stärkung des ehrenamtlichen Engagements der
 4696 Schwerbehindertenvertretungen. In den Jobcentern muss ausreichend qualifiziertes
 4697 Personal vorhanden sein, um die Belange von Menschen mit Behinderungen zu er-
 4698 kennen, fachkundig zu beraten und zu vermitteln. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber
 4699 sollen sensibilisiert werden, um das Potential von Menschen mit Behinderungen zu
 4700 erkennen und sie zu beschäftigen. Gemeinsam mit den Sozialpartnern werden wir
 4701 u. a. im Rahmen der Inklusionsinitiative für Ausbildung und Beschäftigung die An-
 4702 strengungen für die berufliche Integration von Menschen mit Behinderung erhöhen.
 4703 Wir wollen den Übergang zwischen Werkstätten für Menschen mit Behinderungen
 4704 und dem ersten Arbeitsmarkt erleichtern, Rückkehrrechte garantieren und die Erfah-
 4705 rungen mit dem „Budget für Arbeit“ einbeziehen.

4706

4707 *Eingliederungshilfe reformieren – Modernes Teilhaberecht entwickeln*

4708 Die gemeinsamen Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen für mehr In-
 4709 klusion brauchen einen sicheren gesetzlichen Rahmen. Wir werden deswegen unter
 4710 Einbeziehung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ein Bundesleistungsgesetz für
 4711 Menschen mit Behinderungen erarbeiten. Dabei werden wir die Einführung eines
 4712 Bundesteilhabegeldes prüfen.

4713

4714 Wir wollen die Menschen, die aufgrund einer wesentlichen Behinderung nur einge-
 4715 schränkte Möglichkeiten der Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft haben, aus
 4716 dem bisherigen „Fürsorgesystem“ herausführen und die Eingliederungshilfe zu einem
 4717 modernen Teilhaberecht weiterentwickeln. Die Leistungen sollen sich am persönli-
 4718 chen Bedarf orientieren und entsprechend eines bundeseinheitlichen Verfahrens
 4719 personenbezogen ermittelt werden. Leistungen sollen nicht länger institutionenzen-
 4720 triert, sondern personenzentriert bereit gestellt werden. Wir werden das Wunsch- und
 4721 Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen im Sinne der UN-
 4722 Behindertenrechtskonvention berücksichtigen. Menschen mit Behinderung und ihre
 4723 Verbände werden von Anfang an und kontinuierlich am Gesetzgebungsprozess be-
 4724 teilt.

4725

4726 *Inklusion und Große Lösung*

4727 Kinder und Jugendliche mit Behinderungen sollen durch inklusive Hilfeformen geför-
 4728 dert werden. Im Interesse von behinderten Kindern und ihren Eltern sollen die
 4729 Schnittstellen in den Leistungssystemen so überwunden werden, dass Leistungen
 4730 möglichst aus einer Hand erfolgen können. Deshalb wollen wir in Abstimmung mit
 4731 der Neuordnung der Eingliederungshilfe alle Leistungen für Kinder und Jugendliche
 4732 mit Behinderung und deren Familien unter dem Dach der Kinder- und Jugendhilfe
 4733 zusammenführen und das Leistungsrecht des SGB VIII inklusiv gestalten (Große Lö-
 4734 sung). Die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe werden am Bedarf von Kindern,

4735 Jugendlichen und ihren Familien ausgerichtet und auch besondere Bedarfslagen zu
4736 berücksichtigt.

4737

4738 *Barrierefreiheit im Netz*

4739 Die Digitalisierung bietet eine Vielzahl von Chancen für Menschen mit Einschränkungen. Wir prüfen daher, ob durch ein Prüfsiegel „Barrierefreie Website“ für Verwaltung
4740 und Wirtschaft die Gleichstellung behinderter Menschen unterstützt werden kann.

4741

4742

4743

Aussiedler, Heimatvertriebene und nationale Minderheiten

4744

4745

4746

4747

4748

4749

4750

4751

4752

4753

4754

4755

4756

4757

4758

Wir halten die mahnende Erinnerung an Flucht und Vertreibung durch einen Gedenktag lebendig, halten weiterhin an den Möglichkeiten vertriebenenrechtlicher Aufnahme in Deutschland fest [und werden unsere Hilfen für die deutschen Minderheiten in den Herkunftsgebieten der Aussiedler fortsetzen] Wir stehen zu den eingegangenen Vereinbarungen europäischer Minderheitenpolitik [und verpflichten uns weiterhin zur Förderung der vier nationalen Minderheiten in Deutschland – Dänen, Sorben, Friesen sowie deutsche Sinti und Roma – und der deutschen Minderheit in Dänemark sowie den deutschen Minderheiten in Mittelost- und Südosteuropa und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.]

[Die sorbische Sprache und Kultur als Ausdruck der Identität des sorbischen Volkes gilt es zu bewahren. Daher wollen wir die Arbeit der Stiftung für das sorbische Volk langfristig sicherstellen und dafür den Bundeszuschuss sichern.]

4759

4.2 Lebensqualität in der Stadt und auf dem Land

4760

4761

Bürgerschaftliches Engagement, Ehrenamt und Freiwilligendienste

4762

4763

Bürgerschaftliches Engagement

4764

4765

4766

4767

4768

4769

4770

Unser Gemeinwesen ist auf die Zivilgesellschaft und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Ihre Möglichkeiten zum Engagement wollen wir weiter fördern. Wir wollen für mehr Anerkennung für das bürgerschaftliche Engagement aller Generationen sorgen. Ein Signal der Anerkennung ist der Deutsche Engagementpreis. Wir unterstützen und fördern die Arbeit der Wohlfahrtsverbände. Soziale Innovationen auch von Sozialunternehmen sind unterstützungswerte neue Ansätze.

4771

4772

4773

4774

4775

4776

Wir wollen die Gründung unternehmerischer Initiativen aus bürgerschaftlichem Engagement (z. B. Dorfläden, Kitas, altersgerechtes Wohnen, Energievorhaben) erleichtern. Für solche Initiativen soll eine geeignete Unternehmensform im Genossenschafts- oder Vereinsrecht zur Verfügung stehen, die unangemessenen Aufwand und Bürokratie vermeidet.

4776

4777

Ehrenamt

4778

4779

Bundesfreiwilligendienst und Jugendfreiwilligendienste

4780

4781

4782

4783

4784

Freiwilligendienste sind eine besondere Form des Bürgerschaftlichen Engagements und Bildungsdienste. Wir wollen sie in ihrer bewährten Vielfalt und unter Wahrung ihrer hohen Qualität weiter entwickeln und in zivilgesellschaftlicher Verantwortung ausbauen. **[F: Um allen Interessenten einen Platz anbieten zu können sind zusätzliche Mittel – bis zu 50 Mio. Euro im Bundeshaushalt vorzusehen.]**

4785 Der Erfolg des Bundesfreiwilligendienstes zeigt, dass alle Altersgruppen einen Frei-
 4786 willigendienst leisten können und wollen. Wir wollen diesen Dienst weiterhin so ge-
 4787 gestalten, dass er generationenübergreifende Ansätze fördert und differenzierte Bil-
 4788 dungsangebote macht. Wir wollen an den Erfolg des Bundesfreiwilligendienstes und
 4789 der Jugendfreiwilligendienste anknüpfen und Menschen nachhaltig für bürgerschaftli-
 4790 ches Engagement gewinnen.

4791
 4792 Wir werden gemeinsam mit Ländern, Hochschulen, Kommunen und privaten Betrie-
 4793 ben und anderen Akteuren die Anerkennungskultur für Freiwillige ausbauen. Wir
 4794 werden durch die Ausstellung eines einheitlichen Freiwilligendienstausweis für alle
 4795 Freiwilligen die Voraussetzungen für Vergünstigungen verbessern.

4796 Für die Weiterentwicklung werden wir die Ergebnisse der aktuellen wissenschaftli-
 4797 chen Evaluation aufgreifen. Auch werden wir Programme der Träger unterstützen,
 4798 vor allem, wenn diese auf den Erwerb zusätzlicher formaler Qualifikationen zielen.
 4799 Wir werden zur Stärkung der Anerkennungskultur ein Gesamtkonzept des freiwilligen
 4800 Engagements entwickeln, das neben dem Bundesfreiwilligendienst und den Jugend-
 4801 freiwilligendiensten auch einen weiterentwickelten Freiwilligendienst bei der Bundes-
 4802 wehr beinhaltet.

4803
 4804 Die Freiwilligendienste junger Deutscher im Ausland und von Ausländerinnen und
 4805 Ausländern, die nach Deutschland kommen, werden wir noch gezielter auf die In-
 4806 teressen und Bedürfnisse der Freiwilligen ausrichten und dafür die Zuständigkeit für
 4807 alle geregelten Auslandsfreiwilligendienste im Bundesministerium für Familie, Senio-
 4808 ren, Frauen und Jugend bündeln.

4809
 4810 Angesichts des Bildungs- und Orientierungscharakter der Freiwilligendienste sind sie
 4811 umsatzsteuerfrei.

4812

4813 **Qualitätsvolles und bezahlbares Wohnen**

4814

4815 *Bündnis für Wohnen*

4816 Eine hohe Wohn- und Lebensqualität der Menschen in Deutschland sind ein wichti-
 4817 ges Ziel unserer Politik. Dem weiter wachsenden Wohnungsbedarf in den Ballungs-
 4818 zentren und vielen Groß- und Hochschulstädten, dem notwendigen energetischen
 4819 Umbau sowie den demografischen und sozialen Herausforderungen muss entspro-
 4820 chen werden. Dazu setzen wir auf einen wohnungspolitischen Dreiklang aus einer
 4821 Stärkung der Investitionstätigkeit, einer Wiederbelebung des Sozialen Wohnungs-
 4822 baus und einer ausgewogenen mietrechtlichen und sozialpolitischen Flankierung. Al-
 4823 le Maßnahmen werden wir in einem Aktionsprogramm zur Belebung des Wohnungs-
 4824 baus und der energetischen Gebäudesanierung zusammenfassen. Wir streben dazu
 4825 ein Bündnis mit den Ländern, Kommunen und allen relevanten gesellschaftlichen
 4826 Akteuren an. Den Immobilienwirtschaftlichen Dialog werden wir ausbauen.

4827

4828 *Wohnungsbau stärken*

4829 Um noch mehr Impulse für Wohnungsbauinvestitionen zu setzen, wollen wir für die
 4830 Dauer von fünf Jahren die [degressive Abschreibung für den Mietwohnungsbau] wie-
 4831 der einführen. Dies gilt in von den Ländern nach dem Mietrecht festgelegten Gebie-
 4832 ten mit nachgewiesenen angespannten Wohnungsmärkten.

4833

4834 Die Wohnungsbauprämie und die Arbeitnehmer-Sparzulage bleiben erhalten. [Bei
 4835 Bedarf werden wir die staatlich geförderte Eigenheimrente („Wohn-Riester“) weiter

4836 verbessern.] Für das genossenschaftliche Wohnen verbessern wir die Rahmenbe-
 4837 dingungen und prüfen, wie die [Förderung des Erwerbs von Genossenschaftsantei-
 4838 len], die sich im Gegenzug zu Neubau verpflichten, besser gefördert werden kann.

4839
 4840 Die Initiative zur Schaffung zusätzlichen studentischen Wohnraums setzen wir fort.
 4841 Zudem werden wir ein [Ausbauprogramm „Studentisches Wohnen“ mit einem Investi-
 4842 tionszuschuss des Bundes] prüfen, mit dem z. B. Maßnahmen zur Umnutzung leer
 4843 stehenden Büro- und Gewerberaums gefördert werden können.

4844
 4845 *[Liegenschaftspolitik*

4846 Einen wichtigen Beitrag für mehr Wohnbauland können nicht mehr benötigte Liegen-
 4847 schaften im öffentlichen Eigentum leisten. Wir richten die Bundesanstalt für Immobi-
 4848 lienaufgaben neu aus] und passen die rechtlichen Grundlagen so an, dass am Ge-
 4849 meinwohl orientierte Konzepte z.B. für bezahlbaren Wohnraum und eine lebendige
 4850 Stadt mit Hilfe von [Preisnachlässen oder Ausnahmen von Höchstgebotsverfahren]
 4851 realisiert werden können.

4852 Kommunen sollen zudem künftig deutlich schneller gegenüber der BImA auf das In-
 4853 strument der Wertaufholungsklausel zugreifen können, um freie Konversionsflächen
 4854 nutzen zu können. Der Mietwohnungsbestand der BImA bleibt überwiegend als be-
 4855 zahlbarer Wohnraum im öffentlichen Eigentum; Bewirtschaftung und Instandhaltung
 4856 verbessern wir.]

4857
 4858 *Sozialer Wohnungsbau/Wohngeld*

4859 Wir setzen auf eine Wiederbelebung des Sozialen Wohnungsbaus. Wir unterstützen
 4860 die hierfür zuständigen Länder bis Ende 2019 mit jährlich 518 Mio. Euro. Zugleich
 4861 erwarten wir von den Ländern, dass sie diese Mittel zweckgebunden für den Bau
 4862 neuer Sozialwohnungen, neue Sozialbindungen sowie für die sozialverträgliche Sa-
 4863 nierung des Wohnungsbestandes einsetzen und diese Vorhaben zusätzlich mit eige-
 4864 nen Mitteln unterstützen – dokumentiert in einem ausführlichen Berichtssystem an
 4865 den Bund.

4866
 4867 Um Menschen mit geringeren Einkommen direkt zu helfen und gutes Wohnen zu er-
 4868 möglichen, wollen wir die [Leistungen des Wohngeldes weiter verbessern], indem wir
 4869 Leistungshöhe und Miethöchstbeträge an die Bestandsmieten- und Einkom-
 4870 mensentwicklung anpassen [und eine Energie- oder Heizkostenkomponente einfüh-
 4871 ren. Zudem werden wir künftig eine zeitnahe Aktualisierung der Wohngeldleistungen
 4872 entsprechend der Entwicklung der Wohnkosten sichern.]

4873
 4874 *Bezahlbare Mieten*

4875 Damit Wohnraum insbesondere in Städten mit angespannten Wohnungsmärkten be-
 4876 zahlbar bleibt, räumen wir den Ländern für die Dauer von fünf Jahren die Möglichkeit
 4877 ein, in Gebieten mit nachgewiesenen angespannten Wohnungsmärkten bei Wie-
 4878 dervermietung von Wohnraum die Mieterhöhungsmöglichkeiten auf maximal 10 Pro-
 4879 zent über der ortsüblichen Vergleichsmiete zu beschränken. Erstvermietungen in
 4880 Neubauten sowie Anschlussvermietungen nach umfassenden Modernisierungen sind
 4881 davon ausgeschlossen. Die mögliche Wiedervermietungsrate muss mindestens der
 4882 bisherigen Miethöhe entsprechen können. Die Ausweisung dieser Gebiete durch die
 4883 Länder soll an die Erarbeitung eines Maßnahmenplans zur Behebung des Woh-
 4884 nungsmangels in den Gebieten gekoppelt werden. Die geltende Regelung zur Be-
 4885 grenzung von Erhöhungen der Bestandsmieten auf 15 Prozent bis zur ortsüblichen

4886 Vergleichsmiete (sog. „Kappungsgrenze“) in von den Ländern ausgewiesenen Ge-
 4887 bieten wird von drei auf vier Jahre ausgeweitet.
 4888

4889 Künftig sollen nur noch höchstens 10 % - längstens bis zur Amortisation der Material-
 4890 und Handwerkerkosten - einer Modernisierung auf die Miete umgelegt werden dür-
 4891 fen. Durch eine Anpassung der Härtefallklausel im Mietrecht (§ 559 Abs. 4 BGB)
 4892 werden wir einen wirksamen Schutz der Mieter vor finanzieller Überforderung bei
 4893 Sanierungen gewährleisten.
 4894

4895 Wir werden für alle Rechtsgebiete klarstellen, dass nur die tatsächliche Wohn- bzw.
 4896 Nutzfläche Grundlage für Rechtsansprüche z. B. für die Höhe der Miete, für Mieter-
 4897 höhungen sowie für die umlagefähigen Heiz- und Betriebskosten sein kann.

4898 Wir sorgen dafür, dass im Mietspiegel die ortsübliche Vergleichsmiete auf eine brei-
 4899 tere Basis gestellt und realitätsnäher dargestellt wird.

4900 Wir halten wirksame Instrumente gegen grobe Vernachlässigung von Wohnraum
 4901 durch den Eigentümer für notwendig. Wir werden entsprechende Regelungen prüfen.
 4902

4903 Für Maklerleistungen wollen wir klare bundeseinheitliche Rahmenbedingungen und
 4904 ebenso Qualitätssicherung erreichen. Vermieter und Mieter sollen weiter als Auftrag-
 4905 geber auftreten können. Dabei gilt das marktwirtschaftliche Prinzip: wer bestellt, der
 4906 bezahlt. Wir wollen im Maklerrecht Anreize für eine bessere Beratung des Verbrau-
 4907 chers beim Immobilienerwerb schaffen. Hierzu streben wir als weitere Option des
 4908 Verbrauchers eine erfolgsunabhängige Honorierung entsprechend dem Beratungs-
 4909 aufwand an. Zudem wollen wir einen Sachkundenachweis einführen und Standards
 4910 aus anderen Beratungsberufen auf das Maklergewerbe übertragen. Wir werden be-
 4911 rufliche Mindestanforderungen und Pflichtversicherungen für Wohnungsverwalter
 4912 und Immobilienmakler verankern.
 4913

4914

4915 Den Verbraucherschutz bei Bau- und Dienstleistungen für Bauherren und Immobi-
 4916 lieneigentümer wollen wir ausbauen, insbesondere im Bauvertragsrecht und bei der
 4917 Fremdverwaltung von Wohnungen.
 4918

4919 Bei der Einführung des Datenbankgrundbuches werden wir die Einsichtnahme des
 4920 Verwalters am elektronischen Verfahren regeln.
 4921

4922

4922 *Generationen- und altersgerechter Wohnraum*

4923 Wir wollen die Schaffung von mehr generationengerechtem Wohnraum unterstüt-
 4924 zen. Gerade ältere Menschen benötigen barrierefreie und -arme Wohnungen und
 4925 ein Wohnumfeld, um selbstbestimmt und altersgerecht wohnen zu können. Zur
 4926 Förderung des generationengerechten Umbaus werden wir ein [neues Programm
 4927 „Altersgerecht Umbauen“] auflegen, mit Investitionszuschüssen ausstatten und
 4928 damit das bestehende KfW-Darlehensprogramm ergänzen. Im CO₂-Gebäude-
 4929 sanierungsprogramm soll bei zusätzlichen Maßnahmen zum altersgerechten und
 4930 barrierefreien Umbauen ein Förderbonus verankert werden. Gemeinschaftliche
 4931 Wohnformen von älteren Menschen wollen wir unterstützen und modellhaft för-
 4932 dern.
 4933

4934

4934 *Energieeffizientes Bauen und Sanieren*

4935 Wir werden das energieeffiziente Bauen und Sanieren als entscheidenden Beitrag
 4936 zur Energiewende weiter fördern und wollen dafür sorgen, dass qualitativvolles, ener-

4937 giesparendes Wohnen für alle bezahlbar bleibt. Das Wirtschaftlichkeitsgebot, Tech-
 4938 nologieoffenheit und der Verzicht auf Zwangssanierungen bleiben feste Eckpunkte
 4939 des Energiekonzepts. Die aktuell geltenden ordnungsrechtlichen Vorgaben werden
 4940 wir nicht verschärfen und ihre Wirkungen evaluieren.

4941
 4942 Die Fördermittel des [CO₂-Gebäudesanierungsprogramms erhöhen wir verlässlich
 4943 auf dann insgesamt jährlich 2 Mrd. Euro] und werden es technologieoffen und brei-
 4944 tenwirksam weiterentwickeln. Die Zuschussförderung im Programm wollen wir aus-
 4945 bauen, die Förderfähigkeit von Teilmaßnahmen ausweiten und für Wohnungseigen-
 4946 tümerngemeinschaften Erleichterungen bei der Beantragung der Fördermittel prüfen.
 4947 Wir werden prüfen, wie das System der bestehenden Energieausweise vereinfacht
 4948 und ihre Aussagekraft erhöht werden kann.

4949
 4950 Neue Technologien für noch mehr Gebäudeenergieeffizienz und zur Steigerung von
 4951 Erzeugung und Einsatz erneuerbarer Energien im Gebäudebereich werden wir weiter
 4952 unterstützen. Die staatliche Förderung der Energieberatung im Gebäudebereich
 4953 werden wir fortsetzen und bündeln.

4954
 4955 Wir werden das Quartier als wichtige Handlungsebene, z. B. für dezentrale Strom-
 4956 und Wärmeversorgung stärken. Das KfW-Programm zur energetischen Stadtsanie-
 4957 rung schreiben wir fort und werben bei den Ländern für zusätzliche Finanzierungs-
 4958 beiträge. Für vom demografischen Wandel besonders betroffene Gebiete wollen wir
 4959 einen Sanierungsbonus als gezielten Anreiz zur Erhaltung und Schaffung von ener-
 4960 getisch hochwertigem und barrierearmen Wohnraum einrichten.

4961
 4962 *Bauqualität*

4963 Zur Sicherung des hohen Niveaus deutscher Bautechnik, Bautechnologien und Bau-
 4964 stoffe intensivieren wir die Bauforschung und starten Pilotprojekte, um die wirtschaft-
 4965 lichen Ziele des Bauens mit den Anforderungen der Energiewende, der Baukultur
 4966 und neuer Technologien stärker zu verbinden.

4967
 4968 Unsere Anstrengungen für nachhaltiges und innovatives Planen und Bauen wie die
 4969 Effizienzhaus-Technologie, die in der „Forschungsinitiative Zukunft Bau“ gebündelt
 4970 sind, werden wir im engen Dialog mit der Bau- und Immobilienwirtschaft ausbauen.

4971
 4972 Die mit Bundesbauten verbundene Vorbildfunktion nehmen wir wahr – insbesondere
 4973 bei Baukultur und Energieeffizienz. Die Kompetenzen des Bundesamtes für Bau- und
 4974 Raumordnung für die baufachliche Betreuung der Hochbaumaßnahmen des Bundes
 4975 stärken wir und entwickeln es zu einem noch leistungsfähigeren Koordinierungszen-
 4976 trum weiter – vor allem zur Sicherung von Qualität, Kosten- und Termintreue.

4977
 4978 Große öffentliche Bauvorhaben müssen in puncto Baukosten und Termintreue wie-
 4979 der verlässlicher werden. Die eigens eingerichtete „Reformkommission Großprojekte“
 4980 wird 2015 hierzu Vorschläge vorlegen. Auf dieser Basis werden wir prüfen, welche
 4981 Änderungen im Planungsrecht, im Vergaberecht, im Haushaltsrecht und in weiteren
 4982 Anwendungsgebieten vorgenommen werden sollen. Mit einer Baukostensenkungs-
 4983 kommission überprüfen wir preistreibende und überdimensionierte Standards und
 4984 Kosten von Materialien und Verfahren insbesondere der energetischen Sanierung.

4985
 4986 **Stadt- und Regionalentwicklung**

4987

4988 *Städtebauförderung weiterentwickeln*

4989 [Das Erfolgsmodell Städtebauförderung werden wir in gemeinsamer Verantwortung
4990 von Bund, Ländern und Gemeinden fortführen und im Dialog mit allen an der Stadt-
4991 entwicklung beteiligten Akteuren weiterentwickeln. Die Bundesmittel hierfür werden
4992 wir auf jährlich 700 Mio. Euro erhöhen] Die Programme sollen die Kommunen insbe-
4993 sondere beim demografischen, sozialen und ökonomischen Wandel sowie beim Kli-
4994 maschutz unterstützen. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, zivilgesell-
4995 schaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren sowie die Zusammenarbeit mit privaten
4996 Immobilienbesitzern und Wohnungsgesellschaften werden wir ausbauen. Wir verein-
4997 fachen die Bündelung mit anderen Förderprogrammen. Wir stellen mit einem der
4998 Höhe nach begrenzten „Eigenanteilfonds“ von Bund und Ländern sicher, dass auch
4999 Kommunen in Haushaltsnotlage nicht von der Förderung ausgeschlossen sind. Wir
5000 werten das Programm Soziale Stadt auf und sichern dort analog zu den anderen
5001 Städtebauförderprogrammen den flexiblen Mitteleinsatz.

5002

5003 *Stadtumbauprogramme Ost und West vereinheitlichen*

5004 Die bewährten Stadtumbauprogramme führen wir perspektivisch (unter Berücksichti-
5005 gung des Solidarpakts, Korb II) zu einem einheitlichen, inhaltlich aufgewerteten und
5006 integrierten Stadtumbauprogramm zusammen.

5007

5008 *Soziale Stadt: Integration und Teilhabe sichern*

5009 Das Programm „Soziale Stadt“ werden wir im Rahmen der Städtebauförderung als
5010 Leitprogramm der sozialen Integration stärken und mit jährlich 150 Mio. Euro ausstat-
5011 ten. Es bildet die Grundlage für eine ressortübergreifende Strategie „Soziale Stadt“,
5012 mit der wir additiv Fördermittel aus Programmen anderer Ressorts in Gebieten mit
5013 erhöhten Integrationsanforderungen bündeln.

5014

5015 *Umnutzung militärisch genutzter Standorte*

5016 Wir werden die Kommunen bei der Umnutzung ehemals militärisch genutzter Stand-
5017 orter unterstützen, indem wir ihnen Zuschüsse für erforderliche Investitionen zur Ent-
5018 wicklung der Standorte gewähren. Das zu entwickelnde [Konversionsprogramm] für
5019 die gesamte Legislaturperiode ist mit insgesamt
5020 [100 Mio. Euro] auszustatten.

5021

5022 **Umwelt**

5023

5024 Der Schutz und die Bewahrung der natürlichen Schöpfung erhält unsere elementare
5025 Lebensgrundlage und ist Teil unserer Verantwortung für künftige Generationen. Um-
5026 weltschutz ist für uns eine Investition in Lebensqualität, auf die alle Menschen einen
5027 Anspruch haben.

5028

5029 *Nachhaltigkeit*

5030 Für uns ist die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung grundlegendes Ziel und
5031 Maßstab des Regierungshandelns. Dies gilt insbesondere für eine Post-2015-
5032 Agenda für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen. Wir werden uns für eine
5033 Stärkung der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie einsetzen. Wir verstärken die
5034 nationalen Nachhaltigkeitsziele und setzen sie um, wie etwa im öffentlichen Beschaf-
5035 fungswesen. Wir wollen „Bildung zur Nachhaltigen Entwicklung“ in allen Bildungsbe-
5036 reichen stärker verankern. Die Ergebnisse der Enquetekommission „Wachstum,
5037 Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages werden einbezogen. Der
5038 Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung wird erneut eingesetzt und in

5039 seiner Funktion gestärkt. Die ressortübergreifende Koordinierung wird ausgebaut. Im
5040 Subventionsbericht der Bundesregierung wird stärker überprüft, ob die Maßnahmen
5041 nachhaltig sind.

5042

5043 *Innovationen für mehr Ressourceneffizienz*

5044 Innovationen im Umwelt- und Klimaschutz sowie Ressourceneffizienz bieten
5045 Wachstumschancen. [Wir starten eine „Exportinitiative für Umwelttechnologien“.]
5046 Neue Berufs- und Qualifikationsanforderungen, auch im Rahmen der dualen Ausbil-
5047 dung, werden aufgezeigt. Wir erarbeiten ein integriertes umfassendes Umweltpro-
5048 gramm mit der Perspektive 2030, das langfristige Ziele und Schwerpunkte formuliert.
5049 Um die Innovations- und Umweltpolitik ressortübergreifend zu verzahnen, wird der
5050 „Masterplan Umwelttechnologien“ fortentwickelt und ein Aktionsplan für Öko-
5051 Innovationen aufgestellt, der den Eco-Innovation Action Plan der EU national unter-
5052 legt.

5053

5054 Ressourceneffizienz ist aus ökonomischen, ökologischen und sozialen Gründen un-
5055 abdingbar. Wir wollen die beschlossene Verdopplung der Rohstoffproduktivität bis
5056 2020 gegenüber 1994 erreichen. Deshalb wird das Deutsche Ressourceneffizienz-
5057 programm weiterentwickelt, eine Plattform für Ressourceneffizienz etabliert und [das
5058 VDI Zentrum für Ressourceneffizienz zu einer „Agentur für Ressourceneffizienz“
5059 ausgebaut.]

5060

5061 *Kreislaufwirtschaft*

5062 Wir entwickeln die Kreislaufwirtschaft zu einem effizienten Instrument einer nachhal-
5063 tigen Stoffstromwirtschaft. Wir schaffen rechtliche Grundlagen zur Einführung der
5064 gemeinsamen haushaltsnahen Wertstofffassung für Verpackungen und andere
5065 Wertstoffe. Anspruchsvolle Recyclingquoten, Wettbewerb und Produktverantwortung
5066 werden als Eckpunkte einer modernen Kreislaufwirtschaft gefestigt. Die Europäische
5067 Elektroaltgeräte Richtlinie wird zügig in nationales Recht umgesetzt, Sammelmengen
5068 von Elektro- und Elektronikschrott erhöht, Rücknahmesysteme für wieder verwend-
5069 bare Produkte ausgebaut und die Rückgabe von Gebrauchsgütern erleichtert. Beim
5070 Recycling von Produkten der Informations- und Kommunikationstechnik sind Daten-
5071 sicherheit und -schutz zu gewährleisten. Zur Eindämmung der illegalen Ausfuhr von
5072 Elektroschrott erfolgt eine Beweislastumkehr. Künftig muss der Exporteur nachwei-
5073 sen, dass es sich nicht um Abfälle handelt.

5074

5075 „Gebrauchen aber nicht verbrauchen“ ist das Prinzip beim Umgang mit der begrenz-
5076 ten Ressource Boden. Gemäß der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wollen wir die
5077 Flächenneuanspruchnahme bis 2020 auf höchstens 30 ha pro Tag begrenzen. Wir
5078 werden u. a. prüfen, wie wir sinnvolle Nutzungsmischungen in innerstädtischen Ge-
5079 bieten mit begrenztem Flächenpotential weiter fördern können. Den Modellversuch
5080 zum Handel mit Flächenzertifikaten werden wir weiter begleitet sowie Planungsin-
5081 strumente weiterentwickeln und auf Demografiefestigkeit achten. Wir streben an,
5082 dass dauerhaft ökologisch aufgewertete Kleingartenanlagen künftig als Ausgleichs-
5083 flächen anerkannt werden können.

5084

5085 *Naturschutz und biologische Vielfalt*

5086 Wir wollen den Naturreichtum und die Artenvielfalt unserer Heimat bewahren. Die na-
5087 tionale Biodiversitätsstrategie wird umgesetzt. [Das Nationale Naturerbe wird um
5088 mindestens 30.000 ha erweitert und hierfür Flächen, die aus der militärischen Nut-
5089 zung genommen werden, von der Privatisierung ausgenommen und an interessierte

5090 Länder, Umweltverbände oder -stiftungen übertragen werden.] Damit wird auch dem
 5091 „2%-Wildnis-Ziel“ bis 2020 bzw. dem „5%-Ziel-natürliche Waldentwicklung“ näher ge-
 5092 kommen. [Hierfür wird eine neue Finanzierungsbasis geschaffen. Das „Bundespro-
 5093 gramm Wiedervernetzung“ wird gestärkt und die Mittel, die im Rahmen von Bau, Un-
 5094 terhaltung und Betrieb von Bundesfernstraßen in den Bau von Grünbrücken inve-
 5095 stiert werden, aufgestockt.] [Das Förderprogramm „Bundesprogramm Biologische
 5096 Vielfalt“ wird ausgebaut.] Wir werden uns für eine „Alpenstrategie“ einsetzen. Das
 5097 Nagoya-Protokoll wird schnellstmöglich ratifiziert und umgesetzt. [Die Zusagen zum
 5098 internationalen Biodiversitätsschutz werden eingehalten und sich international für
 5099 weitere Aufstockungen eingesetzt]. [Wir treten für Schutz, Erhalt sowie Wiederaufbau
 5100 von Wäldern und Waldstrukturen sowie für eine damit verbundene Waldfinanzierung
 5101 ein.] Der REDD+ Mechanismus der Klimarahmenkonvention wird weiterentwickelt.
 5102 [Wir verbessern den Wildtierschutz und gehen gegen Wilderei sowie den illegalen
 5103 Wildtierhandel und deren Produkte vor;] Handel mit und private Haltung von exoti-
 5104 schen und Wildtieren wird bundeseinheitlich geregelt. Importe von Wildfängen in die
 5105 EU sollen grundsätzlich verboten und gewerbliche Tierbörsen für exotische Tiere un-
 5106 tersagt werden. Die Koalition sorgt gemeinsam mit anderen Staaten für einen besse-
 5107 ren Vogelschutz entlang der Zugrouten.

5108

5109 *Hochwasserschutz*

5110 Den Flüssen muss wieder mehr Raum gegeben werden. Das nationale Hochwasser-
 5111 schutzprogramm wird vorangetrieben, die Chancen der Entwicklung von Flussauen
 5112 unter Naturschutzaspekten berücksichtigt und für einen fairen Ausgleich mit Interes-
 5113 sen der Landwirtschaft gesorgt. Wir werden einen Bundesraumordnungsplan zum
 5114 Hochwasserschutz erstellen, in dem länderübergreifende Standards hinsichtlich
 5115 hochwassergefährdeter Gebiete, Rückzugsräumen, Poldern etc. entwickelt werden

5116

5117 [Wir werden bis Ende 2014 mit den Bundesländern ein Nationales Hochwasser-
 5118 schutzprogramm unter Koordinierung des Bundes erarbeiten. Schwerpunkt sind
 5119 überregionale Maßnahmen für präventiven Hochwasserschutz sowie einheitliche
 5120 Maßstäbe für den Hochwasserschutz an unseren Flüssen. Es wird ein Sonderrah-
 5121 menplan „Präventiver Hochwasserschutz“ aufgelegt.] Für den Bau von Hochwasser-
 5122 schutzanlagen werden wir die Möglichkeiten für beschleunigte Planungs- und Ge-
 5123 nehmigungsverfahren ausschöpfen. Hierzu wollen wir gemeinsam mit den Ländern
 5124 sowohl bundes- wie landesrechtliche Regelungen auf den Prüfstand stellen und an-
 5125 passen. Mit unseren europäischen Nachbarländern werden wir in einen intensiven
 5126 Dialog zum Hochwasserschutz eintreten. Die Rahmenbedingungen für eine Elemen-
 5127 tarschadensversicherung werden geprüft. [Es wird ein Bundesprogramm „Blaues
 5128 Band“ aufgelegt, um die Renaturierung von Fließgewässern und Auen zu fördern,]
 5129 und ein „Bundeskonzept Grüne Infrastruktur“ als Entscheidungsgrundlage für Pla-
 5130 nungen des Bundes vorgelegt. Das Gesamtkonzept Elbe wollen wir im Ausgleich der
 5131 ökologischen und ökonomischen Belange umsetzen. Wir wollen den Donau-Ausbau
 5132 zwischen Straubing und Vilshofen auf Basis der Beschlussvariante der Bayerischen
 5133 Staatsregierung (ohne Staustufe). Wir unterstützen den Freistaat Bayern in der Rea-
 5134 lisierung eines umfangreichen Hochwasserschutzkonzeptes.

5135

5136 *Gewässer- und Meeresschutz*

5137 Der Schutz der Gewässer vor Nährstoffeinträgen sowie Schadstoffen soll verstärkt
 5138 und rechtlich so gestaltet werden, dass Fehlentwicklungen korrigiert werden. Wir
 5139 werden die Klärschlammausbringung zu Dünge Zwecken beenden und Phosphor und
 5140 andere Nährstoffe zurückgewinnen. Die bundeseinheitliche Regelung des Umgangs

5141 mit wassergefährdenden Stoffen wird zügig umgesetzt. Wir werden eine Novelle des
 5142 Bergrechts unter dem Aspekt des Gewässerschutzes und die Grundlagen für eine
 5143 unterirdische Raumplanung anstreben.

5144
 5145 Wir setzen uns für ein Schutzgebietsnetz für Hochseegebiete und für Verhandlungen
 5146 zu einem internationalen Durchführungsübereinkommen ein. Die EU-
 5147 Meeresstrategierahmenrichtlinie wird umgesetzt und der gute Umweltzustand in den
 5148 deutschen Meeresgewässern bis spätestens 2020 erreicht werden. Dazu gehört die
 5149 Ausweisung von Schutzgebieten, die Bekämpfung der Überfischung, klare Regeln für
 5150 Tiefseebergbau und Öl- oder Gasförderung aus großen Tiefen. Für die zehn Natura-
 5151 2000-Gebiete wird ein Fischereimanagement verankert, um die Schutzziele zu errei-
 5152 chen. Wir werden die EU-Kommission beim Kampf gegen die Vermüllung der Meere
 5153 unterstützen, insbesondere beim Vorgehen gegen Plastikeinträge. Union und SPD
 5154 unterstützen die Einrichtung von Schutzgebieten in Arktis und Antarktis. Die Haf-
 5155 tungsregeln zum Antarktis-Umweltschutzprotokoll werden ratifiziert und innerstaatlich
 5156 umgesetzt.

5157
 5158 *Umwelt und Gesundheit*

5159 Das freiwillige Lärmsanierungsprogramm für Bestandsstrecken wird ausgebaut und
 5160 rechtlich abgesichert. Der Gesamtlärm von Straße und Schiene muss als Grundlage
 5161 für Lärmschutzmaßnahmen herangezogen werden. Der Stand der Technik zur Ge-
 5162 räuschkinderung muss konsequenter in die Praxis eingeführt werden. Dazu werden
 5163 wir verkehrsrechtliche Instrumente weiterentwickeln sowie Anreize setzen. Der
 5164 Schienenlärm soll bis 2020 deutschlandweit halbiert werden.

5165
 5166 Wir wollen den Schutz vor Fluglärm verbessern. Dies soll u. a. durch nach Lärm ge-
 5167 staffelte Flughafengebühren und durch die Erarbeitung eines nationalen Luftver-
 5168 kehrskonzeptes erreicht werden. Lärmbedingte Betriebsbeschränkungen sind im
 5169 Luftverkehrsrecht so zu regeln, dass im Einzelfall eine angemessene Abwägung aller
 5170 Belange stattfindet. Bei Festlegung von Flugverfahren und Flugverkehrskontrollfrei-
 5171 gaben wird der Lärmschutz insbesondere in den Nachtstunden verbessert. Wir
 5172 schaffen verbesserte Transparenz und Beteiligung der Kommunen und Öffentlichkeit
 5173 bei der Festlegung von Flugrouten. Die Rolle der Fluglärmkommissionen soll gestärkt
 5174 werden. Lärm- und Schadstoffminderungsziele sollen insbesondere auch durch
 5175 technische Innovationen im Luftverkehr erreicht werden.

5176
 5177 Wir wollen die Luftqualität verbessern, Schadstoffe bereits an der Quelle mit innova-
 5178 tiven Techniken reduzieren und [dazu auch die Umrüstung mit Rußpartikelfiltern für
 5179 Pkw und leichte Nutzfahrzeuge weiter fördern.]

5180
 5181 Substanzen, die ein Risiko für Mensch und Umwelt darstellen, sind in allen Verpak-
 5182 kungsmitteln, Kleidung und Alltagsprodukten so weit wie möglich zu vermeiden. Wir
 5183 tragen zu einem nachhaltigen globalen Chemikalienmanagement bei. Es wird dafür
 5184 gesorgt, dass Stoffe wie endokrine Disruptoren, atemwegs- und hautsensibilisieren-
 5185 de und toxische Stoffe, deren chronische Wirkung zu Erkrankungen führt, anhand
 5186 wissenschaftlich begründeter und klar definierter Kriterien in die Kandidatenliste un-
 5187 ter REACH aufgenommen werden. Die staatliche Begleitforschung zu Nanomateria-
 5188 lien ist verstärkt weiterzuführen.

5189
 5190 Der Schutz von Lebensmitteln vor Umweltkontaminanten wird weiter verbessert. Ge-
 5191 sundheitliche Gefahren, die von Schädlingen auf Menschen, Flora und Fauna aus-

5192 gehen, auf umweltverträgliche Art und Weise abgewehrt en und den Gesundheits-
 5193 schutz der Bevölkerung beachten. Es wird geprüft, wie der Schutz der Menschen vor
 5194 nichtionisierender Strahlung, z.B. Ultraschall und Laser, und vor elektromagnetischen
 5195 Feldern verbessert werden kann.

5196
 5197 *Sicherheit der Kernkraftwerke*

5198 Die Sicherheit der Kernkraftwerke in Deutschland ist bis zum letzten Betriebstag zu
 5199 gewährleisten. Deshalb sind weiterhin Investitionen in die Anlagen und fachkundiges
 5200 Personal bei Betreibern, Behörden und Sachverständigen erforderlich. Der Schutz
 5201 der Kraftwerke und Abfalllager vor Sabotage- und Terrorakten ist auf rechtssicherer
 5202 Grundlage sicherzustellen. Bund und Länder arbeiten bei der Atomaufsicht so eng
 5203 wie möglich zusammen.

5204
 5205 In Europa wird Deutschland aktiv daran mitwirken, die Sicherheit der Kernkraftwerke
 5206 zu erhöhen. Dazu werden wir für verbindliche Sicherheitsziele in der EU und ein Sy-
 5207 stem wechselseitiger Kontrolle bei fortbestehender nationaler Verantwortung für die
 5208 Sicherheit eintreten.

5209
 5210 [Strittig: SPD: Wir erwarten von den Kernkraftwerksbetreibern ihre Mitwirkung an der
 5211 Energiewende und die Wahrnehmung ihrer Verantwortung für die geordnete Beendi-
 5212 gung der Kernenergienutzung. Ziel ist es damit, in Deutschland die Sicherheit des
 5213 Restbetriebs der Kernkraftwerke und ihrer Entsorgung auch finanziell zu sichern und
 5214 sozialverträgliche Lösungen für die Beschäftigten zu finden. Zur Sicherstellung der
 5215 Finanzierung der nuklearen Entsorgung könnte ein öffentlich-rechtlicher Fonds in Be-
 5216 tracht kommen. CDU/CSU: Streichung.]

5217
 5218 Wir setzen uns auch auf europäischer Ebene für umfassende Transparenz in allen
 5219 sicherheitsrelevanten Fragen ein.

5220
 5221 Die Unabhängigkeit der Atomaufsicht ist in Deutschland gewährleistet und bedarf
 5222 keiner Änderung der geltenden Regelungen.

5223
 5224 Deutschland will auf die internationale Sicherheitsdiskussion Einfluss nehmen. Daher
 5225 werden auch nach dem Ausstieg geeignete institutionell geförderte Forschungsein-
 5226 richtungen, unabhängige Sachverständigeninstitutionen und ausreichende behördli-
 5227 che Fachkompetenz zur Beurteilung der Sicherheit von Kernkraftwerken und ihres
 5228 Rückbaus, des Strahlenschutzes und der nuklearen Entsorgung gebraucht.

5229
 5230 [Strittig: SPD: Deshalb werden wir auch keine Hermesbürgschaften für den Bau von
 5231 Kernkraftwerken erteilen. CDU/CSU: Ablehnung der Forderung.]

5232
 5233 *Endlager*

5234 Wir wollen die Endlagerfrage aus Verantwortung für die nachfolgenden Generationen
 5235 lösen. Deswegen werden die Errichtung des Endlagers Konrad und die Schließung
 5236 des Endlagers Morsleben vorgetrieben und die Voraussetzungen für die Rückholung
 5237 der Abfälle aus der Schachanlage Asse II geschaffen.

5238
 5239 Die Entsorgungs-Richtlinie (Euratom) und das Standortauswahlgesetz setzen wir zü-
 5240 gig und vollständig um. und verwirklicht dadurch den Trennungsgrundsatz.

5241

5242 [Strittig: SPD: Ein Rahmenbetriebsplan ist zur Offenhaltung des bisherigen Erkun-
 5243 dungsbergwerks „Gorleben“ nicht erforderlich. Daher wird die entsprechende Klage
 5244 vor dem Verwaltungsgericht Lüneburg zurückgenommen. CDU/CSU: Ablehnung der
 5245 Forderung.]

5246
 5247 Das Auswahlverfahren für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle wird nach Ab-
 5248 schluss der Kommissionsberatungen unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit ein-
 5249 geleitet.

5250
 5251 [Strittig: SPD: Wir gewährleisten, dass die Kosten für den Atommüll und den Rück-
 5252 bau der kerntechnischen Anlagen von den Verursachern getragen werden. Die
 5253 Kernbrennstoffsteuer wird entfristet. CDU/CSU: Ablehnung der Forderung.]

5254
 5255 *Strahlenschutzrecht*

5256 Das Strahlenschutzrecht soll modernisiert werden. Der radiologische Notfallschutz
 5257 zur Bewältigung von Katastrophen in kerntechnischen Anlagen wird auf Grundlage
 5258 der Erfahrungen von Fukushima konzeptionell anpasst.

5259
 5260 **Landwirtschaft und ländlicher Raum**

5261
 5262 Wir würdigen die Leistungen der Land- und Ernährungswirtschaft in Deutschland für
 5263 die Sicherung einer gesunden Ernährung und den Erhalt vielfältiger Kulturlandschaf-
 5264 ten. Unser Ziel ist eine multifunktional ausgerichtete, bäuerlich unternehmerische
 5265 Landwirtschaft, die ressourcen- und umweltschonend produziert, die Tierwohl, Nach-
 5266 haltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit miteinander verbindet. Leitbild ist eine von Fami-
 5267 lien betriebene, regional verankerte, flächendeckende Landwirtschaft unterschiedli-
 5268 cher Strukturen und Produktionsweisen. Sie trägt zur Wertschöpfung, gut bezahlter
 5269 Arbeit und sicheren Einkommen in den ländlichen Räumen bei.

5270
 5271 *Umsetzung der Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und Entwicklung ländlicher Räume*
 5272 Wir nehmen den Beschluss der Agrarministerkonferenz vom 4.11.2013 zur nationa-
 5273 len Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik zur Kenntnis. [Eine Erhöhung der
 5274 Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) um jährlich 200 Mio.
 5275 Euro ist für eine Stärkung der ländlichen Entwicklung zielführend. Sie ist finanziell
 5276 gesondert zu betrachten.]

5277
 5278 Mit der nationalen Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik werden wir besonders
 5279 die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung ländlicher Räume fördern.
 5280 Die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz wird zu einer „Gemein-
 5281 schaftsaufgabe ländliche Entwicklung“ weiterentwickelt. Die Fördermöglichkeiten des
 5282 Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
 5283 (ELER) sollen umfassend genutzt werden. Für eine integrierte Entwicklung ländlicher
 5284 Räume ist es notwendig, Ressortzuständigkeiten besser zu koordinieren. Innerhalb
 5285 der Bundesregierung wird ein Schwerpunkt für ländliche Räume, Demografie und
 5286 Daseinsvorsorge gebildet.

5287
 5288 *Wertschöpfung und Innovation*

5289 [Wir wollen die Agrarforschung besser verzahnen und in den Bereichen Tierwohl,
 5290 nachhaltige Pflanzenschutzverfahren, Eiweißstrategie und klimaschonende Land-
 5291 wirtschaft stärken. Die Arbeit der Deutschen Agrarforschungsallianz (DAFA) wird un-
 5292 terstützt und verstetigt.] Das Themenspektrum der Fachagentur für Nachwachsende

5293 Rohstoffe (FNR) wird um den Bereich Nachhaltigkeit erweitert. Wir werden europäi-
5294 sche Forschungsförderungsprogramme in Deutschland zielgerichteter koordinieren.
5295 Das Bundesprogramm „Ökolandbau und andere nachhaltige Formen der Landwirt-
5296 schaft“ wird verstetigt.

5297
5298 Die deutschen Milcherzeuger leisten einen wichtigen Beitrag zur Wertschöpfung in
5299 ländlichen Räumen und zum Erhalt der Kulturlandschaft. Wir setzen den Kurs der
5300 Marktausrichtung in der Milchwirtschaft fort. Wir setzen weiterhin auf ein wirksames
5301 und verlässliches Sicherheitsnetz der EU.

5302
5303 Die bestehenden Potenziale zur Energieeinsparung im Gartenbau sollen stärker ge-
5304 nutzt werden. [Wir fördern den Gartenbau bei einer ressourcenschonenden und
5305 energieeffizienten Wirtschaftsweise.]

5306
5307 Der deutsche Weinbau hat eine wichtige Rolle für die Erhaltung einer typischen Kul-
5308 turlandschaft. Wir unterstützen die deutschen Winzer bei ihrer Ausrichtung auf erfolg-
5309 reiche Qualitätserzeugnisse.

5310 Wir werden die Umsetzung der Waldstrategie 2020 vorantreiben und dabei verstärkt
5311 auf die Schutzziele der Biodiversitätsstrategie setzen. Der Klein- und Kleinstprivat-
5312 wald wird mit geeigneten Mitteln in die Entwicklung einbezogen. Länderspezifische
5313 Konzepte zur Zielerreichung bleiben unberührt. [Der Waldklimafonds wird dauerhaft
5314 und angemessen finanziell ausgestattet.]

5315
5316 [Deutschland braucht eine leistungsfähige mittelständische Pflanzenzüchtung. Dafür
5317 werden wir Innovation und Forschung im vorwettbewerblichen Bereich fördern.] Im
5318 Rahmen der Neuordnung des europäischen Saatgutrechts treten wir dafür ein, dass
5319 die Saatgutvielfalt garantiert wird, die Interessen des nicht kommerziellen Bereichs
5320 gewahrt werden und der Zugang zu alten und regionalen Sorten nicht beschränkt
5321 wird. Wir setzen uns dafür ein, dass es im Rahmen des Nachbaus keine weiteren
5322 Einschränkungen für Landwirte und mittelständische Pflanzenzüchter gibt.

5323
5324 Wir wollen die traditionelle, arbeitsintensive Küstenfischerei unterstützen sowie die
5325 Binnenfischerei und die Aquakultur stärken. Die Reform der Gemeinsamen Fische-
5326 reipolitik wird im Sinne der Ressourcenschonung und des Erhalts der Wettbewerbs-
5327 fähigkeit der Fischerei umgesetzt. Besonderen Wert legt die Koalition auf den Schutz
5328 der Meeresböden und Bestände sowie die Weiterentwicklung der Fangtechnik und
5329 Fangmethoden mit dem Ziel der Beifangminderung. Union und SPD werden sich wei-
5330 terhin für ein konsequentes Verbot des Walfangs sowie ein Handelsverbot mit Wal-
5331 fleisch einsetzen.

5332
5333 Die Vermarktung regionaler Produkte wird ausgebaut. Das bundesweit einheitliche
5334 „Regionalfenster“ zur Kennzeichnung regionaler Produkte wird evaluiert. Auf dieser
5335 Grundlage werden gegebenenfalls verbindliche Kriterien festgelegt. [Um die behörd-
5336 liche Überprüfung der agrarwirtschaftlichen Exporte hinsichtlich Einhaltung der inter-
5337 nationalen Standards sowie spezieller Anforderungen einzelner Drittstaaten zu ver-
5338 bessern, wird dem Bund eine koordinierende Funktion zugewiesen. Die Exportkom-
5339 petenz des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher-
5340 schutz wird gestärkt.]

5341

5342 Beim Abschluss bi- und multilateraler Handelsabkommen ist die verbindliche Einhal-
 5343 tung der hohen europäischen Standards in den Bereichen Verbraucher-, Tier- und
 5344 Umweltschutz von zentraler Bedeutung.

5345
 5346 [Wir werden eine Risikoausgleichsrücklage für Betriebe der Landwirtschaft und des
 5347 Gartenbaus einführen. Diese wird so ausgestaltet, dass es nicht zu einer Vernichtung
 5348 von Steuersubstrat kommt.]

5349
 5350 *Außerlandwirtschaftliche Kapitalinvestoren und Flächenprivatisierung*
 5351 Wir werden die rechtlichen Instrumentarien der Kontrolle des unmittelbaren und mit-
 5352 telbaren Erwerbs landwirtschaftlicher Flächen durch nicht-landwirtschaftliche und
 5353 überregionale Investoren prüfen.

5354
 5355 [Die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern sind zügig zu einem Ergebnis zu
 5356 führen, mit dem Ziel den interessierten Ländern die noch in der Hoheit des Bundes
 5357 verbliebenen Treuhandflächen unverzüglich zu übertragen. Die Länder haben damit
 5358 die Möglichkeit, ein Existenzgründungsprogramm unter anderem für Junglandwirte
 5359 zu etablieren. Die Übertragungsbedingungen sind so zu gestalten, dass sie den spe-
 5360 zifischen agrarstrukturellen, umweltpolitischen sowie verfassungs- und haushalts-
 5361 rechtlichen Bedingungen gerecht werden.]

5362
 5363 *Agrarsoziale Sicherung*
 5364 Wir werden die Reform der Agrarsozialversicherung intensiv begleiten. Dabei wird
 5365 die Hofabgabeklausel neu gestaltet.

5366
 5367 [Strittig: CDU/CSU: Eine Kürzung des Bundeszuschusses an den Gesundheitsfonds
 5368 darf nicht zu einer Ungleichbehandlung der Versicherten in der Landwirtschaftlichen
 5369 Krankenversicherung gegenüber den Versicherten in der allgemeinen gesetzlichen
 5370 Krankenversicherung führen. Der Landwirtschaftlichen Krankenkasse wird daher ein
 5371 Ausgleich über den Gesundheitsfonds gewährt.]

5372
 5373 *Tierschutz und Tiergesundheit*
 5374 Wir nehmen die kritische Diskussion zur Tierhaltung in der Gesellschaft auf und ent-
 5375 wickeln eine nationale Tierwohl-Offensive. Sie wird die relevanten Rechtsbereiche –
 5376 das Tiergesundheitsgesetz und das Tierarzneimittelrecht – sinnvoll in einem einheit-
 5377 lichen Rechtsrahmen zusammenführen. Die gesetzlichen Regeln zur Verringerung
 5378 des Antibiotika-Einsatzes werden unbürokratisch und praxisnah umgesetzt. Wir wer-
 5379 den die Sachkunde der Tierhalter fördern. Gleichzeitig erarbeiten wir ein bundesein-
 5380 heitliches Prüf- und Zulassungsverfahren für Tierhaltungssysteme. Ziel ist es außer-
 5381 dem, EU-weit einheitliche und höhere Tierschutzstandards durchzusetzen.

5382
 5383 Wir streben eine flächengebundene Nutztierhaltung an. Ziel ist es, eine tiergerechte
 5384 Haltung in Deutschland zu fördern. Wir werden überdies einen wissenschaftlichen
 5385 Diskurs über Größen tiergerechter Haltung von Nutztieren auf den Weg bringen.
 5386 Wir werden gemeinsam mit den Ländern und den Kommunen die Initiative ergreifen,
 5387 um das Problem überfüllter Tierheime anzugehen. [Die Erforschung von Ersatzme-
 5388 thoden zum Tierversuch wird intensiviert und dafür die personelle und finanzielle
 5389 Ausstattung der Zentralstelle zur Erfassung und Bewertung von Ersatz- und Ergän-
 5390 zungsmethoden zum Tierversuch (ZEBET) gestärkt.]

5391
 5392 *Ethik und Landwirtschaft*

5393 Wir treten auf europäischer Ebene für ein Verbot des Klonens von Tieren und des
 5394 Imports von geklonten Tieren und deren Fleisch ein. Wir streben eine Kennzeich-
 5395 nungspflicht für Nachkommen von geklonten Tieren und deren Fleisch an.

5396 Das bestehende Patentierungsverbot auf konventionelle Züchtungsverfahren, daraus
 5397 gewonnene Tiere und Pflanzen sowie auf deren Produkte und auf das zu ihrer Er-
 5398 zeugung bestimmte Material soll durchgesetzt und die einschlägigen europäischen
 5399 Vorschriften präzisiert werden.

5400

5401 *Grüne Gentechnik*

5402 Wir erkennen die Vorbehalte des Großteils der Bevölkerung gegenüber der grünen
 5403 Gentechnik an.

5404

5405 [Strittig: Wir lehnen dementsprechend den Anbau, die Freisetzung und die Zulassung
 5406 gentechnisch veränderter Sorten in Deutschland und Europa im Rahmen der rechtli-
 5407 chen Möglichkeiten ab. Über eine gegebenenfalls auf EU-Ebene ermöglichte opt-out-
 5408 Klausel wird gesondert entschieden.]

5409

5410 Wir treten für eine EU-Kennzeichnungspflicht für Produkte von Tieren, die mit gen-
 5411 veränderten Pflanzen gefüttert wurden, ein. An der Nulltoleranz gegenüber nicht zu-
 5412 gelassenen gentechnisch veränderten Bestandteilen in Lebensmitteln halten wir fest
 5413 – ebenso wie an der Saatgutreinheit.

5414

5415 *Flächenschutz*

5416 Um den Verlust landwirtschaftlicher Nutzflächen weitestgehend zu vermeiden, stre-
 5417 ben wir den unverzüglichen Erlass einer Bundeskompensationsverordnung an.

5418

5419 Dünge- und Pflanzenschutzmittel müssen so eingesetzt werden, dass Risiken für
 5420 Mensch, Tier und Naturhaushalt minimiert werden. Wir werden den Nationalen Akti-
 5421 onsplan Pflanzenschutz entschlossen umsetzen.

5422

5423 Bei Maßnahmen, die landwirtschaftliche Flächen in Anspruch nehmen, müssen
 5424 agrarstrukturelle Belange angemessen berücksichtigt werden. Insbesondere im
 5425 Rahmen des für die Energiewende notwendigen Netzausbaus sind faire Entschädi-
 5426 gungen für Grundstückseigentümer und -nutzer erforderlich.

5427

5428 *Bienenmonitoring*

5429 Zum Erhalt und Ausbau der Bienenhaltung in Deutschland sind gemeinsame Bund-
 5430 Länder-Anstrengungen notwendig. Wir führen das Deutsche Bienenmonitoring mit
 5431 dem mehrjährigen Untersuchungsprogramm weiter.

5432

5433 [Strittig: Agrardiesel]

5434 CDU/CSU: Aus Gründen der Wettbewerbsgleichheit werden wir die Förderung des
 5435 Agrardiesels in der jetzigen Form beibehalten und streben eine einheitliche europäi-
 5436 sche Regelung über die Energiesteuerrichtlinie an.

5437 SPD: Die Agrardieselbeihilfe wird nicht weitergeführt und die freiwerdenden Mittel
 5438 werden u.a. für eine Strategie zum verstärkten Einsatz reiner Pflanzenöle in der
 5439 Land- und Forstwirtschaft eingesetzt.]

5440

5441 [Strittig: Verbandsklagerecht

5442 SPD: Die Koalition wird ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände
 5443 einführen. CDU/CSU: Ablehnung der Forderung.]

5444

5445 **Verbraucherschutz**

5446

5447 Verbraucher sollen selbstbestimmt entscheiden können. Unser Ziel ist ein verbraucherfreundlicher, transparenter Markt, auf dem sichere und gute Produkte unter
5448 fairen und nachhaltigen Bedingungen hergestellt und angeboten werden. Verbraucherpolitik hat auch das Ziel, das Vertrauen zwischen Wirtschaft und Verbrauchern
5449 zu stärken. Ungleichgewichte im Markt beseitigen wir, indem wir für Transparenz, Vergleichbarkeit, und Möglichkeiten einer effektiven Rechtsdurchsetzung sorgen.
5450 Unserer Politik liegt ein differenziertes Verbraucherbild zugrunde. Bedürfnisse, Interessen und Wissen der Verbraucher variieren je nach Markt. Wo Verbraucher sich
5451 nicht selbst schützen können oder überfordert sind, muss der Staat Schutz und Vorsorge bieten. Zudem muss er die Verbraucher durch gezielte und umfassende Information,
5452 Beratung und Bildung unterstützen.

5458

5459 *Bessere Organisation des Verbraucherschutzes und Ausbau der Forschung*

5460 Wir setzen einen unabhängigen und interdisziplinär besetzten [Sachverständigenrat für Verbraucherfragen ein, der durch eine Geschäftsstelle unterstützt wird.] Er soll zu
5461 wichtigen Verbraucherfragen und Teilmärkten Stellungnahmen und Empfehlungen formulieren.

5464

5465 [Strittig. Forderung CDU/CSU: Wir ernennen einen Bundesbeauftragten für Verbraucherschutz. Er wird organisatorisch beim BMELV angesiedelt. Er ist Ansprechpartner
5466 für die Verbraucher und eigenständiges sowie unabhängiges Bindeglied zwischen Verbrauchern und Politik und legt jährlich einen Bericht vor. Er unterstützt das Verbraucherministerium durch Vorschläge zur Verbesserung des Verbraucherschutzes,
5467 die er gemeinsam mit dem Sachverständigenrat für Verbraucherpolitik erarbeitet.]

5471

5472 [Strittig. Forderung SPD: Um Verbraucher auf den großen deregulierten Märkten zu stärken, werden wir Verbraucherorganisationen mit der Aufgabe einer spezialisierten
5473 „Verbraucherzentrale Finanzmarkt“ ab 2014 und „Verbraucherzentrale Digitale Welt“ ab 2016 beauftragen. Sie sollen den Markt beobachten, die Verbraucherinnen und
5474 Verbraucher beraten, Fehlentwicklungen melden und mit Abmahnungen und Mitteln kollektiver Rechtsdurchsetzung Verbraucherinteressen bündeln und durchsetzen.

5478

5479 Im Interesse eines besseren Verbraucherschutzes werden wir darauf hinwirken, dass das Verbrauchervertragsrecht künftig verständlich, übersichtlich und in sich
5480 stimmig ausgestaltet ist sowie effektiver durchgesetzt werden kann. Informationspflichten müssen sich an den Bedürfnissen der Verbraucher orientieren.

5483

5484 **Dissens**

5485 **AG Innen:**

5486 *Die mit dem Gesetz gegen unseriöse Geschäftspraktiken erzielten Verbesserungen wollen wir nach zwei Jahren evaluieren und gegebenenfalls weiterentwickeln*

5488

5489 **AG Verbraucher:**

5490 *Wir werden den Schutz vor unseriösen Geschäftspraktiken stärken und ausweiten: Eine Bestätigungslösung bei aus unerlaubter Telefonwerbung hervorgehenden Verträgen wird verankert. Abbuchungen von zusätzlichen Diensten auf der Handyrechnung (WAP-Billing) sollen nur nach aktiver Freischaltung möglich sein. Verbraucher werden vor Übervorteilung bei „Kaffeefahrten“ geschützt.*

5495

5496 Die spezialisierten Verbraucherzentralen informieren die zuständigen staatlichen
 5497 Stellen über die aus der flächendeckenden Beratung und Marktbeobachtung gewon-
 5498 nenen Erkenntnisse. Der Auftrag wird jeweils für fünf Jahre mit einem Finanzvolumen
 5499 von vier bis sieben Millionen Euro pro Jahr erteilt.]

5500
 5501 Der Verbrauchercheck bei gesetzgeberischen Vorhaben wird ausgeweitet, der Nut-
 5502 zen für Verbraucher begründet und konkret ausgeführt.

5503
 5504 Behörden soll bei begründetem Verdacht auf wiederholte Verstöße gegen Verbrau-
 5505 cherrechte eine Prüfpflicht auferlegt werden. Bei Bundesnetzagentur, Bundesanstalt
 5506 für Finanzdienstleistungsaufsicht, Bundeskartellamt und Bundesamt für Verbrau-
 5507 cherschutz und Lebensmittelsicherheit wird Verbraucherschutz gleichberechtigtes
 5508 Ziel ihrer Aufsichtstätigkeit.

5509
 5510 Die [Verbraucherforschung wird ausgebaut und vernetzt. Um aussagekräftige Infor-
 5511 mationen über das Verbraucherverhalten und Marktstrukturen zu erhalten, wird eine
 5512 jährliche und repräsentative Verbrauchererhebung (Verbraucherpanel)] durchgeführt.
 5513 Wir setzen uns für die [Stärkung der Verbraucherbildung ein.]

5514
 5515 Die [Zuwendungen an die Stiftung Warentest und den Verbraucherzentrale Bundes-
 5516 verband werden erhöht. Das Stiftungskapital der Stiftung Warentest wird verstetigt.]

5517
 5518 [In Steuerungsrunde hinterfragt: Zur ergänzenden Sicherstellung der Finanzierung
 5519 flächendeckender Beratung will die Koalition 20% der Einnahmen aus Bußgeldern
 5520 auf Grund von kartellrechtlichen Verstößen] sowie die zukünftig abzuschöpfenden
 5521 Gewinne aus unseriösen Geschäftspraktiken für den Verbraucherschutz eingesetzt.
 5522 Die Stiftung Datenschutz soll in die Stiftung Warentest integriert werden.

5523
 5524 *Europäisches und internationales Verbraucherrecht*

5525 Das EU-Verbraucherrecht soll auf Grundlage des Prinzips der Mindestharmonisie-
 5526 rung weiterentwickelt werden. Der Grundsatz der Subsidiarität muss stärker Beach-
 5527 tung finden. Die Koalition möchte, dass Deutschland das Niveau dieser Mindestrege-
 5528 lungen übertrifft. In Fällen besonderen Nutzens für Verbraucher unterstützen wir eine
 5529 Vollharmonisierung.

5530
 5531 Bei einem Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA müssen die hohen
 5532 europäischen Standards u. a. im Verbraucher- und Datenschutz weiter Geltung be-
 5533 halten.

5534
 5535 Bei der Neuregelung der Fluggastrechteverordnung und des Pauschalreiserechts
 5536 setzt sich Deutschland für den Erhalt des bestehenden Schutzniveaus ein; miss-
 5537 bräuchliche Praktiken wie überhöhte Gebühren für Namenswechsel und verloren ge-
 5538 gangene Reiseunterlagen werden unterbunden.

5539
 5540 Die EU-Richtlinie über Alternative Streitbeilegung wird zeitnah verbraucherfreundlich
 5541 umgesetzt und der „Online-Schlichter“ bundesweit einheitlich ausgeweitet. Beste-
 5542 hende Schlichtungsmöglichkeiten werden auf ihre Verbraucherfreundlichkeit über-
 5543 prüft.

5544
 5545 *Mehr Transparenz und Unterstützung für die Verbraucher*

5546 [Zur Erhöhung der Transparenz streben wir an, bestehende Regelungen zu einem
5547 allgemeinen Informationsfreiheits- und Transparenzgesetz zusammenzufassen.]

5548
5549 Wir wollen die Grundlagen für ein Label schaffen, das nachhaltige Produkte und
5550 Dienstleistungen kennzeichnet und den Lebenszyklus des Produkts einbezieht. Die
5551 Koalition prüft, ob beim werblichen Herausstellen besonderer Produkteigenschaften
5552 ein Auskunftsanspruch für Verbraucher geschaffen wird.

5553
5554 [Die Koalition wird ein Forschungsprojekt zur Lebensdauer von Alltagsgeräten aufle-
5555 gen, das Hinweisen auf eingebauten Verschleiß nachgeht.] Auf EU-Ebene wirken wir
5556 darauf hin, dass reparaturfreundliche Maßnahmen in die Öko-Design-Richtlinie auf-
5557 genommen werden.

5558
5559 Zur Verbesserung der Produktsicherheit setzen wir uns für ein europäisches Sicher-
5560 heitszeichen analog zum deutschen GS-Zeichen und auf EU-Ebene für eine ver-
5561 pflichtende Drittprüfung für Kinderspielzeug ein.

5562
5563 Produktinformationsblätter sollen auch für andere Märkte wie Telekommunikation
5564 und Energie eingeführt werden. Die Zweckmäßigkeit und die Verständlichkeit von
5565 Produktinformationsblättern und Beratungsprotokollen (Finanzbereich) müssen re-
5566 gelmäßig überprüft und Verbesserungen umgesetzt werden, zum Beispiel durch
5567 Standardisierung.

5568
5569 Die staatlich geförderte private Altersvorsorge soll verbraucherfreundlicher werden,
5570 zum Beispiel indem die Verwaltungskosten begrenzt werden.

5571
5572 *Schutz der Verbraucher im Finanzbereich*
5573 *Wir unterstützen die europäischen Initiativen und wollen ein Girokonto für Jedermann*
5574 *einführen. Wir werden bei der nationalen Umsetzung sicherstellen, dass alle Insti-*
5575 *tutsgruppen in angemessener Weise beteiligt sind*

5576
5577 *Wir werden die Evaluierung der gesetzlichen Regelungen zur Einführung des Pfän-*
5578 *dungsschutzkontos auswerten und insbesondere dafür Sorge tragen, dass die Ko-*
5579 *sten für ein Pfändungsschutzkonto nicht unangemessen hoch sind.*

5580
5581 Die Inanspruchnahme des Dispositionskredits soll nicht zu einer übermäßigen Bela-
5582 stung eines Bankkunden führen. Daher sollen die Banken verpflichtet werden, beim
5583 Übertritt in den Dispositionskredit einen Warnhinweis zu geben; bei dauerhafter und
5584 erheblicher Inanspruchnahme sollen sie dem Kunden eine Beratung über mögliche
5585 kostengünstigere Alternativen zum Dispositionskredit anbieten müssen.

5586
5587 *[SPD: Die Koalition wird die maximale Höhe der Zinsen für Dispositionskredite auf*
5588 *acht Prozentpunkte oberhalb des Basiszinssatzes gesetzlich festschreiben. Zudem*
5589 *wird sie die Bankautomaten für Geldabhebungen bei einer fremden Bank begren-*
5590 *zen.]*

5591
5592 Wir werden die Einführung der Honorarberatung als Alternative zu einer Beratung auf
5593 Provisionsbasis für alle Finanzprodukte vorantreiben und hohe Anforderungen an die
5594 Qualität der Beratung festlegen. Die Berufsbezeichnungen und Ausbildungsstan-
5595 dards der Berater auf Honorarbasis werden weiterentwickelt.

5596

5597 Das in der finanziellen Anlageberatung verwendete Beratungsprotokoll werden wir im
 5598 Hinblick auf die praktikable Handhabung überprüfen und mit Verbesserungen für An-
 5599 leger weiterentwickeln.

5600

5601 *Schutz der Verbraucher im Energiesektor*

5602 Wir wollen Regelungen für einen besseren Schutz vor Strom- und Gassperren, zum
 5603 Beispiel durch den Einsatz von intelligenten Stromzählern mit Prepaid-Funktion. Bei
 5604 den Tarifgenehmigungen ist zu beachten, dass Grundversorgertarife angemessen
 5605 gestaltet sind. Es werden Instrumente entwickelt, um die zugesagte Qualität von
 5606 Energiedienstleistungen und Energieeffizienzinvestitionen aus Sicht der Verbraucher
 5607 sicherzustellen. [Die kostenlose Energieberatung für Haushalte mit niedrigen Ein-
 5608 kommen wird ausgebaut] und Energieeffizienzprogramme so ausgerichtet, dass die-
 5609 se davon profitieren. Wir setzen uns für die Verbesserung der Energieeffizienzken-
 5610 nzeichnung von Haushaltsgeräten ein.

5611

5612 *Sicherheit, Selbstbestimmung und Transparenz in der digitalen Welt*

5613 [Wir fördern Innovationen und Techniken, die sicherstellen, dass Profilbildung und
 5614 darauf basierende Geschäftsmodelle ohne die Erhebung individualisierter personen-
 5615 bezogener Daten auskommen können.] Nicht-anonyme Profilbildungen müssen an
 5616 enge rechtliche Grenzen und die Einwilligung der Verbraucher geknüpft werden. Un-
 5617 ternehmen, die Scoringverfahren anwenden, werden verpflichtet, dies der zuständi-
 5618 gen Behörde anzuzeigen. Wir werden die Rechtsgrundlage dafür schaffen, dass die
 5619 Verbraucherverbände datenschutzrechtliche Verstöße abmahnen und Unterlas-
 5620 sungsklage erheben können.

5621

5622 Den mobilen Commerce werden wir verbraucherfreundlich ausgestalten, zum Bei-
 5623 spiel durch transparente Darstellungsmöglichkeiten auf mobilen Endgeräten und
 5624 Rückgabemöglichkeiten von Apps. Wir stärken die Rechte von Verbrauchern bei der
 5625 Nutzung digitaler Güter gegenüber der Marktmacht globaler Anbieter. Das Gesetz
 5626 gegen unseriöse Geschäftspraktiken wird Anfang 2015 insbesondere im Hinblick auf
 5627 die Wirksamkeit der Streitwertdeckelung bei Abmahnungen gegen Verbraucher auf
 5628 Grund von urheberrechtlichen Verstößen im Internet evaluiert.

5629

5630 *Sichere Lebensmittel, transparente Kennzeichnung, gesunde Ernährung*

5631 Die Lebensmittelüberwachung wird die Koalition besser vernetzen und in Deutsch-
 5632 land und der EU für einheitliche Standards und eine sachgerechte Kontrolldichte sor-
 5633 gen.

5634

5635 Verbraucherinformationsgesetz und § 40 Lebens- und Futtermittelgesetzbuch
 5636 (LFGB) werden dahingehend geändert, dass die rechtssichere Veröffentlichung von
 5637 festgestellten, nicht unerheblichen Verstößen unter Reduzierung sonstiger Aus-
 5638 schluss- und Beschränkungsgründe möglich ist.

5639

5640 [Strittig. Forderung SPD: Die Koalition wird Verbraucherinnen und Verbraucher mit-
 5641 tels einer leicht verständlichen Form wie der Hygieneampel in Restaurants und sämt-
 5642 lichen Lebensmittelbetrieben vor Ort über Überwachungsergebnisse informieren.
 5643 Dazu wird eine bundeseinheitliche Regelung für ein Kontrollbarometer geschaffen,
 5644 über deren Anwendung die Länder selbständig entscheiden.]

5645

5646 [Strittig. Forderung CDU/CSU: Wir werden zum Beispiel im Bereich der Dokumenta-
 5647 tion und Kennzeichnung darauf achten, dass für kleinere, regional tätige Unterneh-

5648 men unbürokratische Lösungen gefunden werden, ohne das Schutzniveau zu ge-
5649 gefährden.]

5650

5651 Wir setzen uns in der EU für ein Tierwohllabel nach deutschem Vorbild und für eine
5652 verpflichtende Kennzeichnung für Produkte von Tieren ein, die mit gentechnisch ver-
5653 änderten Pflanzen gefüttert wurden. Sie tritt für ein Verbot des Klonens zur Lebens-
5654 mittelherstellung und des Imports von geklonten Tieren sowie für eine Kennzeich-
5655 nungspflicht von Tieren und tierischen Produkten von deren Nachkommen ein. Für
5656 Lebensmittel muss es eine verpflichtende Kennzeichnung von Herkunft und Produk-
5657 tionsort geben.

5658

5659 Die Empfehlungen der Lebensmittelbuchkommission müssen sich stärker am An-
5660 spruch der Verbraucher nach „Wahrheit und Klarheit“ orientieren.

5661

5662 [Strittig. Forderung CDU/CSU: Wir werden eine Stiftung „Ernährung und Gesundheit“
5663 einrichten, um der gesundheitlichen Prävention einen noch höheren Stellenwert ein-
5664 zuräumen. Wir wollen die Ernährungsforschung insgesamt stärken und die wissen-
5665 schaftliche Basis für die Bewertung von Ernährungs- und Lebensmittelrisiken aus-
5666 bauen.]

5667

5668 Die Koalition wird bestehende Initiativen zur Ernährung und Gesundheit evaluieren
5669 [und die erfolgreichen verstetigen.]

5670

5671 **Kirchen und Religionsgemeinschaften**

5672

5673 Wir werden den Dialog mit den christlichen Kirchen, Religionsgemeinschaften und
5674 religiösen Vereinigungen intensiv pflegen. Religionen bereichern das gesellschaftli-
5675 che Leben und vermitteln Werte, die zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei-
5676 tragen. Wir bekennen uns zur christlichen Prägung unseres Landes wie auch zum
5677 Respekt vor jeder Glaubensüberzeugung.

5678

5679 Die christlichen Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände sind in vielen Bereichen unse-
5680 rer Gesellschaft unverzichtbar, nicht zuletzt im Bildungs-, Gesundheits- und Sozial-
5681 bereich, bei der Betreuung, Pflege und Beratung von Menschen sowie in der Kultur.
5682 Zahlreiche Leistungen kirchlicher Einrichtungen für die Bürgerinnen und Bürger sind
5683 nur möglich, weil die Kirchen im erheblichen Umfang eigene Mittel beisteuern und
5684 Kirchenmitglieder sich ehrenamtlich engagieren. Wir halten daher auch am System
5685 der Kirchensteuern fest, damit die Kirchen Planungssicherheit haben. Nur so können
5686 sie die eigenfinanzierten Leistungen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger unseres
5687 Landes weiter sicherstellen. Zugleich wollen wir die kirchlichen Dienste weiter unter-
5688 stützen. Dabei achten wir die kirchliche Prägung der entsprechenden Einrichtungen,
5689 die auch im kirchlichen Arbeitsrecht zum Ausdruck kommt.

5690

5691 Zum Gedenken an den weit über die Grenzen Deutschlands und Europas hinaus be-
5692 deutenden 500. Jahrestag der Reformation 2017 wird auch der Bund einen ange-
5693 messenen Beitrag leisten.

5694

5695 Wir unterstützen die jüdischen Gemeinden und die jüdische Wohlfahrtspflege, zum
5696 Beispiel bei der Integration von Zuwanderern und dem Auf- und Ausbau von Bil-
5697 dungs- und Kultureinrichtungen.

5698

5699 Den vielfältigen Beiträgen muslimischer Vereine und Verbände zu unserem Ge-
 5700 meinwesen – etwa zur Integration muslimischer Zuwanderer und ihrer Nachkommen
 5701 in unsere Gesellschaft, wie auch zum Dialog zwischen den Kulturen und Religionen
 5702 – gilt unsere Wertschätzung und Unterstützung. In diesem Sinne wollen wir die Deut-
 5703 sche Islam Konferenz fortsetzen.

5704
 5705 [Das bewährte Staatskirchenrecht in unserem Land ist eine geeignete Grundlage für
 5706 eine umfassende partnerschaftliche Zusammenarbeit mit allen Religionsgemein-
 5707 schaften.]

5708
 5709

5710 4.3 Kultur, Medien und Sport

5711 Kultur

5712 *Kulturförderung im föderalen System*

5713
 5714 Kunst- und Kulturförderung ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und
 5715 Kommunen, die diese in ihrer jeweils eigenen Zuständigkeit wahrnehmen.

5716 Den Kulturhaushalt des Bundes wird die Koalition auf hohem Niveau weiterentwick-
 5717 keln. Kultur ist keine Subvention, sondern eine Investition in unsere Zukunft. Einspa-
 5718 rungen in Kulturhaushalten sind nicht geeignet, Haushalte zu sanieren.

5719
 5720 Bund und Länder sollten bei der Planung und Finanzierung künftig intensiver und sy-
 5721 stematischer zusammenwirken (kooperativer Kulturföderalismus). Dazu soll ein re-
 5722 gelmäßiger Austausch zwischen Bund, Ländern und Kommunen etabliert werden.
 5723 Die Kulturstiftungen des Bundes und der Länder sind einzubeziehen.
 5724 [Deutschland ist ein Kulturstaat. Die Koalition ist bestrebt, der Kultur eine stärkere
 5725 verfassungsrechtliche Grundlage zu geben und das Staatsziel Kultur im Grundgesetz
 5726 zu verankern.]

5727
 5728 Der Bund fördert national bedeutsame Kultureinrichtungen. Für eine Bundesbeteili-
 5729 gung sind Förderkriterien zu erarbeiten, um eine systematisch und eindeutig struktu-
 5730 rierte Förderkulisse zu erreichen. Für die bisher geförderten Einrichtungen bedarf es
 5731 langfristiger Finanzierungsperspektiven auch über 2019 hinaus. [Die Koalition wird
 5732 das Programm „Invest Ost – Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Ost-
 5733 deutschland“ fortsetzen.]

5734
 5735 Die Förderung folgender national bedeutsamer Kulturorte soll vorrangig geprüft wer-
 5736 den: Romantikmuseum in Frankfurt am Main, Schaumagazin für Künstlernachlässe
 5737 in der Abtei Brauweiler (NRW), Residenzschloss Dresden und Internationales Tanz-
 5738 zentrum Pina Bausch.

5739
 5740 [Angesichts des rasanten gesellschaftlichen Wandels (Demografie, Digitalisierung,
 5741 Integration etc.) sollte die kulturelle Infrastruktur in Deutschland fortentwickelt, mo-
 5742 dernisiert und an die neuen Herausforderungen angepasst werden.] Ein wichtiger
 5743 Aspekt ist dabei die Barrierefreiheit kultureller Einrichtungen und Baudenkmäler.

5744
 5745 [Gemeinsam mit den Ländern will die Koalition neue Arbeitsformen und Kooperati-
 5746 onsmodelle entwickeln, um die Potenziale des demografischen Wandels im Kulturbere-
 5747 ich aufzuzeigen und die identitätsstiftende Wirkung von Kunst und Kultur heraus-
 5748 zustellen.]

- 5750
5751 Der Analyse, dem Austausch und der Reflexion dienen eine verstärkte Kulturpolitik-
5752 forschung und eine ggf. gesetzlich zu sichernde Kulturstatistik. Dazu gehört auch die
5753 Weiterentwicklung einer qualifizierten Besucherforschung, die wertvolle Rückmel-
5754 dungen zu künstlerischen Angeboten gibt.
5755
- 5756 Viele vom Bund geförderte Kultureinrichtungen stehen aufgrund der deutlichen Tarif-
5757 steigerungen, Bauunterhaltskosten und inflationsbedingten Mehrkosten der letzten
5758 Jahre vor erheblichen strukturellen Problemen. [Um das kulturelle Angebot zu erhal-
5759 ten, soll ein finanzieller Ausgleich gewährleistet werden.]
5760
- 5761 Die Kulturlandschaft in Deutschland zeichnet sich durch kulturelle Vielfalt und viele
5762 freie Initiativen und Projekte aus, die immer wieder neu anzuregen und zu vitalisieren
5763 sind. Das Engagement des Bundes für die Förderung der freien, zeitgenössischen
5764 und darstellenden Kunst und Kultur ist vor allem auch im Hinblick auf interkulturelle
5765 Belange zu verstärken.
5766
- 5767 Der Kulturstiftung des Bundes (KSB) kommt als Förderin und als Dachorganisation
5768 für die Zuwendungen an die Kulturfonds eine wesentliche Rolle zu, die weiter ge-
5769 stärkt werden soll. [Die Koalition will zudem die Autonomie und die Arbeit der beste-
5770 henden Fonds finanziell verstärken.]
5771
- 5772 Mit der Musikförderung des Bundes will die Koalition den Ansatz einer konzeptorien-
5773 tierten Kulturförderung weiterentwickeln. [Die Gründung eines Musikfonds auf Bun-
5774 desebene für die Entwicklung der zeitgenössischen Musikkultur hilft, eine Lücke im
5775 Fördersystem zu schließen.]
5776
- 5777 [Auch die Förderung des Bundes für die innovative und international ausstrahlende
5778 Kunstform Tanz soll im Dialog mit den Ländern fortgesetzt und im Rahmen eines
5779 zeitgemäßen, nachhaltig wirkenden Förderprogramms weiter entwickelt werden.]
5780
- 5781 Die besondere Verantwortung des Bundes in Berlin ist eine dauerhafte Aufgabe, der
5782 Hauptstadtfinanzierungsvertrag ist langfristig auszugestalten. Die Koalition wird mit
5783 dem Land Berlin einen Folgevertrag für den Ende 2017 auslaufenden Hauptstadtfi-
5784 nanzierungsvertrag vereinbaren, mit dem weiterhin alle grundsätzlichen Fragen der
5785 gesamtstaatlichen Repräsentation des Bundes in der Hauptstadt und die damit ver-
5786 bundene Kulturfinanzierung einvernehmlich und verbindlich auf der Grundlage des
5787 Art. 22 Abs. 1 GG geregelt werden.
5788
- 5789 Mit dem Berliner Schloss/Humboldtforum erhält Berlin einen zentralen städtebauli-
5790 chen Ankerpunkt zurück. Die Arbeiten werden zügig fortgesetzt. Der Bund wird die
5791 Stiftung Berliner Schloss / Humboldtforum bei ihrem Werben um Spenden weiter un-
5792 terstützen.)
5793 Um den späteren Gebäudebetrieb des Humboldt-Forums zu gewährleisten, die Be-
5794 spielung des Hauses angemessen vorzubereiten und nach Übergabe an die Nutzer
5795 ein anspruchsvolles Kulturprogramm für alle zu ermöglichen, wird die Koalition die
5796 Weiterentwicklung des Nutzungskonzeptes begleiten und dafür in der Finanzplanung
5797 rechtzeitig die erforderlichen Mittel etatisieren.
5798
- 5799 [Die Koalition wird die Arbeit der Stiftung Preußischer Kulturbesitz stärken, insbeson-
5800 dere im Hinblick auf die Bauvorhaben auf der Museumsinsel und der angemessenen

5801 Präsentation der Kunst des 20. Jahrhunderts, einschließlich der Sammlung Pietzsch.
 5802 Ebenso werden die Investitionstätigkeiten bei der Stiftung Preußische Schlösser und
 5803 Gärten unterstützt.]

5804
 5805 Die Koalition bekennt sich zu dem Ziel, jedem Einzelnen unabhängig von seiner so-
 5806 zialen Lage und ethnischen Herkunft gleiche kulturelle Teilhabe in allen Lebenspha-
 5807 sen zu ermöglichen. Kultur für alle umfasst Inklusion, Geschlechtergerechtigkeit so-
 5808 wie interkulturelle Öffnung. Diese Grundsätze sind auch auf die vom Bund geförder-
 5809 ten Einrichtungen und Programme zu übertragen.

5810
 5811 Kulturelle Bildung ist unverzichtbar für die Persönlichkeitsentwicklung insbesondere
 5812 junger Menschen, ihre sozialen Kompetenzen und für die gesellschaftliche Teilhabe.
 5813 Dies schließt auch Medienbildung mit ein. Dafür bedarf es eines ausgewogenen Ver-
 5814 hältnisses zwischen verlässlicher Strukturförderung und innovativer Projektförderung.
 5815 [Das Programm „Kultur macht stark – Bündnisse für die Bildung“ soll auf seine Effizi-
 5816 enz überprüft, mit dem Kulturbereich und den Ländern abgestimmt und inhaltlich wei-
 5817 terentwickelt werden.

5818
 5819 *Gedenken und Erinnern, kulturelles Erbe, Baukultur*

5820 Das historische Gedächtnis und insbesondere die Aufarbeitung der jüngeren Ge-
 5821 schichte unseres Landes bleiben dauerhafte Aufgaben.

5822
 5823 Unser Bewusstsein für Freiheit, Recht und Demokratie ist geprägt durch die Erinne-
 5824 rung an NS-Terrorherrschaft, an Stalinismus und SED-Diktatur, aber auch durch po-
 5825 sitive Erfahrungen deutscher Demokratiegeschichte. Das bewährte Gedenkstätten-
 5826 konzept des Bundes ist weiterzuentwickeln. Besondere Bedeutung misst die Koaliti-
 5827 on der Zeitzeugenarbeit, der politischen Bildung sowie der Wirkung authentischer Or-
 5828 te bei. Die Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau wird in die institutio-
 5829 nelle Förderung des Bundes aufgenommen.

5830
 5831 [Das im Gedenkstättenkonzept enthaltene Themenfeld Opposition und Widerstand
 5832 setzt die Koalition unter anderem um, indem das von der Robert-Havemann-
 5833 Gesellschaft bewahrte Archiv der DDR-Opposition und die Open-Air-Ausstellung
 5834 „Friedliche Revolution 1989“ dauerhaft gesichert werden.]

5835
 5836 Die Koalition unterstützt das Vorhaben, die ehemalige Stasi-Zentrale in Berlin-
 5837 Lichtenberg künftig als Ort der Aufklärung über Diktatur und Widerstand zu nutzen
 5838 und fortzuentwickeln. [Sie unterstützt auch den Umzug des Alliierten-Museums an
 5839 den ehemaligen Flughafen Berlin Tempelhof.]

5840
 5841 Die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus und den Widerstand gegen das
 5842 NS-Regime auch in seiner europäischen Dimension werden wir wachhalten. Dem
 5843 systematischen Völkermord an den europäischen Juden sowie an anderen Völkern
 5844 und Gruppen wird in der deutschen Erinnerungskultur immer eine außerordentliche
 5845 Bedeutung zukommen.

5846
 5847 Bis heute ist der Verbleib von Kunst- und Kulturgütern, die Eigentümer aufgrund der
 5848 Verfolgung durch die Nationalsozialisten verloren haben, nicht vollständig geklärt.
 5849 Die Folgen nationalsozialistischer Unrechtsmaßnahmen bestehen fort. [Um dem An-
 5850 spruch bei der Restitution NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbeson-

5851 dere aus jüdischem Besitz, gerecht zu werden, will die Koalition die Mittel für die
5852 Provenienzforschung verstärken.]

5853
5854 [Die Koalition wird die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit von Ministerien und Bun-
5855 desbehörden vorantreiben. In einer Bestandsaufnahme soll der aktuelle Forschungs-
5856 stand und bestehende Forschungsbedarf auf Bundesebene zur Aufarbeitung der frü-
5857 hen Nachkriegsgeschichte von Ministerien und Behörden in der Bundesrepublik
5858 Deutschland und der DDR ermittelt werden.]

5859
5860 Angesichts der enormen Wissensdefizite bei Jugendlichen über die beiden deut-
5861 schen Diktaturen im 20. Jahrhundert gilt es, wirksame Mittel für eine bessere Wis-
5862 sensvermittlung wie die schulische und außerschulische politische Bildung zu nut-
5863 zen. Authentischen Orten, wie beispielsweise dem ehemaligen „Reichsparteitagsgel-
5864 ände“ in Nürnberg, kommt eine wesentliche Funktion für die Geschichtskultur in
5865 Deutschland zu, die gemeinsam mit dem jeweiligen Land erhalten und genutzt wer-
5866 den soll.

5867
5868 In der kommenden Legislaturperiode werden wir u.a. den 100. Jahrestag des Aus-
5869 bruchs des Ersten Weltkrieges, 25 Jahre Mauerfall und Deutsche Einheit, das Ge-
5870 denken an 70 Jahre Befreiung der Konzentrationslager, Ende des Zweiten Weltkrieges
5871 und 80 Jahre „Nürnberger Gesetze“ angemessen begehen.

5872
5873 [Die Koalition wird die Arbeit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
5874 finanziell stabilisieren.]

5875
5876 Die Restitution von Kunst- und Kulturgut, das von Behörden in der ehemaligen so-
5877 wjetischen Besatzungszone/DDR den rechtmäßigen Eigentümern entzogen wurde,
5878 ist eine noch nicht abgeschlossene Aufgabe. [Zur Klärung der Ansprüche früherer
5879 Eigentümer muss auch in diesen Fällen die Provenienzforschung verstärkt werden.]

5880
5881 Die Koalition will das Verständnis für unsere gemeinsame europäische Geschichte
5882 weiterentwickeln und begrüßt das Projekt „Europäisches Kulturerbe-Siegel“. Das Eu-
5883 ropäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität kann mit anderen europäischen Part-
5884 nern den Nukleus dafür bilden, Erinnerung und Gedenken im Geiste europäischer
5885 Versöhnung und Demokratie, Austausch und gemeinsame Projekte zu vertiefen. Da-
5886 bei wird die Koalition das Netzwerk unterstützen.

5887
5888 Die Förderung des kulturellen Erbes der Deutschen im östlichen Europa gemäß § 96
5889 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) ist ein Beitrag zur kulturellen Identität Deutsch-
5890 lands und Europas. Mit dem Ziel verstärkter europäischer Integration soll auch die
5891 „Konzeption 2000“ der Kulturförderung des Bundes nach § 96 BVFG angepasst und
5892 weiterentwickelt sowie die Umsetzung der Konzeption der Stiftung Flucht, Vertrei-
5893 bung, Versöhnung (SFVV) erfolgen. Die Koalitionsparteien stehen zur gesellschaftli-
5894 chen wie historischen Aufarbeitung von Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung.
5895 Wir bekräftigen unsere Verbundenheit mit den deutschen Minderheiten in Mittel- und
5896 Osteuropa sowie mit den im Ausland lebenden Deutschen.

5897
5898 [Die Erhaltung des schriftlichen Kulturgutes ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Die
5899 entsprechende Koordinierungsstelle bei der Staatsbibliothek zu Berlin wird auf Basis
5900 einer bereits geplanten Evaluierung und in Abstimmung mit den Ländern, gegebe-
5901 nenfalls über ein Bund-Länder-Förderprogramm, über 2015 hinaus fortgeführt.]

5902
 5903 Wir wollen einen breiten gesellschaftlichen Dialog zu baukulturellen Fragen fördern –
 5904 auch zu Bauvorhaben des Bundes. Die Bundesstiftung Baukultur als hierfür wichti-
 5905 gen Partner wollen wir stärken.

5906
 5907 Auch der der Erhalt von Denkmälern ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. [Der Bund
 5908 wird die Denkmalschutz-Sonderprogramme verstetigen sowie das Programm „Natio-
 5909 nal wertvolle Kulturdenkmäler“ ausbauen.] Die Koalition setzt sich für ein „Europäi-
 5910 sches Jahr für Denkmalschutz“ ein. Die für die Baukultur und den Denkmalschutz be-
 5911 reitgestellten Mittel werden wir auf sachgerechtem Niveau fortführen. An der steuerli-
 5912 chen Förderung von Baudenkmalern und Gebäuden in Sanierungsgebieten und
 5913 städtebaulichen Entwicklungsbereichen halten wir fest.

5914
 5915 Zu den herausragenden internationalen Stätten unserer Denkmalschutzlandschaft
 5916 zählen die UNESCO-Welterbestätten. Der Bund wird den dafür zuständigen Ländern
 5917 bei deren Pflege und Erhaltung weiterhin ein verlässlicher Partner sein.

5918
 5919 [Das bewährte „Investitionsprogramm Nationale UNESCO-Welterbestätten“ soll in
 5920 der Verantwortung der entsprechenden Ressorts fortgeführt und die Koordinierungs-
 5921 stelle Welterbe personell verstetigt werden.]

5922
 5923 Mit der Novellierung des Kulturgutschutzgesetzes will die Koalition ein, den Kultur-
 5924 gutschutz stärkendes, kohärentes Gesetz schaffen, um sowohl illegal ausgeführtes
 5925 Kulturgut anderer Staaten effektiv an diese zurückzugeben, als auch deutsches Kul-
 5926 turgut besser vor Abwanderung ins Ausland zu schützen.

5927 Im Zweiten Weltkrieg wurden zahlreiche Kulturgüter aus Deutschland als „Beute-
 5928 kunst“ nach Russland und in andere Staaten, vor allem in Mittel- und Osteuropa,
 5929 verbracht. Ihre Rückführung ist und bleibt ein wichtiges Ziel der Bundesregierung.

5930
 5931 Das Reformationsjubiläum 2017 will die Koalition als ein herausragendes Ereignis
 5932 der europäischen Kulturgeschichte gemeinsam mit den Ländern weiterhin aktiv ge-
 5933 stalten und seine Förderung fortführen.

5934
 5935 Das Bauhaus-Jubiläum im Jahre 2019 wird als Ereignis von nationaler und weltweiter
 5936 Strahlkraft auch durch den Bund unterstützt. [Wir werden bei den drei Bauhaus-
 5937 Einrichtungen Stiftung Bauhaus-Dessau, Klassik-Stiftung Weimar und Bauhaus-
 5938 Archiv Berlin die notwendigen baulichen Voraussetzungen schaffen.] Der Bund wird
 5939 sich gemeinsam mit den im Bauhaus-Verbund zusammengeschlossenen Ländern an
 5940 der Vorbereitung des Bauhaus-Jubiläums beteiligen.

5941
 5942 Der 250. Geburtstag von Ludwig van Beethoven im Jahr 2020 bietet herausragende
 5943 Chancen für die Kulturnation Deutschland im In- und Ausland. Deshalb ist die Vorbe-
 5944 reitung dieses wichtigen Jubiläums eine nationale Aufgabe.

5945
 5946 Die Koalition wird das Bundesarchivgesetz novellieren, insbesondere durch Verbes-
 5947 serung der Nutzer- und Wissenschaftsfreundlichkeit. Das Bundesarchiv muss in die
 5948 Lage versetzt werden, die E-Verwaltung einführen zu können.

5949
 5950 *Soziale Absicherung von Künstlern*

5951 Die Koalition wird sich in der kommenden Legislaturperiode für die soziale Absiche-
 5952 rung von Kreativen und Künstlern einsetzen und für weitere Verbesserungen sorgen.

5953 Insbesondere wird die Koalition nach Ablauf der aktuellen Regelung zum Arbeitslo-
 5954 sengeld-I-Bezug für überwiegend kurz befristet Beschäftigte, die auch für viele Kul-
 5955 turschaffende von hoher Bedeutung ist, Ende 2014 eine Anschlussregelung einfüh-
 5956 ren, die den Besonderheiten von Erwerbsbiographien in der Kultur hinreichend
 5957 Rechnung trägt, [wie z. B. die Rahmenfrist, innerhalb derer die Anwartschaftszeit für
 5958 den Bezug von Arbeitslosengeld I erfüllt werden muss, von zwei auf drei Jahre zu
 5959 verlängern. Lücken in der sozialen Absicherung von Künstlern werden wir identifizie-
 5960 ren und Lösungen entwickeln, wie etwa die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall ab
 5961 dem ersten Tag.]

5962
 5963 [Die Koalition wird umgehend Maßnahmen zur Stabilisierung und Sicherung der un-
 5964 verzichtbaren Künstlersozialkasse (KSK) ergreifen. Ziel ist es, die in der KSK versi-
 5965 cherten selbstständigen Kultur- und Kreativschaffenden verlässlich abzusichern und
 5966 eine mittelfristige Senkung des Abgabesatzes zu erreichen. Es ist vordringlich, Ab-
 5967 gabegerechtigkeit durch eine umfassende und effiziente Kontrolle der Abgabepflicht
 5968 sicherzustellen. Die Koalition will eine regelmäßige Überprüfung aller Unternehmen
 5969 gesetzlich verankern. Bestehende Ausnahmeregelungen für Kinder- und Jugendmu-
 5970 sik ohne Gewinnerzielungsabsicht werden fortgeführt. Im Rahmen des Künstlersozi-
 5971 alversicherungs-gesetzes (KSVG) soll eine Klarstellung zu neuen Formen künstlerischer
 5972 und publizistischer Tätigkeiten erfolgen. Außerdem werden wir prüfen, ob der
 5973 Bundeszuschuss zur Künstlersozialversicherung anzuheben ist.]

5974
 5975 **AG Arbeit:**

5976 Wir werden die Künstlersozialkasse erhalten und durch eine regelmäßige Überprü-
 5977 fung der Unternehmen auf ihre Abgabepflicht hin dauerhaft stabilisieren. Dafür müs-
 5978 sen wir einen weiteren Anstieg der Künstlersozialabgabe verhindern. Dies setzt vor-
 5979 aus, dass alle abgabepflichtigen Unternehmen ihren Beitrag leisten.
 5980 Ein effizientes Prüfverfahren soll die Belastungen für Wirtschaft und Verwaltungen
 5981 minimieren und Abgabegerechtigkeit herstellen. Dabei wollen wir auch die Abgren-
 5982 zung von ehrenamtlicher und künstlerischer Tätigkeit schärfen (z. B. Blaskapellen).

5983
 5984 **AG Kultur**

5985 [Die öffentliche Förderung im Kultur- und Medienbereich soll sich an sozialen Min-
 5986 deststandards orientieren.]

5987
 5988 *Reform des Urheberrechts*

5989 Wir wollen das Urheberrecht den Erfordernissen und Herausforderungen des digita-
 5990 len Zeitalters anpassen. Dabei werden digitale Nutzungspraktiken berücksichtigt. Ziel
 5991 muss ein gerechter Ausgleich der Interessen von Urhebern, Verwertern und Nutzern
 5992 sein. Damit der Wert kreativer Leistungen stärker in den Mittelpunkt der Urheber-
 5993 rechtsdebatte rückt, muss das Bewusstsein für den Wert geistigen Eigentums in der
 5994 Gesellschaft gestärkt werden. Die Koalition will deshalb entsprechende Maßnahmen
 5995 unterstützen.

5996
 5997 Zum effektiveren Schutz von Markeninhabern, Urhebern und anderen Kreativen vor
 5998 Rechtsverletzungen im weltweiten digitalen Netz streben wir den Ausbau verbindli-
 5999 cher europäischer und inter-nationaler Vereinbarungen an. Alle Maßnahmen zum
 6000 Schutz geistigen Eigentums müssen verhältnismäßig sein. Als wesentlichen Beitrag
 6001 zum Schutz der Verbraucher und zur Eindämmung von massenhaften Rechtsverlet-
 6002 zungen sehen wir die Diensteanbieter im Internet stärker in der Verantwortung.

6003

- 6004 Wir wollen die Rechtsdurchsetzung insbesondere gegenüber Plattformen verbes-
 6005 sern, deren Geschäftsmodell im Wesentlichen auf der Verletzung von Urheberrech-
 6006 ten aufbaut. Wir werden dafür sorgen, dass sich solche Diensteanbieter nicht länger
 6007 auf das Haftungsprivileg, das sie als sogenannte Hostprovider genießen, zurückzie-
 6008 hen können und insbesondere keine Werbeeinnahmen mehr erhalten.
 6009
- 6010 Um Rechtsverletzungen vorzubeugen, werden wir die Medienkompetenz der Inter-
 6011 netnutzer stärken und sie besser in die Lage versetzen, zwischen legalen und illega-
 6012 len Angeboten im Netz zu unterscheiden.
 6013
- 6014 Wir wollen die kollektive Rechtswahrnehmung durch Verwertungsgesellschaften
 6015 stärken und insbesondere die Aufsicht über die Verwertungsgesellschaften effektiver
 6016 ausgestalten.
 6017
- 6018 Wir wollen Verhandlungen und Streitigkeiten über die Höhe der Privatkopievergütung
 6019 schneller, effizienter und einfacher gestalten und werden eine Hinterlegungspflicht für
 6020 gesetzliche Vergütungsansprüche einführen.
 6021
- 6022 Um die Position des Urhebers zu verbessern und Kreativen eine angemessene Ver-
 6023 gütung zu ermöglichen, bedarf es einer Überarbeitung des Urhebervertragsrechts.
 6024 Dabei müssen wir feststellen, ob Verhandlungs- bzw. Konfliktlösungsmechanismen
 6025 effizient genug ausgestaltet sind und ob das Verfahren insgesamt beschleunigt wer-
 6026 den muss sowie die Verbindlichkeit des Schlichtungsverfahrens zu verbessern ist.
 6027
- 6028 Wir bekennen uns zur Vertragsfreiheit im Urheberrecht und sind uns bewusst, dass
 6029 Inhalte oft unter (impliziten) Nutzungsbestimmungen angeboten werden. Gleichzeitig
 6030 ist das Interesse der Verbraucher an einer langfristigen und geräteunabhängigen
 6031 Nutzung ihrer legal erworbenen digitalen Inhalte zu berücksichtigen. Unser Ziel ist es
 6032 daher, die Portabilität gekaufter Inhalte zu ermöglichen und zu fördern.
 6033 Geprüft werden soll zudem, wie urheberrechtlich sichergestellt werden kann, dass
 6034 Technologiebrüche bei der Weiterversendung von Rundfunksignalen vermieden
 6035 werden können.
 6036
- 6037 Wir werden eine Reform des Urheberrechts auf den Weg bringen mit dem Ziel, den
 6038 wichtigen Belangen von Wissenschaft, Forschung und Bildung stärker Rechnung zu
 6039 tragen und eine Bildungs- und Wissenschaftsschranke einführen.
 6040 Wir werden prüfen, ob den öffentlichen Bibliotheken gesetzlich das Recht eingeräumt
 6041 werden sollte, elektronische Bücher zu lizenzieren.
 6042
- 6043 Wir werden eine umfassende Open Access Strategie entwickeln, die die Rahmenbe-
 6044 dingungen für einen effektiven und dauerhaften Zugang zu öffentlich finanzierten Pu-
 6045 blikationen und auch zu Daten (open data) verbessert.
 6046
- 6047 Die Veränderung der Medienwelt hat auch Folgen für die Printmedien, jedoch bleiben
 6048 die Gründe für steuerliche Erleichterungen – Kultur- und Medienangebote als Teil der
 6049 Daseinsvorsorge – auch in der digitalen Welt die gleichen. Den verminderten Mehr-
 6050 wertsteuersatz für Bücher, Zeitungen und Zeitschriften will die Koalition beibehalten;
 6051 [er soll in Zukunft auch für Hörbücher gelten. Auf europäischer Ebene wird die Koali-
 6052 tion darauf hinwirken, dass auf E-Books, E-Paper und andere elektronische Informa-
 6053 tionsmedien künftig der ermäßigte Mehrwertsteuersatz Anwendung finden kann.] Es-

6054 sentiell für die Erhaltung der Vielfalt der Bücher und Buchhandlungen ist die Buch-
6055 preisbindung, die europarechtlich auch im Hinblick auf E-Books abzusichern ist.

6056

6057 Die Koalition wird auch in Zukunft an den Steuererleichterungen für kulturelle Lei-
6058 stungen festhalten und den bestehenden Standard der Steuererleichterungen für
6059 gemeinnützige Einrichtungen bewahren. [Die Koalition wird prüfen, ob weitere Um-
6060 satzsteuererleichterungen für künstlerische Berufe möglich sind.

6061

6062 **Medien**

6063

6064 Unabhängige und vielfältige Medien sind Grundpfeiler einer funktionierenden Demo-
6065 kratie. Es ist deshalb erklärtes Ziel der Koalition, die Medienfreiheit, -vielfalt und -
6066 unabhängigkeit zu sichern. Die Digitalisierung und die damit einhergehende Konver-
6067 genz der Medien prägen die aktuelle Entwicklung der Medienwelt. Dabei soll nicht
6068 der Verbreitungsweg, sondern der Inhalt über das Regulierungsregime entscheiden.
6069 Deshalb unterstützt der Bund die Bemühungen der Länder um eine der Medienkon-
6070 vergenz angemessene Medienordnung. In diesem Zusammenhang setzt sich die
6071 Koalition für eine im Anschluss an die Vorarbeit der Länder einzusetzende zeitlich
6072 befristete Bund-Länder-Kommission ein, um erforderliche Kompatibilitätsregeln und
6073 daran anknüpfende Anpassungen - zum Beispiel an den Schnittstellen Medienauf-
6074 sicht, Telekommunikationsrecht und Wettbewerbsrecht – zu erarbeiten.

6075

6076 Insbesondere aufgrund europäischer und internationaler Entwicklungen im Medien-
6077 bereich ist es wichtig, mit einer abgestimmten und starken Stimme zu sprechen.
6078 Deshalb ist es notwendig, dass deutsche Interessen konsequent und in enger Ab-
6079 stimmung zwischen Bund und Ländern in Brüssel vertreten werden.

6080

6081 [Im Wissen um die Zuständigkeit der Länder bekennt sich die Koalition zur dualen
6082 Medienordnung. – Länderkompetenz] Die Koalition will faire Wettbewerbschancen für
6083 alle Medienanbieter. Deshalb wollen wir die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen
6084 privatwirtschaftlicher Medienproduktion stärken. Sie setzt sich für das Prinzip der
6085 Plattformneutralität ein, d. h. bei Distributionsplattformen für Rundfunk und Tele-
6086 medien insbesondere bei marktbeherrschenden Plattformbetreibern sind eine diskri-
6087 minierungsfreie Informationsübermittlung und der neutrale Zugang zu Inhalten si-
6088 cherzustellen. [Private und öffentlich-rechtliche audiovisuelle Medienangebote und
6089 journalistisch-redaktionelle Inhalte, die einen Beitrag im Sinne des Public Value lei-
6090 sten, sollen einen diskriminierungsfreien Zugang zu Distributionswegen und eine
6091 herausgehobene Auffindbarkeit erhalten. Länderkompetenz]

6092

6093 Die Koalition wird sich für eine Revision der Richtlinie über audiovisuelle Medien-
6094 dienste (AVMD-RL) einsetzen, die den Entwicklungen einer konvergenten Medien-
6095 welt gerecht wird und u.a. Werberegeln dereguliert. Im Bereich Online-Werbung un-
6096 terstützen wir die Selbstregulierungsansätze der Branche.

6097

6098 Es ist zu prüfen, inwieweit das Kartellrecht den aktuellen Entwicklungen im Sinne der
6099 Konvergenz anzupassen ist. Dabei darf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Medienun-
6100 ternehmen im internationalen Vergleich nicht beeinträchtigt werden.

6101

6102 Bei der Frequenzplanung (Digitale Dividende II) werden wir auf nationaler und euro-
6103 päischer Ebene im Einvernehmen mit den Ländern die Belange des hiervon betroffe-
6104 nen Rundfunks (DVB-T) und die Interessen der Nutzer drahtloser Produktionsmittel

6105 (z.B. in Kultureinrichtungen) berücksichtigen. Die für den Umstieg auf DVB-T2 not-
6106 wendigen Voraussetzungen müssen erhalten bleiben.

6107

6108 [Die Deutsche Welle ist eine wichtige Stimme Deutschlands in der Welt und muss
6109 dauerhaft und spürbar gestärkt werden.] Die von Bund und Ländern im Sommer
6110 2013 vereinbarte grundlegende Verstärkung der Kooperation zwischen Deutscher
6111 Welle und ARD, ZDF und Deutschlandradio muss gerade im Informationsbereich
6112 umgesetzt werden.

6113

6114 Journalistisch-redaktionell verantwortete Medien sind von zentraler Bedeutung für
6115 Demokratie, Informationsfreiheit und Meinungsbildung und zwar unabhängig von der
6116 technologischen Verbreitung. [Die Koalition unterstützt eine Initiative der Länder zur
6117 Wiedereinführung des „amtlichen Presseausweises“.

6118

6119 Die vielfältigen und wichtigen Initiativen der Bundeszentrale für politische Bildung
6120 insbesondere zur Stärkung des (Lokal-) Journalismus werden fortgesetzt und weiter-
6121 entwickelt. – Länderkompetenzen]

6122

6123 Die Koalition will gemeinsam mit den Verlagen sowie Journalistinnen und Journali-
6124 sten das Bewusstsein für den Wert und die Bedeutung von Zeitungen und Zeitschrif-
6125 ten als Kulturgut in der Gesellschaft verankern. Wir wollen die Angebotsvielfalt in
6126 diesem Bereich, insbesondere auch auf regionaler Ebene, erhalten. Verlage und
6127 Journalisten brauchen verlässliche Rahmenbedingungen von Seiten der Politik.

6128 Wir halten das Presse-Grosso als neutralen Vertriebsweg für unverzichtbar. Es darf
6129 durch europäische Rechtsentwicklungen nicht beeinträchtigt werden. Wir werden uns
6130 bei den Ländern für eine presserechtliche Verankerung des Presse-Grosso einset-
6131 zen.

6132

6133 [Gemeinsam mit den Ländern wird der Bund die Mediendatenbank fortentwickeln
6134 und die Fortsetzung der Pressestatistik als Medienstatistik unterstützen.]

6135

6136 Die Koalition will unabhängige Buchhandlungen in ihrer Funktion als Ort der kulturel-
6137 len Vermittlung und Begegnung und angesichts der stetigen Zunahme des durch
6138 große Marktakteure geprägten Versandbuchhandels stärken, z. B. durch die Einfüh-
6139 rung eines jährlichen Preises für besonders innovative und kulturell ausgerichtete
6140 Geschäftsmodelle.

6141

6142 Deutschland soll sich zu einem digitalen Kulturland weiterentwickeln. [Unser kulturel-
6143 les Erbe muss digitalisiert werden, um es für die kommenden Generationen zu si-
6144 chern.]

6145

6146 Eine wichtige Aufgabe zur Sicherung unseres kulturellen Erbes übernimmt die Deut-
6147 sche Digitale Bibliothek als deutscher Beitrag zur europäischen digitalen Bibliothek
6148 Europeana. Der Bund ist sich der Verantwortung für die digitale Erschließung der kul-
6149 turellen und wissenschaftlichen Überlieferungen bewusst und treibt auf dieser Grund-
6150 lage mit den Ländern und Kommunen eine abgestimmte Digitalisierungsstrategie
6151 voran. Die vom Bund geförderten Einrichtungen müssen in die Lage versetzt werden,
6152 ihre Bestände einzubringen.

6153

6154 Medienkompetenz ist eine elementare Schlüsselkompetenz in unserer digitalen Ge-
6155 sellschaft und grundlegende Voraussetzung für einen selbstbestimmten Umgang mit

6156 den Medien und dem Netz für alle Generationen. Sie eröffnet - auch im Zusammen-
 6157 wirken mit Bürgermedien - Chancen der medialen Teilhabe und des Netzes und sen-
 6158 sensibilisiert den Nutzer für mögliche Risiken. Die bisherigen Initiativen des Bundes
 6159 (BKM und BMFFSFJ) sollen – unter Wahrung der Kompetenzen der Länder und in
 6160 enger Abstimmung mit diesen – fortgesetzt und verstetigt werden. Initiativen wie das
 6161 „Netz für Kinder“ / „Frag Finn“ ermöglichen Kindern einen sachkundigen Umgang mit
 6162 dem Internet. Die „Nationale Initiative Printmedien“ soll weiterentwickelt werden und
 6163 insbesondere die Medienkompetenzvermittlung von Kindern und Jugendlichen in den
 6164 Blick nehmen.

6165
 6166 Kinder und Jugendliche sollen die Chancen und Möglichkeiten, die ihnen das Internet
 6167 bietet, optimal nutzen können, ohne mit für sie schädigenden Inhalten konfrontiert zu
 6168 werden. Moderner Jugendmedienschutz muss Rahmenbedingungen für eine ge-
 6169 meinsam getragene Verantwortung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft schaffen.
 6170 Im Dialog sind neue Instrumente für einen wirksamen Jugendmedienschutz zu ent-
 6171 wickeln.

6172 6173 **Digitale Medien und Jugendschutz**

6174
 6175 Die Daten von Kindern und Jugendlichen in den sozialen Medien müssen besonders
 6176 geschützt werden. Für einen wirksamen gesetzlichen Kinder- und Jugendschutz ist
 6177 eine Angleichung der gesetzlichen Regelungen zum Schutz von Kindern unabhängig
 6178 vom Verbreitungsweg der digitalen Medien anzustreben. Dabei sollten die heute gel-
 6179 tenden hohen Jugendschutzstandards für Trägermedien als Orientierung dienen. Im
 6180 Zentrum für Kinderschutz im Internet (I-KiZ) arbeiten die Beteiligten zusammen an
 6181 einer Gesamtstrategie, die Regulierung, Anbieterverantwortung und die Stärkung der
 6182 Medienkompetenz miteinander verbindet und internationale Zusammenarbeit sicher-
 6183 stellt.

6184
 6185 Digitale Spiele prägen den Alltag vieler, insbesondere jüngerer Menschen in unse-
 6186 rem Land. Wir erkennen die Vielfalt hochwertiger Angebote, insbesondere pädago-
 6187 gisch wertvoller Computerspiele, sowie die große kreative Leistung und hohe techni-
 6188 sche Kompetenz der Spieleentwickler an. Dies wollen wir weiter fördern, beispiels-
 6189 weise mit dem Deutschen Computerspielpreis. Diesen wollen wir zeitgemäß weiter-
 6190 entwickeln. Die gemeinsam durch den Deutschen Bundestag, die Bundesregierung
 6191 und die Computerspielwirtschaft initiierte und mittlerweile gegründete Stiftung Digi-
 6192 tale Spielekultur soll gemeinsam mit den Marktteilnehmern weiter ausgebaut werden,
 6193 um in den Schwerpunkten Wirtschaft und Ausbildung, Bildung und Erziehung, Kunst
 6194 und Kultur sowie Forschung und Wissenschaft neue Impulse setzen zu können. Wir
 6195 wollen zudem das digitale Spiel für nachfolgende Generationen erhalten. Es gilt, ge-
 6196 eignete Archivierungsmöglichkeiten zu prüfen.

6197
 6198 Unser nationales Filmerbe muss dauerhaft gesichert und auch im digitalen Zeitalter
 6199 sichtbar bleiben. [Es bedarf hierfür neben einer Digitalisierungsförderung des Bundes
 6200 auch der Beteiligung der Länder und der Filmwirtschaft.] [Die Stiftung Deutsche Ki-
 6201 nemathek ist als eine der zentralen Einrichtungen zur Bewahrung und Zugänglich-
 6202 machung des deutschen Filmerbes zu stärken.] [Die Koalition wird auch das Bun-
 6203 desarchiv personell und finanziell stärken.]

6204
 6205 Der Deutsche Filmförderfonds (DFFF) hat in den vergangenen Jahren maßgeblich
 6206 zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Filmwirtschaft in

6207 Deutschland beigetragen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Produkti-
 6208 onsstandorts Deutschland nachhaltig verbessert. Um die deutsche Filmwirtschaft zu
 6209 stärken, werden wir die bisher geltende zeitliche Befristung des DFFF [und in be-
 6210 gründeten Einzelfällen die Kappungsgrenze] aufheben [und das erfolgreiche Förder-
 6211 programm auf gleichbleibend hohem Niveau dauerhaft etablieren.] Internationale
 6212 Großproduktionen brauchen dafür in Deutschland vergleichbare Rahmenbedingun-
 6213 gen.

6214
 6215 Die Koalition wird im Zuge der anstehenden Novellierung des Filmförderungsgeset-
 6216 zes (FFG) die Wirkung einzelner Instrumente der Filmförderung mit dem Ziel evaluie-
 6217 ren, das FFG „zukunftsfest“ zu machen.

6218
 6219 Wir werden bei allen Verantwortlichen dafür werben, die Stärkung des deutschen
 6220 Kinderfilms zu einer Schwerpunktaufgabe zu machen.

6221
 6222 [Wir wollen unsere vielfältige Kinolandschaft im Ganzen erhalten. Wir wollen in das
 6223 erfolgreiche Förderprogramm zur Digitalisierung auch solche Kinos einbeziehen, die
 6224 als Kulturort eine besondere Funktion wahrnehmen und bisher die Mindestförder-
 6225 voraussetzungen nicht erfüllen konnten.]

6226

6227 **Sport**

6228

6229 Sport hat eine herausragende gesellschaftspolitische Bedeutung und stellt die größte
 6230 Bürgerbewegung Deutschlands dar. Die Bundesregierung versteht sich als fairer
 6231 Partner des organisierten Sports. [Dies beinhaltet auch, ausreichend Mittel bereitzu-
 6232 stellen.] Wir wollen, dass Deutschland eine erfolgreiche Sportnation bleibt. [Im Spit-
 6233 zensport verbessern wir die Rahmenbedingungen für hochqualifizierte Trainerinnen
 6234 und Trainer durch gute Arbeitsbedingungen und langfristige Perspektiven.] Wir set-
 6235 zen uns dafür ein, die Sportförderung mit Blick auf die Mittelvergabe für alle öffentlich
 6236 und nachvollziehbar zu gestalten. In einer Sportoffensive Bildung und Beruf im Sinne
 6237 der „Dualen Karriere“ setzen wir uns gemeinsam mit den Bundesländern bei Hoch-
 6238 schulen und Arbeitgebern für bessere Bedingungen bei der Vereinbarkeit von Studi-
 6239 um, Ausbildung oder Arbeit mit dem Spitzensport ein. Wir machen uns dafür stark,
 6240 dass eine attraktive, ausgewogene und bedarfsorientierte Infrastruktur für den Spit-
 6241 zen-, Leistungs- und Breitensport erhalten bleibt. Die Interessen des Sports sind in
 6242 immissionsschutzrechtlichen Konfliktlagen angemessen zu berücksichtigen. Deshalb
 6243 werden wir auch eine Änderung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen prü-
 6244 fen.

6245

6246 Wir sorgen auch in Zukunft für eine verlässliche Finanzierung des erfolgreichen Pro-
 6247 gramms „Integration durch Sport“. Im Nationalen Aktionsplan Integration muss der
 6248 Sport weiterhin eine wichtige Rolle einnehmen und bei der Umsetzung der UN-
 6249 Behindertenrechtskonvention wird der Inklusionsgedanke bei der Sportförderung des
 6250 Bundes konsequent ausgebaut. Sport wollen wir in eine ressortübergreifende, bewe-
 6251 gungsförderliche Gesamtpolitik einbinden, weil Sport, Gesundheitsförderung und
 6252 Prävention zusammen gehören. Die Fankultur im Fußball soll in Deutschland erhal-
 6253 ten bleiben. Gemeinsam mit Verbänden, Vereinen und den friedlichen Fans wollen
 6254 wir dafür sorgen, dass Stadionbesuche sicher bleiben. Deshalb begrüßen und unter-
 6255 stützen wir alle präventiven Anstrengungen und werden alle gesetzlichen Rahmen-
 6256 bedingungen auf das Ziel ausrichten, Straftäter aus den Fußballstadien fernzuhalten.

6257

6258 Doping und Spielmanipulationen zerstören die ethisch-moralischen Werte des
 6259 Sports, gefährden die Gesundheit der Sportlerinnen und Sportler, täuschen und
 6260 schädigen die Konkurrenten im Wettkampf sowie die Veranstalter. Deshalb werden
 6261 wir weitergehende strafrechtliche Regelungen beim Kampf gegen Doping und Spiel-
 6262 manipulation schaffen. Dazu kommen auch Vorschriften zur uneingeschränkten Be-
 6263 sitzstrafbarkeit von Dopingmitteln zum Zweck des Dopings im Sport sowie zum
 6264 Schutz der Integrität des sportlichen Wettbewerbs in Betracht. Dabei müssen die
 6265 Grundsätze der Bestimmtheit von Straftatbeständen und die Verhältnismäßigkeit ei-
 6266 ner strafrechtlichen Sanktion gewährleistet sein. Eine gesetzliche Regelung darf we-
 6267 der die verfassungsrechtlich garantierte Autonomie des Sports unzulässig einschrän-
 6268 ken, noch die Funktionsfähigkeit der Sportgerichtsbarkeit beeinträchtigen. [Die nach-
 6269 haltige Finanzierung der Nationalen Anti Doping Agentur (NADA) stellen wir sicher
 6270 (Finanzvorbehalt).] An der Umsetzung der „Berliner Erklärung“ der 5. UNESCO-
 6271 Weltspportministerkonferenz „MINEPS V“ wirken wir auf nationaler und internationaler
 6272 Ebene weiterhin mit Nachdruck. Dazu werden wir unsere internationalen Aktivitäten
 6273 u. a. an der Erarbeitung einer entsprechenden Konvention des Europarats fortsetzen
 6274 und den organisierten autonomen Sport in Deutschland bei der möglichst flächen-
 6275 deckenden Einführung von „Good Governance Standards“ unterstützen.

6276
 6277 Bei der Vergabe von internationalen Sportgroßveranstaltungen setzen wir uns in Ko-
 6278 operation mit dem autonomen Sport für faire und nachhaltige Standards ein.

6279 6280 **4.4 Digitale Agenda für Deutschland 2013-2017: Chancen für eine starke** 6281 **Wirtschaft, gerechte Bildung und ein freies und sicheres Internet**

6282
 6283 Digitales Leben und Arbeiten sind Alltag geworden und wir erleben den Wandel in
 6284 eine digitale Gesellschaft. Die Nutzung moderner Technologien in Wirtschaft und
 6285 Gesellschaft ist heute selbstverständlich. Die meisten Arbeitsplätze sind durch Ein-
 6286 satz digitaler Technologien geprägt. Die anstehende nächste Phase der Digitalisie-
 6287 rung betrifft in besonderem Maße die Infrastrukturen: Erfolgsfaktor der Energiewende
 6288 ist die Digitalisierung der Energieversorgung. Verkehrsinfrastrukturen werden sowohl
 6289 im Individualverkehr als auch im öffentlichen Verkehr digitalisiert. Wesentliche Ver-
 6290 änderung im Gesundheitswesen ist der Aufbau der Telematikinfrastruktur.

6291
 6292 Maßgeblicher Faktor der Digitalisierung ist die Globalisierung der Netze und die in-
 6293 ternationale Arbeitsteilung im Bereich der Informationstechnik. Das weltweite Netz ist
 6294 ein globales Freiheitsversprechen. Doch spätestens der NSA-Skandal hat die Ver-
 6295 letzlichkeit der digitalen Gesellschaft aufgezeigt. IT-Sicherheit wird zu einer wesentli-
 6296 chen Voraussetzung zur Wahrung der Freiheitsrechte. Die gesellschaftlichen Chan-
 6297 cen und ökonomischen Potenziale der Digitalisierung dürfen nicht gefährdet werden.

6298
 6299 Die Koalition wird für das Handeln aller Ressorts eine digitale Agenda 2014-2017 be-
 6300 beschließen und ihre Umsetzung gemeinsam mit Wirtschaft, Tarifpartnern, Zivilgesell-
 6301 schaft und Wissenschaft begleiten.

6302 6303 **Digitales Wachstumsland Nr. 1 in Europa**

6304 Wir wollen die die IKT-Strategie für die digitale Wirtschaft weiterentwickeln. Dazu ge-
 6305 hören für uns Spitzenforschung im nationalen und europäischen Rahmen, die Ent-
 6306 wicklung und Anwendung von digitalen Technologien und optimale Wachstumsbe-
 6307 dingungen für Unternehmen aller Branchen. Um den globalen und sicherheitspoliti-
 6308 schen Herausforderungen zu begegnen, fördern wir die deutsche und europäische

- 6309 IKT-Industrie durch eine Verbesserung der entsprechenden Rahmenbedingungen
6310 und den Abbau von Bürokratie.
6311
- 6312 Wir wollen Kernbereiche der Deutschen Wirtschaft wie Fahrzeug- und Maschinen-
6313 bau, Logistik und Gesundheitswirtschaft bei der Digitalisierung unterstützen. Um glo-
6314 bale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, müssen wir Unternehmen durch geeignete
6315 Rahmenbedingungen stärken.
6316
- 6317 Die Digitalisierung der klassischen Industrie mit dem Zukunftsprojekt Industrie 4.0
6318 werden wir vorantreiben und im nächsten Schritt um intelligente Dienstleistungen
6319 („Smart Services“) erweitern, sowie Projekte und Maßnahmen im Bereich der Green
6320 IT stärken.
6321
- 6322 Dazu ist es notwendig, Wissen aus der Spitzenforschung in konkrete Anwendungen
6323 zu überführen. Mittels Kompetenzzentren, Modellregionen und Pilotprojekten soll der
6324 Wissenstransfer in Mittelstand und klassische Industrie initialisiert werden.
6325
- 6326 Wir werden Beratungsangebote zur Digitalisierung von bestehenden Wertschöp-
6327 fungsketten in Industrie und Mittelstand im Hinblick u. a. auf Cloud-Computing und
6328 Big Data ausbauen. Die Themen IT-Sicherheit und die Abwehr von Wirtschaftsspi-
6329 onage sollen darüber hinaus eine besondere Rolle spielen.
6330
- 6331 Wir werden die Forschungs- und Innovationsförderung für „Big Data“ auf die Entwick-
6332 lung von Methoden und Werkzeugen zur Datenanalyse ausrichten, Kompetenzzen-
6333 tren einrichten und disziplinübergreifend strategische Anwendungsprojekte ins Leben
6334 rufen. Wir wollen die deutsche Spitzenposition im Bereich des Höchstleistungsrech-
6335 nens in Abstimmung mit den Ländern und Partnern in Europa weiterhin ausbauen.
6336
- 6337 Wir möchten einen neuen Gründungsgeist in Deutschland wecken und eine Kultur
6338 der zweiten Chance etablieren. Unser Ziel ist es dabei, die Zahl der Gründungen von
6339 derzeit 10.000 in den nächsten Jahren kontinuierlich auf 15.000 pro Jahr zu steigern.
6340 Dafür sollen Antragsverfahren entbürokratisiert werden. Außerdem werden wir För-
6341 derinstrumente dahingehend überprüfen, dass sie die gesamte Innovationskette in-
6342 klusive der Verwertungsmöglichkeiten berücksichtigen.
6343
- 6344 Wir wollen das Gründen von Unternehmen leichter machen: Durch eine Vereinfachung
6345 der Prozesse (One-Stop-Agency) soll eine Unternehmensgründung innerhalb
6346 von 72 Stunden möglich sein.
6347
- 6348 Um Gründungen aus der Beschäftigung auch für Arbeitnehmer zu ermöglichen, die
6349 weder auf ihr Einkommen verzichten noch das Risiko eines Jobverlusts auf sich
6350 nehmen können, werden wir analog dem Modell der Familienpflegezeit die Möglich-
6351 keit einer "Gründungszeit" einführen. Wir wollen ein neues Instrument in Form eines
6352 bedingt rückzahlbaren Gründungsdarlehens in Zusammenarbeit mit der KfW schaf-
6353 fen. [Umschichtung] Die Gewährung des Darlehens kann dabei an die Nutzung von
6354 Crowdfunding („Schwarmfinanzierung“) geknüpft werden. Die Darlehenshöhe soll
6355 auch den Lebensunterhalt und die soziale Absicherung in der Gründungsphase ab-
6356 decken. Für Gründungen aus der Arbeitslosigkeit soll das Instrument des Existenz-
6357 gründerzuschusses [bereits etatisiert] fortgeführt werden und mit auskömmlichen Mit-
6358 teln der Bundesanstalt für Arbeit unterlegt werden. Darüber hinaus werden wir ein
6359 Bundesprogramm für den Aufbau von Inkubatoren, die die besten Rahmbedingungen

6360 für junge Unternehmen bereitstellen, aufsetzen und ein deutsches Inkubatoren-
 6361 Netzwerk mit internationaler Vernetzung bilden. Wir unterstützen die Internationali-
 6362 sierung innovativer Startups durch Markteintritts- und Austauschprojekte nach dem
 6363 Vorbild des Modellprojekt „German Silicon Valley Accelerator“ (GSVA) in Wach-
 6364 tumsregionen weltweit.

6365
 6366 Die Entwicklung standardisierter Stock-Options-Modelle als freiwilligen und ergän-
 6367 zenden Teil der Entlohnung wollen wir attraktiver gestalten.

6368
 6369 Innovative Unternehmen brauchen kluge Köpfe. Deshalb müssen wir im eigenen
 6370 Land mit Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen die Zahl der IT-Fachkräfte erhö-
 6371 hen. Die Kammern sind aufgefordert, faire Standardverträge für Gründer zu entwik-
 6372 keln.

6373 Ein wesentlicher Punkt ist die Stärkung der Innovationskräfte der digitalen Wirtschaft.
 6374 Was mit dem Beirat „Junge Digitale Wirtschaft“ auf den Weg gebracht wurde, wollen
 6375 wir fortsetzen und ausbauen.

6376
 6377 Wir werden Deutschland als Investitionsstandort für Wagniskapital international atr-
 6378 traktiv machen und dafür ein eigenständiges Regelwerk (Venture-Capital-
 6379 Gesetz) abhängig von den Finanzierungsmöglichkeiten erlassen, das u. a. die Tätig-
 6380 keit von Business Angels verbessert. Neue Finanzierungsformen wie Crowdfunding
 6381 sollen rechtssicher gestaltet werden. Außerdem wollen wir es attraktiver machen, in
 6382 junge Unternehmen und junge Wachstumsunternehmen zu investieren.

6383
 6384 Die Förderung von Wagniskapital mit Hilfe von Investitionszuschüssen wird verbes-
 6385 sert, der High-Tech-Gründerfonds wird auskömmlich fortgesetzt. Die Förder- und Fi-
 6386 nanzierungsinstrumente von Bund, Ländern und EU sind auf ihre Kompatibilität hin
 6387 zu evaluieren und ggf. anzupassen.

6388
 6389 Um Börsengänge für junge, innovative und wachstumsstarke Unternehmen wieder
 6390 zu beleben, werden wir die Einführung eines neuen Börsensegments „Markt 2.0“ prü-
 6391 fen.

6392
 6393 Neben dem Zukunftsprojekt Industrie 4.0 werden wir in den Bereichen intelligente
 6394 Mobilität, Smart Grid, E-Health und Sicherheit Schwerpunkte setzen und damit die
 6395 Position der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt festigen.

6396
 6397 Um das zu erreichen, werden Spitzencluster und Verbundprojekte aus- und aufge-
 6398 baut. Dabei sind ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit maßgebliche
 6399 Faktoren.

6400
 6401 Mit Blick auf die europäischen Interessen und die zugleich immer bedeutsamer wer-
 6402 denden Sicherheitsaspekte, werden wir industriepolitische Initiativen für Soft- und
 6403 Hardwareentwicklungen, Netzwerk- und Cloudtechnologien in Deutschland und Eu-
 6404 ropa, insbesondere bei den Schlüsseltechnologien und in der Netzwerktechnik unter-
 6405 stützen.

6406
 6407 **Digitale Bildung und Forschung – gerecht und innovativ**

6408 Ein wichtiger Teil der Digitalstrategie ist die Steigerung der Medienkompetenz junger
 6409 Menschen, um sie zu einem sicheren und verantwortungsbewussten Umgang mit
 6410 dem Internet zu emanzipieren.

6411 Wir sehen die Vermittlung von Medien- und Informationskompetenz als zentrale
 6412 Maßnahme für den Datenschutz und die Sicherheit im Internet für jede einzelne Nut-
 6413 zerin und jeden einzelnen Nutzer. Die bestehenden Programme zur Förderung von
 6414 Medienkompetenz an Kitas und Schulen werden deshalb evaluiert und ausgebaut.
 6415 Das Leitbild der „digitalen Selbständigkeit“ rückt somit in den Fokus der Medienkom-
 6416 petenz. Wir befürworten ein „Modellprojekt Freiwilliges Soziales Jahr Digital“, damit
 6417 junge Menschen ihre technischen Fertigkeiten und Fähigkeiten im Umgang und in
 6418 der Anwendung von neuen Medien in den Dienst von gemeinnützigen Einrichtungen
 6419 stellen und diese bei der Umsetzung von digitalen Projekten und der Vermittlung von
 6420 Medienkompetenz unterstützen. Die Initiative „Ein Netz für Kinder“ wird unterstützt
 6421 und verbreitert, um in Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Institutionen quali-
 6422 tätsvolle, altersgerechte und interessante digitale Angebote für Kinder zu schaffen.

6423
 6424 Der Aufbau, der Ausbau und die koordinierte nationale, europäische und internatio-
 6425 nale Vernetzung von offenen (Forschungs-)Datenbanken, Repositorien und Open-
 6426 Access-Zeitschriften der Forschungseinrichtungen und der Hochschulen sind im
 6427 Rahmen eines eigenen Programms zu fördern.

6428
 6429 Die Grundlagenforschung zu Internet und digitaler Gesellschaft wird durch gezielte
 6430 Initiativen zur Programmforschung und durch Bereitstellung entsprechender Mittel
 6431 gestärkt und verstetigt sowie institutionell gefördert. Es ist erforderlich, dass ein auch
 6432 mit öffentlichen Mitteln finanziertes Internet-Institut, das gleichzeitig als Ausgangs-
 6433 punkt für ein interdisziplinäres Kompetenznetz dient sich mit den technischen und
 6434 wirtschaftlichen, aber auch den politischen, rechtlichen und ethischen Aspekten des
 6435 Internets beschäftigt.

6436

6437 **Digitales Leben und Arbeiten – Chancen und Rechte stärken**

6438

6439 Die Digitalisierung eröffnet eine Vielzahl von Möglichkeiten, die das Leben der Men-
 6440 schen einfacher machen und neue Chancen für den Arbeitsalltag bieten. So gibt es
 6441 durch die Digitalisierung neue Angebote wie z. B. flexible Arbeitszeitmodelle für die
 6442 Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir fordern die Wirtschaft auf, diese zu fördern.
 6443 Wir appellieren an die Tarifpartner, Telearbeitsmodelle zu fördern und entsprechend
 6444 auszubauen, sowie tarifvertragliche Modelle zu finden, die die Rechte von Beschäf-
 6445 tigten auf selbst zu bestimmende Telearbeitsplätze stärken. Das Angebot an Telear-
 6446 beitsplätzen im öffentlichen Dienst werden wir weiter ausbauen.

6447

6448 Öffentliche Verwaltung und Tarifpartner sind aufgefordert, die Rechte der Beschäftig-
 6449 ten für eine erweiterte Arbeits-Autonomie und verbesserte Work-Life-Balance für Ar-
 6450 beitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu stärken (z.B. Regelungen zur Nichterreich-
 6451 barkeit). Wir begrüßen darüber hinaus betriebsinterne Regelungen dazu.

6452 Die Entwicklung neuer digitaler Qualifizierungs- und Weiterbildungswerkzeuge für
 6453 Unternehmen wie auch für den öffentlichen Dienst ist zielgruppenspezifisch zu för-
 6454 dern und auszubauen.

6455

6456 Immer mehr Unternehmen nutzen Online-Plattformen, um neue Mitarbeiterinnen und
 6457 Mitarbeiter zu gewinnen (E-Recruiting). Hierbei müssen die Grenzen der Privatsphä-
 6458 re eingehalten werden. Eine Umgehung von Privatsphäre-Einstellungen in sozialen
 6459 Netzwerken - oder ähnlichen Plattformen ist nicht zu akzeptieren.

6460

6461 Durch die Digitalisierung bieten sich vor allem für junge Mütter und Väter neue Mög-
6462 lichkeiten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wie zum Beispiel neue und fle-
6463 xiblere Arbeitszeitmodelle.

6464
6465 Im Bereich der Gesundheit nutzen wir die Chancen der Digitalisierung und verstär-
6466 ken die Telemedizin, z. B. zur engen Betreuung von Risikopatientinnen und -
6467 patienten oder chronisch Kranken. Dabei ist ein Höchstmaß an Datenschutz zu ge-
6468 währleisten. Eine unkontrollierte Weitergabe von sensiblen Patientendaten an Dritte
6469 muss verhindert werden. Bürokratische und rechtliche Hemmnisse in der Telemedi-
6470 zin sollen abgebaut werden, um die Anwendung grundsätzlich zu vereinfachen. Wir
6471 wollen den Einsatz und die Entwicklung von E-Care-Systemen in sog. Smart-Home-
6472 Umgebungen fördern, die älteren, pflegebedürftigen Menschen oder Menschen mit
6473 Behinderung die technische Unterstützung bieten, um ihnen den Alltag zu erleich-
6474 tern. Ein weiterer Fokus liegt auf der Elektronischen Gesundheitskarte (eGK). Die
6475 eGK soll ausgebaut werden, um den bürokratischen Aufwand für Patientinnen und
6476 Patienten zu verringern und die Kommunikation zu verbessern. Höchste Daten-
6477 schutzstandards sowie eine sichere Verschlüsselung der Daten sind dabei die
6478 Grundvoraussetzung.

6479
6480 Der digitale Alltag eröffnet neue Möglichkeiten, anderen Menschen zu helfen. Im
6481 Netz entstehen neue Formen des bürgerschaftlichen Engagements über soziale
6482 Netzwerke und Nachbarschaftsinitiativen. Wir werden diese Entwicklung unterstützen
6483 und „Online Volunteering“-Projekte fördern, z. B. die verbessernde Zusammenarbeit
6484 von Bürgerinnen und Bürgern mit der Verwaltung (Mängelmelder, Tausch- und Eh-
6485 renamtsbörsen). Wir wollen herausragende Projekte auszeichnen und einen Aus-
6486 tausch der besten Beispiele initiieren. Zudem werden wir Projekte ins Leben rufen
6487 und fördern, durch die Medienkompetenz vermittelt wird und damit dazu beitragen,
6488 die digitale Spaltung zu überwinden (z.B. Seniorinnen und Senioren lernen von
6489 Schülerinnen und Schülern).

6490
6491 Wir fördern die Entwicklung und den Einsatz von bundesweiten Warn- und Informati-
6492 onssystemen, mit denen Bürgerinnen und Bürger per SMS, E-Mail oder über eine
6493 App über Unfälle, Gefahren und Katastrophen informiert werden können.

6494
6495 Wir führen Systeme ein (z. B. eine zentrale Nummer für SMS-Notrufe oder eine Not-
6496 ruf-App) und ändern das TKG so, dass sich Menschen in einer Notsituation bemerk-
6497 bar machen und Hilfe anfordern können, ohne zurückgerufen werden zu müssen.

6498
6499 Im digitalen Zeitalter hat sich die Art der Kommunikation grundlegend verändert und
6500 die Menschen tauschen sich online auf diversen Plattformen aus. Wir sprechen uns
6501 gegen einen allgemeinen Klarnamenzwang aus, weil anonyme Kommunikation oft
6502 nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig ist.

6503
6504 Wir sehen neben den Chancen der Digitalisierung auch die Risiken. So wollen wir
6505 Präventions- und Beratungsangebote zu online basiertem Suchtverhalten bundes-
6506 weit ausbauen und wissenschaftlich begleiten. Eine weitere negative Entwicklung in
6507 unserem Onlineverhalten sind beleidigende und verleumderische Äußerungen im
6508 Netz. Wir wollen ein ausgewogenes Aufklärungs- und Schutzkonzept mit rechtlichen,
6509 technischen und gesellschaftlichen Mitteln zum Persönlichkeitsschutz umsetzen.

6510

6511 In den nächsten vier Jahren können die Weichen gestellt werden, damit Deutschland
6512 und Europa eine Führungsrolle bei der konsequenten, sozialverträglichen, vertrau-
6513 enswürdigen und sicheren Digitalisierung der Gesellschaft und Wirtschaft einneh-
6514 men. Mit einer ausgewogenen Digitalisierungspolitik können Zukunftschancen unse-
6515 res Landes, Potenziale für Demokratie und Teilhabe sowie Innovations- und Wettbe-
6516 werbsfähig langfristig gesichert werden. Deutschland wird zu einer echten digitalen
6517 Gesellschaft.
6518

6519 **5. Moderner Staat, innere Sicherheit und Bürgerrechte**

6520

6521 **5.1 Freiheit und Sicherheit**

6522

6523 **Konsequenzen aus den Erkenntnissen des NSU- Untersuchungsausschusses**

6524

6525

6526 Der Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages zum sogenannten
6527 „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) hat parteiübergreifend zahlreiche Re-
6528 formvorschläge für die Bereiche Polizei, Justiz und Verfassungsschutz, zur parla-
6529 mentarischen Kontrolle der Tätigkeit der Nachrichtendienste sowie zur Zukunft der
6530 Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus, Ras-
6531 sismus und Antisemitismus erarbeitet. Soweit die Bundesebene betroffen ist, ma-
6532 chen wir uns diese Empfehlungen zueigen und werden sie zügig umsetzen. So-
6533 weit die Länder betroffen sind, werden wir im Dialog mit ihnen Wege für die Um-
6534 setzung dieser Empfehlungen erarbeiten, etwa bei der einheitlichen Verfahrens-
6535 führung der Staatsanwaltschaften.

6536

6537 [Wir stärken die Zentralstellenfunktion des Bundesamtes für Verfassungsschutz
6538 (BfV), bauen dessen Koordinierungskompetenz im Verfassungsschutzverbund aus
6539 und verbessern die technische Analysefähigkeit des BfV.] Der gegenseitige Aus-
6540 tausch von Informationen zwischen Bund und Ländern wird gemeinsame Lagebil-
6541 der ermöglichen.

6542

6543 Wir wollen eine bessere parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste. Die
6544 Anforderungen an Auswahl und Führung von V-Leuten des Verfassungsschutzes
6545 werden wir im Bundesverfassungsschutzgesetz regeln und die parlamentarische
6546 Kontrolle ermöglichen. Die Behördenleiter müssen die Einsätze der V-Leute ge-
6547 nehmigen. Bund und Länder informieren sich wechselseitig über die eingesetzten
6548 V-Leute.

6549

6550 Bei Polizei und Justiz stärken wir die interkulturelle Kompetenz und steigern die
6551 personelle Vielfalt. Die Möglichkeiten für Opferbetreuung und -beratung stärken
6552 wir. Weil Opfer rassistischer, fremdenfeindlicher oder sonstiger menschenverach-
6553 tendender Straftaten den besonderen Schutz des Staates verdienen, wollen wir si-
6554 cherstellen, dass entsprechende Tatmotive bei der konkreten Strafzumessung
6555 ausdrücklich berücksichtigt werden.

6556

6557 **Kriminalität und Terrorismus**

6558

6559 *Prävention*

6560 Die Extremismusprävention der Bundesregierung bündeln und optimieren wir. An-
6561 tisemitismus bekämpfen wir, Radikalisierung, rassistischen und demokratiefeindli-
6562 chen Strukturen treten wir entgegen. [Wir stärken die Prävention u.a. indem wir
6563 Programme wie „Zusammenhalt durch Teilhabe“ verstetigen.]. [Bei der Bekämp-
6564 fung von Rechtsextremismus und Rassismus verknüpfen wir die zivilgesellschaftli-
6565 chen Aktivitäten mit denen im Bildungssektor und bei Polizei und Justiz.]

6566

6567 *Kriminalität in allen gesellschaftlichen Bereichen wirksam bekämpfen*

6568 Mit Blick auf strafbares Verhalten im Unternehmensbereich bauen wir das Ord-
6569 nungswidrigkeitenrecht aus. Wir brauchen konkrete und nachvollziehbare Zumes-

6570 sungsregeln für Unternehmensbußen. Wir prüfen ein Unternehmensstrafrecht für
6571 multinationale Konzerne. Das Recht der Vermögensabschöpfung werden wir ver-
6572 einfachen, die vorläufige Sicherstellung von Vermögenswerten erleichtern und ei-
6573 ne nachträgliche Vermögensabschöpfung ermöglichen. Wir regeln, dass bei Ver-
6574 mögen unklarer Herkunft verfassungskonform eine Beweislastumkehr gilt, so dass
6575 der legale Erwerb der Vermögenswerte nachgewiesen werden muss. Bestechung
6576 und Bestechlichkeit im Gesundheitswesen wollen wir unter Strafe stellen.

6577
6578 [Wir wollen unsere Unternehmen vor Wirtschafts- und Konkurrenzspionage aus al-
6579 ler Welt schützen und eine nationale Strategie für den Wirtschaftsschutz erarbei-
6580 ten.] An private Sicherheitsdienstleister stellen wir verbindliche Anforderungen an
6581 Seriosität und Zuverlässigkeit.

6582
6583 Zur besseren Bekämpfung von Kinderpornographie im Internet werden wir im
6584 Strafrecht den veralteten Schriftenbegriff zu einem modernen Medienbegriff erwei-
6585 tern. Wir schließen zudem inakzeptable Schutzlücken und beseitigen Wertungswi-
6586 dersprüche im Sexualstrafrecht. Zur Aufklärung von Sexual- und Gewaltverbre-
6587 chen sollen bei Massen-Gentests auch sogenannte Beinahetreffer verwertet wer-
6588 den können, wenn die Teilnehmer vorab über die Verwertbarkeit zulasten von
6589 Verwandten belehrt worden sind. Zum Schutz der Bevölkerung vor höchstgefährli-
6590 chen, psychisch gestörten Gewalt- und Sexualstraftätern, deren besondere Ge-
6591 fährlichkeit sich erst während der Strafhaft herausstellt, schaffen wir die Möglich-
6592 keit der nachträglichen Therapieunterbringung. Die längerfristige Observation von
6593 entlassenen Sicherungsverwahrten stellen wir auf eine gesetzliche Grundlage.

6594
6595 Beim Stalking stehen vielen Strafanzeigen auffällig wenige Verurteilungen gegen-
6596 über. Im Interesse der Opfer werden wir daher die tatbestandlichen Hürden für ei-
6597 ne Verurteilung senken. Zudem werden wir Maßnahmen zur Kontrolle der Einhal-
6598 tung von Kontakt- bzw. Näherungsverboten erarbeiten.

6599
6600 Einbruchskriminalität verunsichert die Menschen über die materiellen Schäden
6601 hinaus. Die Tätergruppen agieren zunehmend grenzüberschreitend. Wir unterstüt-
6602 zen nicht nur präventive Maßnahmen der Bürger, sondern bekämpfen diese All-
6603 tagskriminalität auch durch bessere Zusammenarbeit der Polizeibehörden auf
6604 Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Sicherheitsvereinbarungen zwischen Bund und
6605 Ländern können dazu ein Instrument sein.

6606
6607 Rocker-Clubs bieten einen Deckmantel für vielfältige Formen der Schwerekriminali-
6608 tät, wie Menschenhandel und Drogengeschäfte. Dieser organisierten Kriminalität
6609 kann durch den Entzug der Privilegien des Vereinsrechts entgegen getreten wer-
6610 den. Wir werden dazu das Vereinsrecht verschärfen, die Verbotsfolgen bei Rok-
6611 kergruppierungen verstärken und bei Verboten jegliche Neugründung in den be-
6612 troffenen Städten und Kreisen ausschließen. Die Kennzeichen verbotener Rok-
6613 kergruppen dürfen von anderen Gruppierungen im Bundesgebiet nicht weiter ge-
6614 nutzt werden.

6615
6616 *Effektive Strafverfolgung und wirksame Maßnahmen zur Gefahrenabwehr*
6617 Wir wollen das allgemeine Strafverfahren und das Jugendstrafverfahren unter
6618 Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze effektiver und praxistauglicher ausgestal-
6619 ten. Dazu wird eine Expertenkommission bis zur Mitte dieser Wahlperiode Vor-
6620 schläge erarbeiten.

6621
6622 Durch ein frühzeitiges gemeinsames Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden und
6623 der Kinder- und Jugendhilfe wollen wir kriminalitätsgefährdete Kinder und Jugend-
6624 liche vor einem Abgleiten in kriminelle Karrieren bewahren. Wird ein junger
6625 Mensch straffällig, soll die Strafe der Tat auf dem Fuße folgen. Den Gedanken der
6626 Wiedergutmachung gegenüber Kriminalitätsoptionen werden wir im Jugendstrafrecht
6627 stärken.

6628
6629 Um eine Alternative zur Freiheitsstrafe und eine Sanktion bei Personen zu schaf-
6630 fen, für die eine Geldstrafe kein fühlbares Übel darstellt, werden wir das Fahrver-
6631 bot als eigenständige Sanktion im Erwachsenen- und Jugendstrafrecht einführen.
6632 Bei Verkehrsdelikten streben wir an, zur Bestimmung der Blutalkoholkonzentration
6633 auf körperliche Eingriffe zugunsten moderner Messmethoden zu verzichten. Eine
6634 Blutentnahme wird durchgeführt, wenn der Betroffene sie verlangt.

6635
6636 Wir evaluieren die Vorschriften zur Kronzeugenregelung und zur Verständigung im
6637 Strafverfahren. Wir prüfen, inwieweit dem öffentlichen Interesse an einem Ge-
6638 richtsverfahren durch eine erweiterte Saalöffentlichkeit Rechnung getragen wer-
6639 den kann. Im Strafvollzug verbessern wir den Datenaustausch zwischen den be-
6640 teiligten Einrichtungen und Institutionen.

6641
6642 Wir reformieren das Recht der strafrechtlichen Unterbringung in psychiatrischen
6643 Krankenhäusern, indem wir insbesondere dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz
6644 stärker zur Wirkung verhelfen. Hierzu setzen wir eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe
6645 ein.

6646
6647 Um die Opfer von Straftaten dabei zu unterstützen, ihre zivilrechtlichen Ersatzan-
6648 sprüche gegen den Täter durchzusetzen, fördern wir die Durchsetzung von Scha-
6649 densersatzansprüchen in Strafverfahren (Adhäsionsverfahren) und erleichtern es
6650 den Opfern, sich im Zivilprozess auf bindende Feststellungen eines Strafgerichts
6651 zu berufen. Menschen, die einen nahen Angehörigen durch Verschulden eines
6652 Dritten verloren haben, räumen wir als Zeichen der Anerkennung ihres seelischen
6653 Leids einen eigenständigen Schmerzensgeldanspruch ein, der sich in das deut-
6654 sche System des Schadensersatzrechts einfügt.

6655
6656 [Weil jede gelungene Resozialisierung unsere Bevölkerung vor neuen Straftaten
6657 schützt, [stellen wir zur Förderung der Wiedereingliederung arbeitende Gefangene
6658 im Hinblick auf die Arbeitslosenversicherung Arbeitnehmern in Freiheit gleich.]

6659
6660 Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur Antiterrordatei werden umge-
6661 setzt und die Analysefähigkeit der Datei verbessert.] Die Vorschriften über die
6662 Quellen-Telekommunikationsüberwachung werden wir rechtsstaatlich präzisieren,
6663 um unter anderem das Bundeskriminalamt bei seiner Aufgabenerfüllung zu unter-
6664 stützen. **[Vorratsdatenspeicherung strittig.]** Wir werden das Waffenrecht im Hin-
6665 blick auf die technische Entwicklung und auf seine Praktikabilität hin anpassen.
6666 Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger hat dabei oberste Priorität. Wir streben
6667 eine erneute befristete Amnestie an. [Zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit
6668 werden wir darüber hinaus gemeinsam mit den Ländern schrittweise das nationale
6669 Waffenregister weiterentwickeln.] Die Kriminal- und Rechtspflegestatistiken ma-
6670 chen wir aussagekräftiger. Die Sicherheitsforschung wird besser koordiniert.

6671

6672 **Digitale Sicherheit und Datenschutz**

6673

6674 Ziel der Koalition ist es, die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit auch in der di-
6675 gitalen Welt zu schaffen und zu bewahren.

6676

6677 *Cyberkriminalität*

6678

6679 Das Strafrecht passen wir – auch durch Abschluss internationaler Abkommen – an
6680 das digitale Zeitalter an. Wir schließen Schutzlücken und systematisieren die bis-
6681 her verstreut geregelten datenbezogenen Strafvorschriften.

6682

6683 Wir verbessern den strafrechtlichen Schutz vor Beleidigungen in sozialen Netzwer-
6684 ken und Internetforen (Cybermobbing), da die Folgen für die vor einer nahezu unbe-
6685 grenzten Öffentlichkeit diffamierten Opfer besonders gravierend sind. Cybermobbing
6686 und Cybergrooming in sozialen Netzwerken müssen einfacher gemeldet und ange-
6687 zeigt werden können.

6688

6689 Eine zentrale Meldestelle für Phishing und ähnliche Delikte soll die Prävention
6690 verbessern und Ermittlungen erleichtern.

6691

6692 *IT-Infrastruktur und digitaler Datenschutz*

6693 Wir schaffen ein IT-Sicherheitsgesetz mit verbindlichen Mindestanforderungen an
6694 die IT-Sicherheit für die kritischen Infrastrukturen und der Verpflichtung zur Mel-
6695 dung erheblicher IT-Sicherheitsvorfälle.

6696

6697 Um Freiheit und Sicherheit im Internet zu schützen, stärken und gestalten wir die
6698 Internet-Infrastruktur Deutschlands und Europas als Vertrauensraum. Dazu treten
6699 wir für eine europäische Cybersicherheitsstrategie ein, ergreifen Maßnahmen zur
6700 Rückgewinnung der technologischen Souveränität, [unterstützen die Entwicklung
6701 vertrauenswürdiger IT- und Netz-Infrastruktur (Finanzvorbehalt)] und begrüßen
6702 auch Angebote eines nationalen bzw. europäischen Routings.

6703

6704 Zur Wahrung der digitalen Souveränität fördern wir den Einsatz national entwickel-
6705 ter IT-Sicherheitstechnologien bei den Bürgerinnen und Bürgern. Wir prüfen, in-
6706 wie weit ein Ausverkauf von nationaler Expertise und Know-how in Sicherheits-
6707 Schlüsseltechnologien verhindert werden kann.

6708

6709 Die Sicherheit von Kommunikationsinfrastrukturen muss erhöht werden. Dazu muss
6710 die Cyber-Sicherheits- und Datenschutzstrategie weiterentwickelt werden. Dafür initi-
6711 ieren wir ein Spitzencluster „IT-Sicherheit und kritische IT-Infrastruktur“ und setzen
6712 uns für einen branchenübergreifenden Rechtsrahmen für Mindestanforderungen in
6713 Deutschland und Europa ein. Gleichzeitig wollen wir eigene nationale Kompetenzen
6714 im Bereich Internet/IT/Digitale Wirtschaft ausbauen, um unsere Unabhängigkeit zu
6715 erhöhen.

6716

6717 Der IT-Beauftragte der Bundesregierung (CIO) braucht ein Förderbudget für For-
6718 schungs- und Entwicklungsprojekte zur IT-Sicherheit. Bundesbehörden werden ver-
6719 pflichtet, zehn Prozent ihrer IT-Budgets für die Sicherheit ihrer Systeme zu verwen-
6720 den.

6721

6722 Deutschland braucht für sicherheitskritische Komponenten ebenso wie für die Netz-
6723 werkinfrastruktur Labore („Innovationslabor Sicherheitselemente“) und Testeinrich-
6724 tungen („Testcenter Netzwerkinfrastrukturkomponenten“), [die wir mit einem schlag-
6725 kräftigen industrie- und forschungsgestützten Cyber-Sicherheits-Zentrums einrichten
6726 und verknüpfen wollen.

6727
6728 [Wir bauen die Kapazitäten des Bundesamtes für Sicherheit in der Informations-
6729 technik (BSI) und auch des Cyber-Abwehrzentrums aus] [und verbessern die IT-
6730 Ausstattung aller anderen deutschen Sicherheitsbehörden.]

6731
6732 [Um Bürgerdaten besser zu schützen und zu sichern, werden wir die Bündelung
6733 der IT-Netze des Bundes in einer einheitlichen Plattform „Netze des Bundes“ an-
6734 streben. IT- und TK-Sicherheit wollen wir zusammenführen (Organisation).]

6735
6736 Wir werden den technikgestützten Datenschutz ("Privacy by Design") und den Da-
6737 tenschutz durch Voreinstellungen ("Privacy by Default") ausbauen. Um zu gewährlei-
6738 sten, dass die Nutzerinnen und Nutzer über die Sicherheitsrisiken ausreichend in-
6739 formiert sind, sollen Internetprovider ihren Kunden melden, wenn sie Hinweise auf
6740 Schadprogramme oder ähnliches haben. Darüber hinaus streben wir einen sicheren
6741 Rechtsrahmen und eine Zertifizierung für Cloud-Infrastrukturen und andere sicher-
6742 heitsrelevante Systeme und Dienste an.

6743
6744 Vertrauen kann nur durch Transparenz hergestellt werden. Dies betrifft auch die
6745 Standardisierung von IT-Sicherheit. Notwendig sind eine Stärkung der Transparenz
6746 der Standardisierungsgremien und eine stärkere deutsche Beteiligung in diesen und
6747 anderen internationalen Gremien, besonders solchen der Internetarchitektur und In-
6748 ternet-Governance.

6749
6750 Wir wollen das vom Bundesverfassungsgericht entwickelte Grundrecht auf Gewähr-
6751 leistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme mit Leben
6752 füllen. Die Nutzung von Methoden zur Anonymisierung, Pseudonymisierung und Da-
6753 tensparsamkeit müssen zu verbindlichen Regelwerken werden.

6754
6755 Die Weiterentwicklung und Verbreitung von Chipkartenlesegeräten, Kryptographie,
6756 DE-Mail und sicheren Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen sowie vertrauenswürdiger
6757 Hard- und Software gilt es erheblich auszubauen. IT-Hersteller und -Diensteanbieter
6758 sollen für Datenschutz- und IT-Sicherheitsmängel ihrer Produkte haften.

6759
6760 Die Koalition tritt für die europaweite Einführung einer Meldepflicht für Unterneh-
6761 men an die EU ein, die Daten ihrer Kundinnen und Kunden ohne deren Einwilli-
6762 gung an Behörden in Drittstaaten übermitteln. Wir werden zudem in der EU auf
6763 Nachverhandlungen der Safe-Harbor und Swift-Abkommen drängen. Die strengen
6764 Standards des Bundesverfassungsgerichts beim bereichsspezifischen Daten-
6765 schutz dürfen nicht zum Zwecke eines europaweiten freien Informationsflusses
6766 zwischen Behörden geopfert werden.

6767
6768 Um die Grund- und Freiheitsrechte der Bürgerinnen und der Bürger auch in der
6769 digitalen Welt zu wahren und die Chancen für die demokratischen Teilhabe der
6770 Bevölkerung am weltweiten Kommunikationsnetz zu fördern, setzen wir uns für ein
6771 Völkerrecht des Netzes ein, damit die Grundrechte auch in der digitalen Welt gel-
6772 ten. Das Recht auf Privatsphäre, das im Internationalen Pakt für bürgerliche und

6773 politische Rechte garantiert ist, ist an die Bedürfnisse des digitalen Zeitalters an-
6774 zupassen.

6775

6776 *EU-Datenschutzgrundverordnung*

6777 Die EU-Datenschutzgrundverordnung muss zügig weiter verhandelt und schnell
6778 verabschiedet werden, um europaweit ein einheitliches Schutzniveau beim Daten-
6779 schutz zu garantieren. Die strengen deutschen Standards beim Datenschutz, ge-
6780 gerade auch beim Datenaustausch zwischen Bürgern und Behörden wollen wir be-
6781 wahren. Europa braucht ein einheitliches Datenschutzrecht für die Wirtschaft, in
6782 dem alle Anbieter, die in Europa ihre Dienste anbieten, dem europäischen Daten-
6783 schutzrecht unterliegen (Marktortprinzip). Die Grundsätze der Zweckbindung, der
6784 Datensparsamkeit und -sicherheit, der Einwilligungsvorbehalt, das Recht auf Lö-
6785 schen und das Recht auf Datenportabilität müssen in der Verordnung gewahrt
6786 bleiben. Bei den EU-Regelungen zur justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit
6787 muss sichergestellt werden, dass das deutsche Datenschutzniveau bei der Über-
6788 mittlung von Daten an andere EU-Staaten nicht unterlaufen werden darf.

6789

6790 Bei der Ausgestaltung ist auch darauf zu achten, dass Refinanzierungsmöglichkei-
6791 ten der medialen Inhalteproduktion und der Stellenwert der Pressefreiheit erhalten
6792 bleiben. Die verbliebenen Streitfragen wie die Verantwortlichkeit für Daten in
6793 Clouds und bei privaten Accounts sozialer Netzwerke sowie für die Abgrenzung zu
6794 bestehenden Gesetzen für die öffentliche Hand sind zu lösen. Die Verhandlungen
6795 zum Datenschutz in der Wirtschaft genießen Vorrang.

6796

6797



6798 **Konsequenzen aus der NSA-Affäre**

6799

6800 Wir drängen auf weitere Aufklärung, wie und in welchem Umfang ausländische
6801 Nachrichtendienste die Bürgerinnen und Bürger und die deutsche Regierung aus-
6802 spähen. Um Vertrauen wieder herzustellen, werden wir ein rechtlich verbindliches
6803 Abkommen zum Schutz vor Spionage verhandeln. Damit sollen die Bürgerinnen
6804 und Bürger, die Regierung und die Wirtschaft vor schrankenloser Ausspähung ge-
6805 schützt werden. [Wir stärken die Spionageabwehr.] Unsere Kommunikation und
6806 Kommunikationsinfrastruktur muss sicherer werden. [Dafür fördern wir gezielt si-
6807 chere Produkte und Lösungen zur Verschlüsselung der Telekommunikationsdaten
6808 in den Telekommunikationsnetzen (Finanzvorbehalt),] verpflichten die europäi-
6809 schen Telekommunikationsanbieter, ihre Kommunikationsverbindungen minde-
6810 stens in der EU zu verschlüsseln und stellen sicher, dass europäische Telekom-
6811 munikationsanbieter ihre Daten nicht an ausländische Nachrichtendienste weiter-
6812 leiten dürfen.

6813

6814 **Zivilschutz und Schutz kritischer Infrastrukturen**

6815

6816 [Wir werden das fachübergreifende Rahmenkonzept für den Zivilschutz an neuen
6817 Herausforderungen orientiert fortentwickeln und das Leistungsspektrum sowie die
6818 Aufgaben des Technischen Hilfswerks (THW) unter Berücksichtigung des Schut-
6819 zes kritischer Infrastrukturen anpassen. Wir werden das Ehrenamt als Basis des
6820 Zivil- und Katastrophenschutzes – insbesondere mit Blick auf die sozialen und
6821 demografischen Veränderungen – fördern und stärken. Wir stärken das Bundes-
6822 amt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe als strategischen Knotenpunkt
6823 des Bundes im Beziehungsgeflecht aller Akteure im Bevölkerungsschutz. Vor dem

6824 Hintergrund des durch den Klimawandel veränderten Schadenpotentials werden
6825 wir die Einführung einer Elementarschadenpflichtversicherung prüfen.]

6826

6827 Die Betreiber kritischer Infrastrukturen halten wir durch Kooperation und gesetzli-
6828 che Vorgaben dazu an, Widerstandsfähigkeit (Resilienz) und Schutzmaßnahmen
6829 zu verbessern.

6830

6831

6832 **Bundespolizei und Schutz unserer Grenzen**

6833

6834 [Die Ergebnisse der Evaluierung der Neuorganisation der Bundespolizei setzen
6835 wir in der jetzt erforderlichen Konsolidierungsphase um. Wir wollen die Bundespo-
6836 lizei als kompetente und effektive Strafverfolgungsbehörde stärken, gut qualifizier-
6837 te und ausgestattete Bereitschaftspolizeien vorhalten und die Einsatzmittel der
6838 Bundespolizei modernisieren. An Kriminalitätsschwerpunkten im Aufgabenbereich
6839 der Bundespolizei setzen wir mit zusätzlichen Mitteln mehr Videotechnik ein. [Wir
6840 sorgen auch künftig durch Stellenhebungen für zusätzliche Möglichkeiten für ein
6841 berufliches Fortkommen (Finanzvorbehalt).] Um den Personalbedarf in Ballungs-
6842 räumen sicherzustellen, werden Einstellungen dezentral organisiert. Dabei muss
6843 der schwierigen Wohnraumsituation in den Ballungsräumen Rechnung getragen
6844 werden. [Mittel für den Aufbau ziviler und rechtsstaatlicher Sicherheits- und Ver-
6845 waltungsstrukturen, die im Etat des Auswärtigen Amtes veranschlagt sind, werden
6846 der Bundespolizei zugeordnet (Organisation)] [Zuständigkeit und Ressourcen zur
6847 Gewährleistung der Luftsicherheit werden zusammengeführt. (Organisation)] Das
6848 Beschwerdemanagement der Bundespolizei verbessern wir, um das Vertrauen der
6849 Bürger in das Handeln der Polizei weiter zu fördern und die Kompetenz beim Um-
6850 gang mit Fehlern auszubauen. Den Schutz von Polizistinnen und Polizisten sowie
6851 anderen Einsatzkräften bei gewalttätigen Übergriffen verbessern wir.

6852

6853 Weitere Einreiseerleichterungen nach Europa setzen ein Ein- und Ausreiseregister
6854 im europäischen Verbund voraus. Wir treten für einen Ausbau der internationalen
6855 Zusammenarbeit mit den Nachbarländern und ein noch besseres Ineinandergrei-
6856 fen der Arbeit der Sicherheitsbehörden im föderativen Gefüge ein.

6857

6858 **Umgang mit SED-Unrecht**

6859

6860 Der innere Zusammenhalt Deutschlands muss weiter gestärkt werden. Wir wollen
6861 gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West erreichen. [Die Arbeit des Be-
6862 auftragten ist auch für die Zukunft wichtig (Organisation).]

6863

6864 [Die monatlichen Zuwendungen für Opfer der politischen Verfolgung in der ehema-
6865 ligen SBZ/DDR (SED-Opferrente) erhöhen wir (Finanzvorbehalt).] Für SED-Opfer,
6866 die haftbedingte Gesundheitsschäden erlitten haben und deshalb Versorgungslei-
6867 stungen beantragen, werden wir gemeinsam mit den Ländern die medizinische
6868 Begutachtung verbessern.

6869

6870 Die Koalition wird eine Expertenkommission einsetzen, die bis zur Mitte der Legisla-
6871 turperiode Vorschläge erarbeitet, wie und in welcher Form die aus dem Stasi-
6872 Unterlagengesetz (StUG) resultierenden Aufgaben des Bundesbeauftragten für die
6873 Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) fortgeführt

6874 werden und wann das geschieht. Die Koalition wird die Fortführung des Pilot-
6875 Projektes „Virtuelle Rekonstruktion vorvernichteter Stasi-Akten“ sicherstellen.

6876

6877 **5.2 Moderner Staat, lebendige Demokratie und Bürgerbeteiligung**

6878

6879 **Bürgerbeteiligung**

6880

6881 Parlament, Regierung und Verwaltung werden die Möglichkeiten der Digitalisierung
6882 intensiv nutzen und die interaktive Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern
6883 sowie der Wirtschaft auf barrierefreien Websites ausbauen. Wir wollen die Potenziale
6884 der Digitalisierung zur Stärkung der Demokratie nutzen. Wir wollen die Informationen
6885 über politische Entscheidungen quantitativ und qualitativ verbessern und die Beteili-
6886 gungsmöglichkeiten für die Menschen an der politischen Willensbildung ausbauen.
6887 Gerade im Vorfeld von Entscheidungen ist früh, offen, umfassend und verständlich
6888 zu informieren. Deutschland wird im Rahmen der „Digitalen Agenda“ der EU-
6889 Kommission einen „Digital Champion“ benennen.

6890

6891 Den Sachverstand und die Meinung der Bevölkerung suchen wir auch über digitale
6892 Beteiligungsplattformen, so dass konstruktive und frühzeitige Einflussnahme von
6893 Bürgerinnen und Bürgern besser gelingt.

6894

6895 Die Beteiligung der Öffentlichkeit an umweltpolitisch relevanten Entscheidungspro-
6896 zessen wird gestärkt, ohne die zügige Umsetzung von Planungsvorhaben zu gefähr-
6897 den. Wir wollen bessere Partizipationsformen. [Es wird eine Dialogplattform Natur-
6898 schutz und Energiewende eingerichtet.]

6899

6900 Verkehrsinfrastrukturprojekte brauchen Akzeptanz und Transparenz. Wir werden
6901 deshalb die Bürgerbeteiligung in der Vorphase der Planfeststellung weiter verbes-
6902 sern und hierfür verbindliche Qualitätsstandards gesetzlich festschreiben. [**Um die**
6903 **Blockade von Verkehrsprojekten zu verhindern, schaffen wir bei der Übernah-**
6904 **me von Kosten, die aus der Bürgerbeteiligung resultieren, Rechtssicherheit]**

6905

6906 Wir wollen Bürgerinnen und Bürger und die Akteure der Zivilgesellschaft konsequent
6907 in die Diskussion um Zukunftsprojekte und die Ausgestaltung von Forschungsagen-
6908 den einbinden. Wir wollen neue Formen der Bürgerbeteiligung und der Wissen-
6909 schaftskommunikation entwickeln und in einem Gesamtkonzept zusammenführen.

6910

6911 Wir wollen die Partizipation Jugendlicher stärken. Wir wollen Anreize zur Stärkung
6912 partizipationsfördernder Kommunalpolitik legen. Jugendhilfeausschüsse und Ju-
6913 gendhilfeplanung bieten Ansatzpunkte guter Jugendpolitik. Wir unterstützen das eh-
6914 renamtliche und freiwillige Engagement Jugendlicher und wollen für mehr Anerken-
6915 nung sorgen.

6916

6917 **Transparenter Staat**

6918

6919 Die digitale Berichterstattung über den Bundestag und seine Sitzungen sowie über
6920 öffentliche Ausschusssitzungen und Anhörungen (z.B. in Streams) wollen wir aus-
6921 bauen. So bald wie möglich werden wir Bekanntmachungen wie beispielsweise
6922 Drucksachen und Protokolle in Open Data tauglichen Formaten unter freien Lizenz-
6923 bedingungen bereitstellen.

6924

6925 Wir wollen rechtliche Hemmnisse bei der Ausübung des Wahlrechts für Analpha-
6926 beten und Betreute abbauen.

6927

6928 Wir erhöhen die Transparenz beim Einsatz externer Personen in der Verwaltung.

6929 Um den Anschein von Interessenkonflikten zu vermeiden, streben wir für aus-

6930 scheidende Kabinettsmitglieder, Parlamentarische Staatssekretärinnen und

6931 Staatssekretäre und politische Beamtinnen und Beamte eine angemessene Rege-

6932 lung an.

6933

6934 Wir werden die Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung neu regeln.

6935

6936 **Moderne Verwaltung**

6937

6938 [Wir wollen ein bürgerfreundliches „digitales Deutschland“. Ein Programm „Digitale

6939 Verwaltung 2020“ für verbindliche Standards zur flächendeckenden Digitalisierung

6940 der Verwaltung soll dazu auf den Weg gebracht werden.] Bei den Beschaffungen

6941 des Bundes werden wir die Prozesse standardisieren und nach Möglichkeit digita-

6942 lisieren.

6943

6944 Durch E-Government ergeben sich umfassende Dienstleistungen für die Bürgerinnen

6945 und Bürger und für die Wirtschaft, die die Erledigung von Formalia wie Behörden-

6946 gängen wesentlich erleichtern können. Zahlreiche gute und erfolgreiche E-

6947 Government-Projekte zeigen, dass es innovative technische Lösungen in Deutsch-

6948 land gibt, die allerdings noch nicht flächendeckend und koordiniert umgesetzt sind.

6949 Der Bund wird den Ländern vorschlagen, die Programme des E-Governments unter

6950 Verantwortung des IT-Planungsrates zu konsolidieren und zu koordinieren. Dabei

6951 sind Technologien nach Möglichkeit langfristig so zu planen, dass keine Abhängig-

6952 keiten zu intransparenten Protokollen, Software, Hardware oder Herstellern entste-

6953 hen.

6954

6955 Voraussetzung für die Akzeptanz elektronischer Behördendienste sind Datenschutz

6956 und Sicherheit der Kommunikation und Angebote. Die Kommunikation muss daher

6957 sicher sein. Wir werden die Weiterentwicklung von DE-Mail dahingehend forcieren,

6958 dass bestehende Sicherheitslücken bei der Verschlüsselung geschlossen werden

6959 und dieses Angebot damit für die Bürgerinnen und Bürger ein geeignetes Mittel der

6960 Datenübertragung wird. Die Identifizierungsfunktion des neuen Personalausweises

6961 und die Nutzung von Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen sind grundsätzlich anzuwen-

6962 den.

6963

6964 Eine bundesweite laufend aktualisierte Landkarte aller öffentlich angebotenen

6965 Dienstleistungen schafft Transparenz, Koordinierung, Verbindlichkeit, Priorisierung

6966 und Fokussierung und gibt den Bürgerinnen und Bürgern einen Überblick über die

6967 entsprechenden Angebote. Die Idee der einheitlichen Behördennummer 115 wollen

6968 wir ins Internet übertragen (www.115.de) und zumindest die 100 wichtigsten und am

6969 häufigsten genutzten Verwaltungsleistungen innerhalb der nächsten vier Jahre bun-

6970 desweit einheitlich online anbieten.

6971

6972 Wir erleichtern den Kommunen die Realisierung, indem wir in einer Toolbox die be-

6973 sten Umsetzungslösungen häufig genutzter Verwaltungsleistungen anbieten und da-

6974 durch eine bessere Vereinheitlichung mit niedrigeren Folgekosten erreichen.

6975

6976 Die Bürgerinnen und Bürger sollen auf Wunsch die Möglichkeit haben, einen einheitlichen Stammdaten-Account, ein sogenanntes Bürgerkonto zu verwenden, um die Kommunikation mit der Verwaltung zusätzlich zu vereinfachen. Zur elektronischen Identifizierung soll der neue elektronische Personalausweis genutzt werden. Das Bürgerkonto kann zum digitalen Dokumentenpostfach erweitert werden.

6981
6982 Eine Systematisierung der bislang nebeneinanderstehenden Rechtsregelungen zum Internet (Internetgesetzbuch) wird geprüft und in diesem Zusammenhang das Leistungsschutzrecht hinsichtlich der Erreichung seiner Ziele evaluiert.

6985
6986 Erste Open-Data-Projekte in Deutschland zeigen das Potential offener Daten. Die Bundesverwaltung muss auf der Basis eines Gesetzes mit allen ihren Behörden Vorreiter für die Bereitstellung offener Daten in einheitlichen maschinenlesbaren Formaten und unter freien Lizenzbedingungen sein. Wir wollen für Bund, Länder und Kommunen ein Open-Data-Portal bereitstellen. Die Koalition strebt einen Beitritt Deutschlands zur internationalen Initiative Open Government Partnership an.

6992
6993 **[Str.:** Wir werden das Informationsfreiheitsrecht überarbeiten und hierbei die Vorschläge der Evaluation des Informationsfreiheitsgesetzes aufgreifen.]

6995
6996 Die IT der Bundesverwaltung werden wir bei einem gemeinsamen IT-Dienstleister zusammenführen. Wir werden die gemeinsamen IT-Dienstleistungen im Bereich der IT-Systeme, Netze und Anwendungen behördenübergreifend organisieren. Wir werden prüfen, für welche staatlichen Leistungen in welchen Lebenslagen die Abwicklung gesetzlich vereinheitlicht und zusammengelegt werden sollte, z. B. zu einer nur einmaligen Prüfung von Anspruchsberechtigungen.

7002
7003 **Öffentlicher Dienst**

7004
7005 Der öffentliche Dienst ist Grundlage einer funktionierenden staatlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Das Berufsbeamtentum ist dabei Garant einer leistungsfähigen und unabhängigen Verwaltung. Zur Sicherung der Fachkräftebasis und zur Gewinnung qualifizierten Nachwuchses brauchen wir eine demografievorsorgende Stellen- und Personalpolitik, moderne, attraktive und familienfreundliche Arbeitsbedingungen sowie partnerschaftliche Personalvertretungen.

7011
7012 Wir wollen die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes weiterhin sicherstellen, indem wir die Zugangsvoraussetzungen künftig auch stärker an gewonnenen berufspraktischen Erfahrungen oder besonderen wissenschaftlichen Qualifikationen orientieren und beispielsweise den Zugang zum höheren Dienst des Bundes auch für Bachelor-Absolventen mit Promotion oder mehrjähriger beruflicher Erfahrung öffnen.

7017
7018 Wir schaffen die Voraussetzungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf im juristischen Vorbereitungsdienst.

7020
7021 [Wir stehen zum Bonn-Berlin-Gesetz. Bonn bleibt das zweite bundespolitische Zentrum.]

7023
7024
7025 **Moderne Justiz**

7026

7027 Wir wollen einen bürgernahen und effizienten Zivilprozess. So werden wir den
 7028 Ländern die Möglichkeit einräumen, bei den Landgerichten spezialisierte Spruch-
 7029 körper einzurichten. Wir wollen außerdem die Neutralität gerichtlich beigezogener
 7030 Sachverständiger gewährleisten und in Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden
 7031 die Qualität von Gutachten insbesondere im familiengerichtlichen Bereich verbes-
 7032 sern. Die Rechtsgrundlagen für den elektronischen Rechtsverkehr und die elek-
 7033 tronische Akte in der Justiz werden wir weiterentwickeln und die praktische Um-
 7034 setzung begleiten.

7035
 7036 Damit die Bürger einfacher Ersatz für die Schäden erhalten, die sie durch fehler-
 7037 haftes Verhalten staatlicher Stellen erlitten haben, fassen wir das zersplitterte
 7038 Staatshaftungsrecht zusammen.

7039
 7040 Wir wollen das Betreuungsrecht in struktureller Hinsicht verbessern und damit das
 7041 Selbstbestimmungsrecht hilfebedürftiger Erwachsener bedarfsgerecht stärken. Wir
 7042 werden das Vormundschaftsrecht modernisieren.

7043
 7044 Wir wollen das Rechtssprechungsmonopol des Staates stärken. Illegale Parallel-
 7045 justiz werden wir nicht dulden. Wir sind überzeugt, dass Recht und Rechtsordnung
 7046 eine völkerverbindende und friedensstiftende Wirkung entfalten. Wir werden
 7047 deshalb mit Nachdruck die bilateralen Rechtsstaatsdialoge fördern [und die Be-
 7048 strebungen unterstützen, in Nürnberg ein Institut zur Durchsetzung der Nürnberger
 7049 Prinzipien zum Völkerstrafrecht auf Dauer einzurichten.] [Wir werden zudem die
 7050 Initiative „Law - Made in Germany“ fortführen und weiterentwickeln.]

7051 7052 **Für Toleranz und Demokratie**

7053
 7054 Im Interesse der Lebendigkeit unserer Demokratie und unserer freiheitlich-
 7055 demokratischen Grundordnung ist es erforderlich, ziviles Engagement und demokra-
 7056 tisches Verhalten sowie den Einsatz für Vielfalt und Toleranz bei Kindern und Ju-
 7057 gendlichen auf der kommunalen bzw. regionalen Ebene zu fördern und zu stärken.
 7058 Wir motivieren und unterstützen Vereine, Projekte und Initiativen, die sich der Förde-
 7059 rung von Demokratie und Toleranz widmen und gegen Gewalt und Hass, Fremden-
 7060 feindlichkeit und Antisemitismus wenden.

7061
 7062 Der Einsatz für Demokratie und gegen Extremismus ist eine und bedarf einer res-
 7063 sortübergreifenden Gesamtstrategie.

7064
 7065 Die Extremismusprävention der Bundesregierung bündeln und optimieren wir. Anti-
 7066 semitismus bekämpfen wir, Radikalisierung treten wir entgegen. Wir stärken die Prä-
 7067 vention durch Verstetigung von Programmen.

7068
 7069 Die Umsetzung der einmütig beschlossenen Empfehlungen des NSU-
 7070 Untersuchungsausschusses ist ein wichtiger Eckpfeiler unserer Bemühungen zur
 7071 Bekämpfung des Rechtsextremismus in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit
 7072 und die Überwindung von Antisemitismus, Rassismus, Rechtsextremismus und an-
 7073 derer Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist eine Aufgabe von Bund,
 7074 Ländern und Kommunen sowie der Zivilgesellschaft gleichermaßen.

7075
 7076 Die bestehenden Programme werden langfristig finanziell sichergestellt und auf bun-
 7077 desgesetzlicher Grundlage, soweit Gesetzgebungskompetenz vorliegt, weiterentwik-

7078 kelt sowie neue Strukturformen entsprechend des Abschlussberichtes des Untersu-
7079 chungsausschusses des Deutschen Bundestages zur NSU etabliert. Die Haushalts-
7080 mittel stocken wir bedarfsgerecht auf. [SPD: F: **Kosten: 50 Mio. Euro**] Wir treten
7081 rassistischen und demokratiefeindlichen Strukturen mit der Stärkung von Forschung
7082 und politischer Bildung entgegen.

7083
7084 Die Bundeszentrale für politische Bildung leistet einen unverzichtbaren Beitrag für die
7085 Demokratieförderung. Ihre Arbeit wollen wir stärken.

7086

7087

7088

7089 **6. Starkes Europa**

7090

7091 **Europapolitische Verantwortung Deutschlands**

7092

7093 Das europäische Einigungswerk bleibt die wichtigste Aufgabe Deutschlands. Die Er-
7094 wartungen unserer europäischen Partner an Deutschland haben sich im Laufe der
7095 letzten Jahre gewandelt. Die Europäische Union (EU) durchläuft eine historisch ein-
7096 zigartige Periode wirtschaftlicher, sozialer und institutioneller Veränderungen und
7097 Neuerungen. In dieser Umbruchphase ist Deutschland als wirtschaftlich starker Mit-
7098 gliedstaat und Stabilitätsanker in eine gestiegene Verantwortung hineingewachsen
7099 und besonderen Erwartungen seiner Partner ausgesetzt.

7100

7101 Unser Land muss in dieser Situation als Gründungsmitglied der EU und vertrauens-
7102 voller Partner eine verantwortungsvolle und integrationsfördernde Rolle in Europa
7103 wahrnehmen. Deutschland wird alle seine Möglichkeiten nutzen und ausschöpfen,
7104 das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit des europäischen Einigungswerkes wieder zu
7105 stärken und auszubauen. Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um die Krise
7106 in Europa zu überwinden und einen neuen Aufbruch für ein politisch und wirtschaft-
7107 lich starkes, sozial gerechtes Europa zu schaffen. Solide und nachhaltig tragfähige
7108 Finanzen müssen mit Wachstum und Beschäftigung sowie notwendige Eigen-
7109 verantwortung der Staaten mit europäischer Solidarität und Demokratie zu-
7110 sammengebracht werden. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, braucht die EU
7111 handlungsfähige Gemeinschaftsinstitutionen.

7112

7113 **Demokratisches Europa**

7114

7115 Europapolitische Entscheidungen greifen oft tief in die Lebensbedingungen unserer
7116 Bürger ein. Für das Vertrauen in Europa und die EU ist es daher wichtig, die demo-
7117 kratische Legitimation zu stärken und Entscheidungen der EU nachvollziehbarer zu
7118 gestalten. Hierfür ist eine starke Rolle des Europäischen Parlamentes ebenso not-
7119 wendig wie eine enge Einbindung der nationalen Parlamente. Die Kommission
7120 braucht ein stringentes und effizientes Kollegium mit klaren Zuständigkeiten der
7121 Kommissare.

7122

7123 Gerade auch für die Akzeptanz des Krisenmanagements im Euroraum ist es wichtig,
7124 dass dieses in die demokratischen Strukturen der EU und das bewährte Zusam-
7125 menwirken aus Kommission, Rat, Europäischem Parlament und Mitgliedstaaten ein-
7126 gebettet ist. Die Gemeinschaftsmethode steht im Zentrum der europäischen Ei-
7127 nigung. Dort wo einige Staaten in der Integration voranschreiten, sollte es das Ziel
7128 sein, diese Politikbereiche unter Einschluss aller EU-Mitglieder so rasch wie möglich
7129 unter das Dach der europäischen Verträge zu führen.

7130

7131 Die Bundesregierung unterstützt die Einführung eines einheitlichen europäischen
7132 Wahlrechts, um verlässliche Mehrheiten im Europäischen Parlament für die Stabilität
7133 der Legislativverfahren der Union sicherzustellen. In diesem Zusammenhang sollte
7134 eine angemessene Mindestschwelle für die Zuteilung der Sitze festgelegt werden.

7135

7136 Die Herausbildung einer europäischen Zivilgesellschaft ist eine essentielle Vo-
7137 raussetzung für eine lebendige europäische Demokratie. Besonders wichtig ist es,
7138 dafür auch die Jugendpolitik weiterzuentwickeln. Europaschulen, Jugendwerke und
7139 eine erhöhte Jugendmobilität können hierzu beitragen. [In diesem Zusammenhang

7140 setzen wir uns beispielsweise für die Errichtung eines deutsch-griechischen Jugend-
7141 werks ein.] Die Reformbestrebungen in Griechenland werden weiterhin partner-
7142 schaftlich unterstützt, insbesondere wird die Deutsch-Griechische Versammlung fort-
7143 geführt und weiterentwickelt.

7144
7145 Damit die Bürger eine vertiefte Integration Europas stärker akzeptieren, ist es uner-
7146 lässlich, das Subsidiaritätsprinzip strikt einzuhalten. Danach wird die EU nur tätig,
7147 wenn und soweit ein Handeln der Mitgliedstaaten nicht ausreichend wäre. Aufgaben
7148 müssen dort verortet werden, wo sie am besten gelöst werden können, europäisch,
7149 national, regional oder lokal. Außerdem müssen sich Rechtsakte der EU am Verhält-
7150 nismäßigkeitsgrundsatz messen lassen.

7151
7152 Wir wollen ein bürgernahes Europa verwirklichen, das die kommunale Selbstver-
7153 waltung achtet. Die Sprachen und Kulturen in den Kommunen und Regionen tragen
7154 wesentlich zur Vielfalt Europas bei, mit der sich die Menschen identifizieren. Wir tre-
7155 ten dafür ein, dass die EU die Eigenständigkeit und die vielfältigen Traditionen aller
7156 Mitgliedstaaten bewahrt. Die EU muss sich vor allem auf die großen Zukunftsaufga-
7157 ben konzentrieren; in diesen Bereichen brauchen wir eine starke, demokratische und
7158 geschlossen handelnde EU.

7159
7160 Der Umgang mit der deutschen Sprache in den europäischen Institutionen muss ihre
7161 rechtliche Stellung und ihren tatsächlichen Gebrauch in der EU widerspiegeln.
7162 Deutsch muss auch in der Praxis den anderen beiden Verfahrenssprachen Englisch
7163 und Französisch gleichgestellt werden.

7164 7165 **Herausforderungen – Europas Weg aus der Krise**

7166
7167 Wir wollen alles dafür tun, dass Europa gestärkt aus der gegenwärtigen Krise her-
7168 vorgeht. Wir sind der festen Überzeugung, dass dies möglich ist, wenn Europa zu-
7169 sammenhält und eine umfassende politische Antwort auf die Herausforderungen im
7170 Euroraum gibt. Die Ursachen der Krise sind vielfältig: Sie reichen von einer übermä-
7171 ßigen Verschuldung einzelner europäischer Staaten über Defizite in der Wett-
7172 bewerbsfähigkeit, wirtschaftliche Ungleichgewichte und Konstruktionsmängel in der
7173 Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion bis zu Fehlentwicklungen auf den Fi-
7174 nanzmärkten.

7175
7176 Die Wachstumsaussichten haben sich jüngst aufgehellt. Doch die Krise hat tiefe
7177 Wunden geschlagen und ist noch längst nicht überwunden. Die Arbeitslosigkeit ist in
7178 vielen Mitgliedstaaten weiter unerträglich hoch, insbesondere unter Jugendlichen.
7179 Viele kleine und mittlere Unternehmen können Investitionen nicht finanzieren. Und
7180 die Kombination aus hohen Schuldenständen und schwachem Wachstum machen
7181 Europas Volkswirtschaften weiterhin anfällig.

7182
7183 Damit Europa dauerhaft einen Weg aus der Krise findet, ist ein umfassender poli-
7184 tischer Ansatz erforderlich, der Strukturreformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit und
7185 eine strikte, nachhaltige Haushaltskonsolidierung mit Zukunftsinvestitionen in
7186 Wachstum und Beschäftigung in sozial ausgewogener Weise verbindet.

7187
7188 Ziel beim weiteren europäischen Krisenmanagement muss es sein, die wechselseiti-
7189 ge Abhängigkeit zwischen privater Verschuldung von Banken und öffentlicher Ver-
7190 schuldung von Staaten zu überwinden ebenso wie sicherzustellen, dass künftig in

7191 erster Linie die Banken selbst für ihre Risiken haften und nicht die Steuerzahler.
 7192 Auch müssen die Regeln für Banken und Finanzmärkte so weiter verändert werden,
 7193 dass Akteure der Finanzmärkte künftig nie wieder den Wohlstand von Staaten und
 7194 Gesellschaften gefährden können. Die Finanzmärkte müssen an den Kosten der Kri-
 7195 se beteiligt werden und letztlich auf ihre dienende Funktion gegenüber der Realwirt-
 7196 schaft zurückgeführt werden.

7197
 7198 Hinzukommen müssen weitere Reformschritte zur Stärkung der wirtschaftspoliti-
 7199 schen Koordinierung besonders in der Wirtschafts- und Währungsunion. Die bewähr-
 7200 ten Regeln der Sozialen Marktwirtschaft müssen das Grundgerüst für die Wirt-
 7201 schafts- und Währungsunion der Zukunft sein.

7202 7203 **Fortentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion**

7204
 7205 Die Krise im Euroraum hat Konstruktionsmängel in der europäischen Wirtschafts-
 7206 und Währungsunion offen gelegt. Vor allem ist deutlich geworden, dass die Wirt-
 7207 schafts- und Währungsunion eine bessere und verbindlichere Koordinierung ihrer
 7208 Wirtschaftspolitik und eine effektivere Haushaltspolitik braucht, um Wettbewerbsfä-
 7209 higkeit, Finanzstabilität, die Möglichkeit zu Zukunftsinvestitionen und sozialen Aus-
 7210 gleich dauerhaft erfolgreich zu verbinden. Deutschland wird im Austausch mit seinen
 7211 europäischen Partnern dafür eintreten, dass die Wirtschafts- und Währungsunion in
 7212 diesem Sinne weiter entwickelt wird. Die Gemeinschaftsinstitutionen sollten im Rah-
 7213 men ihrer institutionellen Rolle an der wirtschaftlichen Koordinierung beteiligt werden.

7214
 7215 Deutschland steht zur gemeinsamen Währung. Unser Ziel ist und bleibt es, Europa
 7216 gestärkt aus der Krise zu führen – für ein Europa der Stabilität und des Wachstums.
 7217 Unser Grundsatz ist dabei: Solidarität und Eigenverantwortung gehören zusammen.
 7218 Wir Europäer müssen auch durch eine leistungsfähigere Wirtschaft im globalen
 7219 Wettbewerb bestehen.

7220
 7221 Eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit durch Strukturreformen und nachhaltige Zu-
 7222 kunftsinvestitionen sind der Schlüssel Europas zum Wachstum. Nationale und euro-
 7223 päische Anstrengungen müssen Hand in Hand gehen. Wir bekennen uns zu den Re-
 7224 geln des gestärkten Stabilitäts- und Wachstumspakts. Dessen glaubwürdige Anwen-
 7225 dung ist das Fundament für eine dauerhaft stabile gemeinsame Währung.

7226
 7227 Die Glaubwürdigkeit unseres Handelns erfordert eine an Nachhaltigkeitskriterien aus-
 7228 gerichtete Haushalts- und Wirtschaftspolitik. Die hohen Staatsschuldenquoten der
 7229 Euroländer müssen daher zurückgeführt werden. Das ist eine der Lehren aus der ak-
 7230 tuellen Krise. Die Politik der Haushaltskonsolidierung muss fortgesetzt werden und
 7231 mit Reformen für strukturelles Wachstum und nachhaltigen Zukunftsinvestitionen
 7232 kombiniert werden. Deutschland ist weiterhin bereit, solidarische Unterstützung bei-
 7233 spielsweise in Form von Hilfskrediten und technischer Hilfe zu leisten, um Reformpo-
 7234 litiken in den Empfängerländern zur Rückgewinnung von Wettbewerbsfähigkeit und
 7235 zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu ermöglichen.

7236
 7237 Das Prinzip, dass jeder Mitgliedstaat für seine Verbindlichkeiten selbst haftet, muss
 7238 aber erhalten werden. Jede Form der Vergemeinschaftung von Staatsschulden wür-
 7239 de die notwendige Ausrichtung der nationalen Politiken in jedem einzelnen Mitglied-
 7240 staat gefährden. Nationale Budgetverantwortung und supranationale, gemeinsame
 7241 Haftung sind unvereinbar. Hilfskredite aus europäischen Rettungsprogrammen dür-

7242 fen nur als Ultima Ratio gewährt werden, wenn die Stabilität der Eurozone als Gan-
 7243 zes gefährdet ist. Wir wollen, dass Krisenstaaten eine starke Eigenbeteiligung an der
 7244 Krisenbewältigung leisten und eigene Mittel einsetzen, bevor sie Hilfskredite erhal-
 7245 ten. Diese dürfen nur im Gegenzug zu strikten Auflagen bzw. Reformen und Kon-
 7246 solidierungsmaßnahmen der Empfängerländer gewährt werden. Sie setzen einen
 7247 klaren Plan voraus, wie die Schuldentragfähigkeit gesichert werden kann. Darüber
 7248 hinaus ist die demokratische Kontrolle aller Hilfen von herausragender Bedeutung:
 7249 ESM-Mittel werden weiterhin nur nach Zustimmung des Bundestages bewilligt.

7250

7251 Die Krise hat gezeigt, dass europäische Korrekturen oftmals zu spät greifen. Zur
 7252 Vermeidung von künftigen Verwerfungen in der Währungsunion müssen deshalb
 7253 Haushaltspolitiken und Schuldenentwicklung besser überwacht und wirtschaftliche
 7254 Ungleichgewichte in der Eurozone durch koordinierte Anstrengungen aller Euro-
 7255 Mitgliedstaaten verringert werden. Dafür müssen wir den gestärkten Stabilitäts- und
 7256 Wachstumspakt und das Ungleichgewichteverfahren konsequent nutzen.

7257

7258 Die neuen Regeln können nur dann glaubwürdig sein, wenn sie konsequent an-
 7259 gewendet und überwacht werden. Die Verwendung eines EU-Fortschrittsanzeigers
 7260 (Score Board) für Beschäftigung und soziale Entwicklungen und von Beschäftigungs-
 7261 und Sozialindikatoren sollte weiterverfolgt werden, damit diese neuen Instrumente
 7262 bereits für das Europäische Semester 2014 genutzt werden können. Mit dieser grö-
 7263 ßeren Bandbreite von Indikatoren soll EU-weit ein breiteres Verständnis sozialer
 7264 Entwicklungen erlangt werden. Die bereits im sogenannten Two-Pack eingeführte
 7265 Überwachung der nationalen Haushaltsplanung durch die EU-Kommission wollen wir
 7266 zu einem effektiven Instrument ausbauen, das bei klaren Verstößen gegen EU-
 7267 Regeln einem nationalen Haushaltsgesetzgeber ermöglicht, frühzeitig selbst gegen-
 7268 zusteuern. Das bezieht auch Ziele für Wachstum, Innovation und Beschäftigung mit
 7269 ein.

7270

7271 Wir setzen uns dafür ein, dass die Eurostaaten verbindliche und durchsetzbare, de-
 7272 mokratisch legitimierte vertragliche Reformvereinbarungen mit der europäischen
 7273 Ebene schließen, die auf die Erreichung der Ziele Wettbewerbsfähigkeit, solide und
 7274 nachhaltig tragfähige Finanzen, Wachstum und Beschäftigung verbunden mit Solida-
 7275 rität gerichtet sind.

7276

7277 Wir werden die vertraglichen Grundlagen der Wirtschafts- und Währungsunion an-
 7278 passen.

7279

7280 Die in den von der Krise besonders betroffenen Staaten der Eurozone eingeleiteten
 7281 Reformen sind eine wichtige Grundlage, um vor Ort und für Europa als Ganzes
 7282 nachhaltiges Wachstum zu schaffen. In diesem Zusammenhang ist es auch nötig,
 7283 die Möglichkeiten der Europäischen Investitionsbank (EIB) und des EU-Haushalts
 7284 einschließlich der EU-Strukturfondsmittel gezielt zum Aufbau der nötigen Infrastruktur
 7285 einzusetzen. Außerdem sollten die Möglichkeiten des Kreditzugangs für kleine und
 7286 mittlere Unternehmen wirksam verbessert werden. Auch hier kann die EIB in Zu-
 7287 sammenarbeit mit nationalen Förderbanken helfen. Mit diesem Instrumentenkasten
 7288 sollen die wirtschaftliche Entwicklung gestärkt, die Beschäftigung erhöht und die
 7289 Fragmentierung der Finanzmärkte in Europa reduziert werden.

7290

7291 **Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung**

7292

7293 Der Binnenmarkt ist ein Eckpfeiler für die Sicherung des Wachstums und der Wett-
7294 bewerbsfähigkeit Europas; er muss seine Wirkung voll entfalten und weiter vertieft
7295 werden. Die Vollendung des Binnenmarkts, die Schaffung geeigneter Regelungs-
7296 rahmen, aber auch die gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen und
7297 Qualifikationen sowie die Übertragbarkeit von sozialer Absicherung in der Europäi-
7298 schen Union können bedeutende Wachstumsimpulse setzen.
7299

7300 Vor allem mit Wettbewerbsfähigkeit, robustem strukturellem Wirtschaftswachstum
7301 und Zukunftsinvestitionen gelingt es, neue Arbeitsplätze dauerhaft zu schaffen und
7302 den Wohlstand zu sichern. Dies gilt insbesondere in den Krisenländern des Euro-
7303 Währungsgebietes, wo die Arbeitslosigkeit viel zu hoch ist und die Menschen in der
7304 Krise oft schmerzhaft Einschnitte beim Einkommen erfahren haben, in vielen Fällen
7305 verbunden mit dem Verlust des Arbeitsplatzes.
7306

7307 Wir werden uns dafür einsetzen, die Politik der haushaltspolitischen Konsolidierung
7308 und Strukturreformen unter Berücksichtigung der sozialen Verträglichkeit konsequent
7309 weiterzuentwickeln und dabei durch verstärkte Zukunftsinvestitionen für Innovation
7310 und Wachstum zu ergänzen.
7311

7312 Wir werden das wirtschaftliche Klima weiter verbessern, so dass hochwertige Pro-
7313 duktion und Beschäftigung mit guten Einkommen entstehen. In kluger Zu-
7314 sammenarbeit tragen der private Sektor mit seiner Dynamik und Leistungsfähigkeit
7315 und der Staat durch den regulatorischen Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft,
7316 durch Bildung und durch Infrastruktur zur Erreichung dieses Zieles bei. Das gilt je
7317 nach Verantwortlichkeit auf nationaler und europäischer Ebene.
7318

7319 Um Europa zukunftsfest zu machen, brauchen wir höhere Investitionen etwa in Infra-
7320 struktur, erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Verkehr, transeuropäische Netze,
7321 digitale Medien oder Breitbandversorgung, Bildung sowie Forschung und Entwick-
7322 lung ebenso wie notwendige Strukturreformen.
7323

7324 Wir werden darauf dringen, dass der im Sommer 2012 geschlossene Pakt für
7325 Wachstum und Beschäftigung (120 Mrd. Euro) mit Nachdruck umgesetzt wird.
7326 Wachstumspakt und Fiskalpakt sind gleichermaßen wichtige Bestandteile einer Poli-
7327 tik für nachhaltiges Wachstum und solide öffentliche Haushalte. Von besonderer Be-
7328 deutung für die Förderung von Wachstum und Beschäftigung sind Maßnahmen, die
7329 kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu Finanzmitteln erleichtern. Hierzu
7330 gehören die erhöhte Darlehensvergabe seitens der EIB sowie die verstärkte Nutzung
7331 revolvingender Fonds zum Einsatz der Mittel aus den Struktur- und Investitionsfonds.
7332

7333 Die Bundesregierung wird darauf achten, dass die EIB effektiv und umfassend von
7334 den ihr zusätzlich zugewiesenen Mitteln Gebrauch macht. Das in den Vereinbarun-
7335 gen zur mittelfristigen Finanzplanung vorgesehene Flexibilisierungsinstrument sollte
7336 für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung genutzt werden.
7337

7338 Im Rahmen einer sparsamen EU-Haushaltsführung setzen wir uns für eine aufga-
7339 bengerechtere Gestaltung des EU-Haushaltes ein. Mit Blick auf die Revision des
7340 Mehrjährigen Finanzrahmens in 2016 müssen weitere Schritte hin zu einer klaren
7341 Prioritätensetzung des europäischen Haushaltes für Wachstum, Beschäftigung und
7342 Innovation auf den Weg gebracht werden.
7343

7344 Die Bundesregierung wird sich auf europäischer Ebene für eine möglichst frühzeitige
7345 Evaluierung der Pilotphase zu europäischen Projektanleihen einsetzen. Mit einer Ab-
7346 sicherung von Projektanleihen aus dem Haushalt der Europäischen Union können
7347 zusätzliche wachstumsfördernde Investitionen angeregt werden. [Falls die Evaluie-
7348 rung der Pilotphase positiv ausfällt, wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen,
7349 das Volumen von Projektanleihen signifikant zu erhöhen.]
7350

7351 Europa ist die Wiege der modernen Industriegesellschaft. In weiten Teilen Europas
7352 hat die Industrie aber an Kraft verloren. Die EU hat die Bedeutung der Industrie für
7353 nachhaltiges Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität und Beschäftigung sowie das
7354 Problem der Deindustrialisierung Europas mittlerweile erkannt. Es ist aber noch nicht
7355 gelungen, den negativen Trend umzukehren. Wegen der großen Bedeutung einer
7356 starken europäischen Industrie werden wir gemeinsam mit den europäischen Institu-
7357 tionen und Partnern darauf hinarbeiten, dass die EU künftig wieder die Heimat einer
7358 starken und modernen Industrie wird. Hierzu müssen und werden wir ressort-
7359 übergreifend die Standortbedingungen der Industrie verbessern, die internationale
7360 Wettbewerbsfähigkeit der Industrie bei den politischen Entscheidungen in Berlin und
7361 Brüssel mitberücksichtigen und verstärkt auf die Kosteneffizienz unserer industriepo-
7362 litischen Entscheidungen achten.
7363

7364 Besonders wichtig in Europa sind auch höhere private und öffentliche Investitionen in
7365 Forschung, Entwicklung und Innovation, in gute Ausbildungssysteme, eine verbes-
7366 serte Exportförderung besonders in Ländern mit niedriger Exportquote, eine moder-
7367 ne, auf den industriellen Bedarf ausgerichtete Infrastruktur und ein förderlicher ord-
7368 nungspolitischer Rahmen im europäischen Binnenmarkt.
7369

7370 Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas ist ein verringerter Regelungsauf-
7371 wand auf Ebene der EU erforderlich. Die EU-Kommission muss Regelungsbereiche
7372 identifizieren, die das größte Potenzial zur Vereinfachung und zur Verringerung der
7373 Regulierungskosten bieten, vor allem soweit sie für kleine und mittlere Unternehmen
7374 besonders relevant sind. Für diese Bereiche fordern wir konkrete Abbauziele. Dem
7375 Verbraucher-, Umwelt- und Arbeitnehmerschutz muss dabei Rechnung getragen
7376 werden. EU-Vorgaben wollen wir grundsätzlich „eins zu eins“ umsetzen – das sichert
7377 auch Chancengleichheit im europäischen Binnenmarkt.
7378

7379 Auch die Energiewende muss im europäischen Zusammenhang gedacht werden.
7380 Nur ein integrierter Energiebinnenmarkt und eine enge Koordinierung zwischen den
7381 Mitgliedstaaten z. B. beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Transportnet-
7382 ze sichern eine zuverlässige, bezahlbare und umweltverträgliche Energieversorgung,
7383 damit Deutschland auch langfristig Motor eines wettbewerbsfähigen Wirtschafts- und
7384 Industriestandorts Europa bleibt.
7385

7386 Die Rolle, die Europa im 21. Jahrhundert spielen wird, hängt auch entscheidend da-
7387 von ab, ob es uns gelingt, im Bereich der digitalen Welt Anschluss zu halten, euro-
7388 päische Standards zu setzen und damit unser europäisches Gesellschaftsmodell zu
7389 bewahren. Deshalb treten wir für eine umfassende digitale europäische Agenda ein,
7390 die Verbraucherschutz, Datenschutz, Innovation, Netz und Informationssicherheit zu-
7391 sammen bringen.
7392

7393 Nötig ist zudem ein neuer internationaler Rechtsrahmen für den Umgang mit unseren
7394 Daten. Unser Ziel ist eine internationale Konvention für den weltweiten Schutz der

7395 Freiheit und der persönlichen Integrität im Internet. Die derzeit laufende Verbesse-
 7396 rung der europäischen Datenschutzbestimmungen muss entschlossen vorangetrie-
 7397 ben werden. Auf dieser Grundlage wollen wir auch das Datenschutzabkommen mit
 7398 den USA zügig verhandeln.

7399
 7400 Bei der Koordinierung unserer Wirtschaftspolitik im europäischen Rahmen behalten
 7401 wir auch die globale Dimension fest im Blick. So werden wir beispielsweise den Ab-
 7402 schluss eines Freihandelsabkommen mit den USA vorantreiben. Wir werden die
 7403 Herausforderung der zunehmenden globalen Konkurrenz zwischen Unternehmen
 7404 und Standorten meistern, indem wir uns an den bewährten Grundlinien unserer So-
 7405 zialen Marktwirtschaft orientieren und der Sicherung der internationalen Wettbe-
 7406 werbsfähigkeit unserer – d. h. der deutschen und der europäischen – Wirtschaft hohe
 7407 Priorität einräumen. In einer sich rasch verändernden Welt kann nur ein starkes Eu-
 7408 ropa weiterhin seinen Einfluss behalten – auch dafür brauchen wir nachhaltiges Wirt-
 7409 schaften und hohe ökonomische und soziale Stabilität.

7410
 7411 Dem besonderen Schutzbedürfnis von Kultur und Medien wird in der deutschen Eu-
 7412 ropa-Politik Rechnung getragen, insbesondere im Rahmen der europäischen Recht-
 7413 setzung, bei EU-Beihilfefragen oder bei Freihandelsabkommen mit Drittstaaten. Dies
 7414 muss auch bei den Verhandlungen über ein EU-USA-Freihandelsabkommen durch
 7415 Ausnahmeregelungen berücksichtigt und gesichert werden.

7416
 7417 **Soziale Dimension stärken, Beschäftigung schaffen, Jugendarbeitslosigkeit**
 7418 **bekämpfen**

7419
 7420 Die Erfahrung der Krise lehrt einmal mehr, dass die größte Bedrohung für die Men-
 7421 schen und den sozialen Frieden in Europa der Verlust des Arbeitsplatzes ist. Deswe-
 7422 gen ist der beste und auf Dauer einzig erfolgreiche Weg zur Sicherheit von Einkom-
 7423 men, persönlicher Teilhabe und gesellschaftlicher Integration und Stabilität, die Ar-
 7424beitslosigkeit zu überwinden und genügend qualifizierte, dauerhaft wettbewerbs-
 7425 fähige Arbeitsplätze zu schaffen. Eigenverantwortung und die private Initiative, zu ar-
 7426 beiten und unternehmerisch Arbeit zu schaffen, müssen flankiert werden durch soli-
 7427 darische Unterstützung. Dies spiegelt sich auch in der europäischen Strategie aus
 7428 Solidarität und Solidität wieder: Strukturreformen der Mitgliedstaaten und Haushalts-
 7429 konsolidierung sind ebenso wie Zukunftsinvestitionen eine wichtige Grundlage für
 7430 Wachstum und Beschäftigung und damit auch die soziale Integration der Bürger.

7431
 7432 Die Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen ist in vielen europäischen Ländern in-
 7433 folge der Krise dramatisch angestiegen. Diese jungen Menschen, die vielfach gut
 7434 ausgebildet sind, darf Europa nicht im Stich lassen. Die Bekämpfung der Jugendar-
 7435beitslosigkeit muss deshalb eine Priorität europäischer Politik sein.

7436
 7437 Deutschland wird bei der Umsetzung der vereinbarten Europäischen Jugendgarantie
 7438 mit gutem Beispiel vorangehen. Eine erfolgreiche Umsetzung in allen Mitgliedstaaten
 7439 bedarf ausreichender finanzieller Unterlegung, um den Aufbau notwendiger Struktu-
 7440 ren in den am stärksten betroffenen Ländern zu ermöglichen und die Jugendgarantie
 7441 zügig zum Erfolg zu führen. Wir begrüßen einen Qualitätsrahmen für Praktika. Die
 7442 Bundesregierung wird sich für überprüfbare Ziele zur Bekämpfung der Jugendar-
 7443beitslosigkeit im Europäischen Semester einsetzen. Dabei sollten die nationalen Par-
 7444lamente und das Europäische Parlament ihre Rolle wahrnehmen.

7445

7446 Die Mittel, die im Rahmen der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen im näch-
 7447 sten europäischen Haushalt vorgesehen sind, müssen schnellstmöglich, in jedem
 7448 Fall in den ersten zwei Jahren der kommenden Finanzperiode eingesetzt werden.
 7449 Eine Aufstockung der finanziellen Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
 7450 kann falls notwendig im Rahmen der bereits vereinbarten Re-Programmierung der
 7451 europäischen Strukturfonds sowie durch eine Bündelung noch verfügbarer Haus-
 7452 haltsmittel erfolgen. Wir unterstützen Initiativen zur technischen Hilfe bei Abruf und
 7453 Einsatz der Mittel. Die Finanzierung von Investitionen in Bildung und Ausbildung und
 7454 befristeten Lohnkostenzuschüssen durch Kredite und Garantien der EIB begrüßen
 7455 wir ausdrücklich und setzen uns für eine verstärkte Kombination von EIB-Krediten
 7456 und europäischen Fondsmitteln ein. Die Möglichkeiten, die das Programm „Erasmus
 7457 für alle“ für duale Ausbildung bietet, sollten besser ausgeschöpft werden.

7458
 7459 Auch werden wir einen gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkt fördern, durch die
 7460 bessere Vermittlung von Sprachen sowie eine bessere Übertragbarkeit von Bil-
 7461 dungsabschlüssen und sozialer Absicherung.

7462
 7463 Wir setzen uns dafür ein, dass die Mobilität und Durchlässigkeit in einem gemein-
 7464 samen europäischen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt deutlich gestärkt werden. Wir
 7465 ergreifen gezielte Maßnahmen, die es qualifizierten Jugendlichen aus anderen Mit-
 7466 gliedstaaten erleichtern, ihre Berufsausbildung in Deutschland zu absolvieren bzw.
 7467 eine Beschäftigung in Deutschland aufzunehmen.

7468
 7469 Wir wollen – unter Einbeziehung der Kammerorganisationen – außerdem anderen
 7470 Mitgliedstaaten bei der Einführung des erfolgreichen deutschen Systems der dualen
 7471 Ausbildung einschließlich des Großen Befähigungsnachweises behilflich sein und zur
 7472 erfolgreichen Umsetzung der europäischen Ausbildungsallianz beitragen.

7473
 7474 Zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungs- und Arbeitsplätze setzen wir uns für eine
 7475 Gemeinschaftsaktion von Unternehmen, Gewerkschaften und den Mitgliedstaaten
 7476 der Europäischen Union ein. Die Erfahrungen, die wir in Deutschland mit dem „Aus-
 7477 bildungspakt“ gemacht haben, bringen wir in die Zusammenarbeit ein. Es sollten
 7478 auch Programme für Existenzgründer – ähnlich dem deutschen Gründungszuschuss
 7479 – ausgebaut werden. Diese Programme sind durch eine umfassende Beratung zu
 7480 begleiten.

7481
 7482 Mit Blick auf die primäre Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für Sozialpolitik respektiert
 7483 die EU nationalstaatliche Traditionen. Im Rahmen des europäischen Wirtschafts- und
 7484 Sozialmodells unterstützen wir die Entwicklung gemeinsamer Prinzipien und Kriterien
 7485 zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping, um Wettbewerbsverzerrungen auch
 7486 zum Schaden von Unternehmen und Arbeitnehmern im Binnenmarkt entgegen zu
 7487 treten.

7488
 7489 Die Beschäftigten in Europa müssen effizienter vor Ausbeutung und sittenwidrigen
 7490 Arbeitsbedingungen geschützt werden. Dort, wo wirtschaftliche Aktivität grenz-
 7491 überschreitend ist, dürfen Arbeitnehmerrechte nicht an den Grenzen Halt machen.
 7492 Wir treten dafür ein, die Einführung von Standards für Mindestlöhne zu prüfen, die
 7493 national zu organisieren und zu definieren sind und die einen hohen Beschäftigungs-
 7494 stand und faire Löhne garantieren würden – wobei die Wahl zwischen Gesetzgebung
 7495 und Tarifvereinbarungen besteht.

7496

7497 Ebenso muss sichergestellt werden, dass die Gleichrangigkeit sozialer Grundrechte
 7498 aus der Charta der Grundrechte der Europäischen Union gegenüber den Marktfrei-
 7499 heiten im europäischen Binnenmarkt durchgesetzt wird. Der soziale Dialog der Tarif-
 7500 partner hat auch auf europäischer Ebene eine wichtige Funktion, die weiter gestärkt
 7501 werden sollte ebenso wie die europäischen Betriebsräte und die Mitbestimmung in
 7502 europäischen Unternehmen.

7503
 7504 Bei den derzeit laufenden Verhandlungen über die Durchsetzungsrichtlinie zur Ent-
 7505 senderichtlinie setzen wir uns für das in Deutschland geltende hohe Niveau mit kla-
 7506 ren Haftungsregeln, umfassenden Informationsrechten der Behörden sowie effizien-
 7507 ten Kontrollrechten der Mitgliedstaaten ein. Die Bekämpfung von möglichem Miss-
 7508 brauch darf nicht durch die Aufweichung von Kontrollbefugnissen erschwert werden.
 7509 Der Missbrauch zum Beispiel durch Briefkastenfirmen und Scheinentsendungen
 7510 muss entschlossen bekämpft werden. Das europäische Entsenderecht sollte so wei-
 7511 ter entwickelt werden, dass das Lohnniveau, d. h. gleiche Entlohnung für gleiche Tä-
 7512 tigkeit, und die Arbeitsbedingungen des jeweiligen Ziellandes gelten. Die öffentliche
 7513 Daseinsvorsorge, insbesondere die Daseinsvorsorge auf regionaler und kommunaler
 7514 Ebene (z. B. die Wasserversorgung) gehört zum Kernbestand staatlicher Aufgaben.
 7515 Der demographische Wandel und der Bevölkerungsschwund in vielen ländlichen
 7516 Gebieten verschärfen die Handlungsnotwendigkeiten auf diesem Gebiet.

7517
 7518 Das Wettbewerbsprinzip des EU-Binnenmarktes, ein funktionierendes Gemeinwesen
 7519 und sozialer Ausgleich müssen in einem ausgewogenen Verhältnis stehen; nur so
 7520 wird eine Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger erreicht. Die Gestaltungsmöglich-
 7521 keiten der Mitgliedstaaten, ihrer Regionen und Kommunen für ihre im öffentlichen In-
 7522 teresse liegenden Aufgaben müssen erhalten bleiben. Wir werden jeder weiteren
 7523 Einschränkung der Daseinsvorsorge durch EU-Politiken offensiv entgegenzutreten. Na-
 7524 tionale, regionale und lokale Besonderheiten in der öffentlichen Daseinsvorsorge dür-
 7525 fen durch europäische Politik nicht ausgehebelt werden.

7526 7527 **Europäische Außen- und Sicherheitspolitik**

7528
 7529 Wir wollen eine starke und selbstbewusste Europäische Union, die den Globalisie-
 7530 rungsprozess maßgeblich mit gestaltet und dabei entschlossen für die Sicherung von
 7531 Frieden, Freiheit und Wohlstand eintritt. Deutschland wird aktiv dazu beitragen, das
 7532 Vertrauen in das europäische Einigungswerk zu stärken. Eine vertrauensvolle Zu-
 7533 sammenarbeit zwischen den Partnern ist für den gemeinsamen Erfolg unerlässlich.
 7534 Die Berücksichtigung der Interessen der kleinen und mittleren Mitgliedstaaten ist
 7535 konstitutiver Bestandteil unserer Europapolitik.

7536
 7537 Die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union in ihrem internationalen Einsatz für
 7538 Menschenrechte hängt maßgeblich davon ab, wie konsequent sie ihre Werte lebt
 7539 und deren Verletzung im Innern ahndet. Die Bundesregierung setzt sich auf Grund-
 7540 lage von Artikel 7 EUV für einen wirksamen Mechanismus zur Einhaltung rechts-
 7541 staatlicher und demokratischer Standards in Europa ein, um den Schutz der Werte,
 7542 wie sie in Artikel 2 EUV verankert sind, zu gewährleisten.

7543
 7544 Die deutsch-französische Partnerschaft ist in ihrer Breite und Tiefe einzigartig. Unse-
 7545 re Länder haben als starke Wirtschaftsnationen ein besonderes Interesse, aber auch
 7546 besondere Möglichkeiten, die europäische Einigung maßgeblich zu fördern und
 7547 Wohlstand, Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken. Wir werden die

7548 am 22. Januar 2013 beschlossene deutsch-französische Agenda Schritt für Schritt
 7549 weiter umsetzen. Unsere Partnerschaft mit Polen weiter vertiefen und die vielfältigen
 7550 nachbarschaftlichen Beziehungen weiterentwickeln. Die Arbeitsmöglichkeiten des
 7551 Deutsch-Polnischen Jugendwerks werden wir ausweiten und den Jugendbegeg-
 7552 nungsstätten in Kreisau und Auschwitz eine langfristige Perspektive geben. Wir wer-
 7553 den die Zusammenarbeit mit Frankreich und Polen im Weimarer Dreieck intensivie-
 7554 ren. Bilaterale Initiativen mit unseren mitteleuropäischen Partnern wollen wir ausbau-
 7555 en. Dem deutsch-tschechischen Zukunftsforum und dem deutsch-tschechischen Zu-
 7556 kunftsforums sichern wir eine Perspektive über 2017 hinaus.

7557

7558 **Erweiterungen und östliche Nachbarschaft**

7559 Die Erweiterung der EU ist aktive europäische Friedenspolitik. Die bisherigen EU-
 7560 Erweiterungen sind im Interesse Deutschlands und Europas. Wir stehen dazu, dass
 7561 dieser Prozess unter strikter Beachtung der Beitrittskriterien fortgesetzt wird und die
 7562 Staaten des Westlichen Balkans eine Beitrittsperspektive haben. Sowohl Serbien als
 7563 auch Kosovo müssen ihre eingegangenen Verpflichtungen erfüllen. Wir wollen KFOR
 7564 im Einklang mit der Sicherheitsentwicklung schrittweise reduzieren und zum Ab-
 7565 schluss führen. Gemeinsam mit unseren Partnern und Verbündeten werden wir die
 7566 Heranführung der Länder des Westlichen Balkans an EU und NATO aktiv vorantrei-
 7567 ben. Für die EU-Erweiterung sind die Anwendung strenger Kriterien und klar über-
 7568 prüfbarer Fortschritte wichtig. Maßgeblich sind sowohl die Beitrittsfähigkeit der Kan-
 7569 didaten als auch die Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union.

7570

7571 Die Türkei hat für Europa strategische und wirtschaftliche Bedeutung. Wir sind dar-
 7572 über hinaus mit der Türkei durch vielfältige Beziehungen zwischen den Menschen in
 7573 unseren beiden Ländern eng verbunden. Wir möchten die Beziehungen zwischen
 7574 der Europäischen Union und der Türkei weiter vertiefen, einschließlich einer engen
 7575 strategischen Zusammenarbeit in außen- und sicherheitspolitischen Fragen. Wir se-
 7576 hen nicht nur die eindrucksvolle wirtschaftliche Entwicklung der Türkei, sondern be-
 7577 begrüßen vor allem die mit Blick auf die Beitrittsverhandlungen unternommenen Refor-
 7578 mananstrengungen. Der Verhandlungsprozess läuft mit der Eröffnung neuer Verhand-
 7579 lungskapitel weiter. Die unbedingte Achtung der Werte, auf denen auch die EU fußt,
 7580 wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit, und deren innerstaatliche
 7581 Durchsetzung sind Voraussetzung für weitere Fortschritte. Die 2005 aufgenomme-
 7582 nen Verhandlungen mit dem Ziel des Beitritts sind ein Prozess mit offenem Ende, der
 7583 keinen Automatismus begründet und dessen Ausgang sich nicht im Vorhinein garan-
 7584 tieren lässt. Auch in der Türkei wird eine Diskussion über die Frage der EU-
 7585 Mitgliedschaft geführt. Sollte die EU nicht aufnahmefähig oder die Türkei nicht in der
 7586 Lage sein, alle mit einer Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen voll und ganz
 7587 einzuhalten, muss die Türkei in einer Weise, die ihr privilegiertes Verhältnis zur EU
 7588 und zu Deutschland weiter entwickelt, möglichst eng an die europäischen Strukturen
 7589 angebunden werden.

7590

7591 Es liegt im vitalen Interesse Deutschlands und der EU, Stabilität, Demokratie,
 7592 Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftliche Entwicklung auch in den anderen angrenzen-
 7593 den Regionen zu fördern. In diesem Zusammenhang hat sich die Europäische Nach-
 7594 barschaftspolitik bewährt. Für die Östliche Partnerschaft bleiben Assoziierungs-,
 7595 Freihandels- und Visaerleichterungs-Abkommen die besten Instrumente.

7596

7597 Die Nachbarländer an der südlichen und östlichen Küste des Mittelmeers sind von
7598 strategischer Bedeutung für Europa. Eine engere Anbindung dieser Staaten an die
7599 EU kann zu einer Stabilisierung der Region beitragen.

7600

7601 **Ein starkes Europa in der Welt**

7602 Wir wollen, dass die Europäische Union ihrer Verantwortung als Trägerin des Frie-
7603 densnobelpreises auch künftig gerecht wird. Sie muss in der globalisierten Welt des
7604 21. Jahrhunderts die internationale Politik mitgestalten und hierfür eine starke eigen-
7605 ständige Rolle wahrnehmen. Die Bundesregierung wird anknüpfend an den EU-
7606 Gipfel im Dezember 2013 neue politische Initiativen zur Stärkung und Vertiefung der
7607 Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ergreifen. Der Europäische Rat sollte
7608 sich auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs in der Regel ein Mal im Jahr mit
7609 Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik befassen.

7610

7611 Wir setzen uns dafür ein, das Amt des/der Hohen Beauftragten für die Außen- und
7612 Sicherheitspolitik, zu stärken. Die Handlungsfähigkeit des Europäischen Auswärtigen
7613 Dienstes (EAD) für ein präventives Krisenmanagement und für eine schnelle Krisen-
7614 reaktion muss verbessert werden. Ein schlanker EAD hat eine funktionale und keine
7615 überwiegend repräsentative Aufgabe. Außenpolitische Fragen, Handelspolitik sowie
7616 Entwicklungszusammenarbeit müssen zwischen EU-Kommission und EAD besser
7617 verknüpft und enger abgestimmt werden.

7618

7619 Die Europäische Union braucht mehr denn je eine strategische Diskussion, was sie
7620 mit vorrangig zivilen Mitteln oder gegebenenfalls auch militärischen Einsätzen errei-
7621 chen kann und will. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten können wertvolle
7622 Hilfe beim Aufbau von Demokratie, rechtsstaatlichen Systemen und einer leistungs-
7623 fähigen Verwaltung in Drittländern leisten. Das gilt insbesondere für die Bereiche der
7624 Polizei und Justiz.

7625

7626 Wir setzen uns dafür ein, die zivilen und militärischen Instrumente der Europäischen
7627 Union weiter miteinander zu verknüpfen und Europas zivile sowie militärische Fähig-
7628 keiten zur Krisenprävention und Konfliktbeilegung zu verbessern. Die Streitkräftepla-
7629 nung in Europäischer Union und Nordatlantischer Allianz ist enger aufeinander abzu-
7630 stimmen. Dopplungen sind zu vermeiden. NATO- und EU-Fähigkeiten müssen kom-
7631 plementär zueinander sein.

7632

7633 Wir wollen, dass gemeinsame europäische Einsätze zur Wahrung und Stärkung der
7634 Sicherheit Europas vorrangig in unserer geographischen Nachbarschaft durchgeführt
7635 werden. Einsätze jenseits dieser Nachbarschaft sollten vermehrt regionalen Partnern
7636 und Organisationen übertragen werden, beispielsweise der Afrikanischen Union
7637 (AU), der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) oder dem Golf-
7638 Kooperationsrat (GCC). Diese und weitere regionale Organisationen sowie verlässli-
7639 che Partner vor Ort müssen bei der Übernahme von Verantwortung unterstützt wer-
7640 den.

7641

7642 **OSZE und Europarat**

7643 Wir wollen die OSZE stärken. Die Bundesregierung erklärt sich in Absprache mit den
7644 OSZE-Partnernationen, insbesondere Polen und Frankreich, dazu bereit, mehr Ver-
7645 antwortung in der OSZE zu tragen. Wir wollen, dass der Europarat und seine Organe
7646 sich auf ihre Kernkompetenz als Hüter und Bewahrer elementarer Grund- und Men-
7647 schenrechte besinnen. Darauf wollen wir intensiv hinarbeiten.

7648

7649 **7. Verantwortung in der Welt**

7650

7651 **Verlässlicher Partner in der Welt**

7652

7653 Deutschland stellt sich seiner internationalen Verantwortung. Wir wollen die globale
7654 Ordnung aktiv mitgestalten. Dabei lassen wir uns von den Interessen und Werten
7655 unseres Landes leiten. Deutschland setzt sich weltweit für Frieden, Freiheit und Si-
7656 cherheit, für eine gerechte Weltordnung, die Durchsetzung der Menschenrechte und
7657 die Geltung des Völkerrechts sowie für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämp-
7658 fung ein.

7659

7660 Wir stehen bereit, wenn von unserem Land Beiträge zur Lösung von Krisen und Kon-
7661 flikten erwartet werden. Dabei stehen für uns die Mittel der Diplomatie, der friedlichen
7662 Konfliktregulierung und der Entwicklungszusammenarbeit im Vordergrund.

7663 Wir stehen für Verlässlichkeit und Bündnistreue. Wir wollen ein guter Partner bei der
7664 Gestaltung einer gerechten Weltordnung sein.

7665

7666 **Transatlantische Partnerschaft und NATO stärken**

7667

7668 Die transatlantische Zusammenarbeit ist sowohl für Europa als auch für Nordamerika
7669 von grundlegender Bedeutung. Die transatlantische Partnerschaft basiert auf einem
7670 Fundament gemeinsamer Werte und Interessen und ist deshalb auch heute der
7671 Schlüssel zu Freiheit, Sicherheit und Wohlstand für alle. Dort, wo in jüngster Zeit Ver-
7672 trauen in Frage gestellt wurde, muss es wiederhergestellt werden. Dazu erwarten wir
7673 ein deutliches Bekenntnis und entsprechende Maßnahmen der US-Administration.
7674 Wir wollen die Regeln, die für den Umgang zwischen Partnern gelten, klarer definie-
7675 ren und streben glaubhafte und überprüfbare Vereinbarungen an, um die Privatsphä-
7676 re unserer Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

7677

7678 Das geplante Freihandelsabkommen mit den USA ist eines der zentralen Projekte
7679 zur Vertiefung der transatlantischen Beziehungen. Wir wollen, dass die Verhandlun-
7680 gen erfolgreich zum Abschluss geführt werden, ohne im Vertrag parlamentarische
7681 Kontrolle und gerichtlichen Schutz in Frage zu stellen. Unser Ziel ist dabei, beste-
7682 hende Hindernisse in den transatlantischen Handels- und Investitionsbeziehungen so
7683 umfassend wie möglich abzubauen. Die Zulassung begründeter Ausnahmen muss
7684 für jede Vertragspartei Teil des Abkommens sein. Wir werden auf die Sicherung der
7685 Schutzstandards der Europäischen Union insbesondere im Bereich des Datenschut-
7686 zes, der Sozial-, Umwelt- und Lebensmittelstandards sowie der Verbraucherrechte
7687 und der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie Kultur und Medien Wert legen.

7688

7689 Wir bekennen uns zur NATO und zu ihrem neuen strategischen Konzept. Die trans-
7690 atlantische Allianz ist und bleibt das zentrale Fundament unserer Sicherheits- und
7691 Verteidigungspolitik angesichts neuer Risiken und Bedrohungen einer globalisierten
7692 Welt. Sie ist die Organisation, in der die transatlantischen Partner ihre strategischen
7693 sicherheitspolitischen Vorstellungen gleichberechtigt konsultieren und koordinieren.
7694 Wir wirken im Bündnis aktiv mit und setzen uns auch auf diese Weise dafür ein, dass
7695 die Bindungen zwischen Nordamerika und Europa tragfähig bleiben und vertieft wer-
7696 den. Deutschland wird auch künftig seinen angemessenen Teil der Lasten im Bünd-
7697 nis verlässlich leisten. Gemeinsam mit unseren NATO-Partnern setzen wir konse-
7698 quent die Beschlüsse von Chicago zur strategischen Neuausrichtung der Allianz um.

7699

7700 Wir unterstützen die Verteidigungskooperation auf Grundlage der Smart-Defence Initiative, militärische Fähigkeiten gemeinsam zu planen, zu beschaffen und bereitzustellen und die Interoperabilität der Streitkräfte im Bündnis zu erhalten. Deutschland ist bereit, als Rahmennation dazu beizutragen, zusammen mit anderen NATO-Partnern Fähigkeiten für das Bündnis zu erbringen.

7705
7706 Das Instrument des NATO-Russland-Rates wollen wir weiterhin nutzen und den strategischen Wert dieses Gremiums stärken. Gerade beim Abzug der ISAF-Truppen aus Afghanistan hat sich gezeigt, dass die Kooperation zwischen NATO und Russland möglich und im gegenseitigen Interesse ist. Diese positiven Erfahrungen sollten auch für andere sicherheitspolitische Herausforderungen, wie die Gespräche über den Aufbau der NATO-Raketenabwehr, genutzt werden. Die Bundesregierung bekennt sich zu ihren bündnispolitischen Zusagen und wird ihren Beitrag zum Aufbau der NATO-Raketenabwehr leisten, die wir für den effektiven Schutz vor der Bedrohung durch Raketen in den Händen von Risikostaat benötigen. Die Bundesregierung wird dabei mit ihren NATO-Partnern gemeinsame und kooperative Lösungen suchen, die nicht zu neuen Spannungen und Rüstungswettläufen führen.

7717 7718 **Offener Dialog und breitere Zusammenarbeit mit Russland**

7719
7720 Deutschland und Russland sind durch eine wechselvolle Geschichte eng miteinander verbunden. Russland ist der größte und wichtigste Nachbar der Europäischen Union. Ein modernes, wirtschaftlich starkes und demokratisches Russland liegt in deutschem wie europäischem Interesse. Wir wollen die Modernisierungspartnerschaft auf weitere Bereiche ausdehnen, um gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich zu Fortschritten zu kommen. Wir werden dazu mit der russischen Führung offen über unterschiedliche Vorstellungen einer Modernisierungspartnerschaft sprechen.

7727
7728 Wir begrüßen und unterstützen die vielfältigen Bemühungen um eine Verbreiterung und Vertiefung der Beziehungen auf staatlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene. Wir streben die Weiterentwicklung des Petersburger Dialogs an. Darüber hinaus wollen wir neue Formen des gesellschaftlichen Dialogs mit Russland ins Leben rufen und die bilateralen Kontakte zu Vertretern der neuen russischen Mittelschicht und Zivilgesellschaft intensivieren. Russland ist gefordert, rechtsstaatliche und demokratische Standards einzuhalten, zu denen sich Russland auch international verpflichtet hat. Das gilt auch für die Einhaltung der WTO-Verpflichtungen.

7736
7737 Wir streben eine weitere Liberalisierung der Visaregelungen für Unternehmer, Wissenschaftler, zivilgesellschaftliche Akteure und Studenten an. Wir wollen die Russland- und Osteuropa-Kompetenz in Deutschland auf eine solide Grundlage stellen. Dazu wollen wir die wissenschaftlich-analytische Expertise über diese Region stärken.

7742
7743 Wir werden uns in der Europäischen Union für mehr Kohärenz in der Russland-Politik einsetzen. Wir verfolgen auch weiterhin die Ziele eines neuen Partnerschaftsabkommens zwischen der Europäischen Union und Russland, des Ausbaus der Ostseezusammenarbeit sowie der Verstärkung der Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik. Dabei kommt der Vertiefung des trilateralen Dialogs zwischen Deutschland, Polen und Russland eine Schlüsselrolle zu. Bei der Gestaltung unserer Beziehungen zu Russland wollen wir die berechtigten Interessen unserer gemeinsamen Nachbarn berücksichtigen.

7751
 7752 Sicherheit in und für Europa lässt sich nur mit und nicht gegen Russland erreichen.
 7753 Dabei wollen wir gemeinsam mit Russland vor allem die Regelung von Konflikten in
 7754 der gemeinsamen Nachbarschaft voran bringen und erwarten insbesondere in der
 7755 Transnistrienfrage Fortschritte.

7756
 7757 **Neue Dynamik für Abrüstung und Rüstungskontrolle**

7758
 7759 Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik sind ein bedeutsames Element deutscher
 7760 Außen- und Sicherheitspolitik. Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung
 7761 tragen wesentlich zum Frieden sowie zu unserer Sicherheit und Stabilität bei. Wir tre-
 7762 ten für allgemeine und weltweite Abrüstung und Rüstungskontrolle sowohl von kon-
 7763 ventionellen als auch von Massenvernichtungswaffen ein.

7764
 7765 Gemeinsam mit unseren NATO-Partnern haben wir uns auf dem Gipfel von Chicago
 7766 zum Ziel gesetzt, die Bedingungen für eine Welt ohne Kernwaffen zu schaffen und
 7767 bis dahin die Rolle von Nuklearwaffen zu reduzieren. Solange Kernwaffen als In-
 7768 strument der Abschreckung im strategischen Konzept der NATO eine Rolle spielen,
 7769 hat Deutschland ein Interesse daran, an den strategischen Diskussionen und Pla-
 7770 nungsprozessen teilzuhaben.

7771
 7772 Die Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, dass zwischen den USA und Russ-
 7773 land Verhandlungen zur verifizierbaren, vollständigen Abrüstung im substrategischen
 7774 Bereich beginnen, und entsprechende Schritte beider Partner engagiert unterstützen.
 7775 Erfolgreiche Abrüstungsgespräche schaffen die Voraussetzung für einen Abzug der
 7776 in Deutschland und Europa stationierten taktischen Atomwaffen.

7777
 7778 Gleichzeitig braucht die konventionelle Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa
 7779 neue politische Impulse. Wir werden uns über das KSE-Vertragswerk hinaus für die
 7780 Modernisierung der Rüstungskontrollarchitektur in Europa auf Grundlage verifizierba-
 7781 rer Transparenz einsetzen. Wir wollen das Open-Sky-Abkommen durch eine deut-
 7782 sche Beobachtungsplattform unterstützen.

7783
 7784 Wir werden uns international für die vollständige Implementierung des VN-
 7785 Kleinwaffenabkommens einsetzen und die Umsetzung in adäquate nationale Kon-
 7786 trollmechanismen unterstützen. Alle im nichtstaatlichen Bereich in Deutschland ge-
 7787 handelten und geführten sowie für den Export vorgesehenen und vom VN-
 7788 Kleinwaffenaktionsprogramm erfassten Klein- und Leichtwaffen sollten in Zukunft mit
 7789 einer möglichst unauslöschlichen Markierung versehen werden, um deren Nachver-
 7790 folgbarkeit zu ermöglichen. Auch die weltweite Umsetzung des internationalen Waf-
 7791 fenhandelsvertrags (ATT) wollen wir energisch vorantreiben.

7792
 7793 Deutschland wird regionale Abmachungen zu massenvernichtungswaffenfreien Zo-
 7794 nen unterstützen. Mit einem gemeinsamen EU-Standpunkt wollen wir zum Gelingen
 7795 der bevorstehenden Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag im Jahr
 7796 2015 beitragen.

7797
 7798 Der Einsatz von Chemiewaffen in Syrien hat deutlich gemacht, dass es weiterer An-
 7799 strengungen bedarf, um die globale Gültigkeit des Chemiewaffenübereinkommens
 7800 (CWÜ) mit neuen Initiativen voranzutreiben. Exporte dual-use-fähiger chemischer

7801 Substanzen und Anlagen in Nicht-CWÜ-Staaten müssen einer besonders strikten
7802 Kontrolle unterzogen werden.

7803

7804 **Vereinte Nationen, globaler Dialog und strategische Partnerschaften**

7805

7806 Den Vereinten Nationen kommt eine Schlüsselrolle für die Wahrung des Friedens
7807 und zur Bewältigung von globalen Herausforderungen zu. Mit neuen Initiativen, die
7808 wir mit unseren europäischen Partnern abstimmen, wollen wir unseren Beitrag zur
7809 Erneuerung und Weiterentwicklung der Strukturen der Vereinten Nationen leisten,
7810 einschließlich einer Reform und Erweiterung des Sicherheitsrates. Deutschland bleibt
7811 bereit, mehr Verantwortung auf Ebene der Vereinten Nationen zu übernehmen, auch
7812 mit der Übernahme eines ständigen Sitzes im Sicherheitsrat. Wir streben für die Zu-
7813 kunft einen ständigen Sitz der Europäischen Union an.

7814

7815 Zur Erfüllung ihrer friedenswahrenden Aufgaben benötigen die Vereinten Nationen
7816 eine angemessene Ausstattung für ihre Friedensmissionen (Peacekeeping) und der
7817 politischen Missionen der Weltorganisation, damit effektive multilaterale Friedenspoli-
7818 tik betrieben werden kann.

7819

7820 Zur Besetzung von Führungspositionen in den Vereinten Nationen streben wir ein ef-
7821 fektives Personalkonzept an. Dafür werden wir auch die ressortübergreifende Koor-
7822 dinierung der VN-Politik aufwerten. Wir werden den VN-Standort Bonn stärken.

7823

7824 Eine Weiterentwicklung des Völkerrechts muss dazu beitragen, dass die Vereinten
7825 Nationen einen wirksameren Beitrag zur weltweiten Durchsetzung von Freiheit und
7826 Menschenrechten leisten. Das Konzept der Schutzverantwortung (Responsibility to
7827 Protect) bedarf der weiteren Ausgestaltung und einer völkerrechtlich legitimierten Im-
7828 plementierung. Dabei gilt es vor allem die präventive Säule der Schutzverantwortung
7829 international zu stärken.

7829

7830 Die Koalition erkennt die Schlüsselrolle von Frauen sowohl bei der Prävention als
7831 auch bei der Regelung von Konflikten an. Sie wird den Nationalen Aktionsplan zur
7832 VN-Resolution 1325 in enger Abstimmung mit der Zivilgesellschaft schrittweise um-
7833 setzen.

7834

7835 Wir wollen unser Engagement für Sicherheit und Frieden auch im außereuropäi-
7836 schen Raum durch strategische Partnerschaften konsequent fortentwickeln.

7837

7838 Deutschland wird im Jahr 2015 erneut die G8-Präsidentschaft übernehmen. Wir wer-
7839 den darüber hinaus die Kooperation mit den Partnern der G20 engagiert fortsetzen.
7840 Wir werden das „Internationale Deutschlandforum“ fortführen.

7841

7842 **Naher Osten und arabische Welt**

7843

7844 Wir bekennen uns zu der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel
7845 als jüdischem und demokratischem Staat und dessen Sicherheit. Das Existenzrecht
7846 und die Sicherheit Israels sind für uns nicht verhandelbar. Deutschland und Europa
7847 haben ein hohes Interesse an Frieden und Stabilität im Nahen und Mittleren Osten.
7848 Unser Ziel ist eine Zweistaaten-Lösung mit einem Staat Israel in anerkannten und
7849 dauerhaft sicheren Grenzen sowie einem unabhängigen, demokratischen und le-
7850 bensfähigen palästinensischen Staat, die Seite an Seite in Frieden und Sicherheit le-
7851 ben.

7852

7853 Wir unterstützen die Transformationsprozesse derjenigen arabischen Staaten, in de-
 7854 nen sich eine positive Entwicklung zur Demokratie und zum gesellschaftlichen Plura-
 7855 lismus abzeichnet. Die begonnenen Transformationspartnerschaften wollen wir fort-
 7856 führen. Der Umgang mit der jeweiligen Opposition, die Gewährung elementarer
 7857 Grund- und Freiheitsrechte einschließlich des Rechts auf Religionsfreiheit sowie die
 7858 Existenz einer freien Presse- und Medienlandschaft sind für uns ausschlaggebende
 7859 Kriterien für die Unterstützung dieser Staaten. Religiöse Minderheiten müssen ihren
 7860 Glauben frei ausüben können und vor Gewalt geschützt werden. Wir erwarten, dass
 7861 das Urteil gegen Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung und die mehrjährigen
 7862 Haftstrafen rückgängig gemacht werden. Die deutsch-ägyptische Vereinbarung vom
 7863 Januar 2013 hinsichtlich der freien Arbeit der politischen Stiftungen muss Gültigkeit
 7864 haben.

7865

7866 Wir beobachten mit großer Sorge, dass die Lage der Christen und anderer religiöser
 7867 und ethnischer Minderheiten in Nordafrika, dem Nahen oder Mittleren Osten nach
 7868 dem Sturz der autoritären Regime sich zum Schlechteren entwickelt. Auch deshalb
 7869 werden wir die Entwicklung von pluralistischen Gesellschaften, in denen Religions-
 7870 freiheit garantiert und umgesetzt wird, dort mit aller Kraft unterstützen. Christen müs-
 7871 sen in dieser Region eine Zukunft haben.

7872

7873 Deutschland wird sich gemeinsam mit seinen Partnern aktiv an der Suche nach einer
 7874 politischen Lösung des Syrienkonflikts beteiligen. Gemeinsam mit der internationalen
 7875 Staatengemeinschaft werden wir den Druck auf das Regime in Damaskus aufrecht
 7876 erhalten, die gemachten Zusagen vollständig einzuhalten. Den wachsenden Einfluss
 7877 islamistischer Kräfte betrachten wir mit Sorge. Wir wollen das Leiden der syrischen
 7878 Flüchtlinge und Vertriebenen in den Anrainerstaaten lindern helfen und setzen uns
 7879 für einen humanitären Zugang von Hilfsorganisationen innerhalb Syriens ein. Wir
 7880 werden uns gemeinsam mit dem UNHCR gegenüber anderen EU-Mitgliedstaaten für
 7881 eine gemeinsame europäische Initiative zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge einset-
 7882 zen.

7883

7884 Wir fordern den Iran auf, alle Zweifel am ausschließlich friedlichen Charakter seines
 7885 Atomprogramms auszuräumen. Ein nuklear bewaffneter Iran stellte eine Gefahr für
 7886 die gesamte Region und darüber hinaus dar und würde den weltweiten Bemühungen
 7887 um Abrüstung und Nonproliferation schweren Schaden zufügen. Um die Gefahr ab-
 7888 zuwenden, dass der Iran die Fähigkeit hat, Nuklearwaffen herzustellen, unterstützen
 7889 wir im Rahmen der Verhandlungsgruppe von Großbritannien, Frankreich, Deutsch-
 7890 land USA, Russland und China, (E 3 plus 3) alle Anstrengungen für eine diplomati-
 7891 sche Lösung des Irankonflikts. Dabei halten wir am „doppelten Ansatz“ fest. Die Poli-
 7892 tik der internationalen Gemeinschaft gegenüber dem Iran, die auf Kooperationsan-
 7893 gebote und gezielte Sanktionen setzt, hat zu Bewegung in den zuvor festgefahrenen
 7894 Verhandlungen geführt. Unser Ziel ist die Rückgewinnung des Iran als vertrauensvol-
 7895 ler Partner auf der internationalen Bühne.

7896

7897 **Asien**

7898

7899 Wir wollen die Beziehungen mit den Staaten Asiens auf der Basis universeller Werte
 7900 weiter intensivieren. Wir wollen die stärkere Orientierung der amerikanischen Au-
 7901 ßenpolitik auf den asiatisch-pazifischen Raum auch als Chance nutzen und dazu bei-

7902 tragen, dass auch in dieser Region die Politik der Kooperation und des Interessens-
7903 ausgleichs Vorrang bekommt vor einer Politik der Konfrontation.

7904 Die Freundschaft mit Japan ist ein wichtiger Eckpfeiler der deutschen Außenpolitik.

7905 Wir begrüßen die laufenden Verhandlungen zum Abschluss eines Freihandelsab-

7906 kommens zwischen der Europäischen Union und Japan.

7907

7908 China ist aufgrund einer Vielzahl gemeinsamer Interessen strategischer Partner
7909 Deutschlands und der EU. Wir werden unsere vielfältige politische und wirtschaftliche
7910 Zusammenarbeit auch im Rahmen unserer regelmäßigen Regierungskonsultationen
7911 weiter intensivieren. Wir setzen uns dafür ein, dass in China die in der Verfassung
7912 garantierten Rechte wie die Gewährleistung der universellen Menschenrechte für alle
7913 Bürger respektiert werden. Der Schutz des geistigen Eigentums und unsere Cyber-
7914 Sicherheit sollen gestärkt werden. China ist aufgefordert, im Rahmen der Vereinten
7915 Nationen einen Beitrag zur internationalen Konfliktlösung zu erbringen, der seiner
7916 wirtschaftlichen und politischen Bedeutung entspricht.

7917

7918 Indien ist unser strategischer Partner. Die politische, wirtschaftliche und zivilgesell-
7919 schaftliche Zusammenarbeit wollen wir ausbauen. Dem dienen auch unsere regel-
7920 mäßigen Regierungskonsultationen. Wir unterstützen die Verhandlungen der EU mit
7921 Indien für ein Freihandelsabkommen.

7922

7923 **Afghanistan**

7924

7925 Nach über 10 Jahren wird sich unser sicherheitspolitisches Engagement in Afghani-
7926 stan verändern. Mit einem ressortübergreifenden Engagement streben wir eine gefe-
7927 stigte Zukunft Afghanistans an. Der Kampfeinsatz ISAF in Afghanistan ist bis Ende
7928 2014 abzuschließen und die militärische Handlungsfähigkeit zur Sicherung des Ab-
7929 zuges bis zu diesem Zeitpunkt zu erhalten. Die Menschen in Afghanistan und die in-
7930 ternationale Gemeinschaft können sich darauf verlassen, dass wir zu unseren Zusa-
7931 gen stehen – gerade auch mit Blick auf die zivile Hilfe, die Schwerpunkt unseres Af-
7932 ghanistan-Engagements wird. Dabei wollen wir auch den bestmöglichen Schutz un-
7933 serer zivilen Kräfte erreichen. Afghanische Ortskräfte, die für uns in Afghanistan ge-
7934 arbeitet haben und deren Sicherheit und Leben nach Beendigung des Einsatzes be-
7935 droht sind, sollen zusammen mit ihren Familien in Deutschland eine Aufnahme an-
7936 geboten bekommen.

7937

7938 Die Koalition steht zu einer angemessenen Beteiligung Deutschlands im Rahmen ei-
7939 ner Beratungsmission unter NATO-Führung, für den Fall, dass die völkerrechtlichen
7940 Voraussetzungen und die Beteiligung unserer Partner sichergestellt sind.

7941

7942 **Afrika und Lateinamerika**

7943

7944 Der wachsenden Bedeutung Afrikas und seiner zunehmenden Eigenverantwortung
7945 wollen wir verstärkt Rechnung tragen und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit
7946 ausbauen. Deutschland hat ein besonderes Interesse, dass die Staaten Afrikas re-
7947 gionale Probleme selbst lösen können. Deshalb werden wir die Bemühungen zur
7948 Stärkung sub- und interregionaler Zusammenarbeit unterstützen. Wir setzen auf Ko-
7949 operation und partnerschaftlichen Umgang auf Augenhöhe, indem wir die Institutio-
7950 nen unserer afrikanischen Partnerländer stärken, den Privatsektor fördern und gute
7951 Regierungsführung verstärkt in den Mittelpunkt unserer Politik stellen. Die Bemühun-
7952 gen zur Schaffung einer Sicherheitsstruktur im Rahmen der Afrikanischen Union

7953 werden wir weiter unterstützen und uns im Rahmen der Vereinten Nationen und der
7954 Europäischen Union an Friedensinitiativen beteiligen.

7955
7956 Die starke Partnerschaft zwischen Deutschland, der EU und Lateinamerika basiert
7957 auf gewachsenen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen, die von
7958 gemeinsamen Werten und Interessen geprägt sind. Diese traditionellen Gemeinsam-
7959 keiten und Bindungen wollen wir vertiefen. Unsere strategische Partnerschaft mit
7960 Brasilien wollen wir ausbauen.

7961
7962 Gemeinsam mit allen Staaten Lateinamerikas wollen wir Fortschritte bei den drän-
7963 genden globalen Herausforderungen erzielen. Wir wollen die Wirtschaftschancen
7964 zum beiderseitigen Vorteil nutzen und dafür die wirtschaftlichen Beziehungen weiter
7965 ausbauen und Investitionen und Handel fördern.

7966
7967 Wir werden unseren Beitrag zur Stärkung der grenzüberschreitenden Vernetzung
7968 von Wissenschaft, Forschung, Bildung und Kultur leisten. Dabei wollen wir uns ins-
7969 besondere auf die Länder konzentrieren, die unsere Werte teilen.

7970 7971 **Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik**

7972
7973 Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik bleibt die dritte Säule der deutschen Au-
7974 ßenpolitik. Die zur Verfügung stehenden Mittel sollen für die Förderung des Dialoges
7975 der Kulturen und zur Krisenprävention im weiteren Sinn sowie für die Vermittlung von
7976 Werten der Freiheit, Demokratie und Menschenrechte eingesetzt werden. Der kultu-
7977 relle Austausch und deutsche Kultureinrichtungen wie das Deutsche Archäologische
7978 Institut, die Goethe-Institute, der DAAD, die Humboldt-Stiftung sowie die deutschen
7979 Auslandsschulen und Wissenschaftskooperationen übernehmen dabei wichtige
7980 Brückenfunktionen. [F: Das Goethe-Institut wird insbesondere für die Programm- und
7981 Spracharbeit adäquat ausgestattet, die deutschen Auslandsschulen erhalten Finan-
7982 zierungs- und Planungssicherheit.]

7983
7984 Mit unserer Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik wollen wir ein positives und wirk-
7985 lichkeitsgetreues Bild unseres Landes im Ausland vermitteln, Interesse an der deut-
7986 schen Sprache und Kultur wecken und für den Wirtschafts-, Wissenschafts- und In-
7987 novationsstandort Deutschland werben. Die Vermittlung und Förderung der deut-
7988 schen Sprache im Ausland ist eine herausragende Aufgabe der auswärtigen Kultur-
7989 und Bildungspolitik. Wir werden die internationalen Bildungsk Kooperationen im schuli-
7990 schen und universitären Bereich ausbauen, die erfolgreichen Stipendienprogramme
7991 stärken und dem im Ausland gestiegenen Interesse am dualen Ausbildungssystem
7992 Rechnung tragen, auch durch berufsbildende Angebote an den deutschen Auslands-
7993 schulen, die weiterhin gemeinwohlorientiert arbeiten.

7994
7995 Dem Dialog mit der islamischen Welt messen wir in unserer Auswärtigen Kultur- und
7996 Bildungspolitik eine besondere Bedeutung zu. Dabei ist es in unserem Interesse, die
7997 moderaten Kräfte in ihrem Streben nach Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu un-
7998 terstützen. Das entschiedene Eintreten gegen jede Form von Antisemitismus ist auch
7999 ein Kennzeichen unserer Außenpolitik.

8000
8001 Europa ist auch ein kulturelles Projekt. Deutschland mit seinen Mittlerorganisationen
8002 trägt eine besondere Verantwortung für einen gemeinsamen europäischen Kultur-
8003 raum.

8004

8005 Die Koalition bekennt sich zu der UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt und zu
 8006 der UNESCO-Konvention zum Kulturgüterschutz. Sie wird die Initiative ergreifen,
 8007 auch dem UNESCO-Übereinkommen zum Schutz des kulturellen Erbes unter Was-
 8008 ser beizutreten.

8009

8010 **Politische Stiftungen**

8011

8012 Die politischen Stiftungen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum internationalen
 8013 Dialog und stärken damit auch das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland. Wir
 8014 wollen die internationale Arbeit der politischen Stiftungen auch in Zukunft unterstüt-
 8015 zen und rechtlich sichern. Dabei wollen wir neue regionale Schwerpunkte durch die
 8016 Bereitstellung entsprechender Ressourcen stärken.

8017

8018 **Außen- und Sicherheitspolitik ressortübergreifend gestalten**

8019

8020 Die Koalition bekennt sich zur Stärkung einer ressortübergreifenden Zusammenar-
 8021 beit im Verständnis einer effektiven Außen- und Sicherheitspolitik, für deren Erfolg
 8022 sich zivile und militärische Instrumente ergänzen müssen. In der Außen- und Sicher-
 8023 heitspolitik denken und handeln wir vernetzt. Im Konzept von Krisenfrüherkennung,
 8024 Krisenprävention, Ursachenbekämpfung und Konfliktbewältigung ist die Entwick-
 8025 lungszusammenarbeit integraler Bestandteil. Eine besondere Bedeutung kommt der
 8026 zivilen Krisenprävention zu, deren Strukturen wir stärken und weiterentwickeln wer-
 8027 den. [F: Die bestehenden deutschen Institutionen der Friedensförderung und Frie-
 8028 densforschung wie das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), der Zivile
 8029 Friedensdienst, die Bundesakademie für Sicherheitspolitik und die Deutsche Stiftung
 8030 Friedensforschung haben sich bewährt und sollen daher gestärkt werden.]

8031

8032 Wir werden durch gezielte Maßnahmen deutsche Beamte, Richter und Staatsanwälte
 8033 ermutigen, an Auslandseinsätzen teilzunehmen. Wir wollen die rechtlichen, organisa-
 8034 torischen und finanziellen Voraussetzungen für den Einsatz von Polizistinnen und
 8035 Polizisten in Friedensmissionen verbessern. Hierzu wird die Bundesregierung in der
 8036 nächsten Legislaturperiode mit den Bundesländern eine umfassende Bund-Länder-
 8037 Vereinbarung verhandeln, die der gemeinsamen Verantwortung gerecht wird.

8038

8039 Unseren Soldaten, Polizisten, Diplomaten, Entwicklungs- und Aufbauhelfern gebüh-
 8040 ren unser Dank und unsere Anerkennung. Ihnen gilt unsere besondere Fürsorge.

8041

8042 **Neuausrichtung der Bundeswehr**

8043

8044 Wir bekennen uns zu einer starken Verteidigung mit modernen und leistungsfähigen
 8045 Streitkräften. Die Bundeswehr hat sich als Armee in der Demokratie und für die De-
 8046 mokratie bewährt. Das zentrale Leitbild der Inneren Führung und des Soldaten als
 8047 Staatsbürgers in Uniform prägt auch weiterhin den Dienst in der Bundeswehr und
 8048 den Einsatz der Bundeswehr für Frieden und Freiheit weltweit. Die Bundeswehr ist
 8049 eine Armee im Einsatz. Mit ihrer Neuausrichtung wird sie auf die veränderten sicher-
 8050 heitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ausgerichtet. Wir werden
 8051 diese Neuausrichtung konsequent fortsetzen und zum Erfolg führen.

8052

8053 Die Umsetzung ist mit erheblichen Anpassungsprozessen für die gesamte Bundes-
 8054 wehr verbunden. Die Angehörigen der Bundeswehr und ihre Familien brauchen Be-

8055 rechenbarkeit und Planungssicherheit. Die bestehende mittelfristige Finanzplanung
 8056 bildet dafür die Grundlage. An den getroffenen Entscheidungen halten wir besonders
 8057 im Sinne der Planungssicherheit für die Soldatinnen und Soldaten, Mitarbeiterinnen
 8058 und Mitarbeiter grundsätzlich fest. Wo sich im Rahmen der bis spätestens Ende 2014
 8059 laufenden Evaluierung der Neuausrichtung Änderungsbedarf ergibt, werden wir ent-
 8060 sprechend nachsteuern.

8061
 8062 Auch bei der Umsetzung der nächsten Schritte werden wir streng auf Wirtschaftlich-
 8063 keit, Funktionalität, Attraktivität und Präsenz in der Fläche achten. Der festgelegte
 8064 militärische Personalumfang von bis zu 185.000 Soldatinnen und Soldaten entspricht
 8065 dem Bedarf einer leistungsfähigen aufgaben- und einsatzorientierten Bundeswehr
 8066 und der Rolle Deutschlands im Vergleich zu unseren europäischen Partnern. Den
 8067 Bereich der Zivilbeschäftigten wollen wir aufgabenbezogen evaluieren. Eine weitere
 8068 Reduzierung des Personalumfangs der Bundeswehr ist keine Perspektive.

8069 8070 **Attraktivität**

8071
 8072 Wichtig ist es, dass der Dienst in der Bundeswehr attraktiv bleibt. Wir werden eine
 8073 Attraktivitätsoffensive voranbringen: Wir setzen uns für mehr Familienfreundlichkeit
 8074 ein, insbesondere für den Aufbau der Kinderbetreuung, bei Bedarf in Absprache mit
 8075 den Kommunen. Mit Blick auf die hohen Pendlerzahlen streben wir eine möglichst
 8076 heimatnahe Verwendung an. Darüber hinaus werden wir die Wahlmöglichkeit zwi-
 8077 schen der Gewährung von Trennungsgeld und Zusage der Umzugskostenvergütung
 8078 dauerhaft schaffen. Durch die Neuausrichtung sind Dienststellen, in denen militäri-
 8079 sches und ziviles Personal gemeinsam arbeiten, die Regel. Das Soldatenbeteili-
 8080 gungsgesetz werden wir entsprechend anpassen. Wir streben Regelungen an, die
 8081 die Besonderheiten des Soldatenberufes und die Sicherstellung der Einsatzbereit-
 8082 schaft mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Einklang bringen. Wir wollen die
 8083 Nachversicherung für Zeitsoldaten nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst
 8084 so gestalten, dass sie hinsichtlich ihrer sozialen Absicherung keine Nachteile erfah-
 8085 ren. Die Koalition wird die geltenden Beschränkungen des Hinzuverdienstes für aus-
 8086 geschiedene Soldaten bei späteren Verwendungen in der Wirtschaft aufheben.

8087 8088 **In der Mitte der Gesellschaft**

8089
 8090 Wir treten dafür ein, das Verständnis für die Besonderheiten des Soldatenberufes zu
 8091 erweitern und so die breite Anerkennung für den Dienst in den Streitkräften sicherzu-
 8092 stellen. Feierliche Gelöbnisse etwa sind Ausdruck der Verankerung der Bundeswehr
 8093 in der demokratischen Gesellschaft. Die Koalition unterstützt den fortgesetzten Dia-
 8094 log der Bundeswehr in und mit der Gesellschaft. Die Verantwortung für unsere Vete-
 8095 ranen wollen wir gemeinsam tragen. Dies gilt auch für die Fürsorge für Verwundete
 8096 und Versehrte und die würdige Gestaltung der Erinnerung an unsere Gefallenen und
 8097 Toten. Die Jugendoffiziere leisten eine wichtige Arbeit bei der Information über den
 8098 Auftrag der Bundeswehr. Wir begrüßen es, wenn möglichst viele Bildungsinstitutio-
 8099 nen von diesem Angebot Gebrauch machen. Der Zugang der Bundeswehr zu Schu-
 8100 len, Hochschulen, Ausbildungsmessen und ähnlichen Foren ist für uns selbstver-
 8101 ständlich.

8102
 8103 Der neue Freiwillige Wehrdienst hat sich bewährt. Die gegenwärtig möglichen Ver-
 8104 pflichtungszeiten des Freiwilligen Wehrdienstes werden überprüft und gegebenen-
 8105 falls angepasst. Die Koalition erkennt den Wert der Reserve für die Auftragserfüllung

8106 der Bundeswehr und als Bindeglied und Mittler zwischen Bundeswehr und Gesell-
 8107 schaft an. Die Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte werden für ihre
 8108 Aufgaben im Bereich der zivil-militärischen Zusammenarbeit angemessen ausgestat-
 8109 tet. Zur Steigerung der Attraktivität des Reservistendienstes prüfen wir die Anpas-
 8110 sung und Vereinfachung der Vergütung wie der rentenrechtlichen Absicherung. Wir
 8111 werden die Vereinbarkeit von Reservistendienst und zivilberuflichem Fortkommen
 8112 gezielt fördern. Dafür kommt dem öffentlichen Dienst eine Vorbildfunktion zu.

8113

8114 **Auf die Einsätze der Zukunft vorbereitet sein**

8115

8116 Die Bundeswehr wird auch in Zukunft in Auslandseinsätzen gefordert. Das setzt ein
 8117 breites militärisches Fähigkeitsspektrum voraus. Wir setzen uns, so weit sinnvoll und
 8118 möglich, für eine gemeinsame Nutzung nationaler militärischer Kapazitäten im Rah-
 8119 men der EU (pooling and sharing) ebenso ein wie für eine stärkere Aufgabenteilung.
 8120 Das gilt auch für die entsprechenden Aktivitäten der NATO (smart defence). Der An-
 8121 satz hierzu könnte die Anlehnungspartnerschaft bzw. das Konzept der Rahmennati-
 8122 on sein, bei der sich Staaten zu Gruppen wechselseitiger Unterstützung zusammen-
 8123 finden. Gemeinsam mit unseren Bündnispartnern wollen wir zu schwach ausgebilde-
 8124 te Fähigkeiten stärken und die Durchhaltefähigkeit erhöhen. Wir streben einen immer
 8125 engeren Verbund der europäischen Streitkräfte an, der sich zu einer parlamentarisch
 8126 kontrollierten europäischen Armee weiterentwickeln kann.

8127

8128 Die Bundeswehr bleibt auch in Zukunft Parlamentsarmee. Die parlamentarische Be-
 8129 teiligung an der Entscheidung über den Einsatz der Bundeswehr hat sich bewährt.
 8130 Sie ist eine Grundlage für die breite Verankerung der Bundeswehr und ihrer Einsätze
 8131 in der Gesellschaft. Der Parlamentsvorbehalt ist keine Schwäche Deutschlands,
 8132 sondern eine Stärke. Wir wollen die Beteiligung des Parlaments an der Entscheidung
 8133 über den Einsatz deutscher Soldaten auch angesichts vermehrter Zusammenarbeit
 8134 und Arbeitsteilung mit unseren Partnern sicherstellen. Eine zunehmende Mitwirkung
 8135 deutscher Soldaten in integrierten Strukturen und Stäben auf NATO- und EU-Ebene
 8136 muss mit dem Parlamentsvorbehalt vereinbar sein. Deshalb wollen wir eine Kommis-
 8137 sion einsetzen, die binnen Jahresfrist prüft, wie auf dem Weg fortschreitender Bünd-
 8138 nisintegration und trotz Auffächerung von Aufgaben die Parlamentsrechte gesichert
 8139 werden können. Die Kommission wird darauf aufbauend Handlungsoptionen formu-
 8140 lieren.

8141

8142 Einsätze des Kommandos Spezialkräfte (KSK) sind immer mit einer hohen Gefähr-
 8143 dung unserer Spezialkräfte verbunden und unterliegen der Geheimhaltung. Wir wer-
 8144 den die Unterrichtung des Parlaments über KSK-Einsätze in der bewährten Form si-
 8145 cherstellen.

8146

8147 **Ausrüstung, Beschaffung und Nutzung**

8148

8149 Unsere Soldatinnen und Soldaten brauchen die bestmögliche Ausrüstung. Dabei
 8150 steht ihre Sicherheit im Mittelpunkt. Die Bundeswehr beschafft, was sie braucht, und
 8151 nicht, was ihr angeboten wird. Der Staat kann erwarten, dass bestellte militärische
 8152 Ausrüstungsgüter vertragsgerecht, pünktlich und unter Einhaltung der verabredeten
 8153 Preise und Qualität geliefert werden. Die Vertragsbeziehungen mit der Industrie
 8154 müssen klar und deutlich sein. Die jüngsten Erfahrungen mit Großgeräten zeigen,
 8155 dass Projektbegleitung und Controlling auf allen Ebenen verbessert werden müssen.
 8156 Die mit der Neuausrichtung begonnene Neustrukturierung des Beschaffungsprozes-

8157 ses muss konsequent umgesetzt werden. Die Information des Verteidigungs- und
 8158 des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags über den jeweiligen Sach-
 8159 stand bei der Entwicklung und Beschaffung von Gerät und Material wird verbessert.

8160
 8161 Deutschland hat ein elementares Interesse an einer innovativen, leistungs- und wett-
 8162 bewerbsfähigen nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Wir setzen uns
 8163 für den Erhalt ausgewählter Schlüsseltechnologien und industrieller Fähigkeiten, ins-
 8164 besondere auch bei mittelständischen Unternehmen, ein. Wir setzen auf eine ver-
 8165 stärkte europäische und euroatlantische Rüstungskooperation, die konkrete gemein-
 8166 same Ausrüstungs- und Beschaffungsvorhaben nach den gleichen Standards für alle
 8167 Nationen umsetzt. Hierbei spielt die Europäische Verteidigungsagentur eine Schlüs-
 8168 selrolle.

8169
 8170 Eine Voraussetzung für die Verbesserung der militärischen Zusammenarbeit in der
 8171 EU und in der NATO sind einheitliche Standards bei Zertifizierung und Zulassung mi-
 8172 litärischer Geräte. Dies gilt in besonderer Weise für die militärische Luftfahrt.

8173 Deutschland wird hier mit gutem Beispiel vorangehen: Vom Frühjahr 2014 an wird
 8174 eine einheitliche militärische Luftfahrtbehörde aufgebaut.

8175
 8176 Unbemannte Luftfahrzeuge spielen bereits heute beim Bundeswehr-Einsatz in Af-
 8177 ghanistan bei der Aufklärung und dem Schutz unserer Soldaten eine wichtige Rolle.
 8178 Auch künftig wird die Bundeswehr auf derartige Fähigkeiten angewiesen sein. Die
 8179 Koalition wird eine europäische Entwicklung für unbemannte Luftfahrzeuge voran-
 8180 bringen. Europa braucht schnell ein gemeinsames Regelwerk für ihre Zulassung und
 8181 Teilnahme am europäischen Luftverkehr. Die Koalition wird die entsprechenden
 8182 Initiativen hierzu weiterführen.

8183
 8184 Extralegale, völkerrechtswidrige Tötungen mit bewaffneten Drohnen lehnen wir kate-
 8185 gorisch ab. Deutschland wird für die Einbeziehung bewaffneter unbemannter Luft-
 8186 fahrzeuge in internationale Abrüstungs- und Rüstungskontrollregime eintreten und
 8187 sich für eine völkerrechtliche Ächtung vollautomatisierter Waffensysteme einsetzen,
 8188 die dem Menschen die Entscheidung über den Waffeneinsatz entziehen.

8189 Vor einer Entscheidung über die Beschaffung qualitativ neuer Waffensysteme wer-
 8190 den wir alle damit im Zusammenhang stehenden völker- und verfassungsrechtlichen,
 8191 sicherheitspolitischen und ethischen Fragen sorgfältig prüfen. Dies gilt insbesondere
 8192 für neue Generationen von unbemannten Luftfahrzeugen, die über Aufklärung hinaus
 8193 auch weitergehende Kampffähigkeiten haben.

8194

8195 **Staatliches Gewaltmonopol schützen**

8196

8197 Die in internationalen Auslandseinsätzen vermehrt zu beobachtende Auslagerung
 8198 von militärischen Aufgaben auf private Unternehmen kommt für uns nicht in Frage.
 8199 Der Bundestag erteilt der Bundeswehr das Mandat für Auslandseinsätze, einschließ-
 8200 lich der Anwendung von militärischen Mitteln im Bedarfsfall. Militärische Aufgaben
 8201 dürfen nicht auf private Unternehmen übertragen werden.

8202 Die Bundesregierung wird sich in der OSZE dafür einsetzen, dass im Rahmen des
 8203 OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit private mi-
 8204 litärische Sicherheitsfirmen in die nationale Berichterstattung einbezogen werden.

8205

8206

8207 **Schutz und Förderung der Menschenrechte**

- 8208
8209 Menschenrechte sind unteilbar und universell gültig. Wir setzen uns für ihren Schutz
8210 und ihre Förderung ein, sowohl innerstaatlich als auch in den auswärtigen Beziehun-
8211 gen. Verstöße gegen die Menschenrechte verletzen nicht nur die Würde der jeweils
8212 Betroffenen, sondern sie können auch den Frieden und die internationale Sicherheit
8213 bedrohen. Unser Ziel ist eine menschenrechtlich konsequente und kohärente Politik.
8214 Die Basis bilden das Grundgesetz, die europäischen und internationalen Menschen-
8215 rechtskonventionen sowie das humanitäre Völkerrecht. Wir unterstützen die neue
8216 Strategie der EU-Menschenrechtspolitik.
- 8217
8218 Wir engagieren uns weiterhin konsequent für die weltweite Abschaffung der Todes-
8219 strafe sowie für das Verbot von Folter. Gemeinsam mit den Ländern unterstützen wir
8220 die Arbeit der Nationalen Anti-Folter-Stelle.
- 8221
8222 Die Menschenrechte von Frauen und Kindern sind besonders gefährdet. Wir be-
8223 kämpfen alle Formen von Menschenhandel, Sklaverei, Organhandel, Zwangsprosti-
8224 tution und -verheiratung, Genitalverstümmelung, Anschläge im Namen der „Ehre“
8225 sowie andere menschenverachtende Praktiken. Die Chancen von Kindern auf ein
8226 Leben in Würde wollen wir verbessern. Kinder brauchen Nahrung, Bildung und medi-
8227 zinische Versorgung. Wir unterstützen alle Bemühungen, dass sie nicht als Arbeits-
8228 und Sexsklaven oder als Soldaten missbraucht werden.
- 8229
8230 Wir treten für die Religionsfreiheit als elementares Menschenrecht ein. Dies gilt auch
8231 für das Recht, keiner Religionsgemeinschaft anzugehören. Die Solidarität mit
8232 benachteiligten und unterdrückten religiösen Minderheiten ist uns ein besonderes
8233 Anliegen. In vielen Ländern der Welt werden besonders Christen wegen ihres
8234 Glaubens bedrängt, verfolgt und vertrieben. Religiöse Konflikte vermischen sich
8235 oftmals mit sozialen und wirtschaftlichen Spannungen.
- 8236
8237 Wir treten international für Presse- und Meinungsfreiheit als wesentliches Fundament
8238 einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft ein. Wir stützen und schützen
8239 mutige Menschenrechtsverteidiger und fördern zivilgesellschaftliche Kräfte, die
8240 unsere Hilfe brauchen.
- 8241
8242 Wir verurteilen homophobe Tendenzen und fördern tolerante lebendige
8243 Zivilgesellschaften.
- 8244
8245 Wir setzen uns bei den Vereinten Nationen für die weltweite Ächtung von Vertreibung
8246 sowie für die Erweiterung des Weltflüchtlingstages um das Gedenken an die Opfer
8247 von Vertreibungen ein. Die Mehrheit der Flüchtlinge auf der Welt sind Vertriebene
8248 innerhalb der Grenzen ihres Landes. Deshalb fördern wir die Verbreitung und
8249 Umsetzung der UN-Leitlinien für Binnenflüchtlinge, damit auch diese Menschen
8250 Schutz und humanitäre Hilfe erhalten.
- 8251
8252 Wir setzen uns für einen höheren Stellenwert des Menschenrechtsschutzes und für
8253 die Stärkung seiner Instrumente bei den Vereinten Nationen ein. Wir wollen, dass der
8254 VN-Menschenrechtsrat weltweit glaubwürdig gegen Menschenrechtsverletzungen
8255 vorgeht. Für die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH) machen wir
8256 uns stark und unterstützen seine Funktion als unabhängiges Organ der
8257 Weltstrafjustiz. Bestrebungen, den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu

8258 schwächen, treten wir entschlossen entgegen. Die Bundesregierung wird sich aktiv
8259 an der Weiterentwicklung der humanitären Völkerrechts beteiligen.

8260
8261 Wir werden darauf dringen, dass transnationale Unternehmen soziale, ökologische
8262 und menschenrechtliche Standards einhalten. Die ILO-Erklärung über multinationale
8263 Unternehmen und Sozialpolitik, die OECD-Leitsätze und die UN-Leitprinzipien über
8264 Wirtschaft und Menschenrechte stecken hierfür den Rahmen ab. Wir werden die UN-
8265 Leitprinzipien auf nationaler Ebene umsetzen.

8266
8267 Die Bundesregierung fördert institutionell das Institut zur Umsetzung der Nürnberger
8268 Prinzipien im Völkerstrafrecht in Nürnberg. Das Deutsche Institut für Menschenrechte
8269 soll eine stabile Grundlage auf der Basis der „Pariser Prinzipien“ erhalten.

8270 8271 **Humanitäre Hilfe**

8272
8273 Wir werden der Humanitären Hilfe gemäß ihrer größer gewordenen Bedeutung ein
8274 höheres Gewicht einräumen. Wir werden die internationalen humanitären Prinzipien
8275 stärken, u. a. durch die Umsetzung des „Europäischen Konsens über die humanitäre
8276 Hilfe“. Wir werden uns auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass die für Humanitäre Hilfe
8277 zuständigen Organisationen unabhängig bleiben. Wir wollen unsere Humanitäre Hilfe
8278 an der Bedürftigkeit ausrichten und uns auch um die Menschen in den Krisengebie-
8279 ten kümmern, die aus dem öffentlichen Blickfeld geraten sind.

8280
8281 Wir werden zur Prävention von Naturkatastrophen starkes Gewicht auf Frühwarnsys-
8282 teme, Katastrophenvorsorge und Reduzierung von Katastrophenrisiken legen und
8283 uns für die Entwicklung internationaler Instrumente bei dem zunehmend wichtigen
8284 Thema der Klimaflüchtlinge engagieren.

8285 8286 **Wirtschaftliche Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung**

8287
8288 Ziel unserer Entwicklungspolitik ist es, auf der Grundlage unserer Werte und Interes-
8289 sen weltweit Hunger und Armut zu überwinden und Demokratie und Rechtsstaatlich-
8290 keit zu stärken. Wir setzen uns ein für Frieden, Freiheit und Sicherheit, die Achtung
8291 und Verwirklichung der politischen und sozialen Menschenrechte sowie die Bewah-
8292 rung der Schöpfung. Wir fördern den Aufbau einer sozial und ökologisch ausgerichte-
8293 ten Marktwirtschaft, gute Regierungsführung und die Mitwirkung der Zivilgesellschaft.
8294 Unsere Entwicklungspolitik leistet Hilfe zur Selbsthilfe. Wir verstehen Entwicklungs-
8295 politik auch als globale Strukturpolitik und wollen die Globalisierung nachhaltig und
8296 gerecht für alle Menschen gestalten. Entwicklungspolitik hat präventiven Charakter
8297 und ist damit auch vorausschauende Friedenspolitik. Wir richten uns an den Millen-
8298 niumszielen und an deren Weiterentwicklung im Rahmen der Post-2015-
8299 Entwicklungsagenda aus.

8300 8301 **Gestaltung der Rahmenbedingungen**

8302
8303 Wir setzen uns ein für den Schutz globaler öffentlicher Güter und für gerechte Welt-
8304 handelsbedingungen. Deshalb streben wir insbesondere einen entwicklungsorientier-
8305 ten Abschluss der WTO-Welthandelsrunde und einen fairen Interessenausgleich mit
8306 den Entwicklungsländern an. Das muss auch für den weltweiten Agrarhandel gelten.
8307 Wir wollen die Arbeitsbedingungen in den Entwicklungsländern verbessern. Wir set-
8308 zen uns für verbindlich festgeschriebene, international anerkannte menschenrechtli-

8309 che, ökologische und soziale Mindeststandards wie der ILO-Kernarbeitsnormen ein.
 8310 Wir setzen uns deshalb für die Aufnahme dieser Standards in allen Handelsabkom-
 8311 men der EU ein.

8312
 8313 Wir streben für die Zeit nach 2015 Nachhaltigkeitsziele (SDG) an, die auf breiten-
 8314 wirksames, inklusives, ressourcenschonendes und kohlenstoffarmes Wachstum
 8315 ausgelegt sind. Wir wollen eine aktive Rolle dabei spielen, dass die Weiterentwick-
 8316 lung der Millenniumsziele zu universellen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitszielen
 8317 führt.

8318
 8319 Entwicklungspolitik soll prominent auf den Tagesordnungen der G8- und G20-Gipfel
 8320 behandelt werden. Wir werden dafür sorgen, dass entwicklungspolitische Gipfel-
 8321 Zusagen in Zukunft schneller umgesetzt werden können.

8322
 8323 Die Institutionen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wollen wir im Sinne
 8324 des Effizienzgedankens weiter verbessern. Die Zusammenarbeit zwischen GIZ und
 8325 KfW soll intensiviert werden. Die entwicklungsorientierte ressortübergreifende Zu-
 8326 sammenarbeit wollen wir verbessern. Unsere Beiträge an multilaterale Entwicklungs-
 8327 organisationen richten wir an deren Wirksamkeit und Leistungsfähigkeit aus, die wir
 8328 bewerten wollen. In diesem Sinne werden wir die bilateralen und multilateralen In-
 8329 strumente entsprechend ihrer komparativen Vorteile flexibel einsetzen. Wo die Rah-
 8330 menbedingungen wie eine effektive und transparente Kontrolle der Mittelverwendung
 8331 sichergestellt sind, kann Budgethilfe ein Instrument zur Steigerung der Eigenverant-
 8332 wortung sein.

8333

8334 **Nachhaltige Finanzierung**

8335

8336 Wir halten an dem Ziel fest, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentli-
 8337 che Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Wir werden uns diesem
 8338 Ziel durch jährliche Steigerungen der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit im
 8339 Rahmen des Bundeshaushalts annähern. [Finanzierungsvorbehalt: Wir wollen
 8340 Deutschland auf einen konkreten, realistischen Finanzierungspfad zum 0,7-ODA-Ziel
 8341 führen und streben an, diese Zielmarke mittelfristig durch jährliche Steigerungen der
 8342 Mittel für Entwicklungszusammenarbeit in Höhe von zusätzlich je einer Milliarde Euro
 8343 zu erreichen. Dafür wollen wir auch innovative Finanzierungsinstrumente einschließ-
 8344 lich neuer Formen zur Besteuerung der internationalen Finanzmärkte nutzen.]
 8345 Deutschland wird für international gegebene Zusagen ein verlässlicher Partner in der
 8346 Welt sein. Wir werden mit internationalen Partnern und mit wissenschaftlicher Unter-
 8347 stützung Vorschläge für eine Weiterentwicklung des ODA-Konzepts entwickeln. Wir
 8348 wollen eine zweckentsprechende Verwendung der ODA-Mittel sicherstellen. Wir ste-
 8349 hen zu den in Kopenhagen eingegangenen Verpflichtungen. Die damit verbundenen
 8350 Ausgaben sollen in fairer Weise zwischen den Ressorts verteilt werden.

8351

8352 **Thematische Schwerpunkte**

8353

8354 Im Rahmen der grundsätzlichen Ausrichtung unserer Entwicklungszusammenarbeit
 8355 fördern wir insbesondere die ländliche Entwicklung. Unverantwortlicher Spekulation
 8356 mit Nahrungsmitteln treten wir entgegen und wollen die Freiwilligen Leitlinien der Er-
 8357 nährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) zur ver-
 8358 antwortungsvollen Landnutzung umsetzen. Für uns ist das internationale Engage-
 8359 ment für die Sicherung der Welternährung und für das Recht auf Nahrung von zen-

8360 traler Bedeutung. Deshalb wird die Bundesregierung als verlässlicher Partner in in-
8361 ternationalen Organisationen wie der FAO fachlich mitwirken.

8362
8363 Gesundheit bildet die Grundlage für nachhaltige Entwicklung. Der Globale Fonds
8364 spielt hierbei eine wichtige Rolle, die sich in der Politik der Bundesregierung wider-
8365 spiegeln soll. Zur besseren Absicherung gegen Lebensrisiken wollen wir beim Auf-
8366 bau grundlegender sozialer Sicherungssysteme helfen. Dazu gehört auch der Aufbau
8367 funktionierender und gerechter Steuersysteme.

8368
8369 Wir wollen die Gleichstellung von Frauen und Männern und die Durchsetzung der
8370 Rechte von Mädchen und Frauen zu einer Querschnittsaufgabe deutscher Entwick-
8371 lungszusammenarbeit machen.

8372
8373 Bildung ist der Schlüssel für eine zukunftsfähige Entwicklung. Wir wollen für Frauen
8374 und Männer, Mädchen und Jungen gleichermaßen gute Bildungs- und Ausbildungs-
8375 möglichkeiten schaffen. Die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen soll in
8376 der Entwicklungszusammenarbeit stärker verankert und systematischer ausgestaltet
8377 werden.

8378
8379 Wir werden unseren Fokus auf den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, wie
8380 auf Maßnahmen des Klimaschutzes einschließlich einer effizienten und erneuerbaren
8381 Energieversorgung, des Schutzes der Wälder und der biologischen Vielfalt richten.
8382 Entwicklungsländer müssen bei der Anpassung an den Klimawandel und dessen
8383 Folgen unterstützt werden.

8384
8385 Wir unterstützen Maßnahmen der zivilen Krisenprävention, der gewaltfreien Konflikt-
8386 bearbeitung und der Post-Konfliktbewältigung.

8387 8388 **Regionale Schwerpunkte und Kooperationspartner**

8389
8390 Um noch nicht erreichte Millenniumsziele und die Überwindung von Hunger und Ar-
8391 mut zu erreichen, werden wir künftig unsere Anstrengungen in den ärmsten Ländern
8392 stärken. In fragilen Staaten wollen wir einen besonderen Schwerpunkt setzen.

8393
8394 Zwischenstaatliche Zusammenarbeit mit Ländern, in denen das Regierungshandeln
8395 systematisch im Widerspruch zu unseren Werten steht, soll nur erfolgen, wenn unse-
8396 re Unterstützungsmaßnahmen zu Veränderung beitragen können, wenn dies aus
8397 humanitären Gründen geboten ist oder wenn es Frieden und Sicherheit dient.

8398
8399 Die bilaterale staatliche Zusammenarbeit mit Schwellenländern muss deren höhere
8400 Leistungsfähigkeit und gewachsene internationale Verantwortung berücksichtigen.
8401 Von den Schwellenländern muss die eigenverantwortliche Verwirklichung der Men-
8402 schenrechte auf Nahrung, Gesundheit und Bildung für die eigene Bevölkerung einge-
8403 fordert werden. Wir konzentrieren uns auf den Schutz globaler öffentlicher Güter, die
8404 Suche nach rohstoffschonenden nachhaltigen Entwicklungspfaden sowie fallweise
8405 auch auf Dreiecks Kooperationen zugunsten armer Entwicklungsländer. Die Förde-
8406 rung der Zivilgesellschaft in diesen Ländern sowie der zivilgesellschaftlichen Zu-
8407 sammenarbeit ist besonders wichtig.

8408
8409 Unsere Entwicklungszusammenarbeit unterstützt die Transformationsprozesse im
8410 südlichen und östlichen Mittelmeerraum sowie in den Mitgliedstaaten der Östlichen

8411 Partnerschaft. Diese Regionen sind neben Subsahara-Afrika ein besonderer
8412 Schwerpunkt unserer Entwicklungspolitik.

8413

8414 Die Bundesregierung wird das zivilgesellschaftliche Engagement fördern und die
8415 Wahrnehmung entwicklungspolitischer Verantwortung von Kirchen, Nichtregierungs-
8416 organisationen, politischen und privaten Stiftungen und der Wirtschaft sowie von
8417 Kommunen stärken. Dies gilt bei uns hierzulande ebenso wie in den Partnerländern.
8418 Intensive Kooperationen wie Kammer- und Verbandspartnerschaften sowie Berufs-
8419 bildungspartnerschaften sollen weiter gestärkt werden. Wir wollen die entwicklungs-
8420 politische Bildungsarbeit stärken und den fairen Handel unterstützen. In der Zusam-
8421 menarbeit mit der deutschen Wirtschaft (PPP) unterstützen wir auf der Basis einer
8422 ausgeglichenen Rollenverteilung von Staat und Privatwirtschaft den Auf- und Ausbau
8423 des privaten Sektors in den Entwicklungsländern, sofern dies einer nachhaltigen, so-
8424 zialen und ökologischen Entwicklung dient.

8425

8426

8427 **8. Arbeitsweise der Koalition**